

Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Jahrbuch 2012

Eine Zusammenfassung von Beiträgen
aus der Arbeit der Gesellschaft 2012

Die Jahrbücher der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Band 8 Jahrbuch 2012

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Herausgeber und Copyright 2013 Clausewitz-Gesellschaft e.V., Hamburg
Manteuffelstraße 20, D-22587 Hamburg
Internet: www.clausewitz-gesellschaft.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenze des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. bzw. der Autoren unzulässig.

Redaktion und Lektorat: Werner Baach, Wolfgang Fett, Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Layout und Satz: Sebastian Reichold, Zentrum Operative Information
Umschlaggestaltung: Sebastian Reichold, Zentrum Operative Information
Gesamtherstellung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Umschlagabbildung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Die Clausewitz-Gesellschaft bedankt sich beim Kommando Strategische Aufklärung der Bundeswehr für die freundliche und kompetente Unterstützung beim Druck dieser Ausgabe.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

ISBN: 978-3-9810794-8-7

Inhalt	Seite
Editorial	6
Der besondere Beitrag	
Rede des Bundespräsidenten Dr. h.c. Joachim Gauck bei seinem Antrittsbesuch an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg am 12.06.2012	10
Kapitel I	
Europas Platz im asiatisch-pazifischen Jahrhundert – Ziele, Strategien, Handlungsoptionen	
Berliner Colloquium 2012 der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik Werner Baach Wolfgang Fett	17
Kapitel II	
Europa allein zu Haus – oder? Perspektiven euro-atlantischer Sicherheit und Verteidigung im nächsten Jahrzehnt	
Bericht über die 46. Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Führungsakademie der Bundeswehr Werner Baach Wolfgang Fett	26
Europa und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik Dr. Hans-Gert Pöttering	37
Strategic Decision making – Security Policy in times of scare resources and new challenges Walter Stevens	48
Clausewitz entdecken Prof. Dr. Lennart Souchon	62

Militärische Fähigkeiten als Thema der Rechts- und Friedensethik Ulf Häußler	71
Kapitel III	
Jahresarbeit des Preisträgers der Clausewitz-Medaille Rolle, Aufgaben und Fähigkeiten der Bundeswehr als Akteur im Konzept der „Vernetzten Sicherheit“ Thorsten Gensler	84
Kapitel IV	
Facetten des islamistischen Extremismus Hisbollah Gesundheitsversorgung als Legitimationsfaktor – Die Machterweiterung der Hisbollah durch soziale Dienstleistung Peter Meijer	123
Die Internationale der Salafia Djihadia Berndt Georg Thamm	150
Kapitel V	
Beiträge aus der Arbeit der Clausewitz-Gesellschaft e.V. Clausewitz und Napoleon Matthias Kuster	172
Clausewitz' Strategiekalkül und Spieltheorie Detlev-Holger Müller	194
Krise – Konflikt – Krieg Syrien als Beispiel für multiple Kollisionen von Interessen Dr. Klaus Olshausen	213
Die wunderliche Dreifaltigkeit der Volksrepublik China: Eine Clausewitzsche Perspektive über Chinas territoriale Streitigkeiten Nabil Al Sabah	235
Zabern 1913 – eine politische Krise des Deutschen Reiches Dr. Michael Vollert	255

Spionage – Die neuen Köpfe der Hydra
Dieter Anders 272

Kapitel VI

**Aus der Arbeit des Clausewitz Netzwerk für Strategische
Studien (CNSS) – Der Krieg nach Clausewitz**
Eine Studie der Wunderlichen Dreifaltigkeit
Oliver Heinicke 296

Schwerpunkte der Clausewitz-Gesellschaft für das Jahr 2013 308

Bildnachweis 310

EDITORIAL

Unser Jahrbuch 2012, das achte in Folge, fasst unsere zentralen Tagungen sowie Einzelbeiträge im 51. Jahr des Bestehens unserer Clausewitz Gesellschaft e.V. zusammen.

2011 hatten wir mit unserer Chronik und der englisch-sprachigen Festschrift „Clausewitz Goes Global“ zwei wichtige Publikationen vorgelegt. Mit unserem Jahrbuch 2012 wollen wir die Tradition fortsetzen, unsere Mitglieder und in-

„Überspitzt gesagt, ist in unserer Gesellschaft ... auch auf der kollektiven Ebene die Organisation des Nichtwissens entscheidender als jene des Wissens. ... (Ihre) Leitmotive sind Vertrauen und Misstrauen, Vorurteile und Vermutungen, Geschwindigkeit und Gespür, Herdenverhalten und Autoritätsglauben.“
Caspar Hirschi, „Das Gerede von der Wissensgesellschaft, FAZ, 01.08.2012

teressierte Personen und Institutionen mit unserer inhaltlichen Arbeit vertraut zu machen, und dazu auch lesenswerte Beiträge aus dem Kreis unserer Mitglieder aufnehmen. Das kann auch dazu dienen, Felder unseres jeweiligen „Nichtwissens“ aufzuhellen.

Als „besonderen Beitrag“ haben wir die Rede unseres Bundespräsidenten Joachim Gauck aufgenommen, die er während seines Antrittsbesuchs bei der Bundeswehr an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg gehalten hat. Er verdeutlicht nicht nur seinen äußerst gegensätzlichen persönlichen Eindruck und sein Urteil zur Armee der DDR und der Bundeswehr im vereinigten Deutschland, sondern macht auch klare

Aussagen zur Verantwortung von Regierung, Parlament und Gesellschaft bei angeordneten Einsätzen für unsere Soldaten außerhalb Deutschlands. Für ihn ist unsere Bundeswehr eine „Stütze der Freiheit“.

Unsere beiden zentralen Veranstaltungen behandelten erneut wichtige und aktuelle außen- und sicherheitspolitische Themen. Die zeitliche Verschiebung unserer Tagung mit der Führungsakademie in den September erlaubte uns nicht mehr, das FORUM als dritte Veranstaltung an einem wechselnden Ort durchzuführen.

Als wir im August 2011 mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik vereinbart hatten, bei unserem Berliner Colloquium 2012 „Europas Platz im asiatisch-pazifischen Jahrhundert mit möglichen Zielen, Strategien, Handlungsoptionen“ in den Blick zu nehmen, war erkennbar, dass die Obama Administration ihr Augenmerk und politisches und sicherheitspolitisches Engagement verstärkt nach Asien und in den Pazifik orientieren würde. Das hat sich dann in den folgenden

Monaten mit der nationalen Sicherheitsstrategie des Präsidenten deutlich konkretisiert. Und so war es mehr als dringlich, den Platz und die Rolle der EU im asiatisch-pazifischen Jahrhundert im Zusammenspiel mit unserem atlantischen Partner USA zu erörtern.

Schon im Winter 2011 hatte NATO Generalsekretär Anders F. Rasmussen insbesondere die europäischen Mitgliedstaaten der Allianz gemahnt, die Schulden- und Finanzkrise durch unkoordinierte Kürzungen bei den Verteidigungsausgaben nicht zu einer Sicherheitskrise werden zu lassen. Diese Mahnung in Verbindung mit der Schwerpunktverlagerung der USA Richtung Pazifik ließ uns schon 2011 das Thema „Europa – allein zu Haus oder? – Perspektiven euro-atlantischer Sicherheit und Verteidigung im nächsten Jahrzehnt“ für unsere Tagung im September 2012 in Hamburg festlegen. Und die gestellten Fragen waren dann ein Jahr später eher noch drängender. Aus der Zusammenfassung der Tagung werden mehr kritische Töne deutlich als die optimistisch formulierten, teilweise appellhaften Beiträge von Hans-Gert Pöttering und Walter Stevens für die Entwicklung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik erkennen lassen.

Diesem Kapitel haben wir einen Beitrag unseres Mitglieds Ulf Häußler zugeordnet. Er erörtert Begrenzungen und Möglichkeiten von Innovationen bei militärischen Fähigkeiten aus rechts-, friedens- und sozialetischer Perspektive – sofern und soweit die Ressourcen dafür in Zeiten der Austerität überhaupt noch verfügbar gemacht werden, was Thema unserer Hamburger Tagung war.

Die mit der Clausewitzmedaille ausgezeichnete Lehrgangsarbeit von Major i.G. Thorsten Gensler: „Rolle, Aufgaben und Fähigkeiten der Bundeswehr als Akteur im Konzept der ‚Vernetzten Sicherheit‘“ zeigt pointiert auf, dass unter dem Stichwort vernetzte Sicherheit noch erhebliche konzeptionelle, strukturelle und organisatorische Anstrengungen von Regierung und Bundeswehr gefordert sind, um den Kernauftrag von Streitkräften eindeutiger einzufügen und nicht mit subsidiären Aufgaben zu überladen, die von nicht-militärischen, zivilen Akteuren zu erbringen sind. Wir haben auch eine weitere Arbeit eines jungen Offiziers aufnehmen können, der im Clausewitz Netzwerk für Strategische Studien (CNSS) aktiv mitwirkt. Er zeigt überzeugend, wie Einsichten und Methodik des Carl von Clausewitz zum Wesen des Krieges für die Erörterung heute relevanter sicherheitspolitischer Themen hilfreiche, ja nützliche Anregung geben können.

Zwei weitere Beiträge befassen sich mit Facetten des islamistischen Extremismus und Terrorismus. Major Peter de Meijer erläutert, wie die islamistische Hisbollah Organisation ihre Legitimation vor Ort durch soziale Organisation im Gesundheitswesen zu stärken versteht. Und Berndt Georg Thamm schildert und bewertet die Entstehung und die vielfältigen Gruppierungen des ‚Salafia Djihadia‘, die von Asien, dem Vorderen Orient und Afrika weit nach Europa, auch Deutschland reichen und eine klare Bedrohung für unsere Sicherheit bedeuten.

Die „Zabern-Affäre“ von 1913 haben wir nicht nur aufgenommen, weil sich die Vorfälle zum 100. Mal jähren, sondern auch um deutlich zu machen, dass selbst im Deutschen Reich, das als militaristisch skizziert wird, soldatisches Fehlverhalten eine beträchtliche politische Krise zwischen Reichsregierung und Reichstag, einschließlich hitziger öffentlicher Debatten ausgelöst hat.

Heute ist unsere Bundeswehr in ganz anderer Weise in unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung eingefügt. Aber auch heute gilt, dass soldatisches (Fehl-)Verhalten innerhalb und außerhalb der Bundeswehr besonders aufmerksam vermerkt und bewertet wird.

Mit weiteren, unterschiedlichen Beiträgen „aus der Arbeit der Gesellschaft“ wird in einer kleinen Auswahl die erfolgreiche Arbeit unserer Regionalkreise und unserer Schweizer Sektion unterstrichen. Deren vielfältige Vorhaben von Hamburg und Bremen bis München und Bern, von Berlin bis Bonn und Mannheim sind und bleiben ein unverzichtbarer Teil der Identität unserer Clausewitz-Gesellschaft und ihrer Wirksamkeit nach außen.

Auch in diesem Jahr gilt mein persönlicher und sehr herzlicher Dank Wolfgang Fett und Werner Baach. Beide haben erneut mit hohem persönlichem Einsatz diesem achten Jahrbuch Gestalt und Gesicht gegeben und ein lesenswertes und ansprechendes Jahrbuch vorgelegt.

Mein Dank und der Dank der Clausewitz-Gesellschaft geht an alle Autoren für ihre fundierten und interessanten Beiträge, die sie uns kostenlos zur Verfügung gestellt haben.

Das Zentrum Operative Information und das Kommando Strategische Aufklärung haben maßgeblichen Anteil daran, dass wir das Jahrbuch 2012 im Frühjahr 2013 und im Rahmen unseres Budgets fertig stellen konnten. Ich danke den Kommandeuren, Oberst Christian Bader und Generalmajor Jürgen Setzer sowie

ihren Mitarbeitern sehr herzlich für ihre engagierte Unterstützung in einer Zeit, in der beide Dienststellen vielfältige Aufgaben zu gestalten und weiterhin erhebliche Veränderungen in ihren Verantwortungsbereichen zu bewältigen haben.

Allen Lesern wünsche ich, dass sie beim Blättern in unserem achten Jahrbuch auf zahlreiche Beiträge stoßen, die ihr Interesse wecken und ihnen Anregungen geben zu weiteren Nachfragen bei sehr komplexen Themen.

Der besondere Beitrag

Rede des Bundespräsidenten Dr. h.c. Joachim Gauck bei seinem Antrittsbesuch an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg am 12.06.2012

Ich habe mich auf meinen Antrittsbesuch bei der Bundeswehr ganz besonders gefreut. Sie können sich wahrscheinlich nur sehr bedingt vorstellen, warum das so ist und warum ich so gerne zu Ihnen gekommen bin, hier an die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

Soldaten und Militär – das war nämlich in meinem früheren Leben allgegenwärtig, in den Gesellschaften, in denen ich lebte bis zu meinem 50. Lebensjahr. Es sind keine guten Gefühle, die in mir hochkommen, wenn ich an diese Zeit denke. Wenn ich mich erinnere an all diese Aufmärsche, an die Militarisierung unserer Schulen, an die Erziehung zum Hass auch im Offizierskorps und unter den Soldaten, an die Ablehnung eines Zivildienstes durch Partei und Staat, an die militärische „Absicherung“ einer unmenschlichen Grenze – und zwar nicht gegen einen Aggressor, sondern gegen das eigene Volk. Ich habe also in einem Land gelebt, in dem die Armee einer Partei verpflichtet war. Eine Armee, die „Volksarmee“ hieß, aber es nicht war. Eine Partei, die von sich behauptet hat, den Volkswillen zu vertreten und die sich nicht gescheut hat, Soldaten unter Umständen auch gegen das Volk einzusetzen. Ich habe das Militärische also kennengelernt als eine – nicht nur physische – Begrenzung von Freiheit.

Und nun stehe ich vor Ihnen hier in Hamburg als Bundespräsident des vereinigten Deutschland. Ich stehe vor der Bundeswehr, zu der ich seit zweiundzwanzig Jahren auch „meine Armee“ sagen kann. Und bin froh, weil ich zu dieser Armee und zu den Menschen, die hier dienen, aus vollem Herzen sagen kann: Diese Bundeswehr ist keine Begrenzung der Freiheit, sondern eine Stütze der Freiheit. Jetzt ahnen Sie vielleicht, wie wertvoll dieser Besuch für mich ist und wie wertvoll die Begegnungen mit gebildeten Offizieren, die ich heute haben konnte, für mich sind. Welch ein Glück, dass es uns gelungen ist, nach all den Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland und nach den Gräueln des Krieges, in diesem Land eine Armee zu schaffen: eine Armee des Volkes, diesmal im besten Sinne, kein Staat im Staate in preußischer Tradition, keine Parteienarmee, sondern eine „Parlamentsarmee“, an demokratische Werte gebunden, an Grundgesetz und Soldatengesetz; eine Armee unter der Befehlsgewalt eines Zivilisten, rekrutiert aus eigenverantwortlichen Bürgern und heute auch Bürgerinnen, die zu

kritischen Geistern ausgebildet werden in Institutionen wie dieser; eine Armee, deren Einsätze unter dem Vorbehalt und der Zustimmung durch unsere Volksvertreter stehen und – wenn auch nicht genügend – öffentlich diskutiert werden.

All das kann einer wie ich, der zwei Drittel seines bisherigen Lebens in Diktaturen verbracht hat, nicht als selbstverständlich empfinden. In vielen Ländern der Welt ist es leider auch heute keine Selbstverständlichkeit. Und so ist für mich die Bundeswehr Teil dessen, was ich kürzlich in meiner Antrittsrede als „Demokratiewunder“ in Deutschland bezeichnet habe. Ein Demokratiewunder, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen vollzogen hat – und vor etwas mehr als zwei Jahrzehnten dann auch im Osten unseres Landes mit einer ganz eigenen Dynamik.

Ich denke daran, wie in den Jahren nach 1990 die Bundeswehr eine „Armee der Einheit“ wurde – und wie aus Soldaten, die einst vielleicht aufeinander hätten schießen müssen, Kameraden wurden. Daran hat übrigens auch die engagierte Bildungsarbeit der Bundeswehr einen großen Anteil und ich denke an die verantwortlichen Offiziere und Politiker, die daran maßgeblich mitgewirkt haben, mit Dankbarkeit. Und ich möchte mit meinem Antrittsbesuch an diesem Ort an diese komplizierte Phase ganz bewusst erinnern. Es gehört mit zu den Führungsaufgaben, die Sie begleitet und gestaltet haben.



Bundespräsident Dr. h.c. Joachim Gauck

Liebe Soldatinnen und Soldaten, Sie schützen und verteidigen das, was uns am wichtigsten ist, auch über die Grenzen unseres Landes hinaus: Freiheit und Sicherheit, Menschenwürde und das Recht jedes Einzelnen auf Unversehrtheit. Sie handeln dabei im Auftrag einer freiheitlichen Demokratie. Sie sind als „Staatsbürger in Uniform“ Teil dieser Gesellschaft, Sie stehen mit Ihrem Dienst für diese Gesellschaft ein.

Diese Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt, und auch Sie in der Bundeswehr stehen vor Aufgaben des Wandels. Ich nenne nur ein paar Stichworte: zunehmende finanzielle Zwänge, Reformen, damit haben Sie hier

natürlich eine jahrzehntelange Übung, technische Neuerungen, Schließung von Standorten; die vollständige Öffnung der Bundeswehr für Frauen und, erst kürzlich, der Wegfall der allgemeinen Wehrpflicht, was viele in Deutschland noch bis heute nicht richtig verstanden haben, dazu gemeinsame Auslandseinsätze mit verbündeten Nationen und neue Arten von Bedrohungen und asymmetrischen Kriegen.

Vieles haben Sie gemeistert, vieles müssen Sie noch meistern. Sie werden es meistern, da bin ich mir sicher. Denn Sie stellen sich hier professionell und mit einem hohen Ethos darauf ein.

Diese Bundeswehr hat nie auf starre Strukturen und Prinzipien gesetzt. Sie hat sich bewusst und bedacht von vielen ungunstigen militärischen Traditionen abgesetzt, auch wenn das in der Geschichte der Bundeswehr sicher manchem altgedienten Offizier anderer Armeen nicht immer

Diese Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt, und auch Sie in der Bundeswehr stehen vor Aufgaben des Wandels.

leicht gefallen ist. Sie hat mit ihrer Kultur der „Inneren Führung“ Diskussion und Reflexion möglich gemacht und damit auch Veränderungsfähigkeit. Bei meinem Rundgang hier in

der Führungsakademie war ich sehr beeindruckt von dem, was Sie „Veränderungsmanagement“ nennen. Diese Lernfähigkeit bei gleichzeitig fester Wertebasis ist das Fundament, auf das die Bundeswehr auch in Zukunft bauen kann.

Die Welt um uns verändert sich rasant. „Wir übernehmen jetzt Verantwortung für Dinge, über die wir früher nicht einmal nachgedacht hätten“, so hat es kürzlich General Carl-Hubertus von Butler ausgedrückt, bis vor kurzem Befehlshaber des Heeresführungskommandos. Vor wenigen Tagen ging durch die Presse, wie sich die Bundeswehr für den sogenannten „Cyberkrieg“ rüstet. Und während wir hier sitzen, stehen Tausende von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr auf drei Kontinenten in Einsätzen ihren Mann und ihre Frau.

Die Bundeswehr auf dem Balkan, am Hindukusch und vor dem Horn von Afrika, im Einsatz gegen Terror und Piraten – wer hätte so etwas vor zwanzig Jahren für möglich gehalten? Sie, liebe Soldatinnen und Soldaten, werden heute ausgebildet mit der klaren Perspektive, in solche Einsätze geschickt zu werden – mit allen Gefahren für Leib, Seele und Leben.

Sie haben einen Anspruch darauf, dass wir, die Zivilen, uns bewusst machen, was Ihnen abverlangt wird und welche Aufgaben wir von Ihnen in der Zukunft

erwarten. All das darf nicht allein in Führungsstäben und auch nicht allein im Parlament debattiert werden. Es muss da debattiert werden, wo unsere Streitkräfte ihren Ort haben: in der Mitte unserer Gesellschaft.

Sie werden jetzt vielleicht – und zu Recht – sagen: bitte, an uns soll's nicht liegen, das kann ja geschehen. Wir hätten gerne mehr als bloß das heute sprichwörtliche „freundliche Desinteresse“, das schon der frühere Bundespräsident Horst Köhler bedauernd festgestellt hat. Die Bundeswehr steht zwar mehr denn je unter Beobachtung der Medien. Und doch ist sie im öffentlichen Bewusstsein nicht sehr präsent.

Es liegt wohl zum einen an der unvermeidlichen räumlichen Distanz: Viele Standorte der Bundeswehr mussten geschlossen werden. Sie sind als Soldatinnen und Soldaten im Alltag unserer Städte und Gemeinden einfach weniger präsent. Und wer kann sich schon vorstellen, als Zivilist in dem so friedlichen Deutschland, wie es sich lebt in Masar-i-Scharif oder in Prizren, welche Entbehrungen diejenigen in Kauf nehmen müssen, die außerhalb der Feldlager ihren Auftrag erfüllen, welchen Belastungen sie tatsächlich tagtäglich ausgesetzt sind?

Und wer kann sich schon vorstellen, als Zivilist in dem so friedlichen Deutschland, wie es sich lebt in Masar-i-Scharif oder in Prizren, welche Entbehrungen diejenigen in Kauf nehmen müssen, die außerhalb der Feldlager ihren Auftrag erfüllen, welchen Belastungen sie tatsächlich tagtäglich ausgesetzt sind?

Zum anderen ist es aber so, dass bei vielen ein Nicht-Wissen-Wollen existiert. Das ist irgendwie menschlich: Wir wollen nicht behelligt werden mit Gedanken, dass es langfristig auch uns betreffen kann, wenn anderswo Staaten zerfallen oder Terror sich ausbreitet, wenn Menschenrechte systematisch missachtet werden. Wir denken eben nicht gerne daran, dass es heute in unserer Mitte wieder Kriegsversehrte gibt. Menschen, die ihren Einsatz für Deutschland mit ihrer seelischen oder körperlichen Gesundheit bezahlt haben. Und noch viel weniger gerne denken wir daran, dass es wieder deutsche Gefallene gibt, das ist für unsere glücksstüchtige Gesellschaft schwer zu ertragen.

Die Abscheu gegen Gewalt ist dabei verständlich. Gewalt, auch militärische Gewalt, wird ja immer ein Übel bleiben. Aber sie kann – solange wir in der Welt leben, in der wir leben – eben nicht in einer geheilten, sondern in einer tief gespaltenen Welt, sie kann in einer solchen Welt notwendig und sinnvoll sein, um ihrerseits Gewalt zu überwinden oder zu unterbinden. Allerdings müssen wir dann, wenn wir zu dem letzten Mittel der militärischen Gewalt greifen, diese

gut begründen. Wir müssen diskutieren: darüber, ob wir mit ihr die gewünschten Ziele erreichen oder ob wir schlimmstenfalls neue Gewalt erschaffen. Wir müssen auch darüber diskutieren, ob wir im Einzelfall die Mittel haben, die für ein sinnvolles Eingreifen nötig sind. Alle diese Fragen gehören – mit den handelnden Personen – in die Mitte unserer Gesellschaft.

Dass Frieden, Freiheit und Achtung der Menschenrechte vielfach nicht von alleine entstehen – wer wüsste das besser als wir Deutschen? Es waren ausländische Soldaten, die unserem Land die Möglichkeit der Freiheit schenkten, als sie selbst für ihre eigene Freiheit kämpften. Deshalb: „Ohne uns“ als purer Reflex kann keine Haltung sein, wenn wir unsere Geschichte ernst nehmen. Unsere Bundeswehr hat sich von unseligen militärischen Traditionen gelöst, sie ist fest verankert in einer lebendigen Demokratie. Sie hat deshalb unser Zutrauen verdient, nicht nur in Debatten um den „gerechten Krieg“ zu bestehen, sondern

„Ohne uns“ als purer Reflex kann keine Haltung sein, wenn wir unsere Geschichte ernst nehmen. Unsere Bundeswehr hat sich von unseligen militärischen Traditionen gelöst, sie ist fest verankert in einer lebendigen Demokratie.

auch einem „gerechten Frieden“ den Weg zu bahnen, indem sie beiträgt zur Lösung von Konflikten, indem sie friedliche Koexistenz zu schaffen sucht, dort wo Hass regiert.

Freiheit, so haben wir gelernt, ist ohne Verantwortung nicht zu haben. Sie entbehrt auch ihres

Wertes und ihrer Würde ohne diesen Begriff. Für Sie, liebe Soldatinnen und Soldaten, ist diese Haltung schrittweise selbstverständlich geworden. Ist sie es auch in unserer Gesellschaft? Freiheit und Wohlergehen sehen viele als Bringschuld der Demokratie und des Staates. Manche verwechseln dabei aber Freiheit mit Gedankenlosigkeit, Gleichgültigkeit oder auch Hedonismus. Andere sind wiederum sehr gut darin, ihre Rechte wahrzunehmen oder gegebenenfalls sie auch vehement einzufordern. Und vergessen dabei allzu gern, dass eine funktionierende Demokratie auch Einsatz fordert, Aufmerksamkeit, Mut, und eben manchmal auch das Äußerste, was ein Mensch geben kann: das Leben, das eigene Leben.

Diese Bereitschaft zur Hingabe ist selten geworden in Zeiten, da jeder für sich selbst Verantwortung zu übernehmen hat – und zu viele meinen, damit schon genug Verantwortung zu tragen. Hier, in der Bundeswehr, treffe ich überall auf Menschen mit der Bereitschaft, sich für etwas einzusetzen – gewissermaßen treffe ich auf „Mut-Bürger in Uniform“!

Man trifft diese Bereitschaft selbstverständlich auch an anderen Orten, in sehr vielen zivilen sozialen Berufen etwa oder etwa, wenn man die Orden verleiht,

wie es Bundespräsidenten regelmäßig tun dürfen. Diejenigen, die ich jetzt anspreche, sind nicht die einzigen, die Freiheit als Verantwortung definieren, sondern es gibt ganze Netzwerke in unserer Gesellschaft von Menschen, die es genauso sehen, ob als Zivilisten oder in Uniform. Für solche Menschen hat das Wort „dienen“ keinen altmodischen Klang. Es ist Teil ihres Lebens oder – wie in Ihrem Fall – auch ihres Berufes. Darum ist ja auch die Bezeichnung „Staatsbürger in Uniform“ so gut, wir wollen sie bewahren: Sie sind eben nicht nur Bürger, sondern auch Staatsbürger, diesem Land verpflichtet.

Ihr Werbespruch „Wir. Dienen. Deutschland.“ trifft es auf den Punkt – das heißt, mit gleich drei Punkten nach meinem Geschmack fast zuviel, aber Sie haben ja etwas beabsichtigt mit dieser Punktierung. Er trifft, nicht allein, was das „dienen“ betrifft. Er lässt eben auch einen Patriotismus aufscheinen, der sich – frei nach Johannes Rau – darin zeigt, dass man sein Heimatland liebt, die Heimatländer der anderen darum aber nicht verachten muss.

Und auch dem „Wir“ dient diese Bundeswehr in einem ganz besonderen Sinn: Keine Institution hat so umfassend und so früh junge Menschen, junge Männer aus beiden Teilen Deutschlands zusammengebracht, unmittelbar nach der Neuvereinigung unseres Landes. Hier arbeiten Menschen aus Ost und West, aus Nord und Süd, junge und ältere, solche mit und ohne ausländische Wurzeln zusammen. Und durch die Tore dieser Führungsakademie laufen täglich Militärangehörige aus rund 60 Nationen. Gemeinsame Einsätze mit befreundeten Streitkräften und insbesondere auch Ausbildungen wie der "Lehrgang Generalstabs-/ Admiralstabsdienst mit internationaler Beteiligung", der heute sein 50. Jubiläum feiert, sind wichtige Motoren der Verständigung zwischen ganz unterschiedlichen Völkern. Ich gratuliere Ihnen zu dieser guten Tradition. Die Bundeswehr ist – gerade durch solche Lehrgänge und Begegnungen – zu einem Friedensmotor geworden. Sie befördert das große „Wir“, ohne das ein dauerhafter Friede nicht möglich ist.

Diese Bereitschaft zur Hingabe ist selten geworden in Zeiten, da jeder für sich selbst Verantwortung zu übernehmen hat – und zu viele meinen, damit schon genug Verantwortung zu tragen. Hier, in der Bundeswehr, treffe ich überall auf Menschen mit der Bereitschaft, sich für etwas einzusetzen – gewissermaßen treffe ich auf „Mut-Bürger in Uniform“!

Wie bildet man Menschen aus, die solch wichtige Aufgaben übernehmen? An dieser Führungsakademie, das habe ich gespürt, wird kein geistiger Gleichschritt gelehrt. Hier werden Persönlichkeiten gebildet und eine Fülle von Fähigkeiten entwickelt: Entscheidungsvermögen und Übersicht in fordernden Gefechtsitu-

ationen, aber auch politisches Urteilsvermögen und diplomatisches Fingerspitzengefühl, die Fähigkeit, Widerspruch in Rede und Gegenrede zu begründen, interkulturelle Kompetenz und der Umgang mit Medien. Alles in allem: die hohe Kunst, Verantwortung zu übernehmen.

„Sie stehen nicht nur persönlich vor ihren eigenen Soldaten im Rampenlicht, sondern als Verantwortliche der Bundeswehr mitten in den Fragestellungen unserer ganzen Gesellschaft.“ So hat es Richard von Weizsäcker vor 25 Jahren – und bis heute zutreffend – formuliert. Für diese wichtige Aufgabe wünsche ich Ihnen weiterhin viel Glück, Mut, Selbst- und Gottvertrauen. Ich bin froh, Ihnen heute aus vollem Herzen sagen zu können: Für diese unsere Bundeswehr bin ich dankbar! Das sagt der Bürger Joachim Gauck genauso wie der Bundespräsident.

Europas Platz im asiatisch-pazifischen Jahrhundert – Ziele, Strategien, Handlungsoptionen

Bericht über das Berliner Colloquium 2012 der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Werner Baach
Wolfgang Fett

Die positiven wirtschaftlichen Trends der letzten Jahre im asiatisch-pazifischen Raum sind offensichtlich. Die amerikanische Politik fokussiert sich wieder stärker in Richtung Asien-Pazifik. Dagegen ist eine klare außen- und sicherheitspolitische Linie der Europäer in Bezug auf die Region derzeit nicht erkennbar. Daher stellt sich die Frage, wie sich Europa für den asiatisch-pazifischen Raum in außen- und sicherheitspolitischen Fragen dauerhaft aufstellen soll. Mit dieser Thematik befasste sich vom 20. bis 22. März 2012 das „Berliner Colloquium 2012“. Zu der Veranstaltung begrüßten Generalleutnant a. D. Dr. Klaus Olschhausen und Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann etwa 300 Teilnehmer aus Politik, Diplomatie, Wissenschaft und Militär.

Von der Weltwirtschaftskrise zur Weltordnungskrise?

Die internationale Politik befinde sich in einem strategischen Transformationsprozess, einer globalen Neuvermessung politischer Macht, die alle tragenden Fundamente des internationalen Systems betreffe, stellte Dr. Gunter Schmid, Bundesnachrichtendienst, einführend zum Thema „Veränderungen in der globalen und regionalen Sicherheitsarchitektur in der 1. Hälfte des 21. Jahrhunderts“ fest. Diese Beurteilung stützte er insbesondere auf sechs Thesen.

Erstens habe eine umfassende Verschiebung der Gewichte der Weltwirtschaft begonnen: Die USA und Europa verlören ihren langen Hegemonialanspruch im globalen Wirtschafts- und Finanzgefüge. Die wirtschaftliche Tektonik verschiebe sich in Richtung auf 10 bis 15 „emerging countries“. Die neue Machtkonstellation werde eine reduzierte US-Weltmachtrolle

Eher werde sich innerhalb Asiens zwischen Indien und China eine hochinteressante Systemwettbewerbssituation herausbilden: Kapitalismus mit Demokratie „auf hoher Armutsschwelle“ in Indien gegen das chinesische Modell des Kapitalismus ohne Demokratie, aber mit wirtschaftlichem Erfolg.

nach sich ziehen, Europa werde darin voraussichtlich geopolitisch eher marginalisiert sein.

Zweitens könne das Nichtvorhandensein von verbindlichen kollektiven Vereinbarungen über eine Regulierung des Finanzsektors die globale Struktur erheblich verändern. Die Wirtschafts- und Finanzkrise habe einen Trend zum Protektionismus und zur Renationalisierung hervorgerufen. Gleichzeitig habe der Staat sein Politikmonopol verloren, eine Entgrenzung politischer Prozesse sei zu beobachten.

Drittens finde ein neuer „Systemwettbewerb“ zwischen drei ganz unterschiedlichen Staats- und Gesellschaftssystemen statt. Da sei zum Einen das „System der wohlwollenden Hegemonie der USA, das fast von allen Schwellenländern massiv kritisiert, wenn nicht gar bekämpft“ werde. Daneben stehe das „europäische Modell“ mit seinen regionalen Integrationsmechanismen und seiner supranationalen Institutionenbildung. Dieses Modell werde wohl auf Europa begrenzt bleiben; in Asien fehlten wegen völlig unterschiedlicher Macht- und Kräfteverhältnisse die Grundlagen dafür. Drittens gebe es das autoritäre, aber zugleich wirtschaftlich erfolgreiche chinesische Modell eines „Staatskapitalismus mit Marktelementen“; es zeige, dass Wachstum auch ohne Demokratie möglich sei. Dieser Systemwettbewerb werde sich wahrscheinlich fortsetzen, weniger zwischen China und den USA, da bestehe ein „Gleichgewicht der Verwundbarkeiten“. Eher werde sich innerhalb Asiens zwischen Indien und China eine hochinteressante Systemwettbewerbssituation herausbilden: Kapitalismus mit Demokratie „auf hoher Armutsschwelle“ in Indien gegen das chinesische Modell des Kapitalismus ohne Demokratie, aber mit wirtschaftlichem Erfolg.

Globalisierung der Weltprobleme – Ökonomisierung der Sicherheitspolitik

Viertens werde sich die Schere zwischen der Globalisierung der Weltprobleme – Finanzmärkte, Klimaschutz, Terrorismus, Proliferation – und der Fähigkeit der Staatenwelt, diese mit herkömmlichen Mitteln nationalstaatlicher Macht- und Interessenspolitik zu bewältigen, weiter öffnen. Die Folge sei die Suche nach neuen multilateralen Steuerungs-, Koordinierungs- und Kooperationsforen zur Bewältigung der globalen Probleme.

Die neue globale Ordnungspolitik werde sehr viel mehr Akteure als nur die staatlichen Stellen erfordern; das „staatliche Spielfeld“ werde in der internati-

onalen Politik nur noch eines von mehreren sein. Daneben werde eine Form von „Patchwork-Multilateralismus“ entstehen mit „kleinteiliger Vernetzung von Interessensträgern und Funktionseleiten“.

Fünftens werde der globale Wettbewerb um strategisch wichtige Räume Politik und Wirtschaft im 21. Jahrhundert massiv prägen, weil die wachsende Weltbevölkerung und die aufstrebenden Schwellenländer mit Rohstoffen, Handelsgütern und Technologien verstärkt versorgt werden müssten. Nur wer sich den (ungehinderten) Zugang zu „strategisch relevanten Räumen“ und offene Transportwege sichern könne, werde seinen Bedarf decken können. China sei ein Musterbeispiel für den konsequenten Ausbau seines Einflusses auf strategische Räume.

Sechstens werde die traditionelle Sicherheitspolitik zunehmend ökonomisiert. Wirtschaftliche Macht, wirtschaftliche Ressourcen wie Öl, Gas, Rohstoffe seien machtpolitische Schlüsselemente und sicherheitspolitische Hebel. Die Weltpolitik insgesamt verlagere sich zunehmend von der klassischen zwischenstaatlichen Sicherheitsproblematik auf die Geoökonomie. Die Verknappung von Ressourcen und Rohstoffen werde das Konfliktrisiko schon in absehbarer Zeit erheblich steigen lassen. Damit gehe ein steigendes Eskalationsrisiko durch Verknüpfung von Ressourcenkonkurrenz mit anderen Konfliktgegenständen einher, zum Beispiel innerstaatlicher Machtverteilung, regionaler Vorherrschaft, ideologischen Konflikten, Bevölkerungswachstum und Klimawandel.

Die Folgerungen aus den Entwicklungen fasste Dr. Schmid wie folgt zusammen: Die asiatische Großregion werde vielleicht der

zentrale geopolitische Schauplatz des 21. Jahrhunderts werden. Mit Indien, China, Indonesien und Südkorea werde sie die größten neuen Gestaltungsmächte und Motoren der Weltwirtschaft hervorbringen. Dennoch werde in absehbarer Zeit keine einzelne große Macht dominieren, es entstehe „ein eher fragmentiertes, zerklüftetes internationales Subsystem mit einem hohen Grad an Unordnung und Divergenzen und wachsender Instabilität. Fragile Multipolarität, ein labiles Nebeneinander mächtiger Staaten würden die Hauptmerkmale des internationalen Systems in den nächsten 30 bis 40 Jahren sein: Mehr Spieler, mehr globale Spielfelder, die immer voller und unübersichtlicher würden“.



Dr. Gunter Schmid und Dr. Klaus Olshausen (v.l.)

In diesem System werde der Nordatlantische Raum – trotz Schwächung – auf absehbare Zeit dennoch der größte Wirtschaftsraum der Erde bleiben und damit im Zentrum der amerikanischen Außenpolitik stehen.

Kräftemessen der USA und Chinas im asiatisch-pazifischen Raum

China sei durch sein wachsendes ökonomisches und politisches Gewicht ein bedeutender Faktor für die Lösung aller globalen und internationalen Probleme, stellte Botschafter Dr. Cyrill Nunn, Beauftragter für Asien- und Pazifikpolitik, Auswärtiges Amt, Berlin, in seinem Vortrag einführend fest. Chinas Aufstieg sei die größte strategische Herausforderung der amerikanischen Außenpolitik. Das Land rüste massiv auf und strebe „völlige sicherheitspolitische Handlungsfreiheit“ gegenüber Taiwan und im Südchinesischen Meer an. Im Ostchinesischen Meer strebe China danach, die strategische Dominanz der USA und ihrer Verbündeten (insbesondere Japans) zu begrenzen. Andererseits seien die USA die

Als Reaktion auf die neue Pazifik-Politik der USA stelle China – trotz (langfristig) unveränderter Verfolgung seiner nationalen Interessen – sein Interesse an einem stabilen Entwicklungsumfeld derzeit wieder in den Vordergrund, auch um der eigenen inneren Stabilität willen.

„entscheidende außenpolitische Bezugsgröße“ für China. Trotz kritischer gegenseitiger Vorbehalte seien beide Regierungen sich einig, dass der Ausbau der gemeinsamen Interessen langfristig zum gegenseitigen Vorteil sei – auch weil die beiden Volkswirtschaften zunehmend aufeinander angewiesen seien. Die Hinwendung zum Pazifik sei von Anfang an die

erklärte Strategie der Obama-Regierung gewesen. Seit 2010 setze sie intensiver auf die „Festigung der sicherheitspolitischen Fundamente“ durch Vertiefung der Beziehungen zu den „emerging powers“ China und Indien, bei gleichzeitiger „demonstrativer Wahrung von US-Interessen“. Zu diesen Interessen gehöre vor allem die Stärkung der langjährigen erfolgreichen Beziehungen zu den wichtigsten Verbündeten in der Region. Als Reaktion auf die neue Pazifik-Politik der USA stelle China – trotz (langfristig) unveränderter Verfolgung seiner nationalen Interessen – sein Interesse an einem stabilen Entwicklungsumfeld derzeit wieder in den Vordergrund, auch um der eigenen inneren Stabilität willen.

Der Vortragende plädierte für eine stärkere Präsenz der Europäer und ein gemeinsames Auftreten in der asiatisch-pazifischen Region. Daran bestehe insbesondere aus amerikanischer Sicht ein Interesse. Dabei muss sich Europa, so Dr. Nunn zum Schluss, auf Felder eigener Stärke konzentrieren, insbesondere auf die wirtschaftlichen Beziehungen. Vertiefte Beziehungen zu China, aber auch zu anderen asiatischen „Kernstaaten“ wirkten sich langfristig stabilisierend aus.

Den einführenden Teil des Colloquiums rundete ein erstes Panel zur Frage „Geopolitische Relevanz Europas im asiatisch-pazifischen Jahrhundert – trotz der inneren Verwerfungen?“ ab. Unter der Moderation von Dr. Thomas Paulsen, Körber-Stiftung, Berlin, diskutierten Robert G. Bell, US-Vertretung bei der NATO, Professor Dr. Hanns W. Maull, Universität Trier, und Dr. Gerhard Sabathil, European External Action Service, Brüssel, über diese Fragestellung. Sie betonten dabei insbesondere die Notwendigkeit dauerhafter Stabilität im asiatisch-pazifischen Raum, zu der alle Akteure beitragen müssten. Die Schwäche Europas in diesem Prozess liege in den „Grenzen seiner geopolitischen Relevanz“, insbesondere auf sicherheitspolitischem Gebiet, aber auch in der „inneren Abstimmungsproblematik“ der EU.

China: Gewaltige Kapazitäten, aber ebenso große Probleme

Zu Beginn eines zweiten Panels zum Thema: „Quo vadis China – Zwischen Abwarten, Harmonie und offensiver Interessenpolitik“ skizzierte Professor Dr. Eberhard Sandschneider, Otto Wolf-Direktor des Forschungsinstitutes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin, die chinesische Politik. China habe 30 erfolgreiche Jahre hinter sich, in denen das Bruttosozialprodukt im Schnitt jährlich zweistellig gewachsen sei. Das Land sei nun an einem Punkt angekommen, an dem sich wirtschaftliche Stärke in politischen Einfluss und militärische Macht umsetzen.

China sei ein Land mit gewaltigen Kapazitäten, aber ebenso großen Problemen – beides zusammen müsse bei einer vernünftigen strategischen Betrachtung berücksichtigt werden. Das Land sehe sich vor die Herausforderung gestellt, seine von Billig-Lohn-Strukturen getragene exportabhängige Wirtschaft auf ein vom Binnenmarkt getragenes Wirtschaftsmodell umstellen zu müssen. Zudem habe die Führung derzeit keine Antworten auf brennende Fragen wie die weiter steigende soziale Ungleichheit, die zu Unruhen bis hin zu Revolutionen führen könne. Bei allen inneren Schwierigkeiten sei das außenpolitische Selbstbewusstsein groß. Zwar sei China ein vertrauenswürdiger Mitspieler auf der politischen Bühne, „die Zeiten sind aber vorbei, dass China sich so verhält, wie wir das wollen, ohne seine eigenen Bedingungen daran zu knüpfen“, schloss Sandschneider.



Gebäude des Verteidigungsministeriums in Peking

Anschließend ging Botschafter a.D. Dr. Peter Christian Hauswedell auf das sicherheitspolitische Interessendreieck USA-China-Japan ein, um gleich einzuschränken, dass Japan in diesem Verhältnis keine großen eigenen Akzente setze: „Das geostrategische Verhältnis der USA zu China ist das wichtigste weltweit,

Das Land sehe sich vor die Herausforderung gestellt, seine von Billig-Lohn-Strukturen getragene exportabhängige Wirtschaft auf ein vom Binnenmarkt getragenes Wirtschaftsmodell umstellen zu müssen. Zudem habe die Führung derzeit keine Antworten auf brennende Fragen wie die weiter steigende soziale Ungleichheit, die zu Unruhen bis hin zu Revolutionen führen könne.

schließlich geht es hier um Krieg und Frieden.“ Aus chinesischer Sicht sei Japan kein eigener Akteur, sondern Teil der Pax Americana, allerdings ohne deren missionarischen Eifer bezüglich der Menschenrechte.

In dem Verhältnis der drei Mächte könne derzeit von einer Balance zwischen Konflikt und Kooperation gesprochen werden. Bezüglich der Zukunft zeigte sich Hauswedell aber wenig optimistisch. Es sei nämlich fraglich, ob die USA bereit seien, auf ihren Führungsanspruch zu verzichten und China als gleichrangigen Partner anzuerkennen. Chinas Politik gegenüber den USA sei durch Realismus gekennzeichnet. Man lasse sich nicht auf einen unbegrenzten Rüstungswettlauf ein m.E..

Die innenpolitische Konsolidierung und die wachsende Wirtschaft verträgen keinerlei militärische Abenteuer, aber langfristig könne China die amerikanische Oberhoheit in Asien anzweifeln und auf Gleichrangigkeit bestehen.

Aktuell sollten die drei Nationen eigentlich ein gemeinsames Interesse daran haben, das atomare Potential Nordkoreas zu kontrollieren. Aber es läuft nicht so geradlinig in der Interessenabstimmung in diesem Dreieck, schloss Hauswedell.

Auf die Rolle Indiens ging anschließend Dr. habil. Christian Wagner, Forschungsgruppenleiter der Forschungsgruppe Asien, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin ein. Er sprach zu dem Thema: „Allianz der Demokratien? Europa und Indien im asiatisch-pazifischen Raum.“

Die Situation Indiens stelle sich schwieriger dar als die Chinas. In Indien habe man es mit einer multi-ethnischen und fragmentierten Gesellschaft zu tun, die durch unterschiedliche Religionen, Stammesdenken und ein ausgeprägtes Kastensystem geprägt sei. Nicht weniger als 22 Sprachen hätten Verfassungsrang. Indien sei eine Minderheitengesellschaft, die vielen Gruppierungen trügen aber eher zu einer institutionellen Stabilität bei.

Demokratie gelte in Indien als einzig denkbare politisches System. Es gebe ein großes Vertrauen in die Institutionen. Dennoch stehe das Land vor großen Herausforderungen. Wie in China habe das soziale Ungleichgewicht zugenommen, und trotz der hohen Wachstumsraten verdienten 70 % der Bevölkerung weniger als zwei US-Dollar am Tag. Nur drei Prozent der indischen Bevölkerung hätten einen Internetzugang, lediglich zwei Prozent der Arbeitskräfte arbeiteten in der Softwareindustrie. „Kann man so ein Land nach vorne bringen?“, fragte Wagner. Das Wachstum werde durch eine unzureichende Infrastruktur behindert. Das Problem sei nicht, Waren zu produzieren, sondern sie aus dem Land zu bringen. Der Anteil Indiens am Welthandel liege trotz deutlicher Steigerungen in den letzten Jahren immer noch unter zwei Prozent. Trotzdem habe Indien als bevölkerungsreiches Land eine große weltpolitische Bedeutung. „Ohne Indien werden wir die weltweiten Probleme nicht lösen können“, so Wagner. Ambitionen als Weltmacht werde das Land allerdings nicht anmelden. „Dazu sind die inneren Probleme zu gravierend, und es fehlt eine Vision.“

In der anschließenden Diskussion, geleitet von Jörn Rohde, Leiter des Ostasienreferats im Auswärtigen Amt, wurden die von China ausgehenden Risiken unterschiedlich bewertet. Was den Umgang mit China betreffe, so könnte der Westen mehr erreichen, wenn er seine Moralpolitik nicht zu sehr in den Vordergrund stelle. Unter dem Begriff „Verantwortungsvolles Handeln“ könnten Fragen der Demokratie und der Menschenrechte angesprochen werden, ohne gleich das System in Frage zu stellen.

Europa muss dem pazifischen Raum mehr Aufmerksamkeit widmen

Das Panel des zweiten Tages stand unter dem Thema: „Wachsende Wirtschaftsverflechtungen, abnehmendes Vertrauen – Verstärkte Aufrüstung der asiatisch-pazifischen Staaten trotz ökonomischer Kooperation.“ Es wurde moderiert von Shi Ming, freier Journalist aus Freiburg und China-Experte.

Zunächst ging Christian Le Mière vom Internationalen Institut für strategische Studien in London auf die Entwicklung der Verteidigungsausgaben der pazifischen Staaten (ohne Australien und Neuseeland) ein, die diejenigen der NATO und Europas 2012 erstmals übertreffen würden. Der Aufstieg wirke sich auch auf die Militärausgaben aus. „Die Wirtschaften wachsen, und mit ihnen die politischen Interessen“, so Le Mière. Die Neuausrichtung der maritimen Strategie der USA bezeichnete er als eine Reaktion auf die Aufrüstung und die neuen militärischen Fähigkeiten Chinas.

Für die massive Aufrüstung nannte Junior-Professor Dr. Martin Wagener von der Universität Trier fünf Gründe:

Erstens das Streben Chinas nach der regionalen Vorherrschaft, das von den Nachbarn und den USA kritisch beobachtet werde.

Zweitens die Bestrebungen Chinas, seine territoriale Integrität zu bewahren und Ressourcen wie Erdöl, Erdgas und Proteine (Fischfang) langfristig zu sichern.

Drittens sähen sich die Nachbarn Chinas zur Gegenreaktion gezwungen und rüsteten ebenfalls auf.

Viertens sei Prestigedenken und der Wunsch, über entsprechende militärische Fähigkeiten verfügen zu wollen, ein starkes Motiv für die Aufrüstung.

Fünftens spielten die Interessen des militärisch-industriellen Komplexes ebenso eine Rolle wie die Befriedigung der Wünsche des Militärs; Nordkorea sei dafür ein Beispiel.

Die Rüstungsprozesse in Asien folgten eigenen Gesetzen. „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Asiaten einer eigenen Rüstungslogik folgen, die sich fundamental von der der Europäer unterscheidet.“ In Asien rüste man, um sich gegenüber Unabwägbarkeiten abzusichern, während die Europäer dem Konzept der Schutzverantwortung („Responsibility to protect“) folgten, das notfalls auch Regimewechsel erforderlich erscheinen lasse.



Prof. Dr. Hanns W. Maull, Dr. Gerhard Sabathil (v.l.)

Auf die Rolle Europa im pazifischen Raum ging dann Greg Delawie, Europa-Wissenschaftler und Gesandter der amerikanischen Botschaft in Berlin, ein. Der Erfolg der europäischen Einigung könne auch in anderen Regionen als Modell einer friedvollen

Welt in Wohlstand dienen. Selbst wenn die Vereinigten Staaten eine neue Politik im Pazifik anstrebten, ändere dies nichts an der Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft. In der abschließenden Diskussion stimmten die Experten darin überein, dass Europa der strategischen Entwicklung mehr Aufmerksamkeit widmen müsse. Während für die Amerikaner der pazifische Raum die Region der

Zukunft sei, sei das in Europa noch nicht von allen verstanden worden. Mit dem Berliner Colloquium sei ein Schritt unternommen worden, diese Region mit ihrer nicht allein ökonomischen Bedeutung für Europa mehr ins Bewusstsein zu rücken.

Abrundung und weiterer Höhepunkt des Berliner Colloquiums war der Vortrag des Generalinspektors der Bundeswehr, General Volker Wieker. Seine Aussagen zur Neuausrichtung der Bundeswehr im europäischen und transatlantischen Kontext wurden von den Teilnehmern sehr aufmerksam aufgenommen, was die anschließenden Fragen deutlich machten.

Mit dem Dank des Präsidenten der Clausewitz-Gesellschaft e.V., Dr. Klaus Olschhausen, und des Vizepräsidenten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Oberst i.G. Rainer Meyer zum Felde, bei allen Vortragenden, Teilnehmern und den Organisatoren endete das „Berliner Colloquium 2012“.

Kapitel II

Europa – allein zu Haus oder? Perspektiven euro-atlantischer Sicherheit und Verteidigung im nächsten Jahrzehnt

Bericht über die 46. Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Führungsakademie der Bundeswehr am 7. und 8. September 2012 in Hamburg

Werner Baach
Wolfgang Fett

Schon Anfang 2011 hatte NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen bei der Münchner Sicherheitskonferenz besorgt festgestellt, die Finanz- und Schuldenkrise könne als Folge unkoordinierter Kürzungen bei den Verteidigungsausgaben in den Mitgliedstaaten zu einer Sicherheitskrise führen. Die Thematik hat seitdem an Dramatik gewonnen: Zum einen kann Europa von den USA



Operation ATALANTA – Kampf gegen Piraterie

auf Grund drastischer Kürzungen auch bei den amerikanischen Verteidigungsausgaben und der gleichzeitigen Verlegung erheblicher militärischer Kapazitäten in den asiatisch-pazifischen Raum nicht länger ein umfassendes militärisches Spektrum in Europa erwarten. Zum Anderen drohen unabgestimmte überproportionale Kürzungen der Verteidigungsausgaben in Europa die Fähigkeiten zur Verteidigung und Krisenbewältigung in den Mitgliedsstaaten von NATO und EU zu gefährden. Bemühungen zur Erhaltung ausreichender militärischer Fähigkeiten, vor allem durch Bündelung und gemeinsame Nutzung von Ressourcen und Mitteln, stehen erst am Anfang. In dieser schwierigen Situation beleuchtete die 46. Sicherheitspolitische Informationstagung unter dem Thema: „Europa – allein zu Haus oder?“ den Zusammenhang von Ökonomie und Sicherheit, die Ansätze sicherheits- und verteidigungspolitischer Strategien und Konzepte und die Entwicklung relevanter Fähigkeiten zur Verteidigung und Krisenbewältigung.

Zu der Tagung an der Führungsakademie der Bundeswehr begrüßten Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen, Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, und

Generalmajor Achim Lidsba, Kommandeur der Führungsakademie, etwa 250 Mitglieder und Gäste.

Plädoyer für mehr Europa in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Im öffentlichen Diskurs spiele die Sicherheits- und Verteidigungspolitik derzeit „nur eine untergeordnete Rolle“, stellte Dr. Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, in seinem einführenden Vortrag fest. Schuldenkrise und Währungspolitik dominierten alle anderen Themen. Dennoch dürfe man das übergreifende Fundament der europäischen Idee, die Wertegemeinschaft, nicht aus dem Auge verlieren, die Europa „aufs Tiefste“ verbinde. Eine gemeinsame Sicherheitspolitik bleibe für deren Schutz unabdingbar, auch müsse Europa in einer globalisierten Welt seine Interessen wahren können. Angesichts der Tatsache, dass die USA ihren sicherheitspolitischen Fokus auf den asiatisch-pazifischen Raum verlegten, müssten die Europäer stärker als bisher Verantwortung für die Stabilität des Kontinents und seiner unmittelbaren Nachbarschaft übernehmen. Die EU habe sich für diese Aufgabe neue Instrumente geschaffen. Pöttering nannte insbesondere das Amt der Hohen Vertreterin/des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (SSZ), die zu einer tieferen Integration führen könne. Auch die Initiative „Pooling & Sharing“ sei zu nennen, deren Ziel die gemeinschaftliche Schaffung und Nutzung von Verteidigungsfähigkeiten sei. In diesem Prozess müsse die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) „zum Knotenpunkt“ europäischer militärischer Forschung, Entwicklung, Beschaffung und Rüstung werden.

Nach Auffassung von Dr. Pöttering sollte die Europäische Sicherheitsstrategie aktualisiert werden. Ziel müsse eine tiefere Zusammenarbeit in strategischen sicherheitspolitischen Fragen sein. Insbesondere müsse die Strategie einen Fahrplan für die effektivere Nutzung europäischer Streitkräfte formulieren. „Ich halte es für richtig, dabei ein klares Fernziel in den Blick zu nehmen: die Schaffung einer Europäischen Armee.“ Als einen möglichen Zwischenschritt dorthin sieht der Vortragende das von ihm schon 2008 vorgestellte Konzept der „Synchronized Armed Forces Europe“, kurz SAFE, das darauf abzielt, die europäischen Streitkräfte auf freiwilliger Basis besser aufeinander abzustimmen.

Der Vortragende schloss mit dem Plädoyer, den Trend ständiger Kürzungen der europäischen Verteidigungsbudgets zu stoppen. Es könne nicht sein, dass Einsparungen überproportional zu Lasten von Sicherheit und Verteidigungsfähig-

keit gingen. Auch dürften die Staaten Europas es sich nicht länger leisten, ihre Sicherheit rein national zu organisieren. „Wir müssen enger zusammenarbeiten, um die Welt von morgen mitzugestalten und uns drohender Gefahren zu erwehren.“ Dazu brauche Europa Mut und Führungsstärke.

Hinweis der Redaktion: Der Vortrag von Dr. Pöttering ist im Wortlaut im Anschluss an diese Zusammenfassung auf den Seiten 37 bis 47 abgedruckt.

Knappe Ressourcen: Gemeinsamkeit vorantreiben

Mit dem Thema „Strategische Entscheidungsfindung – Sicherheitspolitik in Zeiten knapper Ressourcen und neuer Herausforderungen“ befasste sich Walter Stevens, Director Crisis Management and Planning Directorate, European External Action Service (EEAS), Brüssel. Die EU habe in dem zurückliegenden Jahrzehnt eine ganze Reihe von Fähigkeiten entwickelt, ihre Rolle als „Sicher-



Walter Stevens

heits-Provider“ habe sich deutlich erweitert. Dennoch forderten nicht nur die USA, sondern auch die internationale Gemeinschaft, die Europäische Union müsse, trotz Finanz- und Wirtschaftskrise, (noch) mehr Verantwortung im Bereich der Sicherheit übernehmen.

Die Stärke der EU sieht Stevens darin, dass sie viele verschiedene Instrumente für das Krisenmanagement zur Verfügung hat: di-

plomatische, entwicklungspolitische, humanitäre Instrumente und militärische Mittel, auch Polizei und Rechtsexperten. Dieses breite Spektrum komme dem umfassenden Ansatz des Konzepts des „Comprehensive Approach“ (CA) entgegen. Der Einsatz gegen die Piraterie am Horn von Afrika sei ein Schulbeispiel für die Umsetzung des CA in „Comprehensive Action“.

Stevens erläuterte die Aktionen am Horn von Afrika und deren Koordination ausführlich. Der strategische Ansatz am Horn beschränke sich dabei nicht auf die EU-Aktivitäten, sondern schließe gemeinsames Handeln mit Partnern ein, zum Beispiel bei der Ausbildung somalischer Sicherheitskräfte, bei der die EU mit den Vereinigten Staaten, der Afrikanischen Union und Uganda zusammenarbeite. Die Strategie zeige inzwischen Erfolg.

Das 2009 aufgebaute Direktorat für Planung, das von Stevens geleitet wird, hat die Aufgabe, die GSVP-Operationen strategisch zu planen und sie in konkretes operatives Handeln umzusetzen. Weitere Aufgaben des Direktorats seien die strategische Überprüfung bereits laufender GSVP-Einsätze, die Schaffung von Kooperationspartnerschaften und das Entwickeln von Konzepten und Politiken für die GSVP, u.a für Ausbildung und Übungen sowie die Zusammenarbeit mit Partnern weltweit. Die EU konzentriere sich insgesamt auf „kleine und gezielte Einsätze“. Dazu brauche man robuste Kapazitäten. In der Konkurrenz mit anderen Organisationen wie NATO und VN um Ressourcen könne die EU nur dann mehr Mittel gewinnen, wenn sie auch Erfolge aufweise. Sie müsse dazu „zusätzlichen Mehrwert schaffen, eng zusammenarbeiten und [...] Duplikationen vermeiden“. Die Generierung ausreichender Kräfte und Mittel werde in Zukunft immer schwieriger. Zum Konzept des „Pooling and Sharing“ sieht Stevens aus diesem Grund keine Alternative. Europa müsse die nationalen Ressourcen noch besser als bisher zusammenführen – eigentlich sei auch für ihn die logische Konsequenz eine gemeinsame europäische Streitmacht. Um die zukünftigen Herausforderungen zu meistern, brauche Europa „einen starken politischen Willen“. Deutschland könne in diesem Zusammenhang viel leisten.

Hinweis der Redaktion: Der Vortrag von Walter Stevens ist im englischen Wortlaut auf den Seiten 48 bis 61 abgedruckt. Eine deutsche Höflichkeitsübersetzung kann auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden.

Existenzielle Gefährdung der Verteidigungshaushalte

Unter dem provokanten Titel „Wirksame Verteidigungsvorsorge in Zeiten der Schuldenkrise(n) – zwischen konzeptioneller Innovation und Selbsttäuschung“ befasste sich ein international zusammengesetztes erstes Panel mit der schwierigen Lage der Verteidigungshaushalte und deren Auswirkungen auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Schon in der Einführung zeichnete der Moderator, General a.D. Dr. Klaus Naumann, ein durch Skepsis gekennzeichnetes Szenario: Niemand dürfe sich der Illusion wachsender Haushalte hingeben. Im Gegenteil, der Abbau der derzeitigen Schuldenberge werde die Anstrengung mindestens eine Generation erfordern.

Deshalb sei eher ein weiterer Abbau der Verteidigungshaushalte zu erwarten, denn nur dort sei noch „ungebundenes Geld“ vorhanden. Als Folge davon werde die „existenzielle Gefährdung“ der Verteidigungshaushalte andauern. Lösungen sieht General Naumann nur in vermehrten gemeinsamen Lösungen, zum Bei-

spiel durch „Pooling and Sharing“. Das aber würde die Aufgabe nationaler Vorbehalte verlangen, zurzeit aber sei eher ein Anwachsen „nationaler Egoismen“ zu beobachten. Mit Blick auf die Zukunft stellte er fest: Europa braucht in dieser Lage mehr Innovation und neue Konzepte mit dem Ziel, „wenigstens an der Peripherie (Europas) Sicherheit zu erhalten“.

Der deutsche Brigadegeneral Walter Huhn, Senior Military Advisor, Crisis Management and Planning Directorate, argumentierte im Wesentlichen auf der Linie von Walter Stevens, des Leiters des Direktorats: Stärkung des EAD; Aufgreifen der Initiative des „Pooling and Sharing“, Optimierung der Planung und Durchführung von Krisenmanagement-Operationen der EU; mehr Synergieeffekte durch bessere Verzahnung des zivilen und militärischen Krisenmanagements. Die EU ist nach Einschätzung von General Huhn entschlossen, die verfügbaren Potentiale in Zukunft besser zu nutzen. „Knappe Kassen können auch als Katalysatoren dienen“.

In deutlichem Kontrast dazu standen die Ausführungen von Alison Stevenson, Abteilungsleiterin für NATO und Europapolitik im Verteidigungsministerium Großbritanniens. Zwar sieht auch sie die Notwendigkeit, dass Europa mehr Verantwortung trägt. Dazu müssten die Europäer pragmatischer vorgehen und „Lösungen teilen“, u.a. auch durch „Pooling and Sharing“. Doch plädierte sie eher für „mehr Interoperabilität“ als für mehr Integration der Anstrengungen. Interoperabilität sei „der Schlüssel“ für effizientere Zusammenarbeit. Grundsätzlich sieht Frau Stevenson in der NATO „die wesentliche Säule“ der Sicherheit auch in und für Europa. Das Prinzip der Bündnissolidarität in der NATO müsse „relevant bleiben“, die USA blieben unverändert von großer Bedeutung. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU müsse „komplementär“ zur NATO verfolgt werden, Zusammenarbeit der Organisationen sei entscheidend für erfolgreiches gemeinsames Handeln. Eine schnelle Einigung der Europäer z.B. auf (gemeinsame) europäische Streitkräfte sieht Frau Stevenson nicht. Auf den Versuch von General Naumann, in der Diskussion des Panels die UK-Position bezüglich der eventuellen Aufgabe nationaler Positionen auszuloten, stellte Frau Stevenson klar fest: Großbritannien werde seine souveräne Verantwortung und seine Fähigkeit, selbst zu handeln, „im Kern nie aufgeben“.

Brigadegeneral Hans-W. Wiermann, Unterabteilungsleiter „Sicherheitspolitische Angelegenheiten der Bundeswehr“ im BMVg, nannte es eine Selbsttäuschung, wenn in der sicherheitspolitischen Debatte der Eindruck erweckt werde,

durch „noch smartere, noch cleverere konzeptionelle Ideen“ könnte mit Weniger das Gleiche geleistet werden. Auch wenn die USA – trotz strategischer Neuausrichtung – der NATO und Europa weiterhin verpflichtet blieben, nicht nur bei der nuklearen Abschreckung, sei es schlicht falsch, anzunehmen, Europa könne den bisherigen Anteil der Amerikaner in Europa einfach übernehmen. Das entlasse Europa aber nicht aus der Pflicht, im konzeptionellen Bereich mehr zu tun. Wiermann weiter: „Wir brauchen etwas Neues. Und da müssen wir alle kreativ sein. Wir müssen im Bereich der zivil-militärischen Krisenmanagementaufgaben auf der strategischen Ebene neue Wege beschreiten [...] Da haben wir unsere größten Schwächen“. Insbesondere müsse eine „robuste europäische Führungsfähigkeit“ geschaffen werden – wenn auch nicht durch ein „europäisches SHAPE“.

Wiermann warb in diesem Zusammenhang für das neue Konzept des „Kommandos operative Führung Bundeswehr“ in Ulm: Dieses nationale Hauptquartier mit internationalen Anteilen soll auf der operativen Ebene die Führung streitkräftegemeinsamer Operationen übernehmen. Es soll NATO und Europäischer Union gleichermaßen zur Verfügung stehen: „weder mit einem Knopf im Ohr für die Europäische Union noch einem Knopf im Ohr für die NATO“. Deutschland sei zurzeit dabei, diesen „etwas schwierigen konzeptionellen Gedanken“ seinen Partnern zu vermitteln.

Auf dem Gebiet der Rüstungskoooperation sprach Wiermann sich für eine stärkere Harmonisierung auf europäischer Ebene aus. Dies sei schwierig, denn in den europäischen Nationen bestünden „sehr unterschiedliche Philosophien wie Rüstungsindustrie organisiert sein soll“. So könnten zum Beispiel die logistische Unterstützung und der Service Support für den Militärtransporter A 400 M möglicherweise sogar zu drei verschiedenen logistischen Systemen für dasselbe Flugzeug führen. Er richtete mit Blick auf die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit einen generellen Appell an alle europäischen Partner: „Wir müssen endlich im Kleinen (zusammen-)arbeiten, angesichts der Umstände, unter denen wir unseren Auftrag zu erfüllen haben.“

In der anschließenden Diskussion bekräftigten die Panel-Teilnehmer im Wesentlichen ihre bereits in den Statements vertretenen Positionen. Kritisch hinterfragt wurde die Feststellung von Alison Stevenson, wonach Verteidigung (ausschließlich) in nationaler Verantwortung liege, kein Land könne dies auf Dauer allein leisten, selbst die USA nicht. Die UK-Vertreterin blieb bei ihrer Position und bekräftigte ihr Bekenntnis zum Handeln in der Allianz. Auch Deutschland,

so General Wiermann auf eine kritische Bemerkung des Moderators in Bezug auf nationale Vorbehalte, werde sein militärisches Potential uneingeschränkt der NATO zur Verfügung stellen. Zum Thema der Interessenverlagerung der USA nach Asien bestand weitgehend Übereinstimmung darin, dass auch Europa dort „vitale Interessen“ (Wiermann) habe und präsent sein müsse. Es sei wichtig, die Vertretung dieser Interessen mit den USA zu koordinieren und mit diesen zu kooperieren.

Für die Sicherheit Europas bleibe die Bindung der USA an den Kontinent notwendig, stellte General Dr. Naumann zusammenfassend fest. Dies verlange umgekehrt einen adäquaten Beitrag der Europäer mit Schwerpunkt an der „europäischen Peripherie“. Europa müsse „die Gegenküste der USA freihalten“, zugleich aber Amerika auch deutlich machen, dass es „beachtliche Fähigkeiten“ einbringe. Doch müsse Europa sich zu mehr Gemeinsamkeit durchringen; dazu gehöre insbesondere, dass die Europäer (endlich) ein gemeinsames Konzept zur Gewährleistung von Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit entwickelten. Seine Sorge sei, dass die Finanzkrise, sollte sie länger dauern, die notwendige Gemeinsamkeit vor große Herausforderungen stellen könnte. Deutschland aber müsse sich „seiner Verantwortung darin stellen“, es dürfe „keinen Sonderweg gehen“.

Den ersten Veranstaltungstag vervollständigte die schon traditionelle „Aktuelle Information“ aus der Führungsakademie der Bundeswehr“. Generalmajor Lidsba informierte zunächst über die Ereignisse des zurückliegenden Jahres an der Führungsakademie: Rund 90 Vorhaben der unterschiedlichsten Art seien durchgeführt worden. Auch habe die Akademie zusammen mit anderen Hochschuleinrichtungen des Raumes Hamburg eine Verstärkung der Tätigkeit als regionaler Akteur („Hamburg-Diskurs“) zu Themen der Sicherheit eingeleitet. Ebenso sei man dabei, im Rahmen nationaler und internationaler Kooperationsvereinbarungen eine Öffnung der Zusammenarbeit mit Ämtern und der Industrie einzuleiten.

Lidsba informierte auch über Überlegungen zur Weiterentwicklung der Akademie. So müsse man in der Lehre unter anderem zunehmend die Notwendigkeit lebenslangen Lernens berücksichtigen. Ebenso müsse dem Erfordernis nach streitkräftegemeinsamem Lernen in Zukunft noch mehr Gewicht gegeben werden. Weitere Handlungsmaximen seien: Die „Vernetzte Sicherheit“ müsse sich auch mehr in der Ausbildung abbilden, z.B. durch „zivil-militärische Übungen“ sowie die Verschränkung der Lehre mit „Hochwert-Lehrgängen“ anderer Ressorts. Schließlich soll auch das große Potential der Dozenten und Lehrgangsteil-

nehmer verstärkt als „Thinktank“ genutzt werden. Der ebenfalls schon traditionelle Vortrag von Professor Dr. Lennart Souchon zu einem Clausewitz-Thema über Carl von Clausewitz schloss den ersten Tag der Informationsveranstaltung ab. Das diesjährige Thema lautete: „Analyse und Entscheidungsfindung in den Krisen des 21. Jahrhunderts. Strategisches Denken und Handeln und die Einsichten des Carl von Clausewitz“. Die Schriftvorlage des Vortrags von Professor Dr. Souchon ist auf den Seiten 62 bis 70 abgedruckt.

Europa muss zu den Fähigkeiten im Bündnis substantiell beitragen

„Europa – ohne Verteidigung? Schwindende Fähigkeiten der Nationen in NATO und EU“, so lautete das Thema des 2. Panels, moderiert von Dr. Johannes Warwick, Professor für Politische Wissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Seiner Ansicht nach seien die Sichtweisen von Pöttering und Stevens allzu optimistisch. Um zu einer realistischen Einschätzung zu kommen, sollten diese deshalb einer wissenschaftlich fundierten Überprüfung unterzogen werden: „Wir befinden uns in einer Phase, die wesentlich schwieriger ist, als es in den Vorträgen gestern anklang. [...] Wir wollen aber nicht nur zurückschauen und kritisieren, wir wollen nach vorne schauen und Ansätze finden, wie wir es besser machen können.“

Die NATO bleibe auf absehbare Zeit das militärisch stärkste Bündnis der Welt, so Generalmajor Heinrich Brauß, Deputy Assistant Secretary General Defence Policy and Planning, NATO HQ, Brüssel. Mit dem strategischen Konzept von 2010 habe das Bündnis eine klare Marschrichtung für die nächsten 10 Jahre und werde auch künftig in der Lage sein, die militärisch-strategische Zielsetzung zu erfüllen. Kollektive Verteidigung, Krisenmanagement ohne grundsätzliche geographische Beschränkung und Kooperative Sicherheit seien heute die drei Kernaufgaben der Allianz, die sich als Teil eines globalen Sicherheitsnetzwerkes unter der Ägide der Vereinten Nationen verstehe. Sie wolle kein globaler militärischer Akteur werden, aber global mit anderen internationalen Organisationen zusammenarbeiten.

Die NATO verfüge heute über 1,5 Mio. Soldaten an verlegefähigen Landstreitkräften. Hier schränkte Brauß allerdings ein, dass diese Zahl wegen der Streitkräftereduzierungen in vielen Mitgliedsstaaten künftig kaum zu halten sein werde.

Die NATO-Kommandostruktur sei eines der wichtigsten und wertvollsten Leistungsmerkmale der NATO. Durch seine permanente Planungs- und Führungs-

fähigkeit sei das Bündnis quasi über Nacht reaktionsfähig. Und erstmals verfüge das Bündnis über verlegefähige Hauptquartiere auf operativer Ebene und sei so allen möglichen Aufgaben gewachsen, die das strategische Konzept ihr stelle.

Das auf dem Gipfeltreffen 2010 in Lissabon beschlossene Paket aus elf Fähigkeitsprojekten für die laufenden Operationen wie auch künftige Aufgaben sollte mit höchster Priorität realisiert werden, so Brauß weiter. Als Beispiele nannte er den Abwehrschirm gegen ballistische Raketen, die Beschaffung eines luftgestützten Aufklärungssystems sowie die Abwehr von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen.

Alle diese Verbesserungen, zu denen auch die europäischen Alliierten beitragen, wirkten sich direkt auf die Sicherheit und Handlungsfähigkeit der Europäer in der EU aus. Aber es gebe auch Anlass zur Besorgnis. Insbesondere die Europäer sieht Brauß in einem Dilemma. Die Schuldenkrise werde nachhaltige Auswirkungen auf die Staatsfinanzen haben. Dies könne zu weiteren Streitkräftereduzierungen führen; zugleich werde sich die sicherheitspolitische Lage nicht verbessern.



Aufklärung aus der Luft

Unter dem Zwang zu Einsparungen lautet heute das Prinzip nicht mehr: „Was ist notwendig?“, sondern: „Was ist möglich?“. Eine Partnerschaft unter Gleichen der Europäer mit den USA sei aber nur möglich, wenn die Europäer auch wirklich partnerschaftsfähig seien. Dazu müssten sie neben ihrer wirtschaftlichen Stärke zu den Fähigkeiten im Bündnis substantiell beitragen

können. Die Europäer könnten in Zukunft nicht mehr damit rechnen, dass die Amerikaner die Lücken in Europa füllen und „die Eisen aus dem Feuer holen“. Sie müssten mehr für ihre Sicherheit und ihren Beitrag zum globalen Krisenmanagement tun, so Brauß. Eine „Zweiklassengesellschaft“ jedenfalls dürfe es in der NATO nicht geben.

Schon von der rechtlichen Grundlage her sei ein Vergleich zwischen der Europäischen Union und einem Verteidigungsbündnis wie der NATO nicht zulässig, so Kapitän zur See Dr. Jörg Hillmann von der Europäischen Verteidigungsagentur in Brüssel. Die EU sehe sich nicht in Konkurrenz zur NATO. Innerhalb der EU bestehe kein Zweifel, dass größere militärische Operationen von der NATO organisiert und geführt werden müssten. Die Vorgaben des „European Headline

Goal 2010“, nämlich 60.000 Mann in 60 Tagen für 1 Jahr stellen zu können, sei nicht realisierbar.

Im Rahmen des „Pooling and Sharing“ sollten neue Projekte stets daraufhin geprüft werden, ob sie gemeinsam mit anderen Partnern realisiert werden könnten. Die finanziellen Lasten sollten auf viele Schultern verteilt und Kosten eingespart werden. Die Europäische Verteidigungsagentur habe den Auftrag, dazu Vorschläge zu erarbeiten, die Partnerländer fundiert zu beraten und die Prozesse mit Fachleuten von der Planungsphase bis zur Realisierung zu begleiten. Dadurch könnten die Länder der EU bessere Fähigkeiten in die EU-Operationen einbringen, und gleichzeitig könne verhindert werden, dass Projekte dupliziert würden.

Auf die Entwicklung der Fähigkeiten der Bundeswehr unter den gegebenen finanziellen Bedingungen ging anschließend Brigadegeneral Dr. Ansgar Rieks, Unterabteilungsleiter Planung im BMVg, ein. Die Vorgabe für die Streitkräfte in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2011 laute, ein möglichst ganzheitliches Fähigkeitsspektrum abzudecken. Was die derzeitigen finanziellen Bedingungen betreffe, so sei „das Glas definitiv halb voll“. Dennoch sei derzeit kein Vorhaben „gesetzt“ mit Ausnahme jener, für die bereits rechtliche Bindungen bestünden. Jedes einzelne Projekt sei genau zu prüfen und jede Entscheidung bewusst zu treffen.

Bezüglich der Planung sei die Bundeswehr gut aufgestellt. „Das neue Zusammenwirken zwischen Politik, Planung, Rüstung und Nutzung und vor allem mit jenen, die für Strategie und Einsatz verantwortlich sind, ist herausragend gut. Das vorhandene Geld wird so höchst effektiv genutzt“, stellte Rieks abschließend fest.

Smart Defense: Vieles ist noch zu verbessern

Auf die Frage, wie die Wissenschaft die Debatte um schwindende Fähigkeiten bewerte, ging dann Eva-Maria Strickmann vom King's College in London ein. Das Ergebnis einer Untersuchung in 40 europäischen Staaten sei, dass die Streitkräfte zahlreicher Nationen noch viel zu sehr in den Strukturen des Kalten Krieges verhaftet und zu wenig den aktuellen Gegebenheiten angepasst worden seien. Das in Verteidigung investierte Geld werde oft nicht effektiv genutzt. Smart Defense bedeute vorausschauendes und weises Handeln, Prioritätensetzung, bessere Koordination und Investition in neuere Technologien. In diesem Sinne müsse noch vieles verbessert werden, um die gewünschten Effekte zu erzielen.

Der seit 1985 zu beobachtende Abwärtstrend bei den Verteidigungsausgaben werde sich nicht umkehren lassen, „es sei denn, es gibt einen größeren strategischen Schock mit existenziellen Bedrohungen“, so Strickmann. Trotz der diffusen Bedrohungslage müssten sich die europäischen Staaten auf neue multinationale Einsätze mit breiteren Aufgaben einstellen. Nicht zuletzt aufgrund

„Würden die insgesamt zur Verfügung stehenden Finanzmittel der Europäer weise und strategisch sinnvoll ausgegeben, hätte Europa eine bedeutende und nutzbare Verteidigungsfähigkeit. Stattdessen sind die Ergebnisse weniger als die Summe der einzelnen Teile.“

der Prioritätenverschiebung der USA hin zum pazifischen Raum müssten die Europäer überlegen, über welche Fähigkeiten sie künftig verfügen wollten und welche Kommandostrukturen und Technologien dafür notwendig seien. Zum Schluss zitierte Strickmann den ehemaligen amerikanischen Verteidigungsminister Gates: „Würden die insgesamt zur

Verfügung stehenden Finanzmittel der Europäer weise und strategisch sinnvoll ausgegeben, hätte Europa eine bedeutende und nutzbare Verteidigungsfähigkeit. Stattdessen sind die Ergebnisse weniger als die Summe der einzelnen Teile.“ Gäbe es eine bessere Koordinierung, könnten die Europäer also wesentlich mehr leisten, so das Fazit von Strickmann.

In der anschließenden Diskussion kam die Sorge zum Ausdruck, dass sich ähnlich wie in der Finanz- und Schuldenkrise auch in der Verteidigungspolitik die Frage der nationalen Souveränität stellen könnte. Um diese Entwicklung zu verhindern, müsse ausgehend von der politischen und militärischen Führung auf der Basis von Ehrlichkeit und Vertrauen eine neue Kultur der multinationalen Zusammenarbeit entstehen.

Zum Abschluss der Tagung stellten Lehrgangsteilnehmer des LGAN 2010 das Ergebnis der Studienphase: „Der (aus-)gebildete Soldat – Wem zum Nutzen?“ vor. Die komplexen Anforderungen an das Berufsbild Soldat seien nur durch Bildung und Ausbildung zu erfüllen. Die Lehrgangsteilnehmer versuchten auch die Frage zu beantworten, was getan werden müsse, um vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Megatrends die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte langfristig sicherzustellen. Die inhaltsreich und schwungvoll vorgetragenen Analysen und Vorschläge fanden den Beifall der Teilnehmer.

Mit dem Dank an alle Teilnehmer und Organisatoren und der Würdigung der guten Zusammenarbeit mit der Führungsakademie der Bundeswehr beendete der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olschhausen, die Tagung.

Europa und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Vortrag von Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Präsident des Europäischen Parlaments a.D., Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, auf der 46. Sicherheitspolitischen Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft am Freitag, 7. September 2012, in Hamburg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft hat Tradition – sie findet in diesem Jahr bereits zum 46. Mal statt. Ich möchte den Veranstaltern daher an dieser Stelle herzlich gratulieren.

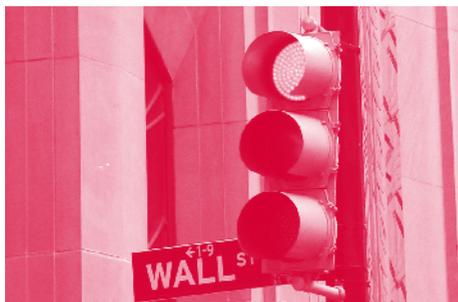
Ihrer Gesellschaft ist es gelungen, diese Konferenz fest zu etablieren. Das ist eine wichtige Leistung. Denn wo ließe sich besser über die Stärkung europäischer Außen- und Sicherheitspolitik sprechen als hier in der Führungsakademie der Bundeswehr? Die Clausewitz-Gesellschaft und ihre Mitglieder wissen um die Bedeutung und Dringlichkeit dieses Themas. Zugleich verstehen Sie es, nicht nur aktive und ehemalige Offiziere zusammenzubringen, sondern auch Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Genau solch einer Mischung bedarf es, um über die Zukunft der Verteidigungspolitik Europas zu sprechen.

Im öffentlichen Diskurs spielt die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik dieser Tage nur eine untergeordnete Rolle – wenn überhaupt.

Ich freue mich, dass ich als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung einen Beitrag zu dieser Veranstaltung leisten kann. Denn die europäische Sicherheitspolitik liegt mir auch persönlich am Herzen. Schon als Promotionsstudent habe ich mich mit Konrad Adenauers Sicherheitspolitik befasst. Und spätestens, als ich 1984 Vorsitzender des Unterausschusses „Sicherheit und Abrüstung“ des Europäischen Parlaments wurde, ließ mich die europäische Sicherheitspolitik nicht mehr los.

Dabei war mir von Beginn an bewusst, dass eine solche Politik nur dann wirksam ist, wenn wir sie gemeinsam gestalten. Wir dürfen nicht vergessen: Europäische Sicherheitspolitik ist kein Selbstzweck. Im Gegenteil, eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik benötigen wir um unserer selbst willen. Nur wenn Europa stark und sicher ist, kann es auch friedlich, frei und wirtschaftlich erfolgreich sein.

Im öffentlichen Diskurs spielt die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik dieser Tage nur eine untergeordnete Rolle – wenn überhaupt. Das ist



Finanzkrise: Wall Street

zu einem gewissen Grad verständlich. Denn die gegenwärtig dominierenden Themen in Europa sind die Schuldenkrise und die davon beeinflusste gemeinsame Währungs politik. Diese Krise beansprucht momentan zu Recht die ganze Kraft und Aufmerksamkeit der nationalen Regierungen, der Institutionen der Europäischen Union sowie der europäischen Öffentlichkeit.

Aufgrund der Energie, die wir derzeit aufbringen, bin ich überzeugt, dass wir bei der Bewältigung der Schuldenkrise auf einem guten Wege sind. Wir müssen ihn mit Entschlossenheit gemeinsam weiterführen, um gestärkt aus den vergangenen Monaten hervorzugehen.

Gerade weil wir mit der gemeinsamen Krisenbewältigung bereits so weit gekommen sind, sollten wir aber eines nicht aus den Augen verlieren: Es gibt auch noch andere Felder, auf denen sich die Zukunft Europas entscheidet.

Die Europäische Union besteht aus sehr viel mehr als aus einer Währungsunion und einem gemeinsamen Markt. Das eigentliche Fundament der europäischen Idee ist die Wertegemeinschaft.

Unsere Werte verbinden uns aufs Tiefste. Ich spreche vor allem von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das sind die Werte, die unsere europäischen Nationen seit Jahrzehnten in Vielfalt einen und die wir seit den Tagen der Aufklärung immer wieder neu erringen mussten. Damit uns dieses Vermächtnis in Zukunft erhalten bleibt, müssen wir unsere Normen und Werte schützen. Aus diesem Grund ist eine gemeinsame Sicherheitspolitik unabdingbar für ein stabiles Europa.

Vielen Bürgern Europas ist dieser Zusammenhang jedoch nicht klar. Sie sehen ihre Werte und Interessen nicht von außen gefährdet und schenken daher Verteidigung und Sicherheit wenig Beachtung. Wieso sollten sie auch? Zum Glück erfahren wir in der Europäischen Union kaum Auswirkungen internationaler Gewalt. Selbst nach den schrecklichen Anschlägen in Madrid 2003 und London 2004 blieb eine europaweite Furcht vor dem Terror aus. Unsere Demokratien

waren und sind gefestigt genug, um sich solcher Angriffe zu erwehren. Wir Europäer haben uns nicht einschüchtern lassen. Wir sind auch nicht der Versuchung erlegen, als Reaktion auf die Gefahr un-
veräußerliche Freiheitsrechte einzuschränken. Das zeigt, wie stabil unser Gemeinwesen im Kern ist. Das dürfen wir zweifelsohne begrüßen. Es unterstreicht einmal mehr, dass die Europäische Union ein beispielloses Friedensprojekt ist, das die Wahrscheinlichkeit von Konflikten und Kriegen auf unserem Kontinent in unvergleichlicher Weise verringert hat.

Das Fundament der europäischen Idee ist die Wertegemeinschaft.

Im Vergleich zu früheren Jahrhunderten und selbst zu den Jahrzehnten des Kalten Krieges leben wir Europäer heute in glücklichen, friedvollen Zeiten. Aber wir dürfen deswegen nicht dem Irrglauben anheimfallen, dass wir uns auf einer Insel der Glückseligen befinden.

Das Ende des Kalten Krieges bedeutete auch für Europa nicht das Ende der Geschichte. Wir sind Teil einer globalisierten Welt und wollen sie verantwortungsvoll gestalten. Dazu gehört auch, dass wir vor ihren Gefahren, Risiken und Bedrohungen nicht die Augen verschließen dürfen.

Worin bestehen diese Gefahren? Darüber geben die aktuellen Strategiedokumente der NATO und der Europäischen Union ausführlich Auskunft. Sie beschreiben eine Bedrohungslage, die sowohl klassische als auch neuartige Gefahren umfasst. So ist der Georgienkrieg 2008 nur das jüngste Beispiel dafür, dass es auch auf unserem Kontinent weiterhin zu zwischenstaatlichen Territorialkonflikten kommen kann.

Nicht minder bedrohlich sind neuartige Gefahren. In vier Tagen werden sich die Anschläge vom 11. September zum elften Mal jähren. Obwohl al-Qaida-Führer Osama bin Laden im Mai 2011 durch die Amerikaner getötet wurde, sind die Gefahren des internationalen Terrorismus noch lange nicht gebannt. Genauso gefährlich ist die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen – ganz zu schweigen von der lebensbedrohlichen Verbindung von Terrorismus, zerfallenden Staaten und Massenvernichtungswaffen.

Das zeigt: Die globalen Verflechtungen heutzutage bringen nicht nur die Förderung und Verbreitung von Freiheit, Wohlstand und internationalem Austausch mit sich. Auch die andere Seite der Medaille muss mitgedacht werden: Die immer intensiveren Verflechtungen begünstigen auch Eiferer und Reaktionäre wie

internationale Terrornetzwerke und Selbstmordattentäter. Es ist die Aufgabe politischer Führung und sicherheitspolitischer Expertenkreise, den Bürgern diesen Zusammenhang zu vermitteln. Das geht in Ruhe und an der Sache orientiert, ohne Ängste zu schüren. Nur so können wir für eine vernünftige Sicherheitspolitik werben und ihre zuverlässige Umsetzung ermöglichen. Konkret bedeutet dies, dass wir Europäer sicherheitspolitisch mehr Gewicht erlangen müssen, um die Kehrseite der Globalisierung abzufedern. Zum einen, um uns gegen die beschriebenen Gefahren zu verteidigen. Zum anderen können wir nur so unsere Interessen durchsetzen, gleich ob politischer oder ökonomischer Natur. Zu guter Letzt ist es unsere moralische Verantwortung, für eine liberale Ordnung der Welt einzutreten.

Es mag eine Zeit gegeben haben, wo die Vereinigten Staaten von Amerika einem weltpolitisch und sicherheitspolitisch stärkeren Europa skeptisch gegenüberstanden. Das ist heute eindeutig nicht der Fall.

Im Gegenteil: In ihrer Strategie vom Januar dieses Jahres kündigen die USA eine Verschiebung ihres sicherheitspolitischen Fokus von Europa auf den asiatisch-pazifischen Raum an. Im Gegenzug sind wir Europäer aufgerufen, in stärkerem Maße als bisher selbst die Verantwortung für die Stabilität unseres Kontinents und seine unmittelbare Nachbarschaft zu übernehmen.

Dieser Umstand sollte Europa nicht Sorge bereiten, sondern Anlass zur Freude sein. Die neue Prioritätensetzung der Amerikaner zeigt: Heute sind wir das „Europe whole and free“, von dem George Bush Senior bereits 1989 sprach. Das haben wir mit Hilfe der Amerikaner geschafft. Und auch gegenwärtig und in Zukunft werden die USA unser engster Verbündeter bleiben.

Damit dieses transatlantische Band jedoch weiterhin Bestand hat, müssen wir sicherheitspolitisch mehr Verantwortung übernehmen. So können wir unseren Einfluss in der Welt vergrößern, indem wir die Lasten innerhalb der NATO mittragen – und dadurch auch die Amerikaner weiterhin vom Wert dieses Bündnisses überzeugen.

Die Alliierten dies- und jenseits des Atlantiks diskutieren bereits seit Gründung der NATO über Lastenteilung, über „burden-sharing“. Allerdings haben die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise der Diskussion Dringlichkeit verliehen. Die Krise verdeutlicht, wie unabdingbar die Zusammenarbeit der Europäer ist. Es sind nicht nur die EU-Staaten, die unter knappen Kassen zu leiden

haben; auch die USA müssen ihren Verteidigungshaushalt in den kommenden Jahren um hunderte Milliarden kürzen. Daher sind die Vereinigten Staaten weder in der Lage noch gewillt, weiterhin den Großteil der Last innerhalb der Allianz zu tragen. Das hat nicht zuletzt Präsident Obamas zurückhaltender Ansatz in der Libyen-Mission illustriert.

Darin liegt für uns Europäer die Chance, die transatlantische Partnerschaft zukunftsfest zu machen. Schließlich ist die verstärkte Hinwendung der Amerikaner Richtung Asien nicht als Vernachlässigung der Bündnispflicht zu verstehen. Präsident Obama hat zu Recht immer wieder deutlich gemacht, dass die Europäer weiterhin die wichtigsten Partner der USA sind.

Damit das so bleibt, müssen wir Europäer die Zeichen der Zeit erkennen. Wir müssen unsere außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit vertiefen und harmonisieren. Nicht nur aufgrund finanzieller Zwänge, sondern aus strategischer Überzeugung.

Wir müssen mit vereinter Kraft Verantwortung für die Stabilität unseres Kontinents und unserer Nachbarschaft übernehmen. Natürlich nicht nur mit militärischen Mitteln, aber doch auch auf der Basis militärischer Einsatzbereitschaft. Das muss im Einklang mit den Amerikanern geschehen und sich in eine effektive Arbeitsteilung übersetzen.

Um unsere gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit Leben zu erfüllen, müssen wir Europäer das Heft des Handelns selbst in die Hand nehmen. Durch den Vertrag von Lissabon hat sich die Europäische Union dafür bereits einige neue Instrumente geschaffen.

Zu den wichtigsten Neuerungen gehört die Namensänderung von der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) hin zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Damit ist nicht nur ein formeller Wandel, sondern auch eine qualitative Veränderung in den Sicherheits- und Verteidigungsanstrengungen der Europäischen Union eingeläutet worden.

So schuf die Union das Amt der Hohen Vertreterin für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, das von Lady Catherine Ashton übernommen wurde. Sie ist zugleich Vizepräsidentin der Kommission, trägt also Haushaltsverantwortung. Darüber hinaus führt sie den ebenfalls neu entstandenen Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), wodurch die GSVP eine

Vertretung nach außen bekommen hat. Diese Schritte sind von großer symbolischer Bedeutung. Nun endlich hat die europäische Außen- und Sicherheitspolitik die eine Telefonnummer, nach der Henry Kissinger immer verlangt hat. Das



Dr. Hans-Gert Pötering bei seinem Vortrag

erzwingt nicht von einem Tag auf den anderen eine geschlossene, gemeinsame Politik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Deren politischen Willen zur vertieften Zusammenarbeit können die Hohe Vertreterin und der EAD nicht ersetzen. Aber sie bilden die nötigen strukturellen Voraussetzungen dafür. Und wie ich aus langer Erfahrung im Europäischen Parlament weiß: Strukturen schaffen ihre eigene politische Dynamik. Das benötigt allerdings eine gewisse Zeit, und die sollten wir diesen neuen

Instrumenten auch geben. Wir dürfen nicht vergessen, dass der EAD noch in seinen Anfängen begriffen ist. Erst zu Beginn des Jahres 2010 hat er seine Arbeit aufgenommen. Daher wird sich sein Potential womöglich erst noch zeigen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch ein anderes der Instrumente hervorheben, die der Vertrag von Lissabon geschaffen hat, da es mir für die künftige außen- und sicherheitspolitische Entwicklung der Europäischen Union von besonderer Bedeutung erscheint: die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ).

Dieses Instrument ermöglicht es jenen Mitgliedsstaaten, die zu einer verstärkten verteidigungspolitischen Kooperation bereit sind, sich im Rahmen der SSZ besser zu organisieren. In der praktischen Ausgestaltung können sich diese Staaten beispielsweise stärker an multinationalen Streitkräften oder europäischen Ausrüstungsprogrammen beteiligen.

Auf diese Weise soll die SSZ dazu dienen, einsatzfähige europäische Truppenkontingente ins Leben zu rufen. Dadurch soll die EU künftig in die Lage versetzt werden, Operationen mit flexiblen militärischen Verbänden durchzuführen. Außerdem sollen so die gegenwärtigen Defizite im strategischen und taktischen Lufttransport, bei der militärischen Aufklärung und beim Schutz der eigenen Streitkräfte im Einsatz behoben werden. Diese Kapazitätslücken haben sich nicht zuletzt in Libyen im Rahmen der „Operation Unified Protector“ offenbart. Die SSZ kann der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einen

enormen Schwung verleihen, so sie denn entsprechend genutzt wird. Sie ermöglicht es den Mitgliedsstaaten, neue Initiativen ins Leben zu rufen und zu erproben und somit eine tiefere Integration im Rahmen der Europäischen Union zu verfolgen. Zugleich bleibt es anderen Staaten der Europäischen Union grundsätzlich offen, bestehenden Kooperationen und Zusammenschlüssen beizutreten, soweit sie die dafür nötigen Kriterien erfüllen und sich den Zielen der SSZ verpflichten. Dadurch verbindet die SSZ die Möglichkeit des Voranschreitens mit einer grundsätzlich gemeinschaftlichen Grundhaltung.

Das ist die Mischung, die wir für eine erfolgreiche und sichere Zukunft brauchen: den Mut zu neuen Initiativen und die Einigkeit der Europäischen Union. Das gilt vor allem in Zeiten knapper Kassen und unsicherer weltpolitischer Lage. Die Staaten der Europäischen Union haben darauf mit der Initiative „Pooling & Sharing“ reagiert, also der Zusammenlegung und gemeinschaftlichen Nutzung und Beschaffung von Verteidigungsfähigkeiten.

Im Einzelnen ist das Konzept noch nicht ausgestaltet. Allerdings ist mit der deutsch-schwedischen Gent-Initiative im Dezember 2010 ein Fahrplan aufgestellt worden, wie sich die Mitgliedsstaaten in dieser Frage einander nähern können.

Demnach sollen alle EU-Mitgliedsstaaten überprüfen, welche Verteidigungskapazitäten unbedingt in nationaler Hand verbleiben müssen und welche sie bereit sind, in gemeinschaftliche europäische Verantwortung zu übergeben. Verfahren die interessierten Mitgliedsstaaten nach diesem Plan und verschreiben sich einer transparenten Herangehensweise, so könnten die Voraussetzungen für ein effizientes und gemeinschaftliches „Pooling & Sharing“ geschaffen werden.

Damit dies gelingt, muss auch die Rolle der Europäischen Verteidigungsagentur gestärkt werden. Sie sollte sich zum Knotenpunkt europäischer militärischer Forschung, Entwicklung, Beschaffung und Rüstung entwickeln.

Auch in dieser Hinsicht ist die Europäische Union auf einem besseren Weg als ihr manche Kritiker zugestehen. So hat die Europäische Verteidigungsagentur erst im März dieses Jahres bekanntgegeben, dass sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union darauf geeinigt haben, die Entwicklung der gemeinsamen Luftbetankung voranzutreiben. Diese Fähigkeit soll zu einer Priorität in Europa erhoben werden, damit sie sowohl für Operationen der Europäischen Union als auch der NATO zur Verfügung stehen kann.

Außerdem konnte die Europäische Verteidigungsagentur Fortschritte bei weiteren Initiativen bekanntgeben. Beispielsweise wurden das gemeinsame Helikopter-Trainingsprogramm, die gemeinsame Seeüberwachung sowie das gemeinsame Pilotentraining weiterentwickelt.

Zugegeben, die genannten Fortschritte können uns noch nicht genügen. Aber immerhin können wir sehen, dass sich etwas bewegt, wenn auch erst einmal in kleinen Schritten. Vielleicht ist aber gerade das der Weg, den wir beschreiten müssen: konkrete, womöglich kleinere Zwischenergebnisse zu erzielen, anstatt den allumfassenden Wurf auf Anhieb erzwingen zu wollen.

Es wäre zu einfach zu sagen: Der Weg ist das Ziel. Aber wir sollten anerkennen, dass wir schon einen langen Weg zu einer einheitlichen und effizienten gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa zurückgelegt haben. Im gleichen Atemzug muss allerdings auch gesagt werden, dass wir bisher zwar einiges erreichen konnten, aber noch lange nicht am Ziel sind.

Was muss also getan werden, um das Ziel zu erreichen? Wie sehen die nächsten Schritte aus? Ich habe Ihnen die sicherheitspolitische Lage skizziert, in der sich die Europäische Union heute befindet, und über die neuen Möglichkeiten seit Lissabon gesprochen. Nun kommt es darauf an, konkrete Maßnahmen für die Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufzuzeigen. Das ist eine große Zukunftsaufgabe, die mehr erfordert als das Engagement einzelner Politiker. Es braucht die Zusammenarbeit vieler strategisch denkender und kluger Köpfe aus allen Bereichen der Europäischen Union und über die Generationen hinweg. Genau aus diesem Grunde haben wir uns heute hier versammelt.

Vorab: Unsere europäische Sicherheitspolitik muss weiterhin mehr als militärische Mittel umfassen. Zwar ist die Vorstellung von Deutschland und Europa als „Zivilmacht“ einseitig und daher verfehlt. Wir benötigen militärische Schlagkraft als Ausdruck unseres Selbstbehauptungswillens. Dennoch können wir nicht oft genug die Bedeutung ziviler Mittel wie der Diplomatie, der Entwicklungshilfe und der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit betonen. Gerade diese Maßnahmen können den Konflikten des 21. Jahrhundert vorbeugen. Auch wissen wir spätestens seit den aufreibenden Kriegserfahrungen am Hindukusch, dass das Militär allein nicht im Stande ist, politische Konflikte zu lösen.

Trotzdem bleibt der Einsatz militärischer Gewalt auch in Zukunft als äußerstes Mittel relevant. Er sollte allerdings im Sinne der „Vernetzten Sicherheit“ nur ein Baustein einer politischen Lösung sein. Zuletzt hat der Einsatz in Libyen gezeigt, dass auf die Kriegführung der zivile Aufbau einer neuen Ordnung folgen muss. Dafür sollte sich die Europäische Union einsetzen und ihre zivilen Stärken nutzen, um den Umbruch in Nordafrika zu begleiten und zu unterstützen. Diese Unterstützung hilft nicht nur den Menschen vor Ort. Auch uns Europäern kommt eine freie, stabile und wirtschaftlich prosperierende Nachbarschaft zu Gute.

Wir müssen den Umgang mit unseren südlichen Nachbarn nicht nur kurzfristig planen, sondern auch langfristig in eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik einbetten. Daher ist es an der Zeit, eine Neuauflage der Europäischen Sicherheitsstrategie in den Blick zu nehmen. *Ich halte es für richtig, dabei ein klares Fernziel in den Blick zu nehmen: die Schaffung einer Europäischen Armee.* Zwar sind Bedrohungen wie der internationale Terrorismus und die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen nach wie vor aktuell; das heißt jedoch nicht, dass seit 2003 nicht neue Gefahren und Unsicherheiten hinzu gekommen sind. Die Auswirkungen des Arabischen Frühlings sind nur ein Beispiel dafür.

Das zehnte Jubiläum der aktuellen Sicherheitsstrategie im kommenden Jahr böte Anlass genug, die Beratungen über eine Neuauflage anzustoßen. Das ist ein ambitioniertes, aber erstrebenswertes Ziel.

Es wäre sinnvoll, Lady Ashton von Anbeginn den Überarbeitungsprozess leiten und gestalten zu lassen. Dadurch könnte vermieden werden, die Thematik durch die Mitgliedsstaaten übermäßig zu politisieren. Dass die Mitgliedsstaaten in den Prozess eingebunden werden müssen, steht außer Frage. Im Vergleich zu einem direkt von den Mitgliedsstaaten geführten Entscheidungsprozess könnte der Europäische Auswärtige Dienst die Debatte über eine neue Sicherheitsstrategie jedoch sachgerechter anleiten.

So könnte Lady Ashtons Institution durch Überparteilichkeit und Zwischenerfolge die Mitgliedsstaaten vom Sinn einer neuen Sicherheitsstrategie für Europa überzeugen. Meine Hoffnung ist, dass dadurch auch in den Mitgliedsstaaten der politische Wille gestärkt wird, eine tiefere Zusammenarbeit in strategischen sicherheitspolitischen Fragen zu ermöglichen.

Eine aktualisierte Europäische Sicherheitsstrategie sollte neue geopolitische Herausforderungen skizzieren und vorrangige Bedrohungen benennen. Ebenso sollte sie einen Fahrplan für die effektivere Nutzung und Einsetzbarkeit europäischer Streitkräfte enthalten.

Ich halte es für richtig, dabei ein klares Fernziel in den Blick zu nehmen: die Schaffung einer Europäischen Armee. Das ist allerdings eine enorme Aufgabe, die nicht von heute auf morgen zu bewältigen ist. Daher braucht es, wie auch bei anderen „Pooling & Sharing“-Initiativen, Zwischenschritte. Einen solchen habe ich im Jahr 2008 auf der Berliner Sicherheitskonferenz vorgestellt: das Konzept der Synchronized Armed Forces Europe, kurz SAFE.

SAFE zielt darauf ab, im Sinne einer freiwilligen Teilnahme die europäischen Streitkräfte stärker aufeinander abzustimmen. Das soll in einem dynamischen Prozess geschehen, zum Beispiel durch eine verbesserte Zusammenarbeit mit der Europäischen Verteidigungsagentur.

Der Auswärtige Ausschuss des Europäischen Parlaments hat das SAFE-Konzept im Januar 2009 bekräftigt und es in den Jahresbericht des Europäischen Parlaments zur damaligen ESVP eingefügt. Gegenwärtig berät der Rat der Europäischen Union darüber, wie das Konzept am besten umgesetzt werden kann. Ein weiterer flankierender Schritt auf dem Weg zu einer Europäischen Armee ist die Angleichung der Ausbildung innerhalb der nationalen Streitkräfte. Eine Voraussetzung hierfür ist allerdings die Öffnung der Karrierewege für Bürger aller EU-Mitgliedsstaaten, wie sie bisher nur Belgien vorbildlich umsetzt.

Es ist daher an der Zeit, den Trend der ständigen Kürzungen der europäischen Verteidigungsbudgets zu stoppen. Angesichts schmaler Haushalte und erheblicher Verschuldung ist das eine unpopuläre Forderung. Aber es kann auch nicht sein, dass die notwendigen Einsparungen stets überproportional zu Lasten unserer Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit gehen.

Diese politischen Maßnahmen bedürfen einer zusätzlichen strategischen Unterfütterung. Ich schlage daher vor, neben einer aktualisierten Europäischen Sicherheitsstrategie auch ein Europä-

isches Weißbuch der Verteidigung zu erarbeiten. Dieses Dokument könnte als Ausgangspunkt für die gemeinsame Planung und Politik dienen. Ihm käme eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung von „Pooling & Sharing“ zu. Dazu bedarf es allerdings nicht nur konkreter Ideen wie gemeinsamer Hub-schrauberverbände oder der Zusammenlegung von Marinekapazitäten der EU-Nord- und Ostseestaaten. Mehr Gemeinschaftlichkeit auch bei der Nutzung

militärischer Kapazitäten erfordert vor allem Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Gemeinsame Strategiepapiere können dazu einen Beitrag leisten, so wie jüngst die Veröffentlichung des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Andreas Schockenhoff, und des Abgeordneten Roderich Kiesewetter. Sie können jedoch entschlossenes und solidarisches Handeln, vor allem in Krisenzeiten, nicht ersetzen.

Die Staaten Europas können es sich nicht länger leisten – finanziell nicht, aber auch politisch nicht – ihre Sicherheit rein national zu organisieren.

Dazu gehört auch die Einsicht, dass man mit „Pooling & Sharing“ zwar langfristig Geld sparen kann, aber eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine einflussreichere Rolle Europas in der Welt nicht zum Nulltarif zu haben sind.

Es ist daher an der Zeit, den Trend der ständigen Kürzungen der europäischen Verteidigungsbudgets zu stoppen. Angesichts schmalere Haushalte und erheblicher Verschuldung ist das eine unpopuläre Forderung. Aber es kann auch nicht sein, dass die notwendigen Einsparungen stets überproportional zu Lasten unserer Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit gehen.

Es fehlt uns nicht an Ideen und Instrumenten zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Alle Teile des Puzzles liegen auf dem Tisch. Was wir jetzt brauchen, ist der Mut und die Führungsstärke, sie zum Bilde zu formen.

Die Staaten Europas können es sich nicht länger leisten – finanziell nicht, aber auch politisch nicht – ihre Sicherheit rein national zu organisieren. Wir müssen enger zusammenarbeiten, um die Welt von morgen mitzugestalten und uns drohender Gefahren zu erwehren.

Ich bin der festen Überzeugung, dass Sie in der Clausewitz-Gesellschaft Ihren Beitrag dazu leisten werden, unsere europäische Sicherheitspolitik auf diesem Weg zu unterstützen. Ich wünsche uns und Ihnen allen eine erfolgreiche Jahrestagung. Herzlichen Dank!

Strategic Decision-making – Security Policy in times of scarce resources and new challenges

Walter Stevens

Vorbemerkung der Redaktion: Der Vortrag wurde von Walter Stevens am 7. September 2012 auf der 46. Sicherheitspolitischen Informationstagung in englischer Sprache gehalten. Um den Inhalt des Vortrags in höchstmöglicher Authentizität wiederzugeben, wird er im Jahrbuch 2012 auch in Englisch veröffentlicht. Eine deutsche Höflichkeitsübersetzung kann den Lesern auf Anforderung durch die Geschäftsstelle der Clausewitz-Gesellschaft e.V. zur Verfügung gestellt werden.

Introduction

Herr General Dr. Olshausen, Herr General Lidsba, Herr Dr. Pöttering, meine Herren Generale und Admirale, verehrte Gäste, I'm sorry but I will speak in English.

I'm honoured to speak at the Clausewitz Society Conference on such an important topic as "Strategic Decision making – Security Policy in times of scarce resources and new challenges". This is an excellent venue to discuss this topic, among distinguished speakers, practitioners as well as academics. Let me start to underline that many of the thoughts of the military thinker and great philosopher

"... in war more than in any other subject we must begin by looking at the nature of the whole; for here more than elsewhere the part and the whole must always be thought of together."

Carl von Clausewitz are still very relevant today.

They provide us with the right stimulus. Clausewitz reminded us to always put military action into the broader political context and that

is important. And I quote; "[But]... in war more than in any other subject we must begin by looking at the nature of the whole; for here more than elsewhere the part and the whole must always be thought of together."

This is very true today more than ever. We have learned, in Iraq and Afghanistan but also in the Horn of Africa, and our Southern neighbourhood, that today's conflicts are extremely complex. It's a fact that no one actor can master them alone.

And the security challenges that Europe is facing are considerable and paradoxically on the increase, many of them are happening right in our neighbourhood. The backdrop against which they are taking place is: tight defence budgets, financial austerity here at home.

One important factor that is less discussed but indeed needs to be considered is the perception of security by EU citizens. I believe that the nexus between internal and external security should constantly be on our minds when we speak about EU's security objectives and action. Explaining better to our public how these two domains relate will raise their awareness and might raise support for EU's external action, and Common Security and Defence Policy (CSDP).

Doing nothing is not an option. At the same time, we cannot act everywhere. We need to act where we can bring added value, make a difference, with the greatest benefits for the EU and its citizens. We also need to look for smart solutions and work closely with our partners. The EU, post the Lisbon Treaty, is so well placed for this. It's not about theory, it's about action and that's what I want to share and discuss with you today.

1. Let me start by a few words about the past, strategic context and the EU.

The EU's role and actions in the field of security and defence are not always too well known. Many times we also have the tendency to talk ourselves down: Europe being too slow, too soft, too divided. Indeed, in the nineties, the Balkan wars demonstrated Europe's inability to deal with conflict on its doorstep. At the time, the EU had no capability to act – the US and NATO had to step in.

Since then, however, the EU has developed a range of civilian and military capabilities and is currently deploying over 5,000 experts in twelve missions and operations across the globe supporting the rule of law (Kosovo), training and mentoring police and judiciary (Afghanistan, Iraq, Palestinian Territories), monitoring a peace agreement (Georgia), supporting security sector reform (Democratic Republic of Congo), training armed forces (Somalia, Bosnia and Herzegovina), and fighting piracy in the Horn of Africa. Together with the three new missions: EUCAP Nestor¹ to support regional maritime capacity building, EUCAP Niger/Sahel and EUAVSEC S. Sudan, this amounts to a total of 15 missions and operations.

The security challenges that Europe is facing are considerable and paradoxically on the increase, many of them are happening right in our neighbourhood.

Over the past decade, therefore, the EU has grown up as a security provider – or to put it differently, as a peace builder. The new US Defense Strategic Review recognises not only that Europe is a "producer of security rather than consumer" but also calls on the EU to take a larger share of the burden.

Also, there is a growing demand internationally for the EU to become a more prominent security provider. That is all the more needed with crisis erupting everywhere and getting more and more complex, not in the least in our Southern Neighbourhood.

Paradoxically, at the moment that the need for crisis management capacities is increasing, we are being hit by a very severe financial and budgetary crisis that has put a serious cap on crisis management resources, both military and civilian.

Although cuts on defence in Europe are significant, we bring impressive numbers to the table:

- The 27 Member States of the European Union currently provide 40% of the UN's budget; the EU-27 is a significant voting bloc in all international organisations.
- Collectively, we in Europe spend about € 200 billion EUR on defence and deploy thousands of civilian experts and diplomats.
- However, the € 200 billion that the 27 EU members spend on defence amount to about a third of US spending (711 billion, 41% of world's total).
- Yet, it buys only a fraction of US military capabilities. Because it is split between 27 armies, and almost as many air forces and navies, all with headquarters, training structures and national logistic chains. In other words huge duplications exist.

Where is all this theoretical strength in reality? We have to ask ourselves: Can quality in decision-making compensate for gaps in numbers and forces? Can we and do we achieve impact? Are there ways to do more (or at least the same) with less? It is my belief that the answer to these questions is: YES.

The strength of the EU is its wide tool box of instruments with which it can engage to manage or prevent conflict (diplomatic, development, humanitarian, security).

The trick is, how we do it, how do we put all these tools in the right combination – it has to be the right mix at the right time, put in action, on the basis of a good strategy.

Comprehensive Approach (CA), a term we hear more and more often, I believe is the right way to go. It is not just a "sexy, catchy" phrase. It is the most optimal route in terms of "mileage, tolls and time" to achieving what we have set out in European Security Strategy and what was on our minds when uniting behind the Lisbon Treaty.

The CA is a must for two reasons:

First: It acknowledges the fact that there exists no single, one-sided solution to the complex security problems of today; you need to employ a broad spectrum of tools to provide enduring effects.

Second: In times of scarce resources you need to ensure a maximum of complementarity, avoid duplication, explore synergies and identify enabling and multiplying effects.

And the Lisbon Treaty is designed to enable the EU to act more coherently, in a comprehensive way:

First: European External Action Service (EEAS) is in place: rendering Common Foreign and Security Policy (CFSP) more coherent and by providing continuity in external representation. The High Representative (HR) has described the EEAS as a "machine" for conflict prevention, security and stability. A range of internal steps were effectuated to bring together all relevant players in the service, Geo Desk, Common Security and Defense Policy (CSDP), crisis response in the Crisis Management Board and the Crisis Platforms as well as in the Crisis Prevention Board. There is still much work to do. Rome was not built in one day. We are still working at narrowing further the gaps between CFSP and the external aspects of the Commission's work. We are working hard to ensure that Member States feel ownership of the CFSP.

Second: We also have gained experience with running CSDP missions and operations for more than a decade (total of 24 missions/operations, trained security personnel, civilian-military cooperation/collaboration with partners...).

Clearly, the seeds for CSDP were sown before 2012. But the approach was more ad-hoc, less joined-up, more focused on short-term solutions. Now, as a result of enhanced coherence, continuity and service-orientation slowly but surely and in difficult environment, a new type of crisis management is emerging. And I would like to demonstrate this with the case of Horn of Africa how we are already making a difference.

2. Translating Comprehensive Approach into Comprehensive Action: Horn of Africa and the fight against piracy, which is a huge challenge.

The EU's first maritime mission, Operation ATALANTA, was launched in 2008 and has been successful in protecting World Food Programme and African Union Mission in Somalia (AMISOM) shipments into Somalia. Additionally,



Operation ATALANTA

they have provided protection to merchant ships transiting this key route to Europe and disrupted piracy. ATALANTA works closely together with NATO's "OCEAN SHIELD", the US-led Coalition Maritime Forces, and other naval forces in the region to fight piracy.

However, piracy at sea is due to instability and lack of governance and development on land in Somalia. We also need to address

this – and not only by occasionally destroying logistics dumps on shore – which I know was a sensitive political issue here in Germany. The EU's Training Mission (EUTM) has been training Somali soldiers in Uganda since 2010 to support the TFG in getting control over Mogadishu and the Somali territory. They do that in support of AMISOM, the African Union force in Somalia, for which the EU pays a large amount of the salaries.

We also have invested and continue to invest significant resources in development and humanitarian assistance and assist to develop the regional maritime capacity building through Commission programmes on Critical Maritime Routes and Maritime Security and through the new CSDP mission EUCAP Nestor, which will help with the training of coast guards in Djibouti, Kenya and the Seychelles and the coastal police in Puntland and Somaliland in cooperation with United Nations Development Programme (UNDP) and United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC).

We have recently activated the Operations Centre in Brussels to better coordinate the military aspects of our different missions. The European Union Special Representative (EUSR) for the Horn of Africa, Alexander Rondos, coordinates all different strands of our action and makes sure that the political process in Somalia remains on track, which is key to progress and success.

All of this is tied together by the Horn of Africa strategy, agreed by us all as the wider framework for our action. We understand the problem, we have a common end-state, and we work together in a coherent manner.

And we are now working on an "Action Plan for the EU fight against Piracy off the Horn of Africa and in the Western Indian Ocean". It is the EU version of a classical campaign plan and translates the Horn of Africa strategy into concrete action, putting all the necessary strands together to contain piracy, to deter people from joining piracy groups, to encourage Somalia and the region to fight poverty and promote sustainable development.

The comprehensive approach is not limited to EU activity – we conduct this with partners.

- For the EU Training Mission of Somali soldiers we have partnered with the United States, AMISOM and Uganda. This has been key to the success of our mission. By the end of the second mandate (December 2013), we will have contributed to training ca. 3,000 Somali security forces. They have been very instrumental, together with AMISOM, in the TFG regaining control over Mogadishu and wider areas in Somalia proper, until now in the hands of Al Shabab.
- EUTM Somalia is a point in case to make use of multiplying and enabling effects: a relatively small and affordable mission (first mandate 7 million EUR, second mandate 4.8 million EUR, max. 124 personnel from 14 nations, amongst them several partner nations) provides enormous effects. EUTM is considered to be the most efficient mission to date.

Partners add considerable value to our missions, they increase our reach and impact. Partners are interested in joining the EU as they see the significant benefit of our actions in areas of instability. For the Maritime Capacity Building mission in the Horn of Africa, we link in with the International Maritime Organisation, with UNODC, UNDP, and we have strong interest from Third Countries such as South Korea and Japan. The US is one of our principal partners. The EU and

the US recently signed a Framework Agreement to regulate the participation of US staff in EU-lead missions – as it is already the case in Kosovo and Congo.

With all that, we are starting to have an effect. The International Maritime Bureau noted a significant drop in pirate attacks for this year off Somalia indeed they stated that "naval actions play an essential role in frustrating the pirates" and the naval presence simply must continue.

Also the successful rate of attacks is down. There seems to be some hope for the Somali people. However the challenges remain considerable and the issue is far from being solved.

Horn of Africa should become the norm, the new, wholesome model of EU action.

We are developing the same approach for the Sahel region. We are launching a capacity building mission in Niger and carrying out prudent planning to address the security situation in Mali.

3. Where does my Directorate, the Crisis Management and Planning Directorate (CMPD), stand in all this? It has done the strategic planning for all these Horn of Africa missions

The CMPD was established in 2009 when the European Council in its 2008 conclusions encouraged the efforts by the then Secretary-General/High Representative Javier Solana, to the establishment of a new, single, civilian-military strategic planning structure for CSDP operations and missions to ensure a better synergy between military and civilian means. So, in a certain way, we are a precursor of the comprehensiveness, civilian-military approach, creating synergies in planning missions and operations. And that is still very valid today, so what does CMPD do?

First: Strategic planning of CSDP missions/operations for crisis management. That is basically finding the answer to the question:

- "Why the EU should do something about a crisis situation, what it could do and with whom"?
- Integrated civilian-military planning.
- Product: CMC has to be approved by the Council, as basis for operational planning.

- Planned 3 new missions: EUCAP Nestor, EUCAP Niger/Sahel, European Union Aviation Security Mission South Sudan (EUAVSEC S. Sudan).

Second: Strategic reviews of existing CSDP missions and operations

- Changing strategic context – need to adapt.
- Reaching objectives.
- Coherence with other EU instruments, with what partners do.
- Product: SR – PSC (Middle East Missions, Georgia, Kosovo, RDC, Bosnia).

Third: CSDP Partnerships

- Question “with whom”?
- Work together with our partners: UN, AU, NATO etc, Third Countries (US, Turkey, Norway, Australia, Japan).
- Product: FPA, crisis management dialogues and defence/security, getting more and more important.

Fourth: Developing concepts, policies, Exercises, training on CSDP

- To ensure coherence and efficiency at all stages.

4. In our planning we have tried to improve the efficiency and added value of our CSDP missions and operations

Where specific added value of CSDP instrument could be fully exploited and economic synergies found to optimise value for money. A few examples:

- A more proactive approach in planning, thinking ahead, come up with proposals (lead to 3 new missions), also CMC Libya, precedent planning on Mali.
- A more integrated approach to crisis management: 2 elements

First: Basing our work on EU regional strategies which are a key element in forging a comprehensive approach to crisis management as they set the overall political framework in which all EU actions to address a crisis should take place and contribute to the overall objective. In this logic, the strategies for the Horn of Africa and for the Sahel have been used as the basis to conduct strategic plan-

ning of new missions in the region such as the regional maritime capacity building mission (EUCAP Nestor) and the Sahel mission in Niger and to develop strategic reviews of existing missions, such as EUTM Somalia. These strategies have also been used to improve the articulation between the CSDP missions and other EU activities.

Second: Planning effort has advanced towards more integration between CSDP activities and Commission instruments (EDF, IfS, IPA, etc). For example, in Bosnia and Herzegovina (BiH) , Member States agreed to close down European Union Police Mission (EUPM), the oldest CSDP missions, in June 2012 while ensuring that concrete follow-on to that mission is provided by a reinforced EUSR Office/EU Delegation and specific programmes run by the Commission. On EUCAP Nestor also we are building-in partnerships with the Commission programmes on maritime capabilities such as on the critical maritime routes programme and with partners such as IMO, UNDP, UNODC to reinforce each other.

We also work towards more focused CSDP missions and clear exit strategies.

- In BiH, the military operation ALTHEA, following a Council Decision in October 2011, is now reconfiguring and will focus on capacity building and training in an effort to strengthen BiH state institutions.
- In Kosovo, following a strategic review in early 2012, we are now focusing EULEX, our biggest CSDP mission, on supporting Kosovo institutions mainly at strategic level, and we continue with executive functions in relations to issues where Kosovo authorities are not yet ready to take responsibility, such as war crimes, organised crime and witness protection.
- Activities of EUPOL Afghanistan have been further focused along three programmatic pillars of institutional reform of the Ministry of Interior, professionalization of the Afghan National Police and connecting police to justice and prosecution.

We have been also actively seeking ways of optimising value for money.

- In CSDP missions, develop structures and organisation of our CSDP missions to achieve synergies and achieve "more bang per buck". This includes streamlining missions, simplifying procedures and processes, benchmarking.
- Through effective partnerships and by smartly coordinating international

efforts, we allow a mission to punch far above its weight in terms of money invested through a mission and assigns to the EU a role where it really can add strategic value to the international community. For example, EUCAP NESTOR, although modest in mandate and budget, acts as an important catalyst to secure third state contributions in terms of financial support or material resources. This is reinforced because of the recently signed EU/IMO Partnership. EU/IMO strategic tandem has become the partner of choice for many regional partners, like the United Arab Emirates (UAE), South Korea or Japan.

5. Now, to be able to deliver, we need robust capabilities and resources to act

Force generation and capability development are key for the EU's credibility. It is easy to talk, we also need to deliver. Some 80,000 people have been deployed in CSDP missions and operations over the past 10 years, but a maximum at any one time of around 9,500 namely in 2006 (EUFOR DRC and ALTHEA) and 2009 (Tchad). Although civilian missions outnumber military operations by far, military operations tend to be much larger in size. As we speak, there are over 5,000 men and women deployed in 15 missions and operations.

To put the overall EU CSDP efforts in perspective: in 2011 the UN deployed 263,118 peacekeepers and NATO almost 150,000 troops, more than 50 and 30 times as many as the EU. Yet, what we are trying to prove is that also small and targeted missions

– embedded in a comprehensive approach – can tip the scale and make a difference in stabilising a situation. The EU has stepped in where the UN, NATO or regional organisations would not be able to do so (e.g. Aceh, Georgia) and each organisation should focus on what it does best (e.g. Kosovo, DRC, Afghanistan, Iraq).

These organisations are competing for resources. They all depend on Members' contributions. You can better attract resources by showing impact: best value for money. We thus have to focus on how and where to add most value and work closely together to avoid overlap and ensure synergies.



KFOR-Mission

Each Member State is taking strategic decisions about where to put its resources. Germany's emphasis is on NATO. Yet, compared to other EU Member States, Germany is seconding the highest number of civilian staff to EU missions, namely 186 out of a total of 1,482 seconded staff by MS, hence 12.5% (April 2012). I believe your contribution to CSDP military operations (which are financed outside the official EU budget to which Germany is of course the major contributor) is approx. 532 staff (EUTM 20, EUSEC 2, mainly ATALANTA

Pooling and sharing of military capabilities represents a common response to European capability shortfalls, aiming at enhancing operational effectiveness in a context of financial austerity and a changing strategic environment.

ca. 510) (and we are very grateful for that). In addition, Germany alone seems to spend about 100 million EUR a year on ATALANTA, a very considerable sum. The German financial contribution to UN peacekeeping operations was 8% or the 4th largest contributor (2011-2012) followed by France and Italy.

As the topic of today's conference rightly indicates, force generation proves more and more challenging, especially in these austere budgetary times. We discern the following pattern: when we launch a new CSDP mission, Member States are enthusiastic; force generation is rather easy but it becomes much more challenging over time to sustain a mission or operation. This can lead to difficult situations, putting at risk our credibility such as in Kosovo, where the lack of Formed Police Units (FPU's) significantly impinge on EULEX delivering capacity and credibility.

Finally, looking further ahead, defence cuts in Europe make the need to work together and pool and share our efforts and capabilities even more necessary. Ministers have already approved some important projects such as air-to-air re-

In times of scarce resources, significant budget cuts, ongoing reform efforts in various EU-countries, which all are based on similar security assessments, the issue of combining, even merging national efforts, resources and forces should be on the agenda more than ever.

fuelling. But we must go further in pooling and sharing opportunities for defence. There is no alternative to this if we wish to remain capable of acting. We now need a longer term and more structured approach for pooling and sharing, and also to look at the EU defence industry aspects. The role of the European Defence Agency (EDA) is crucial and we are

currently exploring ways to cooperate even closer with the Commission. The EU President, Herman Van Rompuy, intends to address defence issues at the European Council in December 2013, including industrial elements and the contribution of the defence industry to jobs and growth.

Also, the cooperation between EU and NATO on Pooling and Sharing and Smart Defence has been effective and productive, building on respective strengths and value added. It has allowed, in practice not just in theory, to avoid duplication, which is an even greater imperative in times of financial restrictions. The "Ghent-Initiative" – introduced and pushed forward also by Germany – has made a difference. We need continued German commitment.

Pooling and sharing of military capabilities represents a common response to European capability shortfalls, aiming at enhancing operational effectiveness in a context of financial austerity and a changing strategic environment. Let us not forget: military capabilities and the political will to generate forces underpin the EU's ability to contribute to security and stability through operational engagement.



Air-to-Air Refuelling

EU Defence Ministers in their recent meetings sent a strong signal, by endorsing a Political Declaration on Air-to-Air Refuelling and adopting a set of Conclusions on military capabilities. The concrete cooperative initiatives facilitated by the European Defence Agency on Air-to-Air Refuelling, Medical Support, Training (Counter Improvised Explosive Devices/ Counter-IED, Helicopter Training Programme, Air Transport Crew, Fast Jet and Naval) and Maritime Surveillance underline the commitment of Member States to strengthen European military capabilities. The political momentum and commitment is high and it is progressively being translated into concrete actions. We should maintain it.

But we need to go beyond this and develop Pooling and Sharing projects, mainstream Pooling and Sharing in our national planning and develop a longer term Pooling and Sharing strategy. In times of scarce resources, significant budget cuts, ongoing reform efforts in various EU-countries, which all are based on similar security assessments, the issue of combining, even merging national efforts, resources and forces should be on the agenda more than ever.

Since the conclusion of the Treaty of Maastricht, the idea that Europe could one day have a common defence has been accepted in all subsequent EU Treaties. Its corollary – the idea of establishing common European armed forces – has been

widely discussed in Europe. In times, when Member States are about to agree on a common approach to their financial policies, we may have to think about strengthened common approaches to defence and force planning.

6. Conclusion

The EU is increasingly seen, and requested to act, as a security provider. We are more active, more coherent and more capable than we were 10 years ago.

The use of CSDP is a key tool in the EU toolbox with real added value as a part of the comprehensive approach to crisis management. We need to be able to continue to deliver, and thus we need real capabilities and staff resources for our missions and operations.

We will be able to attract the scarce resources if we focus on where CSDP adds real value in comparison to actions by other international or regional actors and in line with our strategic interests. Working closely with these partners is key to success.

The EEAS has an important role to play in bringing CSDP forward and in implementing smart (and realistic) approaches. But the EEAS cannot step in for Member States – CSDP is an issue at 27 Member States. It is up to the Member States to commit forces and resources. And it is up to Member States to demonstrate the political will to make a difference in the world.

At the last Foreign Affairs Council on 23 July, High Representative Cathy Ashton concluded she wants to be ambitious but that CSDP can only be as ambitious as Member States allow it to be. We need your continued support and contributions to achieve the objectives and make a difference. We need strong political resolve to address the challenges.

Germany is an important player in CSDP and in a position to shape it, in line with your commitments to the UN and NATO. Germany – together with the other Weimar Triangle countries – has in the past moved things forward. I hope it will continue to do so in the future. Many challenges lie ahead of us. We need enduring and inspiring proposals, in particular in times of scarce resources. I encourage you to do so.

Thank you for your attention.

Zum Autor: Walter Stevens ist Director Crisis Management and Planning Directorate, European External Action Service (EEAS), Brüssel.

Anmerkungen:

- 1 Anmerkungen der Redaktion: Mit EUCAP Nestor hilft die Europäische Union Somalia und seinen Nachbarstaaten, leistungsfähige Organisationen zur selbstständigen Kontrolle des eigenen Seeraums zu schaffen. Darüber hinaus beraten die Einsatzkräfte von EUCAP Nestor die Staaten in rechtlichen Fragen der maritimen Sicherheit. Die EUCAP SAHEL Niger soll die nigrischen Behörden dabei unterstützen, ihre eigenen Kapazitäten zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität in der Sahelregion auszubauen.

Clausewitz entdecken

Lennart Souchon

Vorbemerkung der Redaktion: Der nachfolgende Schriftbeitrag war die Grundlage des schon traditionellen Vortrags, den Prof. Dr. Souchon bei der 46. Sicherheitspolitische Informationstagung am 07.08.2012 unter dem Thema „Analyse und Entscheidungsfindung in den Krisen des 21. Jahrhunderts. Strategisches Denken und Handeln und die Einsichten des Carl von Clausewitz“ hielt.

Interessen und Ziele deutscher Sicherheitspolitik sind bisher nicht definiert. Gehandelt wird nach tagespolitischen Prioritäten und weniger nach langfristig

Interessen und Ziele deutscher Sicherheitspolitik sind bisher nicht definiert. Gehandelt wird nach tagespolitischen Prioritäten und weniger nach langfristig politischen Zwecken auf der Basis einer nationalen Strategie.

politischen Zwecken auf der Basis einer nationalen Strategie. Ministerialbürokratien, Streitkräfte, politische Stiftungen, Forschungseinrichtungen und Wissenschaft arbeiten meist nebeneinander her oder sogar häufig gegeneinander. Die interministerielle Mitzeichnungskultur verändert jedes Resultat auf einen

kleinsten gemeinsamen Nenner. Multilateralismus wird in Deutschland oft als Strategie propagiert. Dabei würden die intergouvernementalen Abstimmungsverfahren in der Europäischen Union und in der NATO ja gerade zur substantiellen Begründung des eigenen Standpunktes zwingen.

Eine Sicherheitsstrategie formuliert Werte, Interessen, Risiken, Methoden des Handelns, setzt Prioritäten und ordnet diesen die entsprechenden Mittel zu.

Ohne eine Strategie ist Deutschland in Europa, der atlantischen Welt und auf globaler Ebene ein oft schwer zu durchschauender Akteur.

Nationale Strategien – wie sie in Frankreich oder Großbritannien regelmäßig formuliert werden – machen die Sicherheitspolitik transparent, in ihren Erfolgen abschätzbar, entfachen einen öffentlichen Diskurs und sollten

in regelmäßigen Zeitintervallen veröffentlicht werden. Eine Strategie macht nur Sinn, wenn die interessierte Öffentlichkeit konsequent und tiefgreifend informiert und einbezogen wird.

Könnte Deutschland als Insel der Glückseligen existieren, wäre eine strategielose Politik möglich. Ohne eine Strategie aber ist Deutschland in Europa, der atlantischen Welt und auf globaler Ebene ein oft schwer zu durchschauender Akteur. Noch immer sind die neuen Sicherheitsbedrohungen aus einer Kombination

von Staatenzerfall, internationalem Terrorismus, Proliferation von Massenvernichtungswaffen und organisierter Kriminalität – und damit die veränderte Art der Kriegsführung – in ihrem Wesenskern nicht erfasst. Bei Interventionen der internationalen Gemeinschaft fehlen klar formulierte politische Zwecke, Ziele und Zwischenziele, stringente Zeitvorgaben und die Bereitstellung entsprechender Mittel ebenso wie die Fähigkeit, im Einsatz flexibel und initiativ auf gegnerisches Handeln zu reagieren. Die amerikanische Invasion im Irak 2003, der Einsatz der NATO in Afghanistan und das Bombardement von Libyen 2011 legen diese Lücken schonungslos offen.

Strategiedefizit

Es gibt zwei Wege, den Defiziten des strategischen Denkens und Handelns entgegenzuwirken: Einerseits ist eine zeitgemäße kompetente Strategieberatung für die Regierung einzurichten, welche die wesentlichen sicherheitspolitischen Risiken und Herausforderungen erfasst und strategische Entscheidungen ganzheitlich orientiert vorbereitet; andererseits sind zukünftige Führungsgenerationen im strategischen Denken auszubilden.

Eine Strategieberatung auf Regierungsebene kann nur gelingen, wenn sie nicht mit einem leeren Blatt Papier beginnt, sondern mit einer theoriegestützten Methodik in zweckorientierten Gremien von Experten und Entscheidungsträgern systematisch erarbeitet wird. Diese Vorgehensweise sucht keine ex-post Erklärungen, sondern postuliert eine rationale, sachbezogene Analyse, eine kluge Bewertung sowie eine kritische Diskussion und Abwägung von Handlungsmöglichkeiten. Ein solches Beratungsprojekt ist schwierig zu realisieren, da alle höheren staatlichen Bildungseinrichtungen in Deutschland die Konzepte und Strategien der NATO, Europäischen Union und ausgewählter Nationen zwar oberflächlich referieren, aber nicht deren Rational ergründen. Zudem erziehen bürokratische Großorganisationen in Deutschland ihren Führungsnachwuchs weniger zum selbständigen Denken und mutigen Handeln, sondern eher zum effizienten Erfüllen vorgegebener Ziele. Letzteres lässt keine ganzheitliche Ausrichtung, kritische Erörterung und logische Transparenz zu. Die resultierenden Strategiedefizite sind unübersehbar und durchziehen alle Bereiche der Politik,



Prof. Dr. Lennart Souchon bei seinem Vortrag

der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens. Angesichts dieses Dilemmas ist es höchste Zeit, die Methodik von Clausewitz zur Reduzierung der Komplexität und Strukturierung der Ergebnisfindung zu verstehen sowie anzuwenden und zukünftige Führungspersönlichkeiten gezielt im strategischen Denken auszubilden. Wie kann dies erreicht werden?

Es gilt, die Begriffswelt von Politik und Krieg, Primat der Politik und Strategie geistig zu durchdringen, einen eigenen Standpunkt und darauf aufbauende Zielvorstellungen zu begründen. Ein stringenter Bezug der Theorie auf die Praxis der internationalen Politik ist herzustellen. Schließlich sind Vorgehensweisen unter der Einwirkung von Zufällen und Wahrscheinlichkeiten zu planen, die Charakter- und Führungseigenschaften der politischen und militärischen Entscheidungsträger berücksichtigen. Diese Rationalität der Strategietheorie gilt ebenso für Auseinandersetzungen von Wirtschaftskonzernen im Kampf um Märkte oder gegen feindliche Übernahmen, wie für die Entwicklung einer wertorientierten Führungskultur innerhalb von großen Unternehmen. In diesem Zusammenhang wird der Begriff Feldherr als Metapher für eine Führungspersönlichkeit verstanden, und Krieg als Situation, in der Entscheidungen in risikoreichen Auseinandersetzungen bei hoher Ungewissheit – eben bis hin zur militärischen Auseinandersetzung – getroffen werden müssen.

Clausewitz - Theorie

Als Grundlage für die Ausbildung zum strategischen Denken ist das Werk *Vom Kriege* von Carl von Clausewitz (1780-1831) von herausragender Qualität. Bei Clausewitz ist Krieg das zweckgebundene Instrument einer übergeordneten Politik. Er durchdringt die zeitlosen Eigenschaften und Tendenzen von Kriegen im Verhältnis zur übergeordneten Politik.

Sein Werk bietet ein geistiges Instrumentarium zum innersten Verständnis der Besonderheiten und Wesensmerkmale von Kriegen und ist die wesentliche theoretische Grundlage für die Entwicklung des strategischen Denkens und für eine nationale Strategie.

Clausewitz erfasst die Relation von Zweck und Mittel im Krieg mit allen Erscheinungen, Verknüpfungen und Wirkungselementen. Er konzentriert sich auf das Handeln gegen einen ebenbürtigen Gegner bei hohem Risiko im Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls. Er setzt Normen für das Wissen, Können und die Charaktereigenschaften von Führungspersönlichkeiten.

Als Synthese seiner Theorie verbindet die Wunderliche Dreifaltigkeit die grundlegenden Tendenzen und Eigenschaften von Kriegen:

1. Tendenz: Eine ursprüngliche Gewalttätigkeit, der Hass und die Feindschaft, die wie ein blinder Naturtrieb wirken. Charakteristische Beispiele wären vorrangig gegen Zivilisten gerichtete Gewalthandlungen, die sich auch nachträglich keinesfalls legitimieren lassen. Beispiele sind der Genozid in Ruanda 1994 und das Massaker in Srebrenica 1995.
2. Tendenz: Das Spiel der Wahrscheinlichkeit und der Zufälle führt zu Friktionen und verändert jede geplante Vorgehensweise. Beispiel wäre die Operation Anaconda 2002 in Afghanistan: Nach intensiver Aufklärung werden im Einsatzgebiet keine gegnerischen Truppen vermutet. Doch die Anlandung amerikanischer und afghanischer Truppen auf dem Hochplateau endete in einem feindlichen Feuerhagel. Erst nach tagelangen Kämpfen konnte die Lage stabilisiert werden. Dieses Beispiel zeigt den gravierenden Einfluss von „unknown unknowns“ auf einen geplanten Verlauf.
3. Tendenz: Schließlich ist der Krieg ein politisches Werkzeug und wird von der Regierung geleitet. So dringen die USA und verbündete Truppen im Irakkrieg 2003 zwar innerhalb weniger Wochen nach Bagdad vor; doch anschließend scheitert die Invasion des Irak wegen fehlender Planungen, die Bevölkerung mit Lebensmitteln, Wasser und elektrischem Strom zu versorgen, sowie eine zivile Staatlichkeit zu konstituieren. Eine Festlegung des übergeordneten politischen Zwecks, der resultierenden Ziele und die Bereitstellung der erforderlichen Mittel ist mit Blick auf den Endzustand Frieden im Irakkrieg nicht erfolgt.

Mit längerer Zeitdauer können sich Wahrscheinlichkeiten und Zufälle erheblich auf den Kriegsverlauf auswirken. Die Feindschaft und Reaktionen des Hasses nehmen zu. Der Feldherr und das Heer können die moralische, personale und materiale Unterstützung des eigenen Volkes verlieren. Regierungen in demokratischen Staaten werden abgewählt. Dieses einfache Beispiel für Veränderungen, verursacht durch Friktionen, illustriert die funktionalen Zusammenhänge im Krieg in Abhängigkeit der Tendenzen und Eigenschaften.

Clausewitz führt die Hauptlineamente: Maß der Mittel, Zweck-Ziel-Mittel, Friktionen und die korrespondierenden moralischen Größen des Feldherrn und die Tugenden der Armee ein. Es gelingt ihm die Erscheinungen von Kriegen rational zu strukturieren, inhaltlich zu begründen und in einen übergeordneten Sinnzusammenhang zu bringen:

- Das Maß der Mittel quantifiziert die Zweck-Ziel-Mittel-Relation und reflektiert wiederum alle Tendenzen der Wunderlichen Dreifaltigkeit. Um das Maß zu bestimmen, werden der eigene politische Zweck, die Kräfte und Verhältnisse des Staates, der Charakter und die Fähigkeiten der Regierung und des Volkes mit denen des Gegners verglichen und Auswirkungen auf Drittstaaten untersucht. Zudem berücksichtigt es einen gleichwertig handelnden Gegner, der aus seiner Perspektive sein Maß der Mittel ermittelt und ebenbürtig handelt, um seine Stärken maximal für seinen Vorteil zu nutzen. Das Maß der Mittel bestimmt die Methode des Handelns, die Quantität und Fähigkeiten der einzusetzenden Streitkräfte sowie die Anstrengungen, die zu leisten sind. Dieses abzuwägen ist eine freie schöpferische Tätigkeit und schließt die Politik, die Bevölkerung und die Streitkräfte mit ein.
- „Wir müssen also zuvörderst einräumen, dass das Urteil über einen bevorstehenden Krieg, über das Ziel, welches er haben darf, über die Mittel, welche nötig sind, nur aus dem Gesamtüberblick aller Verhältnisse entstehen kann.“ (Vom Kriege, Buch VIII, Kapitel 3B). Der von der Regierung festgelegte politische Zweck bestimmt maßgeblich den Beginn, Verlauf und das Ende des Krieges. Aus dem Zweck werden das Maß der bereitgestellten Mittel kontingiert und die militärischen Ziele und Zwischenziele abgeleitet. Die Bestimmung der Zweck-Ziel-Mittel-Relation ist ein rationaler Vorgang und verbindet die Regierung mit den Streitkräften. Eine lineare Umsetzung der Zweck-Ziel-Mittel-Relation mit dem festgelegten Maß der Mittel scheitert an Friktionen, die einen realen Krieg von einem auf dem Papier unterscheiden.
- Die Einflüsse von Zufällen und Wahrscheinlichkeiten mit längerer Zeitdauer führen zu erheblichen Friktionen. Diese werden verursacht durch den „Nebel des Krieges“, Naturkatastrophen und plötzlich auftretende Hindernisse oder individuelles Fehlverhalten, Feigheit, Chaos oder mangelhafte Disziplin. Friktionen verändern einen geplanten Kriegsverlauf nachhaltig und eröffnen andererseits Freiräume des Handelns, die ein guter Oberbefehlshaber initiativ ausnutzt. Eine moralische Größe des Feldherrn zeigt sich erst unter friktionalen Bedingungen, in denen einen Krieg zweckorientiert beendet wird.

Die Synopse dieser Hauptlineamente bildet die Clausewitz' Theorie des Krieges ab. Sie ist ein dialektischer Erkenntnisgang, der den theoretischen Krieg mit den vieldimensionalen Einflussfaktoren übergreifend zum realen Krieg verbindet. Sie ermöglicht eine hermeneutische Öffnung der Zweck-Ziel-Mittel-Rationalität

des Handelns unter friktionalen Bedingungen und unterstreicht die Bedeutung emotionaler Faktoren im Gesamtverlauf eines Kriegs. Das Werk von Clausewitz bietet ein intellektuelles Rüstzeug für eine Renaissance der strategischen Kultur im 21. Jahrhundert.

Strategieberatung

Mit klassischer militärischer Machtprojektion sind die vorher genannten Risiken europäischer Sicherheit im 21. Jahrhundert nicht einzugrenzen oder zu beseitigen. Zudem ist die methodische Herangehensweise der Politik hinsichtlich ihrer Perzeption, eigenständigen Analyse- und zielgerichteten Handlungsfähigkeit verbesserungswürdig. Da die wichtigen internationalen Organisationen – NATO, Europäische Union und Vereinten Nationen – allesamt in einer Sinnkrise stecken, erscheint eine Einigung auf multinationaler Ebene auf gemeinsame Strategien mit den bisherigen Methoden und Instrumentarien ebenfalls aussichtslos.

Die Politik hat sich gegen eine drastische Zunahme der Komplexität zu behaupten. In quasi chaotischen Prozessen handeln die beteiligten Akteure wohl klug, rational, dynamisch und doch nicht vollständig erfassbar. Die Fähigkeit, heutige Herausforderungen im Ganzen zu begreifen, zu strukturieren und Lösungsmöglichkeiten mit Blick auf einen Friedenszustand hin zu entwickeln, wird zur wichtigen Ressource moderner Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert.

Die Fähigkeit, heutige Herausforderungen im Ganzen zu begreifen, zu strukturieren und Lösungsmöglichkeiten mit Blick auf einen Friedenszustand hin zu entwickeln, wird zur wichtigen Ressource moderner Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert.

Mit dem Aufkommen von Kriegen niedriger Intensität, die über viele Jahre in geografisch weit entfernten Regionen gegen leicht bewaffnete und fanatische kämpfende Gegner geführt werden, entstehen Begründungszwänge in westlichen Demokratien hinsichtlich des Zwecks und der Ziele von Interventionen mit Streitkräften. Eine überzeugende Rechtfertigung des Einsatzes von Streitkräften zur Befriedung sozialer Konflikte oder kriegerischer Auseinandersetzungen gibt es nicht.

Die Fähigkeit, militärische Interventionen im Ganzen zu erfassen und mit Blick auf den Endzustand zu bewerten, ist verloren gegangen. Deshalb ist das strategische Denken und Handeln als „Rüstzeug“ und die institutionelle Einrichtung einer Strategieberatung im heutigen Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland ein längst überfälliger Prozess.

Methodik und Schwerpunkte

In einem zukünftigen Beratungskollegium der Regierung zur Vorbereitung von Entscheidungen in der internationalen Politik dient die Theorie von Clausewitz dazu, den komplexen Beratungsgegenstand inhaltlich zu strukturieren, die wesentlichen Elemente und deren Wechselbeziehungen zu erkennen. Sie geben methodische Hinweise für die Entscheidungsfindung.

Als Anlass für eine Politikberatung wird beispielsweise ein sicherheitspolitisches Ereignis großer Tragweite gewählt, das vitale nationale und internationale Ziele und Vorstellungen involviert. In einer global vernetzten Medienwelt wird jede Meldung über ein solches Ereignis innerhalb eines kurzen Zeitraums von routinierten Lösungsvorschlägen höchst unterschiedlicher Qualität kommentiert. Es entsteht ein unmittelbarer Entscheidungs- und Begründungsbedarf.

Heutige Generationen in Wissenschaft und Streitkräften leben vernetzt und kommunizieren in Quasi-Echtzeit. Diese Bedingungen sind als Normalmaß zusammen mit einer theoriegeleiteten Struktur für eine Neuordnung strategischer Entscheidungsfindung einzuplanen. Ziel ist ein ständig vernetztes Beratungskollegium für nationale Strategie.

Der Beratungsverlauf konzentriert sich zunächst auf das ganzheitliche horizontale Erfassen der Gesamtlage und auf die Reduzierung und Strukturierung der Komplexität. In einer zweiten Phase ist der Sachstand von Entscheidungsträgern der beteiligten Ressorts zusammen mit ausgewählten Experten zielgerichtet zu

Als Ergebnis der Beratung ist eine Strategie zu formulieren, deren Für und Wider kritisch zu beleuchten und dem Kabinett, zusammen mit wesentlichen Alternativen, zur Entscheidung vorzulegen.

untersuchen und auf die innewohnende Tendenzen und Eigenschaften der Wunderlichen Dreifaltigkeit in der Tiefe zu verdichten sowie Möglichkeiten der externen Einflussnahme zu diskutieren und kritisch zu gewichten. Es folgt drittens eine Konsensfindung auf einen

übergeordneten politischen Zweck, die Ziele und Teilziele und den erforderlichen Mitteleinsatz, mit dem die eigenen und europäischen Interessen gegen Widerstände durchzusetzen sind. Die Beurteilung der Lage wird mit Berücksichtigung wichtiger politischer, militärischer, psychologischer, wirtschaftlicher und kultureller Faktoren bezogen auf die Clausewitz' Hauptlineamente geordnet. Als Ergebnis der Beratung ist eine Strategie zu formulieren, deren Für und Wider kritisch zu beleuchten und dem Kabinett, zusammen mit wesentlichen Alternativen, zur Entscheidung vorzulegen.

Strategiekollegium

Das strategische Denken und die Strategieberatung sind auf die global vernetzte Risikolage im 21. Jahrhundert auszurichten. Die nationale Sicherheitsvorsorge liegt in der Verantwortung der Regierung, die ein Strategiekollegium der beamteten Staatssekretäre der beteiligten Ressorts konstituiert. Der Leitung und der Auswahl der beratenden Mitglieder des Kollegiums kommt eine erhebliche Bedeutung zu. Diese sind als besonders qualifizierte Wissenschaftler, Generalstabs- und Admiralstabsoffiziere sowie Beamte der beteiligten Ressorts verantwortlich für das Erfassen des Beratungsgegenstandes, die sorgfältige Entwicklung der Möglichkeiten des Handelns und für das methodische Formulieren einer nationalen Strategie.

Das Verfassen einer Strategie ist wichtigste Aufgabe des Strategiekollegiums. Dazu werden die absehbaren Chancen und Risiken und die nationalen Interessen sowie die Rahmenbedingungen, Prioritäten und grundsätzliche Methoden des Handelns formuliert. Hier ist große Sorgfalt und Expertise erforderlich, damit Sicherheitsrisiken im Kern erfasst werden und wirksame Lösungsmöglichkeiten – bei hoher Unsicherheit – mit Blick auf den gewünschten Endzustand Frieden entwickelt werden. Was davon politisch umsetzbar ist und in welcher Form vorgegangen wird, entscheidet allein die Regierung. Eine Strategie ist regelmäßig zu aktualisieren.

Schlussbemerkung

Wenden wir die Tendenzen und Einflussfaktoren der Wunderlichen Dreifaltigkeit beispielsweise auf aktuelle Kriegsschauplätze an, dann gelingt es – aus der Perspektive des Politikers und des militärischen Befehlshabers – den Gegner, das freie Spiel der Kräfte und die gewaltsamen Einflüsse zu identifizieren und in ihren Relationen bezogen auf ein übergeordnetes Ganzes zu bewerten. In einer komplexen internationalen Einsatzlage kann diese Analyse gedankliche Klarheit des strategischen Denkens befördern und das individuelle Urteilsvermögen substantiell verbessern. Es zeigt sich, dass die holistische Interpretation Clausewitz' Theorie eine Lagebeurteilung heutiger Kriege in Nahost, Afrika und Asien wirkungsvoll strukturiert, zu einem tiefem Verständnis der Einflussfaktoren und zur ganzheitlichen Beurteilung der involvierten Akteure führt. Wenn diese logische Schrittfolge gelingt, so ist die zugegebenermaßen schwierige Exkursion in die Clausewitz' Theorie erfolgreich für das strategische Denken und Handelnd im 21. Jahrhundert.

Der vorliegende Artikel enthält Gedankengänge, die im 2012 erschienen Buch „Carl von Clausewitz: Strategie im 21. Jahrhundert“ ausführlich dargestellt werden.

Zum Autor: Prof. Dr. Lennart Souchon lehrt seit 1993 in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam im Masterstudien-gang Politikwissenschaft.

Er ist Marineoffizier der Crew IV/62. Als Kapitän zur See bis 2001 Leiter Fachbereich Sicherheitspolitik und Strategie an der Führungsakademie der Bundeswehr. Seit 1999 Leiter des Internationalen Clausewitz-Zentrums an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg und 2008 Gründungsleiter des Clausewitz-Netzwerks für Strategische Studien e.V., www.Clausewitznetzwerk.de. Senior Member des International Institute for Strategic Studies.

Militärische Fähigkeiten als Thema der Rechts- und Friedensethik

Ulf Häußler

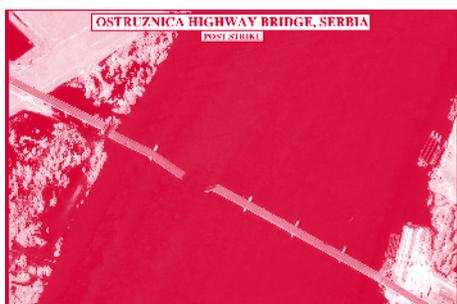
Wie sind die Waffen, Waffensysteme, Aufklärungs- und Wirkmittel des 21. Jahrhunderts, wie ist ihre Verwendung im Rahmen bestimmter strategischer Leitbilder ("campaign themes") und konkreter Einsätze ethisch zu bewerten? Diese Fragestellung, deren Aspekte den vielschichtigen Wandel der Realität bewaffneter Konflikte nach dem Ende des Kalten Krieges reflektiert, hat in ihrer Gesamtheit eine ähnliche Tragweite wie die ethischen Herausforderungen, denen sich im vergangenen Jahrhundert die Nuklearpolitik zu stellen hatte. Und wie damals fällt es leichter, dies als umfassende Fragestellung zu formulieren als ebenso umfassend zu antworten.

Soweit Beiträge der strategierelevanten Disziplinen zu dieser Antwort bereits vorliegen, haben sie in der Regel auch Eingang in praktische Entscheidungen gefunden. Dies gilt im Hinblick auf politische Entscheidungen über den Einsatz von Streitkräften ebenso wie hinsichtlich deren Organisation und Fähigkeiten. Um konkrete Entscheidungen dieser Art soll es an dieser Stelle freilich nicht gehen. Vielmehr ist Ausgangspunkt der vorliegenden Überlegungen, dass in jüngerer Zeit auf ganz generelle Weise militärische Fähigkeiten, und hierbei vor allem der Zugang von Streitkräften zu technologischen Innovationen, vermehrt kritisch beäugt werden. Hierzu haben, aus der Perspektive der Kritiker, sowohl eine empfundene Steigerung der Bereitschaft zu Einsätzen als auch konkrete Einsätze – genauer: dasjenige davon, was der Öffentlichkeit bekannt wurde – Anlass gegeben. Die Essenz dieser Kritikpunkte ist in der eingangs formulierten Fragestellung, der der vorliegende Beitrag nachgeht, zusammengefasst.

Zur ethischen Kontextualisierung militärischer Fähigkeiten und heutiger Einsatzwirklichkeit

Militärische Fähigkeiten ergeben sich aus der Summe von Personal und Material einschließlich der insbesondere in Konzeptionen und Doktrinen enthaltenen, üblicherweise typisierenden, Vorgaben für die Erziehung, Ausbildung und Übungen des militärischen Personals sowie die Führung militärischer Einheiten und Verbände. Die in der eingangs formulierten Fragestellung referierte Kritik hält dem gegenwärtig laufenden Innovationsschub im Bereich militärischer Technologie, der sich in möglichen Zukunftsprojekten ebenso wie in der Einsatzwirklichkeit niederschlägt, den ethischen Spiegel vor. Sie nimmt zwar nur einzelne der soeben

ohne Anspruch auf Vollständigkeit genannten Aspekte militärischer Fähigkeiten besonders in den Blick, gilt aber gleichwohl der Gesamtheit der Faktoren, die zu militärischem Erfolg beitragen und somit Streitkräfte in den Stand versetzen, die hinter jedem ihrer Einsätze stehenden politischen Ziele verwirklichen zu helfen. Die ethisch motivierte Infragestellung nahezu jeder substantiellen Entwicklung auf militärischem beziehungsweise sicherheits- und verteidigungspolitischem Gebiet ist freilich kein Novum. Insbesondere politische Entscheidungen im Zusammenhang mit der Anwendung militärischer Gewalt bedürfen seit jeher der Legitimation. Die wichtigsten hierbei gestellten Teilfragen beziehen sich darauf, ob bewaffnete Konflikte begonnen beziehungsweise geführt werden sollen, auf



Operation Allied Force: zerstörte Brücke in Serbien

die konkreten Modalitäten der Operationsführung im Rahmen einmal begonnener bewaffneter Konflikte und schließlich auf die Waffen, Mittel und Methoden, mit denen bewaffnete Konflikte geführt werden können.

Der größere Kontext, innerhalb dessen die eingangs formulierte Fragestellung beantwortet werden muß, ergibt sich daher aus der Gesamtheit der ethischen Fragen, die den sicherheits- und verteidigungspoli-

tischen Paradigmenwechsel seit der Jahrtausendwende begleiten. Dieser Paradigmenwechsel manifestiert sich einerseits darin, daß die in den 1990er Jahren noch weitgehend bejahte Frage, ob nicht im Fall schwerwiegender Verstöße gegen internationale Normen ein militärisches Einschreiten unausweichlich geboten sei, seit der Operation Allied Force (wieder) überwiegend zurückhaltend beantwortet, von manchen sogar geradeheraus verneint wird. Dies lediglich darauf zurückzuführen, dass für die Operation Allied Force keine formale Mandatierung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zustandekam, obwohl sie den Paradefall für die Anwendung des genannten Legitimationsmusters darstellt, griffe dabei zu kurz. Zu voller Wirkung kam dieser Sinneswandel nämlich erst, als der andere zentrale Aspekt des ethischen sowie sicherheits- und verteidigungspolitischen Paradigmenwechsels zum Tragen kam: die (nach der Operation Desert Storm neuerliche) Demonstration überlegener militärischer Fähigkeiten im Zuge der militärischen Operationen sowohl nach dem bewaffneten Angriff auf die Vereinigten Staaten von Amerika am 9. September 2001 als auch nach dem Scheitern des Waffenstillstands gegenüber dem Irak, den der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 1991 angeordnet hatte, im Vorfeld des

20. März 2003. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die hinter den in Operationen insbesondere in Irak und Afghanistan stehenden politischen Ziele mehrfach revidiert werden mußten. Dies wird häufig als Ausdruck militärischen Scheiterns verstanden, was die Auffassung nährt, überlegene militärische Fähigkeiten hätten nicht den ihnen zugeschriebenen Nutzen.

Aus ethischer Perspektive kann insbesondere die Demonstration überlegener militärischer Fähigkeiten unter dem Gesichtspunkt hinterfragt werden, ob es sich hierbei nicht zugleich um eine Inanspruchnahme eines – vermeintlichen – "Rechts des Stärkeren" handle. Selbst wenn man dies verneint, kann die Unterlegenheit des jeweiligen Gegners immer noch als Anlass dafür gesehen werden, zu erörtern, ob aus rechtsethischer Sicht nicht ein rechtlicher "Schutz des Schwächeren" geboten sei. Diese eher abstrakten Fragen, auf die es keine generische Antwort gibt, lassen sich in eine große Zahl von Einzelaspekten aufgliedern. Die innerhalb dieses Kontexts gestellten Einzelfragen sind daher mannigfaltig. Sind humanitäre Interventionen – gegebenenfalls unter Abstützung auf den Gedanken der Schutzverantwortung ("Responsibility to Protect") – zulässig? Wie soll ein Staat sich verhalten, wenn nicht-staatliche organisierte bewaffnete Gruppen aus dem Ausland auf seinem Gebiet Teile eines zwischen ihnen bestehenden Konflikts austragen? Darf ein Staat Streitkräfte einsetzen, um zur dauerhaften Beseitigung einer in Permanenz mal latenten, mal aktuellen Bedrohung einen Regimewechsel zu erzwingen? Darf ein bewaffneter Konflikt gegen terroristisch agierende nichtstaatliche Gewaltakteure geführt werden und wo und wie ist dies bejahendenfalls erlaubt? Dürfen Staaten Aufständische auf fremdem Hoheitsgebiet bekämpfen, und wenn ja, welche Regeln gelten hierfür? Unter welchen Voraussetzungen ist es vertretbar, in urbanem und/oder dicht bevölkertem Gelände kinetisch zu wirken? Dürfen Weltraum und Cyberspace als Domänen militärischer Operationsführung verstanden und genutzt werden? Wieviel Fernsteuerung, Automatisierung oder gar Autonomie von Waffen, Wirkmitteln oder Waffensystemen ist vertretbar? Und weitere kritische Fragen könnten folgen.

Diesen Fragen ist zwar gemeinsam, dass in die Antwort auf jede von ihnen eine gewisse Skepsis gegenüber militärischer Gewalt einfließen kann; sie beziehen sich aber gleichwohl auf höchst unterschiedliche Krisen- und Konfliktszenarien. Insbesondere wird nicht jeder bewaffnete Konflikt, auf den bezogen eine oder mehrere dieser Einzelfragen vorgebracht werden können, zumindest von einer seiner Parteien mit innovativer Technologie und unter Verwendung moderner sicherheits- und verteidigungspolitischer Konzeptionen und Doktrin geführt. Die ethische Analyse und Bewertung militärischer beziehungsweise sicherheits-

und verteidigungspolitischer Innovationen hat daher die Verschiedenartigkeit der Konfliktkonstellationen in den Blick zu nehmen, innerhalb derer sich solche Innovationen auswirken können. Neben Szenarien, in denen Innovationen erhebliche asymmetrische Überlegenheit begründen oder verstärken, ist dabei insbesondere an im großen und ganzen symmetrische Szenarien zu denken, in denen Innovationen den Verzicht auf unpräzise und/oder störanfällige Waffen, Mittel und Methoden der Kriegführung ermöglichen.

Werden militärische beziehungsweise sicherheits- und verteidigungspolitische Innovationen unter den dargestellten Gesichtspunkten aus ethischer Perspektive auf den Prüfstand gebracht, bedeutet dies zugleich eine Entscheidung gegen Positionen, die unter dem Deckmantel ethisch motivierter Infragestellung von Entwicklungen auf militärischem beziehungsweise sicherheits- und verteidigungspolitischem Gebiet in Wirklichkeit auf die Handlungsfähigkeit von Streitkräften sowie Sicherheits- und Verteidigungspolitik an sich zielen.

Solche Positionen erwecken oft den Eindruck, ihnen lägen einseitig zugespitzte und daher unrealistische ethische Wertungen zugrunde. Dies kann beispielsweise für Forderungen angenommen werden, die Prüfung, Entwicklung, Beschaffung oder Einführung neuer Fähigkeiten pauschal zu unterbinden oder durch Beschränkungen des Einsatzspektrums vorhandener Fähigkeiten diese im Ergebnis ihres praktischen Nutzens – insbesondere auf taktischer Ebene – zu berauben. Die sicherheits- und verteidigungspolitischen Implikationen des Eintretens für derartige "präventive Rüstungskontrolle", die häufig von dem Wunsch geleitet ist, bewaffnete Konflikte unführbar zu machen, ähneln denjenigen der Forderung nach einseitiger nuklearer Abrüstung in den 1980er Jahren. Im vorliegenden Beitrag werden solche Positionen daher nicht weiter betrachtet.

Militärische Innovationen als ethisches Thema

In der ganz überwiegenden Mehrzahl der denkbaren Fälle ist Innovation an sich ethisch neutral. Dies gilt für den Bereich militärisch beziehungsweise sicherheits- und verteidigungspolitischer Innovationen in gleicher Weise wie etwa im Hinblick auf Nuklear-, Gen-, Bio-, Verkehrs- oder Informations- und Kommunikationstechnologie. Lediglich dann, wenn bereits einer Innovation selbst die Negation menschlicher Würde innewohnen sollte, wäre sie an sich unethisch. Selbst die im Rahmen der humanitären Rüstungskontrolle vereinbarten Verbote bestimmter Waffen und Wirkmittel wurden freilich nicht vorrangig mit derartigen ethischen Begründungen untermauert. Soweit heutige militärische

beziehungsweise sicherheits- und verteidigungspolitische Innovationen in Rede stehen, kann man die Menschenwürdewidrigkeit bereits deswegen nahezu durchgängig ausschließen, weil neue Technologie für gewöhnlich Aufklärung und/oder Wirkung verbessert und weil, damit verbunden, neue Konzeptionen und Doktrin üblicherweise eine Präzisierung der Vorgaben für die Anwendung militärischer Gewalt im Einzelfall einschließen. Da sie hiernach unmittelbar zu besserem Schutz eigener Kräfte bei gleichzeitig größerer Aussicht auf nachhaltigeren militärischen Erfolg führen, geht mit derartigen Innovationen zugleich ein Gewinn an nationaler beziehungsweise kollektiver Sicherheit einher, der sich zudem regelmäßig zugleich konfliktverhütend – als verbesserte Einhegung strategischer Konkurrenten und wirksamere Abschreckung potentieller Gegner – äußert. Von keineswegs geringerer Bedeutung für die auf dieser abstrakten Ebene positive ethische Bilanz militärischer beziehungsweise sicherheits- und verteidigungspolitischer Innovationen ist zudem, dass sie in der Regel das Kollateralschadensrisiko reduzieren, welches mit bewaffneten Konflikten insbesondere für Zivilpersonen beziehungsweise die im Einzelfall konkret betroffene Zivilbevölkerung verbunden ist.

Auch wenn angesichts dessen die mittels der eingangs formulierten Frage referierte ethische Infragestellung wesentlicher militärischer beziehungsweise sicherheits- und verteidigungspolitischer Entscheidungen zugunsten von Innovationen überraschen mag, ist es richtig, diesen Innovationen als solchen den ethischen Spiegel vorzuhalten. Selbst wer nicht in den Chor derer einstimmen will, die mehr oder minder lautstark die vermeintliche Mißbrauchsanfälligkeit jeder Innovation beklagen, darf sich der Erkenntnis nicht verschließen, dass Innovationen mißbraucht werden können, wenn die Menschen, die sich ihrer bedienen, sich hierbei nicht von allgemeinverträglichen ethischen Grundsätzen leiten lassen.

Die Antwort auf die Frage, welche ethischen Grundsätze diesem Anspruch genügen, ist im demokratischen Verfassungsstaat Ergebnis eines diskursiven Prozesses. Aus den vielen Beiträgen hierzu ragen diejenigen der beiden christlichen Kirchen heraus. Ausgehend von dem gemeinsamen, wenn auch in Nuancen unterschiedlichen Leitbild des gerechten Friedens äußern sich die evangelischen Kirchen und die katholischen Bischöfe regelmäßig zu rechtsethischen Aspekten militärischer beziehungsweise sicherheits- und verteidigungspolitischer Innovationen. Indem sie die Parameter, anhand derer sie die ethische Legitimation von Rechtsetzung, Rechtsauslegung und Rechtsanwendung bewertet sehen wollen, unmittelbar aus friedensethischen Postulaten herleiten, begreifen die christ-

lichen Kirchen Rechtsethik jedenfalls im militärischen beziehungsweise sicherheits- und verteidigungspolitischen Kontext als angewandte Friedensethik.

Die Betonung der Rechtsethik reflektiert die zutreffende und in der Staatspraxis der Bundesrepublik Deutschland hochwirksame Erkenntnis, dass die Verbindlichkeit zentraler ethischer Wertentscheidungen signifikant gestärkt werden kann, wenn diese auch Eingang in die Rechtsordnung finden. Zugleich erinnert sie die Verantwortlichen in Regierung und Parlament an die ethische Dimension ihrer – dem demokratischen Verfassungsstaat wesenseigenen – herausgehobenen Verantwortung im Hinblick auf militärische beziehungsweise sicherheits- und verteidigungspolitische Entscheidungen. Die Bedeutung derartiger Entscheidungen ergibt sich dabei nicht zuletzt daraus, dass sie einen erheblichen Anteil ihrer Legitimation unmittelbar aus Verfassungs- und Völkerrecht gewinnen und zugleich zur Weiterentwicklung der Verfassungs- und Völkerrechtspraxis beitragen. Unbeschadet der Richtigkeit der Betonung der Rechtsethik ist es jedoch begründungsbedürftig, wenn man sie im militärischen beziehungsweise sicherheits- und verteidigungspolitischen Kontext vorrangig als angewandte Friedensethik begreifen will. Hierauf wird noch zurückzukommen sein.

Bei alledem würde eine Analyse und Bewertung aller genannten friedensethischen Dokumente oder auch nur der Mehrzahl der Diskursbeiträge, die dem gegenwärtig ablaufenden Innovationsschub im Bereich militärischer Technologie nebst den damit verbundenen ethischen Herausforderungen gewidmet sind, den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Auf das katholische Bischofswort "Terrorismus als ethische Herausforderung" mit dem Untertitel "Menschenwürde und Menschenrechte" (2011), das an das Dokument "Gerechter Friede" (2000) anknüpft, sowie die Denkschrift "Gerechter Friede" der Evangelischen Kirche in Deutschland (2007) und das von der Evangelischen Militärseelsorge herausgegebene Handbuch "Friedensethik im Einsatz" (2010), aber auch die Mehrzahl der jüngsten friedensethisch motivierten Diskursbeiträge kann daher nicht Punkt für Punkt eingegangen werden. Auch insoweit gilt, dass der vorliegende Beitrag sich eines gewissen Abstraktionsgrads bedient, der den Bezug zu konkreten, tagesaktuellen Fragestellungen dem Vorstellungsvermögen des Lesers überlässt.

Friedensethik und rechtsethische Parameter

Rechtsethische Diskurse befassen sich mit der Legitimität von Recht als Mittel staatlicher Herrschaft, die hierbei an außerhalb des Rechts stehenden Gesichtspunkten gemessen wird. Auf den Prüfstand kommen im Zuge dieser Dis-

kurse sowohl die Rechtsetzung als auch die Auslegung und Anwendung von Rechtsvorschriften; letztere auch und gerade dann, wenn sie nicht in Gestalt richterlicher, sondern politischer Entscheidungen erfolgen. Recht in diesem umfassenden Sinne genügt nur dann den an es gerichteten Legitimitätsanforderungen, wenn die der Rechtsetzung gezogenen Grenzen gewahrt sowie wenn seine Auslegung und Anwendung qua Wertorientierung zu ethisch vertretbaren Ergebnissen in der Praxis führen.

Rechtsetzung sowie Auslegung und Anwendung von Rechtsvorschriften mit Bezug zu militärischen beziehungsweise sicherheits- und verteidigungspolitischen Sachverhalten finden sich sowohl im Verfassungs- und Wehrrecht der ganz überwiegenden Mehrzahl der Staaten als auch in dem auf bewaffnete Konflikte anwendbaren Völkerrecht. Aus dem Leitbild des gerechten Friedens wird für diese Rechtsgebiete, wie auch für die gewissermaßen benachbarte Rechtsmaterie der inneren Sicherheit, zuvörderst das Postulat hergeleitet, die als menschenwürdig gekennzeichnete Kategorie "Feindschaft" zu vermeiden.

Aus friedensethischer Perspektive bedingt die Ablehnung der Kategorie "Feindschaft" insbesondere, dass in der Rechtsordnung kein Raum für "Feindrecht" oder "Feindstrafrecht" ist. Das hierzu alternative Kon-

zept setzt auf Gewaltprävention und Gewaltminimierung, wobei insbesondere auf das Wirken gegen die Primärursachen von Gewalt fokussiert wird. Dazu müssen Gewaltprävention und Gewaltminimierung die Regel, die Anwendung von (Gegen-)Gewalt die Ausnahme – die ultima ratio – staatlichen Handelns darstellen. Soweit die Ausnahme greift und von Staats wegen Gewalt angewendet wird, hat sich die Gewaltanwendung grundsätzlich an Menschenrechten und Menschenwürde in ihrer Eigenschaft als ethischen Postulaten zu orientieren. Freilich ist daran zu erinnern, dass die Leitgedanken der Gewaltprävention und Gewaltminimierung nicht exklusives Gedankengut der Friedensethik sind; auch ist die Anwendung insbesondere militärischer Gewalt durch Staaten nicht nur aus friedensethischer Perspektive ultima ratio.

Auch die friedensethischen Maximen für den Umgang mit Gegnern gehören nicht zum Sondergut dieser Disziplin. Es ist auf abstrakter Ebene unter dem Ge-



Skulptur vor dem Gebäude der Vereinten Nation in New York

sichtspunkt der Achtung von Menschenwürde und Menschenrechten allgemein anerkannt, dass niemand, gleichviel wie man ihn oder sein Verhalten bezeichnet, zum reinen Objekt beziehungsweise Opfer staatlicher, einschließlich der militärischen Gewalt gemacht werden darf. Soweit die Anwendung militärischer Gewalt in Rede steht, gilt dabei ebenso wie in jedem anderen Bereich staatlichen Handelns, dass Gewaltunterworfenen – also auch jeder Gegner – Menschen mit unveräußerlicher Würde sind, gleichviel wie ihr Verhalten ethisch und rechtlich bewertet wird. Insofern gebietet Rechtsethik nicht nur als angewandte Friedensethik, dass bei Vorbereitung und Durchführung von konkreten Operationen die betroffenen Gegner zugleich als potentielle Opfer staatlicher Gewaltanwendung betrachtet werden sollen. Diese Perspektive verlangt eine Selbstvergewisserung der in konkrete Operationen Akteure, dass ihre professionelle Routiniertheit nicht zu kalter Routine erstarrt und Einzeloperationen nur noch technokratisch abgearbeitet werden; sie gebietet zugleich, dass die hierfür relevanten Regelwerke einer derartigen Selbstvergewisserung nicht im Wege stehen.

Die diesem Anspruch zugrundeliegenden friedens- und rechtsethischen Überlegungen weisen einen hohen Grad an Übereinstimmung mit einem bedeutenden Teil der aus dem Grundgesetz hergeleiteten Prinzipien für die verfassungsgerichtliche Überprüfung von Gesetzgebung und Rechtsanwendung unter individualschützenden Gesichtspunkten auf.

Leitsatzartig formuliert, genügt Recht einschließlich seiner Auslegung und Anwendung nur dann grundlegenden Legitimitätsanforderungen, wenn es die Unabwägbarkeit der Menschenwürde und der sie sichernden Menschenrechte reflektiert, wenn Eingriffe in Menschenrechte sich im Rahmen von durch den parlamentarischen Gesetzgeber gebilligten Einschränkungen verhalten und wenn bei tatsächlichen Eingriffen im Einzelfall das Übermaßverbot gewahrt wird. Selbst bei Beachtung dieser Vorgaben soll freilich noch nicht zwingend ausgeschlossen sein, dass bestimmte Rechtsvorschriften kontraproduktive Auswirkungen wie die Eskalation von Ressentiments haben können oder dass der politische beziehungsweise moralische Preis, der für zwar unbeabsichtigte, aber unvermeidliche – und ethisch nicht vertretbare – Folgen der Anwendung von Rechtsvorschriften zu entrichten ist, bis zur Übertreibung anwächst. Diese – in friedensethischen Beiträgen eher abstrakt formulierte – Sorge dürfte wahrscheinlich gemünzt sein auf die auch bei größtmöglicher Sorgfalt im bewaffneten Konflikt nie auf Null reduzierbare Kollateralschadenswahrscheinlichkeit sowie auf die Beteiligung von Nachrichtendiensten mit letal wirkenden Fähigkeiten an Operationen, die je nach Perspektive entweder nicht-internationalen bewaffneten Konflikten oder der Verbrechensbekämpfung zuzuordnen sind.

Ähnlich wie für bewaffnete Konflikte werden rechtsethische Leitsätze auch für das Vorgehen gegen nichtstaatliche Gewaltakteure mittels (insbesondere präventiver) polizeilicher Maßnahmen und Strafverfolgungsmaßnahmen formuliert. Auch hier steht die mögliche Opferperspektive im Mittelpunkt. Einerseits wird insoweit – zutreffend! – die für die Achtung der Menschenwürde besonders herausgehobene Bedeutung des Verbots der Folter hervorgehoben; andererseits wird rechtsstaatskonform umgesetzten polizeilichen Maßnahmen und Strafverfolgungsmaßnahmen jedenfalls implizit im Hinblick darauf ein eigenständiger ethischer Wert zugeschrieben, dass solche Maßnahmen ein Vorgehen mit militärischer Gewalt obsolet werden lassen könnten. Über diese rechtsstaatliche Gewaltminimierung hinausgehend schließlich ist aus der Perspektive der Friedensethik unter dem Gesichtspunkt der Gewaltprävention eine Entwicklungspolitik erforderlich, die Primärursachen von Gewalt in auswärtigen Staaten zu beseitigen beziehungsweise minimieren hilft. Dieser Aspekt, der im Rahmen des Leitbilds "Gerechter Friede" die größte Bedeutung haben dürfte, ist indes für den vorliegenden Beitrag nicht von eigenständiger Bedeutung. Zwar haben sich beispielsweise Vorstellungen, denen zufolge der Entwicklungspolitik gegenüber der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein – auch und insbesondere fiskalischer – Vorrang zukommen müsse, insbesondere in den frühen 1990er Jahren einiger Beliebtheit erfreut. Diese Idee einer "entwicklungspolitischen Friedensdividende" kann freilich als gescheitert gelten und ist unabhängig hiervon jedenfalls denkbar schlecht geeignet, rechtsethische Maßgaben für den Umgang mit militärischen beziehungsweise sicherheits- und verteidigungspolitischen Innovationen herzuleiten.

In der Gesamtbetrachtung ergibt sich aus friedensethischer Perspektive somit das Bild einer Politik, die sich zuvörderst von zu Recht kondensierten ethischen Gesichtspunkten leiten lässt und sich dabei innerhalb einer Rechtsordnung bewegt, die im Umgang mit Risiken und Bedrohungen vorrangig auf Gewaltprävention und Gewaltminimierung setzt. In der teilweise vorgetragenen Reinform würde eine derartige Sichtweise friedensethische Leitlinien an die Spitze aller ethischen Maximen setzen, an denen sich sicherheits- und verteidigungspolitisches Handeln orientieren sollte. Diese Perspektive würde sich indes über wesentliche ethisch relevante Lehren aus Geschichte und Gegenwart hinwegsetzen. Hierzu gehört zunächst, dass der zu jedem demokratischen Verfassungsstaat gehörende Primat der Politik nicht nur über die jeweiligen Streitkräfte besteht, sondern nahezu alle Bereiche staatlichen Handelns durchdringt. Das schließt ein, dass der Primat der Politik sich grundsätzlich auch auf das Recht erstreckt, solange und soweit nicht verfassungsrechtliche Maßgaben oder zwingendes Völkerrecht

ein bestimmtes Staatshandeln entweder eindeutig ge- oder verbieten. Politik darf dabei innerhalb der relevanten Formen und Verfahren sogar den Wandel unabänderlichen Verfassungsrechts und zwingenden Völkerrechts (jus cogens) im Wege – eine Formulierung des Bundesverfassungsgerichts aufgreifend – systemimmanenter Modifikation betreiben. Sie ist mehr als lediglich schematischer Vollzug von verfassungs- und völkerrechtlichen Normen. Daneben ist im Hinblick auf die Legitimität staatlicher Herrschaft von erheblicher rechtsethischer Bedeutung, dass gewaltsame Konflikte, auch bewaffnete Konflikte einschließlich solcher, die von nichtstaatlichen Gewaltakteuren entfesselt werden, eine soziale und politische Realität sind und dies auf absehbare Zeit auch bleiben werden. Zu den wesentlichen Elementen der Legitimität staatlicher Herrschaft gehört insoweit, die ihr unterworfenen Menschen vor solchen gewaltsamen Konflikten bestmöglich zu schützen.

Sozialethische Überlegungen

Der – im Recht auch rezipierte – Primat der Politik über das Recht fügt sich ebenso nahtlos in die sozialethische Legitimation von Herrschaft ein, wie auch die Möglichkeit der Anwendung von Gewalt durch den Staat ein wesentliches Merkmal von Herrschaft ist. Daher ist – vorbehaltlich einer gegebenenfalls möglichen Überprüfung durch ein Verfassungsgericht oder ein internationales Gericht – zunächst Gegenstand politischer Bewertung und Entscheidung, wie friedensethische und mit ihnen konkurrierende sonstige ethische Gesichtspunkte zum gesetzgeberischen, rechtsauslegenden oder rechtsanwendenden Ausgleich gebracht werden sollen. Hierbei ist die Nutzung des bis zur systemimmanenten Modifikation reichenden Handlungsspielraums nicht lediglich politisch möglich, sie kann auch ethisch angezeigt sein. Schließlich hat das mit diesem Handlungsspielraum verbundene hohe Maß an Flexibilität seinerseits einen genuinen sozialethischen Wert, da es Raum für den mit Demokratie und Verfassungsstaatlichkeit notwendig verbundenen Wettbewerb der politischen Ideen läßt.

Ohne diesen Wettbewerb, dem sich selbstverständlich auch politische Ideen mit Bezug zu militärischen beziehungsweise sicherheits- und verteidigungspolitischen Sachverhalten zu stellen haben, blieben anstelle von Demokratie und Verfassungsstaatlichkeit nur sinnentleerte Hülsen. Eine rigorose Engführung des sicherheits- und verteidigungspolitischen Handlungsspielraums bei der Gestaltung der nationalen und internationalen Rechtsordnung scheidet deswegen als ethische Handlungsmaxime aus.

Bereits diese Überlegungen lassen die Notwendigkeit erkennen, im politischen Handeln gleichberechtigt auch ethische Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die nicht in der Gedankenwelt der Friedensethik beheimatet sind. Friedensethik erfasst als auf die (Vermeidung der) Anwendung von Gewalt durch den Staat bezogene Disziplin nur einen Teilaspekt der umfassenderen Sozialethik, deren Gegenstand die Legitimation von Herrschaft beziehungsweise der Ausübung staatlicher Hoheitsrechte an sich ist. Aus sozialethischer Perspektive hat Herrschaft von Menschen über Menschen bestimmte Grundelemente und -merkmale, die unabhängig davon sind, ob man für ihre Legitimation einer der Ausprägungen der Lehre vom Gesellschaftsvertrag folgt, sie als Ausdruck von Gott verordneter Obrigkeit begreift oder ein anderes Erklärungsmuster favorisiert. Herrschaft von Menschen über Menschen ist als komplexes Beziehungsgeflecht zu verstehen, dem unabweisbar ein Reziprozitätselement innewohnt: die Garantie von Grund- und Menschenrechten einschließlich der Notrechte (Notwehr, Nothilfe, Jedermann-Festnahmerecht) und das rechtlich eingebundene staatliche Gewaltmonopol, ausgeübt von qua Steuerfinanzierung gegenüber Partikularinteressen neutralen Amtswaltern, gehören untrennbar zusammen. Zu diesem Untrennbarkeitszusammenhang gehört auch der demokratischen Verfassungsstaaten aufgebene herausragende rechtsethische Zweck, ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen, einschließlich – dies verwirklicht den ultima ratio-Gedanken – durch Schutz und Verteidigung ihrer territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit.

An diesen sozialethischen Leitgedanken orientierte Herrschaftslegitimation schließt die grundsätzliche Negation privater (nichtstaatlicher) Gewalt als legaler Handlungsmöglichkeit notwendig ein und kann nicht ohne die effektive Ausübung jener Hoheitsgewalt, die zur Durchsetzung dieses Grundsatzes erforderlich und auch angemessen ist, gedacht werden. Dabei verdient besondere Hervorhebung, dass staatliche Hoheitsgewalt, wie sie gemeinhin mit der Vorstellung der Souveränität (insbesondere im Innern) verbunden ist, ihre Existenz anfänglich einem Wechsel auf die Zukunft verdankt, nämlich der Erwartung (künftiger) Beseitigung noch vorhandener Ursachen nichtstaatlicher Gewalt sowie der Verhinderung dessen, dass neue Gewaltursachen dieser Art entstehen beziehungsweise zum Tragen kommen. Man kann angesichts dessen sogar überzeugend vertreten, dass das staatliche Gewaltmonopol der Gewaltprävention und Gewaltminimierung dient, sowie dass seine effektive Nutzung Bedingung der Möglichkeit dessen ist, diese und andere friedensethische Zielvorstellungen zu verwirklichen. Das gilt nicht nur für private Gewalt, die im Innern eines Staates angewendet wird, sondern auch für nichtstaatliche Gewalt, die von außen an

Staaten herangetragen wird. Ob derartiger Gewalt im Einzelfall mit polizeilichen Maßnahmen und Strafverfolgungsmaßnahmen oder mit militärischer Gewalt entgegengetreten werden sollte, kann bei alledem nicht in abstrakt-genereller Weise festgelegt werden. Weder polizeilichen Maßnahmen beziehungsweise Strafverfolgungsmaßnahmen noch der Anwendung militärischer Gewalt kommt ein abstrakt-genereller sozialetischer und somit auch rechtsethischer Vorrang zu. Glaubwürdigkeit können aus friedensethischen Maximen hergeleitete rechtsethische Leitlinien nach alledem also nur dann beanspruchen, wenn sie das Werturteil, Gewaltprävention und Gewaltminimierung seien gegenüber der Anwendung von Gewalt durch den Staat vorzugswürdig, innerhalb des größeren sozialetischen Kontexts der Legitimation staatlicher Herrschaft entwickeln und hierbei ungeschmälert berücksichtigen, dass die Anwendung von Gewalt durch den Staat ihrerseits ethisch wertvollen Zwecken dienen kann. Entscheidungen zugunsten militärischer beziehungsweise sicherheits- und verteidigungspolitischer Innovationen, die eine dergestalt ethisch legitimierte Anwendung von Gewalt durch den Staat ermöglichen, sind daher auch dann grundsätzlich ethisch positiv zu bewerten, wenn Entscheidungen betreffend die Gewaltanwendung unter Nutzung der hieraus erwachsenden Fähigkeiten sich im Einzelfall als ethisch beanstandenswert erweisen sollten.

Folgerungen für innovative militärische Fähigkeiten

Aus den vorstehenden Überlegungen kann man mehrere sozialetische und somit auch rechtsethische Postulate ableiten. Erstens kommt nur eine solche Nutzung militärischer beziehungsweise sicherheits- und verteidigungspolitischer Innovationen in Betracht, die zu militärischen Fähigkeiten führt, mit denen Staaten legitimerweise militärische Gewalt ausüben dürfen. Zweitens ist in geeigneter Weise sicherzustellen, dass diese militärischen Fähigkeiten nicht mißbräuchlich, sondern unter strikter Beachtung allgemeinverträglicher ethischer Grundsätze verwendet werden.

In welchen Fällen Staaten legitimerweise militärische Gewalt ausüben dürfen, kann dabei nicht allein friedensethisch hergeleitet werden, sondern ergibt sich aus dem Inbegriff sozialetischer Belange, zu denen der Schutz der Bürgerinnen und Bürger mit demselben Rang wie friedensethische Gesichtspunkte gehört. Das schließt im rechtsethischen Kontext die Inanspruchnahme eines vermeintlichen Rechts des Stärkeren ebenso aus wie eine engführende Verpflichtung der für sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen relevanten Teile der Rechtsordnung auf den Schutz des Schwächeren. Um ihrem sozialetisch ver-

ankerten Zweck, ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen, gerecht werden zu können, müssen Staaten dabei in der Lage bleiben, jeder gegen ihre territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit zielenden Gewalt wirksam entgegenzutreten. Zu den insoweit bestehenden Handlungsmöglichkeiten gehört – wobei die Beachtung des gegenüber auswärtigen Staaten bestehenden völkerrechtlichen Gewaltverbots außer Frage steht – die auch initiative Anwendung militärischer Gewalt ebenso wie die Aktualisierung desjenigen Potentials zur Einhegung strategischer Konkurrenten beziehungsweise zur Abschreckung potentieller Gegner, das mit der Nutzung von Innovationen zur Entwicklung von Waffen, Mitteln und Methoden, mit denen bewaffnete Konflikte geführt werden können, verbunden ist. Die im Einzelfall politisch gebilligte Verwendung militärischer Fähigkeiten unter strikter Beachtung allgemeinverträglicher ethischer Grundsätze profitiert dabei von den insbesondere in Konzeptionen und Doktrin enthaltenen Vorgaben für die Erziehung, Ausbildung und Übungen des militärischen Personals sowie die Führung militärischer Einheiten und Verbände. Die Entwicklung und regelmäßige Aktualisierung dieser Vorgaben, die selbstredend keinen Dispens von geltendem Recht erteilen können, sollten im idealtypischen Fall integraler Bestandteil des Prozesses der Nutzung militärischer beziehungsweise sicherheits- und verteidigungspolitischer Innovationen sein.

Um ihrem sozialetisch verankerten Zweck, ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen, gerecht werden zu können, müssen Staaten dabei in der Lage bleiben, jeder gegen ihre territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit zielenden Gewalt wirksam entgegenzutreten.

Das geltende Völkerrecht für bewaffnete Konflikte, dies sei abschließend bemerkt, verpflichtet in Gestalt von Artikel 36 des am 08. Juni 1997 angenommenen Zusatzprotokolls I zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte die Vertragsstaaten, bei der Prüfung, Entwicklung, Beschaffung oder Einführung neuer Waffen oder neuer Mittel oder Methoden der Kriegführung festzustellen, ob ihre Verwendung stets oder unter bestimmten Umständen durch dieses Protokoll oder durch eine andere anwendbare Regel des Völkerrechts verboten wäre.

Zum Autor: Ulf Häußler ist Jurist und in Berlin beruflich tätig. Er ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft. In diesem Beitrag gibt er unbeschadet etwaiger Bezüge zu seiner beruflichen Tätigkeit ausschließlich seine persönliche Auffassung wieder.

Kapitel III

Jahresarbeit des Preisträgers der Clausewitz-Medaille

Rolle, Aufgaben und Fähigkeiten der Bundeswehr als Akteur im Konzept der „Vernetzten Sicherheit“

Thorsten Gensler

Vorbemerkung des Herausgebers: Bei dem nachfolgend veröffentlichten Beitrag handelt es sich um die mit der „Ehrenmedaille Carl-von-Clausewitz“ ausgezeichnete Jahresarbeit des Lehrgangsteilnehmers Major Thorsten Gensler des 7. LGAN 2010 der Streitkräfte. Mentor der Arbeit war Oberst i.G. Peter-Michael Sommer.

Kurzreferat

Die Veränderungen des sicherheitspolitischen Umfeldes nach Ende des Kalten Krieges haben zu einer Erweiterung des Sicherheitsbegriffes und des Aufgabenspektrums der Streitkräfte geführt. Die Realität heutiger Bedrohungsszenare bringt einen deutlich erhöhten Koordinierungsbedarf zwischen sicherheitspolitischen Akteuren mit sich, wofür der Begriff der Vernetzten Sicherheit geprägt wurde. Trotz einer allgemein anerkannten, gestiegenen Bedeutung ziviler Krisenbearbeitung, überwiegt in aktuellen Kriseneinsätzen mit Bundeswehrbeteiligung der Einsatz militärischer Instrumente, die dabei auch für subsidiäre Aufgaben eingesetzt werden. Anhand der Betrachtung von Rolle, Aufgaben und Fähigkeiten von Streitkräften soll das Verständnis von Vernetzter Sicherheit in Gesellschaft und Politik beleuchtet werden. Es wird gezeigt, dass in der praktischen Umsetzung kein Konsens über die Erfordernisse Vernetzter Sicherheit und die Rolle von Streitkräften in einer umfassenden Sicherheitspolitik herrscht. Die Arbeit folgert, dass der Einsatz militärischer Gewalt als Kernfähigkeit der Bundeswehr wieder mehr hervorgehoben werden, die Bundeswehr aber auch ihre Fähigkeit zur Kooperation und Wahrnehmung subsidiärer Aufgaben steigern muss. Es werden konkrete Maßnahmen abgeleitet, mit deren Hilfe die Bundeswehr ihre Rolle adäquat in einen umfassenden Sicherheitsansatz einbringen kann.

1. Einleitung und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes

Sowohl im Aktionsplan zivile Krisenprävention als auch im Weißbuch von 2006 wird die Notwendigkeit eines umfassenden Ansatzes für die deutsche Sicherheits-

politik erklärt. Während jedoch das Konzept der vernetzten Sicherheit betont, dass Militär Sicherheit nicht mehr alleine gewährleisten kann, suggeriert der Titel des Aktionsplanes den Ausschluss militärischer Instrumente im Krisenmanagement.

Es stellt sich daher die Frage, welche Rolle die Bundeswehr in der derzeitigen Sicherheitspolitik spielt, welche Aufgaben sie wahrnehmen kann und welche Fähigkeiten sie hierfür benötigt. Die Untersuchung kann nicht alle Dimensionen von Rolle, Aufgaben und Fähigkeiten der Bundeswehr in einem vernetzten Ansatz behandeln. Daher liegt der Schwerpunkt der Betrachtung auf Rolle und Aufgaben der Bundeswehr im internationalen Krisenmanagement,¹ welche Fähigkeiten hierzu benötigt werden und welche Bedingungen

Nach Ende des Kalten Krieges entwickelte sich das Verständnis eines erweiterten Sicherheitsbegriffes. Dieser berücksichtigt neben militärischen Bedrohungen auch Gefahren und Risiken, die von ökologischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Faktoren ausgehen. Daneben erweitert er die Betrachtung von Sicherheit auf geographische, zeitliche, instrumentelle und akteursbezogene Dimensionen des Sicherheitsbegriffes.

gelten müssen. Dabei wird die Legalität des Einsatzes vorausgesetzt.² Anhand der drei Betrachtungsebenen Gesellschaft, Politik sowie zivil-militärische Vernetzung wird analysiert, welches Verständnis von Rolle und Aufgaben der Bundeswehr in Deutschland vorherrscht. Aufbauend auf der Untersuchung sollen schließlich Konsequenzen für nicht-technische Fähigkeiten in der Bundeswehr abgeleitet werden. Im zweiten Kapitel wird hierfür zunächst die Entwicklung des Konzeptes „Vernetzte Sicherheit“ auf Basis des gewandelten Sicherheitsbegriffes erläutert. Danach werden mit Hilfe eines Krisenmanagementzyklus grundsätzliche Aufgaben von Streitkräften im internationalen Krisenmanagement sowie Schnittstellen zu anderen Akteuren dargestellt. Anschließend werden im dritten Kapitel das deutsche Verständnis von Vernetzter Sicherheit und der Rolle der Bundeswehr als außenpolitisches Instrument analysiert. Im vierten Kapitel werden schließlich ausgewählte Konsequenzen für die Bundeswehr vorgestellt und im fünften Kapitel ein abschließendes Fazit zur vorgestellten Problematik gezogen.

2. Vom Kalten Krieg zum internationalen Krisenmanagement

2.1 Die Entwicklung des Konzeptes der Vernetzten Sicherheit

Nach Ende des Kalten Krieges entwickelte sich das Verständnis eines erweiterten Sicherheitsbegriffes. Dieser berücksichtigt neben militärischen Bedrohungen auch Gefahren und Risiken, die von ökologischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Faktoren ausgehen. Daneben erweitert er die Betrachtung

von Sicherheit auf geographische, zeitliche, instrumentelle und akteursbezogene Dimensionen des Sicherheitsbegriffes.³ Die Erweiterung des Sicherheitsbegriffes bezieht sich folglich auf die veränderten Risiken und Bedrohungen sowie die Art und Weise, wie diesen zu begegnen ist.⁴ Dieses eher staatszentrierte Sicherheitsverständnis⁵ dient als Grundlage für ein Konzept der Vernetzten Sicherheit und wird im 2006 veröffentlichten Weißbuch als breiter⁶ oder umfassender Sicherheitsbegriff bezeichnet.⁷ Das Konzept einer vernetzten Sicherheit wird dort erstmalig offiziell eingeführt:

„Sicherheit kann weder rein national noch allein durch Streitkräfte gewährleistet werden. Erforderlich ist vielmehr ein umfassender Ansatz, der nur in vernetzten sicherheitspolitischen Strukturen sowie im Bewusstsein eines umfassenden gesamtstaatlichen und globalen Sicherheitsverständnisses zu entwickeln ist.“⁸

Es folgt der Einsicht, dass die Komplexität heutiger Herausforderungen auf nationaler oder internationaler Ebene nicht durch einen einzelnen Akteur bzw. singuläre Instrumente bewältigt werden kann. Mit dem Konzept der vernetzten Sicherheit wird also das Ziel verfolgt, Synergieeffekte bei der Herstellung und Wahrung von Sicherheit durch das Zusammenwirken sich ergänzender staatlicher⁹ und nichtstaatlicher¹⁰ Akteure bzw. Instrumente zu erzielen. In einem koordinierten Ansatz sollen Ressourcen geschont, Redundanzen vermieden und abgestimmte Fähigkeiten nachhaltig zur Wirkung gebracht werden.¹¹ Vernetzte Sicherheit kann als komplementäres Konzept zu dem Gesamtkonzept der rot-grünen Bundesregierung „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ von 2000¹² und dem entsprechenden Aktionsplan von 2004¹³ verstanden werden. Der Aktionsplan selbst verweist zwar auch auf militärische Instrumente der Konfliktbewältigung, diese sind jedoch nicht Schwerpunkt des Aktionsplanes.¹⁴ Mit der steigenden Zahl innerstaatlicher Konflikte nach Ende des Kalten Krieges nahm die Notwendigkeit eines umfassenden internationalen Krisenmanagements, unter Beteiligung einer Vielzahl von Akteuren und Instrumenten zu. Streitkräfte stellen darin einen unverändert wichtigen Akteur dar.

2.2 Der Krisenmanagementzyklus: Phasen, Akteure, Instrumente, Schnittstellen

Zur detaillierten Analyse des Zusammenwirkens in Strukturen vernetzter Sicherheit, der jeweiligen Aufgaben der beteiligten Akteure und der erforderlichen Schnittstellen zwischen denselben, kann das Modell eines Krisenmanagementzy-

klus herangezogen werden. In Anlehnung an eine gemeinsame Veröffentlichung der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und des Zentrums für internationale Kriseneinsätze (ZIF) können demnach vier Phasen einer Krise formuliert werden: Frieden bzw. Abwesenheit einer bewaffneten Auseinandersetzung, Eskalation, Bewaffneter Konflikt und Fragile Post-Konflikt-Phase. Diese Phasen lassen sich in einem Zyklus-Modell darstellen und der jeweiligen Krisenphase eine Phase im Krisenmanagement zuordnen.

Die Phasen des Krisenmanagements umfassen gemäß SWP / ZIF die Krisenvorbeugung bzw. -prävention, Mediation bzw. Intervention, Konfliktbewältigung und Friedenskonsolidierung.¹⁵ Das Modell zeigt einen idealtypischen Verlauf, „der helfen soll, den Verlauf einer Krise zu erfassen, Gemeinsamkeiten aufzuzeigen, angemessene Ziele zu entwickeln und geeignete Instrumente für das Krisenmanagement zu empfehlen.“¹⁶

In der Realität nehmen die Phasen einer Krise aber nicht zwangsläufig einen linearen, sukzessiven Verlauf, sondern können ineinander verschachtelt bzw. wiederholt ablaufen.¹⁷ Der vorliegenden Arbeit soll wegen des begrenzt zur Verfügung

stehenden Raumes ein modifiziertes Modell als Referenzrahmen dienen, welches folgende Phasen des Krisenmanagements verwendet: Krisenprävention, Krisenreaktion (beinhaltet Mediation bzw. Intervention sowie Konfliktbewältigung) und Krisennachsorge (umfasst Stabilisierung sowie Transition)¹⁸ In den verschiedenen Phasen des Krisenmanagements ist es möglich, dass nationale und internationale Akteure gleichzeitig auftreten sowie zivile und militärische Instrumente parallel eingesetzt werden. Daraus ergeben sich in jeder Phase des Krisenmanagements Schnittstellen zwischen den jeweiligen Akteuren, die den Bedarf einer Vernetzung verdeutlichen. Diese Schnittstellen können unter Rückgriff auf das Modell eines allgemeinen Führungskreislaufes präzisiert werden.¹⁹

In einem überwiegend politisch geführten Prozess des Krisenmanagements kann das Militär in allen Phasen beitragen, Zeit für diplomatische Lösungen zu schaffen. Militär kann jedoch nie alleine Frieden schaffen oder dauerhafte Sicherheit gewährleisten.

verschiedenen Phasen des Krisenmanagements ist es möglich, dass nationale und internationale Akteure gleichzeitig auftreten sowie zivile und militärische Instrumente parallel eingesetzt werden. Daraus ergeben sich in jeder Phase des Krisenmanagements Schnittstellen zwischen den jeweiligen Akteuren, die den Bedarf einer Vernetzung verdeutlichen. Diese Schnittstellen können unter Rückgriff auf das Modell eines allgemeinen Führungskreislaufes präzisiert werden.¹⁹

In den Phasen Planen, Entscheiden, Handeln und Kontrollieren²⁰ besteht jeweils Abstimmungsbedarf auf strategischer, operativer und taktischer Ebene,²¹ um die geeigneten Fähigkeiten der beteiligten Akteure, mit Blick auf ein gemeinsames Ziel, bestmöglich zum Einsatz zu bringen. Im Anschluss werden dieser Systematik folgend generelle Fähigkeiten der Streitkräfte und Möglichkeiten ihres Einsatzes im internationalen Krisenmanagement skizziert, mit denen sie in den jeweiligen Phasen Beiträge zum vernetzten Ansatz liefern können.

2.3 Aufgaben von Streitkräften im internationalen Krisenmanagement

In einem überwiegend politisch geführten Prozess des Krisenmanagements kann das Militär in allen Phasen beitragen, Zeit für diplomatische Lösungen zu schaffen. Militär kann jedoch nie alleine Frieden schaffen oder dauerhafte Sicherheit gewährleisten.²² In der Phase der Krisenprävention ermöglicht ein zivil-militärischer Ansatz die Beeinflussung und Abschreckung (Deterrence by Punishment und Deterrence by Denial)²³ von Konfliktparteien. Militär kann in dieser Phase in erster Linie durch Beratung politischer Entscheidungsträger sowie ziviler Partner beitragen. Zudem sind weitere Beiträge im Rahmen der Krisenfrüherkennung, im Rahmen von Aufklärung und Nachrichtengewinnung, durch Bereithaltung eines glaubwürdigen Droh- bzw. Eskalationspotenzials, durch Ausbildungs- bzw. Ausstattungshilfe im Rahmen einer Sicherheitssektorreform (SSR),²⁴ durch Unterstützungsmaßnahmen für humanitäre Hilfeleistungen sowie Unterstützung von Verifikationsmaßnahmen und Informationsoperationen möglich.²⁵

Der Schwerpunkt liegt in dieser Phase nicht beim Militär, sondern auf zivilen Instrumenten. Um einen effektiven Beitrag leisten zu können, bedürfen Streitkräfte unter anderem des Zugangs zu zivilen und nachrichtendienstlichen Informationen, der frühen Kooperation mit anderen Akteuren einer Sicherheitssektorreform, Vereinbarungen über Führungsorganisation und -mittel, einer abgestimmten Kommunikationsstrategie für Informationsoperationen und politisch-diplomatischer Unterstützung für notwendige Stationierungsabkommen.²⁶ Krisenreaktion ist die auf das Scheitern der Krisenprävention folgende Phase, die von einem Eingreifenden entschlossenes Handeln verlangt. Er muss „von da an zur Eskalation bereit und fähig sein [...], bis das Ziel erreicht ist.“²⁷ Krisenreaktion kann selbst in vier Phasen unterteilt werden, die jedoch nicht sequentiell ablaufen müssen. In der Phase „Diplomacy backed by Threats“ dienen Streitkräfte im Wesentlichen der Abschreckung des Gegners, um im Zusammenwirken mit diplomatischen Mitteln eine Drohkulisse aufzubauen und so Druck auf die Konfliktparteien auszuüben.

In den Phasen „Diplomacy backed by Force“ sowie „Force backed by Diplomacy“ kommen Streitkräfte in unterschiedlichen Eskalationsstufen im gesamten Wirkungsspektrum zum Einsatz, um eine oder mehrere Konfliktparteien aktiv zum Einlenken zu zwingen.²⁸ In diesen Phasen der Krisenreaktion kommt es für das Handeln darauf an, „dass beim Gegner die Gewissheit wächst, nicht gewinnen zu können, seine Ungewissheit über das Ausmaß seines zu erwartenden

Schadens zunimmt, und der Zusammenhalt eines Bündnisses oder einer Koalition gewahrt bleibt,²⁹ denn nur so kann der Druck effektiv aufrechterhalten werden und der Gegner zum Einlenken bewegt werden. Krisenreaktion erfordert daher Streitkräfte, die zur schnellen Projektion militärischer Macht über weite Distanzen und zur Vorausstationierung befähigt sind. Sie müssen in der Lage sein, sowohl gegen konventionell gerüstete Gegner als auch irreguläre bzw. asymmetrisch kämpfende Kräfte durchhalte- und durchsetzungsfähig eingesetzt zu werden. Dies schließt Maßnahmen des Kampfes gegen Aufstand und Terror ein. Dazu bedarf es eines abgestimmten Fähigkeitsspektrums zu Land, Wasser und in der Luft. Zudem müssen Bündnispartner, zivile Akteure die humanitäre Hilfe leisten, nichtstaatliche Gewaltakteure sowie lokale Kräfte eingebunden und ggf. unterstützt werden. Häufig sind hierbei Kampfaufträge, humanitäre Hilfe und erste Wiederaufbaumaßnahmen gleichzeitig durchzuführen.³⁰ Da durch das Eingreifen in der Regel der bestehende Ordnungsrahmen im Land der Intervention zerstört wird oder dieser bereits vor dem Eingreifen nicht mehr existierte, werden militärische Kräfte des eingreifenden Staates zunächst auf nicht absehbare Zeit zum Erhalt der öffentlichen Sicherheit gebunden. Dies muss bereits vor dem Eingreifen ins politische Kalkül gezogen werden, weshalb die Phase der Krisennachsorge nicht von der Phase der Krisenreaktion getrennt werden kann. Daraus folgt auch, dass vor einer Intervention die Frage beantwortet werden muss, ob die Bereitschaft zum langwierigen Wiederaufbau und zur Wiederherstellung der Ordnung, egal ob mit zivilen oder militärischen Kräften, in Politik und Gesellschaft gegeben bzw. notwendig ist und ob hierfür ausreichende Mittel zur Verfügung stehen.³¹

Hauptaufgabe von Streitkräften im Rahmen der Krisennachsorge ist es, einen Beitrag zur Herstellung und Wahrung eines sicheren Umfeldes zu leisten. Dies schließt die Bekämpfung von irregulären Kräften im Zuge des Kampfes gegen Aufstand und Terror ein. Streitkräfte müssen im Rahmen der Stabilisierung jedoch zusätzlich darauf eingestellt sein, zivile Maßnahmen des Wiederaufbaus subsidiär zu unterstützen.

Hauptaufgabe von Streitkräften im Rahmen der Krisennachsorge ist es, einen Beitrag zur Herstellung und Wahrung eines sicheren Umfeldes zu leisten.³² Dies schließt die Bekämpfung von irregulären Kräften im Zuge des Kampfes gegen Aufstand und Terror ein. Streitkräfte müssen im Rahmen der Stabilisierung jedoch zusätzlich darauf eingestellt sein, zivile Maßnahmen des Wiederaufbaus subsidiär zu unterstützen. Dies beinhaltet erste Maßnahmen zur Wiederherstellung staatlicher Regierungsführung, die Unterstützung von Maßnahmen einer Sicherheitssektorreform sowie die Unterstützung erster Maßnahmen zur Wiederherstellung sonstiger Leistungen, wie beispielsweise die Entwicklung des Agrarsektors, Programme zur Wirtschaftsförderung oder Wiederherstellung zi-

viler Verwaltungsstrukturen.³³ Jedoch ist Friedenskonsolidierung vorrangig eine Aufgabe für zivile Akteure. Eine erfolgreiche zivil-militärische Zusammenarbeit bedingt dabei eine frühzeitige Verbindungsaufnahme der Akteure, ein gemeinsames Problemverständnis, eine wechselseitig geteilte Vision über das zu erreichende Ziel, die Harmonisierung der jeweiligen Aktivitäten und eine eindeutige Festlegung von Verantwortungsbereichen.³⁴ Streitkräfte können im internationalen Krisenmanagement also vielfältige Aufgaben erfüllen, wobei die Kernfähigkeit in der Androhung bzw. Anwendung militärischer Gewalt liegt. Ob sich dies im deutschen Verständnis von der Rolle der Bundeswehr widerspiegelt, wird im Anschluss betrachtet.

3. Verständnis von Vernetzter Sicherheit und der Rolle der Bundeswehr als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland

3.1 Die deutsche Gesellschaft und die Auslandseinsätze ihrer Streitkräfte

Die deutschen Streitkräfte genießen heute, gemessen an der Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte, ein hohes Ansehen in der deutschen Bevölkerung. In Umfragen äußern teilweise über 80% der Befragten, dass sie eine positive Einstellung gegenüber den Streitkräften haben³⁵ und der Armee großes Vertrauen entgegenbringen.³⁶ Untersuchungen zeigen jedoch auch, dass die deutsche Gesellschaft eine Erweiterung des außen- und sicherheitspolitischen Instrumentariums um den Einsatz von Streitkräften nur bedingt nachvollzogen hat.³⁷ Während der Verteidigungsauftrag der Bundeswehr uneingeschränkt als Notwendigkeit betrachtet wird, hängt die Zustimmung zu Auslandseinsätzen stark vom Charakter des Einsatzes ab. Nimmt der Einsatz einen friedlichen Verlauf und dient er der Stabilisierung von Krisenregionen bzw. dem Wiederaufbau, hat er also einen helfenden oder unterstützenden Charakter, so ist die Zustimmung hoch. Aber „je konkreter und gefährlicher die Einsätze werden, desto massiver äußern sich die Vorbehalte.“³⁸ „Der Einsatz militärischer Gewaltmittel unterliegt allerdings auch keinem absoluten Tabu,³⁹ es spielen ebenso die Bewertung der Einsatzfolgen sowie verfügbare Informationen über die Einsätze eine wichtige Rolle.“⁴⁰ Hinter den Vorbehalten sieht Biehl drei Gründe. Die Gesellschaft habe mit der von der Politik erklärten militärischen Zurückhaltung gute Erfahrung gemacht. Es fehle außerdem am guten Beispiel anderer Nationen, dass deren Einsätze militärischer Gewalt positive Auswirkungen zeigten. Schließlich verliefen die bisherigen Einsätze der Bundeswehr in der Wahrnehmung der Bürger nur mäßig erfolgreich.⁴¹ Die Umfrageergebnisse zeigen auch, dass sich viele Bürger über die Einsätze insgesamt nur unzureichend informiert fühlen.⁴²

Nachtwei diagnostiziert weiterhin eine mangelnde Bedrohungswahrnehmung in der deutschen Bevölkerung. „Sicherheitsrisiken werden primär sozial definiert. Bedrohungen für deutsche und europäische Sicherheit sind diffus, abstrakt und unübersichtlich. Die persönliche Bedrohung ist wenig greifbar.“⁴³ Zudem erkennt er ein mangelndes Interesse der Gesellschaft als Ursache fehlender Auseinandersetzung mit den Streitkräften, welches künftig durch die weiter abnehmende Präsenz in der Fläche sowie die Abschaffung der Wehrpflicht noch zunehmen dürfte.⁴⁴ Buch sieht statt einem Desinteresse der Bevölkerung aber vielmehr den internationalen Trend einer Normalisierung hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Streitkräften und Gesellschaft. Es komme mangels Partizipation zu einer gewissen sozialen Distanz gegenüber den Streitkräften, bei gleichzeitig hoher Wertschätzung dieser Institution.

Die Streitkräfte werden so zu einem normalen Arbeitgeber und der Beruf des Soldaten zu einem wie jeder andere. Der Soldat verliert damit seine herausragende Bedeutung als Verteidiger des Staates, er wird vielmehr zum legitimen, staatlichen Gewaltdienstleister.

Das Berufsbild des Soldaten wird als professionell wahrgenommen und damit eine Egalisierung gegenüber anderen Berufen vorgenommen, was jedoch nicht mit Gleichgültigkeit oder Desinteresse gleichzusetzen sei. Die Streitkräfte werden so zu einem normalen Arbeitgeber und der Beruf des Soldaten zu einem wie jeder andere. Der Soldat verliert damit seine herausragende Bedeutung als Verteidiger des Staates, er wird vielmehr zum legitimen, staatlichen Gewaltdienstleister,⁴⁵ der sich nicht für die Gesellschaft opfere, sondern ein normales Berufsrisiko trägt.⁴⁶ Spreen verweist schließlich auf das Paradoxon, dass Zivilgesellschaften zur Wahrung ihrer Sicherheit zwar Kriege unter bestimmten Umständen als legal akzeptieren. Aufgrund ihrer normativen und postheroischen Einstellung sowie der fehlenden direkten Auswirkungen auf ihr eigenes, tägliches Leben begegnen sie jedoch der Anwendung tödlicher militärischer Gewalt mit permanenter Skepsis bzw. Ablehnung.⁴⁷ Mit diesem Paradoxon müssen sich politische und militärische Führung bei der Entsendung deutscher Soldaten in Auslandseinsätze auseinandersetzen.

3.2 Die Rolle der Bundeswehr als politisches Instrument des Krisenmanagements

Deutschlands Gewicht in der internationalen Politik und damit auch seine Verantwortung hat sich seit der Wiedervereinigung wesentlich erhöht.⁴⁸ Deutschlands Handeln ist dabei fest in multilaterale Bündnisse eingebunden. Deutsche Politik muss sich daher einerseits den internationalen Erwartungen und Ver-

pflichtungen der Bündnispartner stellen. Andererseits muss sie die Vorbehalte der eigenen Bevölkerung gegenüber dem Einsatz militärischer Gewalt berücksichtigen.⁴⁹ Markus Kaim beschreibt dieses Phänomen als „Multilateralismus-falle“.⁵⁰ Die Politik setzt dem eine Strategie des „Muddling through“⁵¹ entgegen und hofft auf eine schleichende Gewöhnung der Gesellschaft an die veränderten



Verteidigungsministerin von der Leyen in Afghanistan

politischen Realitäten. So bemühten sich deutsche Regierungen, die Auslandseinsätze in der öffentlichen Darstellung zu schönen und einen friedlichen, humanitären und schützenden Charakter hervorzuheben.⁵² Diese Strategie war lange erfolgreich.

Mit der Lageverschlechterung in Afghanistan zeigt sich jedoch, dass diese Strategie nicht durchgehalten werden kann.⁵³ Denn trotz der häufig hervorgehobenen Rolle Deutschlands als Zivilmacht⁵⁴ und des betonten Vorranges der zivilen Krisenprävention können auch das derzeit vorherrschende Kriegsbild der „Low intensity conflicts“⁵⁵ sowie die damit verbundenen Einsatzszenarien hartes militärisches Durchgreifen und damit die Anwendung tödlicher Gewalt erfordern.

Der Einsatz von Hard Power, bei gleichzeitig vorherrschender militärischer Zurückhaltung, wird somit in der Konsequenz zu einem ungelösten strategischen Dilemma. Dies beeinflusst schließlich die Operationsfreiheit der Streitkräfte und kann zur Gefährdung der Einsatzziele beitragen, da innenpolitische Vorbehalte in den Einsatz hinein projiziert werden.⁵⁶ Beispiele hierfür sind Caveats⁵⁷ oder die Festlegung unterschiedlicher Mandate im gleichen Einsatzraum.⁵⁸ Ein weiteres Phänomen, mit dem sich Streitkräfte konfrontiert sehen, ist die „Verfügbarkeitsfalle“. Streitkräfte sind gut organisierte Kräfte, deren Einsatz nicht der Freiwilligkeit unterliegt. Sie sind damit ein schnell verfügbares Instrument des Krisenmanagements, können einer Regierung als Mittel schnellen und entschlossenen Handelns dienen und medial gut dargestellt werden. Einmal vor Ort werden Streitkräften häufig Aufgaben erteilt, die zwar grundsätzlich zivilen Akteuren obliegen, jedoch sind diese meist nicht oder in nicht ausreichender Zahl verfügbar.⁵⁹ Das kann dazu führen, dass Streitkräfte länger und umfangreicher gebunden sind, als es ursprünglich vorgesehen war, wie die Einsätze auf dem Balkan und vor allem aktuell in Afghanistan zeigen.

3.3 Herausforderungen für das Konzept der Vernetzten Sicherheit

Neben dem Einsatz deutscher Streitkräfte im Rahmen des internationalen Krisenmanagements ist auch das Konzept der Vernetzten Sicherheit als solches nicht unumstritten. Die Kritik schließt an die mit der Erweiterung des Sicherheitsbegriffes entstandene Debatte um eine „Remilitarisierung“ bzw. „Versicherheitslichung“ deutscher Politik an.⁶⁰ Der Begriff „Vernetzte Sicherheit“ bleibt in seiner Definition unklar⁶¹ und wird „aufgrund seines Bundeswehrbezugs [...] insbesondere von Vertretern der Zivilgesellschaft abgelehnt.“⁶² Diese Akteure nutzten eher den Begriff „Zivile Krisenprävention“. Dieser ist jedoch missverständlich formuliert, da sich hinter ihm zwar der Anspruch eines umfassenden Konzeptes verbirgt, aber mit dem Titel gleichzeitig der Ausschluss alles Militärischen suggeriert wird. Aus der Begriffsvielfalt wird deutlich, dass in Deutschland sowohl konzeptionell als auch kulturell kein gemeinsames Verständnis darüber besteht, was ein umfassender Ansatz beinhalten soll.⁶³ Eine ursprünglich geplante, ausführliche Darstellung des Konzeptes im Weißbuch 2006 wurde folglich in der Ressortabstimmung verhindert.⁶⁴ Dies kann einerseits auf Veränderungsresistenzen in den nationalen Strukturen zurückgeführt werden. „Hier dominieren Besitzstandswahrung, Partikularinteressen und [das Beharren auf] verfassungsrechtlichen Bestimmungen, wie der des Ressortprinzips.“⁶⁵ Andererseits fehlt politische Führung, um Veränderungen auch gegen Widerstände durchzusetzen.⁶⁶ Somit bleibt die Zusammenarbeit in vernetzten Strukturen beliebig, da sie dem „good will“ der betroffenen Akteure unterliegt.⁶⁷ Sie wird zudem durch unterschiedliche Sozialisierungen und Führungs- bzw. Organisationskulturen der jeweiligen Akteure erschwert oder verhindert.⁶⁸ Dies gilt für die Vernetzung verschiedener staatlicher Akteure untereinander, aber auch für die Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, wie etwa den Nichtregierungsorganisationen (NRO). Diese sind wichtige Akteure, die parallel zu SK im Einsatzgebiet tätig sind. Hier

„stoßen zwei Organisationskulturen aufeinander: Die auf klarer Befehlsstruktur beruhende, Waffen tragende soldatische Welt und die von flachen Hierarchien [sowie humanitären teils auch pazifistischen Einstellungen] geprägte, dezentralisierte Struktur der meisten NRO.“⁶⁹

Die Zusammenarbeit stellt sich aus Sicht der NRO problematisch dar, da sie hierdurch ihre Neutralität, ihre Unabhängigkeit und die Sicherheit ihrer Mitarbeiter gefährdet sehen und eine Dominanz des Militärs befürchten. Einige NRO lehnen aus diesem Grund die Zusammenarbeit vollkommen ab, während sich

andere unter bestimmten Voraussetzungen zur abgestuften Interaktion bereit erklären.⁷⁰ Übereinstimmung herrscht bei den NRO jedoch in der Ablehnung einer Instrumentalisierung ihrer Arbeit durch Unterordnung unter einen politischen oder militärischen Auftrag.⁷¹ Hinzu kommen das Denken in unterschiedlichen

Während beispielsweise Akteure der Entwicklungspolitik in eher langfristigen Perspektiven denken und sich sowohl vor als auch nach einem Konflikt über mehrere Jahre in einem Land engagieren, sind militärische Handlungen meist auf kurzfristige Zielerreichung innerhalb der Kontingenzzeiten ausgerichtet.

Zeithorizonten sowie die kurzen Stehzeiten des militärischen Personals.⁷² Während beispielsweise Akteure der Entwicklungspolitik in eher langfristigen Perspektiven denken und sich sowohl vor als auch nach einem Konflikt über mehrere Jahre in einem Land engagieren, sind militärische Handlungen meist auf kurzfristige Zielerreichung innerhalb der Kontingenzzeiten ausgerichtet.⁷³ Abschließend

sei hier auch auf die Problematik verwiesen, die sich aus der Erweiterung des Aufgabenspektrums für das soldatische Selbstverständnis ergibt. Stabilisierungsoperationen, asymmetrische Kriegführung aber auch Aufstandsbekämpfung gehören heute zu den Hauptaufgaben der Streitkräfte.⁷⁴ Der Soldat wird hierdurch mit äußerst komplexen und paradoxen Anforderungsprofilen konfrontiert.

Zum Einen soll er befähigt werden, kämpfen und damit auch töten zu können. Zum Anderen muss er den ständigen mentalen Wechsel zwischen Kämpfer- und Helferrolle realisieren. Diese Anforderungen können zu erheblichen Identitätsproblematiken im Selbstbild der Soldaten führen.⁷⁵ Andererseits besteht tendenziell die Gefahr einer Überforderung des Soldaten, da von ihm eine Vielzahl von Fähigkeiten verlangt wird, die nur teilweise militärischen Anforderungen entsprechen und daneben komplexe zivilberufliche Ausbildungsgänge verlangen.⁷⁶ Im Folgenden sollen ausgewählte Konsequenzen erläutert werden, die aus den bisherigen Feststellungen zu ziehen sind.

4. Konsequenzen für die Bundeswehr als Akteur in der Vernetzten Sicherheit

Der gesellschaftlich-politische Dissens hinsichtlich der Auslandseinsätze deutscher Streitkräfte sowie die zahlreichen Herausforderungen, die sich aus den Schnittstellen der zivil-militärischen Vernetzung und dem erweiterten Aufgabenspektrum ergeben, zeigen einen umfassenden Handlungsbedarf für die Bundeswehr auf, wenn sie als Akteur ihre Rolle im Konzept der Vernetzten Sicherheit erfolgreich wahrnehmen soll.

4.1 Präzisierung des Konzeptes der Vernetzten Sicherheit

Die Verständigung über Rolle und Aufgaben der Bundeswehr muss in einem breiten, gesellschaftlichen Diskurs erfolgen.⁷⁷ Dieser bedarf zunächst einer eindeutigen Positionierung der Bundeswehr selbst, durch Klarstellung des Konzeptes der Vernetzten Sicherheit und des Beitrages der Bundeswehr darin. Hierzu muss durch das BMVg der Begriff der Vernetzten Sicherheit näher definiert werden. Dabei sollten die Grenzen der Vernetzbarkeit berücksichtigt, der Eindruck militärischer Dominanz verhindert aber auch ein eindeutiger militärischer Standpunkt formuliert werden.⁷⁸ Es sind die Kernfähigkeiten⁷⁹ darzustellen, die von der Bundeswehr in das Aufgabenspektrum eingebracht werden können. Dabei kommt es besonders darauf an, die Aufgaben von Streitkräften im Krisenmanagement zu präzisieren, Bedingungen und Grenzen für den Einsatz des Militärs aufzuzeigen und die Verantwortlichkeiten weiterer Akteure zu benennen. Hierdurch ist der Gefahr einer



Fregatte Köln versenkt Piratenboot

Überforderung der Bundeswehr entgegenzuwirken. Es gilt dabei hervorzuheben, dass Streitkräfte im Rahmen des Völkerrechtes ein legitimes Instrument staatlicher Gewaltausübung sind, dass ihre Kernbefähigung in der möglichen Durchsetzung eines Auftrages mit Waffengewalt liegt und dies stets auch den gezielten Einsatz tödlicher Gewalt beinhalten kann.⁸⁰ Diese Natur von Streitkräften gilt es im Diskurs selbstbewusst hervorzuheben. Dem widerspricht nicht, dass Streitkräfte in Stabilisierungsoperationen oder im Zuge der Aufstandsbe-kämpfung auch subsidiäre Aufgaben wahrnehmen können.

Als Hauptaufgabe der Bundeswehr im internationalen Krisenmanagement muß jedoch ihr risikoreicher Beitrag zur Friedenserzwingung bzw. -erhaltung betont und das Bild des „bewaffneten Wiederaufbauhelfers“ vermieden werden.⁸¹ Da ein Weißbuch als politisch abzustimmendes Dachdokument der Bundesregierung keine eindeutige Positionierung zulässt,⁸² muss hierfür eine Publikationsform gewählt werden, die zur Veröffentlichung eines kontroversen Standpunktes geeignet ist und über die guten Ansätze der VPR von 2011 hinausgeht. Erste Überlegungen hierzu wurden auf ministerieller Ebene bereits getroffen.⁸³ Ein entsprechendes Dokument kann als „konzeptionelle Vorarbeit“ für eine ressortübergreifende Abstimmung und als Grundlage für eine eindeutige Positionie-

rung militärischer Führer im gesellschaftlichen Diskurs dienen. Als Anhalt für ein solches Dokument steht z.B. das französische Konzept eines nationalen militärischen Beitrages in einem vernetzten Ansatz zur Verfügung.⁸⁴

4.2 Befähigung zur Strategischen Kommunikation

Als Grundlage eines gesellschaftlichen Diskurses muss die Bundeswehr aktiver über Notwendigkeiten, Rahmenbedingungen, Probleme und Erfolge von Aus-

Effektives Krisenmanagement im Ausland ist aber stark von der öffentlichen Meinung im eigenen Land abhängig. Denn wie gezeigt wurde, wirkt sich diese auch auf die politischen Entscheidungsträger und folglich auf den politischen Primat aus. Zudem wird der Gegner in der aktuell vorherrschenden Konfliktform gezielt versuchen, die öffentliche Meinung im Heimatland zu beeinflussen.

landseinsätzen kommunizieren.⁸⁵ Dabei muss sie als staatliche Organisation drei wichtige Aspekte bei jeglicher Kommunikation berücksichtigen. Aufgrund der Globalisierung und der Revolution in der Informationstechnik hat sie das Informationsmonopol verloren. Informationen sind heute über das Internet weltweit verfügbar, was die getrennte Beeinflussung bzw. Information bestimmter Zielgruppen durch eigene Botschaften erschwert. Unterschiedliche, sich auch widersprechende

Botschaften können zu einem Glaubwürdigkeitsproblem führen. Der Verlust der Informationshoheit durch ständige Medienpräsenz und soziale Netzwerke führt letztlich zu einem Verlust der Kontrolle über den Informationsfluss. Effektives Krisenmanagement im Ausland ist aber stark von der öffentlichen Meinung im eigenen Land abhängig. Denn wie gezeigt wurde, wirkt sich diese auch auf die politischen Entscheidungsträger und folglich auf den politischen Primat aus.

Zudem wird der Gegner in der aktuell vorherrschenden Konfliktform gezielt versuchen, die öffentliche Meinung im Heimatland zu beeinflussen. Der Gegner wird widersprüchliche Botschaften und Schwachstellen in der Kommunikation für seine Operationsführung konsequent ausnutzen. Folglich kommt dem „Perzeptionsmanagement“ für die eigene Bevölkerung eine gesteigerte Rolle im Krisenmanagement zu. Streitkräfte müssen hierzu strategisch kommunizieren. Strategische Kommunikation erfordert nach allgemeinem Verständnis permanente Strukturen auf allen Ebenen, Führung aus einer Hand, professionelles Personal, Verzicht auf Täuschung bzw. Manipulation der Adressaten, eine langfristig wirkende Botschaft sowie eine Kultur der Initiative, Kreativität und Risikobereitschaft.⁸⁶ Dabei spielen die Medien, vor allem Fernsehen und Printmedien, eine wichtige Rolle.⁸⁷ Zentraler Punkt ist jedoch die Koordination aller Aktivitäten durch eine verantwortliche Person oder Stelle.

Die Teilkonzeption Informationsarbeit der Bundeswehr (TK InfoABw) sieht hingegen eine Trennung der Zuständigkeiten für Maßnahmen zum Zweck der Personalbedarfsdeckung, der Informationsarbeit und Informationsoperationen vor.⁸⁸ „Die strikte Trennung führt zu Ineffizienz, unterschiedlichen Kommunikationszielen, unterschiedlichen Botschaften und insgesamt zu einem differenzierten Auftreten der Bundeswehr nach außen.“⁸⁹ Daher ist eine Anpassung der TK InfoABw hin zu einer Konzeption für strategische Kommunikation notwendig. Darauf aufbauend ist schließlich eine militärische Kommunikationsstrategie zu entwickeln, die später als Beitrag für eine Ressort übergreifende Gesamtstrategie dienen kann. Zudem sollte eine Verwendungsreihe bzw. ein Kompetenzbereich Kommunikation in Erwägung gezogen werden, um eine Professionalisierung der Dienstposteninhaber zu fördern.

4.3 Stärkung der Kooperationsprofessionalität

Vernetzung erfordert die mentale Bereitschaft und Fähigkeit der betroffenen Akteure zu gegenseitiger Kooperation, denn Vernetzung lässt sich nicht befehlen.⁹⁰ Menschen und Organisationen sind durch unterschiedliche Subkulturen geprägt. Dies gilt selbst für Akteure aus dem gleichen Land oder Kulturkreis. Die Schlüsselfähigkeit der Interkulturellen Kompetenz (IK) spielt zur Überwindung von Berührungängsten, Vorurteilen und tradierten Denkmustern eine herausragende Rolle. Zum Kernbestand der IK gehören Fähigkeiten wie Ambiguitätstoleranz, Empathie, Rollendistanz und Kommunikationsfähigkeit. Verfügt der Soldat über diese Fähigkeiten, ist er in der Lage, Spannungsverhältnisse zwischen unvereinbaren Gegensätzen auszuhalten, sich aus bekannten Handlungsgefügen zu lösen und damit verbundene Unsicherheiten zu ertragen. Er ist befähigt, sich in andere hineinzusetzen und bereit, sich mit Unbekanntem auseinander zu setzen.⁹¹ IK ist damit eine Schlüsselvoraussetzung für erfolgreiche Vernetzung. Denn das Prinzip der Vernetzten Sicherheit verlangt von Soldaten verständnisvoll mit zivilen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren auf nationaler und internationaler Ebene zusammenzuarbeiten.

Aber auch Verbündete mit einer anderen Militärkultur erfordern IK vom deutschen Soldaten. Diese Innenkomponente der IK⁹² wird in der „Vorläufigen Konzeption zur Vermittlung von IK“⁹³ bisher nicht hinreichend berücksichtigt. Es gilt daher, die Konzeption an die Erfordernisse der Vernetzten Sicherheit anzupassen. Im Rahmen der Vermittlung von IK entwickeln Soldaten durch umfassende Bildung, ergänzt durch eine laufbahnbegleitende, kulturallgemeine Aus- und Weiterbildung, „Bewusstsein und Sensibilität für die Entstehung,

Wirksamkeit und Gleichberechtigung von kulturellen Orientierungssystemen.“⁹⁴ In einer kulturspezifischen Ausbildung sind schließlich Kenntnisse zu Führungskulturen, Mentalitäten und Sozialisierungen der jeweiligen Akteure sowie über Verhaltensregeln, ausgerichtet an konkreten Erfordernissen von Verwendungen bzw. Auslandseinsätzen, zu vermitteln.⁹⁵ In diesem Zusammenhang müssen auch ressortübergreifende Ausbildungen und Übungen auf allen Ausbildungshöhen weiter ausgebaut und die Anpassung der Teilkonzeption Ausbildung an die Erfordernisse der Vernetzung geprüft werden.⁹⁶ Zudem können der vermehrte Einsatz von Austauschpersonal in zivilen Ressorts, bei zivilen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren oder zur personellen Unterstützung von Koordinationsgremien (z.B. Ressortkreis Zivile Krisenprävention)⁹⁷ sowie längere Stehzeiten auf kooperationsrelevanten Dienstposten zur Erhöhung



Patrouille im Norden Afghanistans

der Kooperationsfähigkeit in der Bundeswehr beitragen.

4.4 Ausbau zivil-militärischer Kompetenzen

Der Einsatz im internationalen Krisenmanagement und die Unterstützung subsidiärer Aufgaben durch Soldaten erfordert nicht nur den Gewaltspezialisten und Kämpfer, sondern verlangt von Soldaten, insbesondere von den militärischen Führern, ein breites Spektrum an Fähigkeiten.⁹⁸ Der Soldat muss heute eine hohe Flexibilität aufbringen, um mit den paradoxen und komplexen Anforderungen umgehen zu können. Dies muß einerseits durch eine geeignete Identitätspolitik⁹⁹ sowie durch die Weiterentwicklung der Inneren Führung, insbesondere des soldatischen Leitbildes,¹⁰⁰ aufgegriffen und intern wie extern durch strategische Kommunikation vermittelt werden. Die heute erforderlichen Fähigkeiten des Einsatzsoldaten basieren andererseits auch auf beruflichen Kompetenzen, „die nur zu einem kleinen Teil in der Militärausbildung erworben werden können.“¹⁰¹ Das knappe Gut Ausbildungszeit ist begrenzt, und zivile Ausbildungsinhalte konkurrieren mit den Erfordernissen der militärischen Spezialisierung. Militärische Strukturplaner und Ausbilder stehen daher vor multi-dimensionalen Herausforderungen. Sie müssen auch zukünftige worst-case Szenarien berücksichtigen, wenn die Streitkräfte von strategischen Überraschungen verschont bleiben sollen.¹⁰² Daher muss die Befähigung des Soldaten zum Kampf, als die Kernfähigkeit von Streitkräften, das entscheidende und kohäsionsbildenden

de Moment in der Ausbildung bleiben. Dennoch gilt es auch, Möglichkeiten zur Diversifikation zu prüfen. Der Bedarf an zivil-militärischen Kompetenzen muss bereits durch zielgerichtete Rekrutierung, aber auch durch integrierte Ausbildungs- und Kooperationsstrukturen gedeckt werden. Durch Berücksichtigung im soldatischen Anforderungsprofil und konsequenten Rückgriff auf bereits erworbene zivile Qualifikationen sollten benötigte Kompetenzen besser verfügbar gemacht werden. Zudem gilt es, die berufsbildenden Inhalte der Führerausbildung konsequenter am Einsatzbedarf auszurichten und im Dienstbetrieb zu nutzen.¹⁰³ Durch die Öffnung der Laufbahnen für Seiteneinsteiger und flexible Ein- bzw. Austrittsregelungen, d.h. Durchlässigkeit von zivilem Berufsleben und Militärlaufbahn, sollten auch Voraussetzungen für den verstärkten Rückgriff auf ungediente zivile Experten geschaffen werden. In diesem Zusammenhang gilt es zudem, eine weitere Anpassung der Reservistenkonzeption bzw. gesetzlichen Anpassungsbedarf zu prüfen.¹⁰⁴

5. Fazit

Sicherheitspolitische Vernetzung bedarf in erster Linie einer Überwindung tradierter Denkformen und damit der Bereitschaft der Menschen zur Veränderung. Kohärenz im Denken und Handeln muss auf Einsicht beruhen und kann nicht befohlen werden. Die mentale Dimension der Vernetzung, d.h. die Fähigkeit und Bereitschaft, mit anderen kooperieren zu wollen, ist somit ein zentraler Ansatzpunkt für Maßnahmen in der Bundeswehr. Durch konzeptionelle, personelle und strukturelle Maßnahmen kann sie einen Beitrag zu mehr „Kohärenz in den Köpfen“ leisten. Mit dem Einsatz der Streitkräfte im internationalen Krisenmanagement und der damit verbundenen Übernahme subsidiärer Aufgaben sind Soldaten aber auch zunehmend gezwungen, politisch-strategische Verantwortung wahrzunehmen. Politik und Militär stehen daher in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis hinsichtlich Planung, Lenkung, Durchführung und Kommunikation des Krisenmanagements. Dies führt zu einer stärkeren Verantwortung der militärischen Führung, insbesondere auf der strategischen Ebene. Militärische Führer müssen als Teil einer Verantwortungselite bereit sein, militärisch begründete Einwände, Forderungen und Vorschläge im Vorfeld politischer Entscheidungen in den demokratischen Diskurs einzubringen. Dies gilt für Einsätze im Krisenmanagement besonders dann, wenn Streitkräfte aufgrund fehlender ziviler Mittel für subsidiäre Aufgaben eingesetzt werden müssen. Dies erfordert Mut und strategische Denkfähigkeit auf allen Ebenen sowie die Bereitschaft der politischen Entscheidungsträger, dem Militär einen angemessenen Stellenwert in der Demokratie einzuräumen.¹⁰⁵ Ohne eine deutsche Gesamtstra-

regie werden die Beiträge der Bundeswehr jedoch nur Stückwerk bleiben. Denn kohärentes Handeln bedarf vor allem eines politisch herbeigeführten Diskurses bzw. Konsenses in der Gesellschaft über die künftige Rolle Deutschlands und seiner Streitkräfte in internationalen Bündnissen sowie über die damit zwangsläufig verbundenen Konsequenzen.

Zum Autor: Major i.G. Thorsten Gensler, Heer/Panzer Grenadier, schrieb seine Arbeit als Angehöriger des 7. LGAN an der Führungsakademie der Bundeswehr. Seit Oktober 2012 ist er G3 der Luftbeweglichen Brigade 1 in Fritzlar. Thorsten Gensler ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Anmerkungen:

- 1 In den VPR vom 27.05.2011 werden die Aufgaben der Bundeswehr definiert. Zu den Aufgaben des internationalen Krisenmanagements gehören demnach die Landesverteidigung als Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO, Internationale Konfliktverhütung und -bewältigung, einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus als auch die Beteiligung an militärischen Aufgaben im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU sowie humanitäre Hilfe im Ausland. Vgl. BMVg: Verteidigungspolitische Richtlinien: Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten, Berlin, 27.05.2011, S. 11
- 2 Maßgeblich hierfür sind die rechtlichen Bestimmungen des Grundgesetzes (Art. 24 II und 87a I GG), des Völkerrechts und des Parlamentsbeteiligungsgesetzes. Vgl. Stöhr, Gerhard: Soldaten der Bundeswehr – Verteidiger des Rechts, in: FüAk-Reflexionen, Zeitschrift der Führungsakademie der Bundeswehr, Nr. 13, Juli 2010, S. 3 f
- 3 Vgl. Sommer, Peter-Michael: Vernetzte Sicherheit als Konzept deutscher Sicherheitspolitik, Handreichung aus dem Seminar Vernetzte Sicherheit des LGAN 2010, Führungsakademie der Bundeswehr, Fachbereich Sicherheitspolitik und Strategie, Hamburg, 28.10.2010, S. 2 f
- 4 Vgl. Fouzieh, Melanie Alamir: Der erweiterte Sicherheitsbegriff in der Umsetzung: Entwicklung, Diskrepanzen und Perspektiven, in: Reader Sicherheitspolitik – V.2. Die Bundeswehr vor neuen Herausforderungen, Streitkräfteamt, Informations- und Medienzentrale der Bundeswehr, Bonn, 2005, S. 2f
- 5 Der von den Vereinten Nationen geprägte Begriff der „Menschlichen Sicherheit (Human Security)“ stellt statt dem Staat das menschliche Individuum in den Vordergrund. Demnach bedeutet Sicherheit für den Menschen ein Leben in „Freiheit von Furcht“ und „Freiheit von Mangel“. Vgl. Sommer Peter-Michael, Vernetzte Sicherheit als Konzept deutscher Sicherheitspolitik, S. 3f. Der erweiterte Sicher-

heitsbegriff und der Begriff der menschlichen Sicherheit werden somit in der Regel als Gegensatzpaare betrachtet. Allerdings stellt sich dem Verfasser die Frage, ob die Erweiterung des Sicherheitsbegriffes nicht auch die Erweiterung um den Aspekt der menschlichen Sicherheit beinhalten kann.

- 6 Vgl. BMVg; Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Online-Ausgabe, Berlin, 2006, S. 2
- 7 Vgl. dass.: a.a.O., S. 9 u. S. 25
- 8 Vgl. dass.: a.a.O., S. 9
- 9 Hierunter werden im Folgenden die nationalen Ressorts, d.h. Ministerien und deren nachgeordnete Behörden bzw. Dienststellen sowie das dort eingesetzte Personal verstanden.
- 10 Diese umfassen beispielsweise nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen (NRO bzw. NGO), Internationale Organisationen (IO) und die Privatwirtschaft.
- 11 Vgl. Wandinger, Thomas: Optimierung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit für das nationale Engagement im Rahmen der Krisenprävention im Ausland: Abschlussbericht Studienphase III, Institut für Politik und Internationale Studien, München, September 2008, S. 9
- 12 Vgl. o.V.: Gesamtkonzept der Bundesregierung: „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, Stand 04.07.2000, <http://www.cpti.ws/conf/02/ger/zusatz/gesamtkonzept.pdf>,
Vgl. auch: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Krisenprävention und Konfliktbeilegung, BMZ Spezial, 17/ August 2000
- 13 Bundesregierung: Aktionsplan zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung, Berlin, 12. Mai 2004, S. 1
- 14 Vgl. Dies.: a.a.O., S. 1 ff. Die aktuelle schwarz-gelbe Regierungskoalition hat sich in ihrem Koalitionsvertrag von 2009 zur Fortsetzung einer vernetzten Sicherheitspolitik bekannt. Vgl. o.V.: Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. 17. Legislaturperiode, 26.10.2009, S. 123
- 15 Vgl. Major Claudia u.a.: Toolbox Krisenmanagement: Von der zivilen Krisenprävention bis zum Peacebuilding: Prinzipien, Akteure und Instrumente, Stiftung Wissenschaft und Politik sowie Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (Hrsg.), Berlin, 2011, S. 5ff
- 16 Dies.: a.a.O., S. 6. In Gesprächen des Verfassers mit Experten verschiedener Ministerien wurde deutlich, dass in den jeweiligen Ressorts unterschiedliche Vorstellungen darüber herrschen, wann von einer Krise gesprochen werden kann. Je nach Ressort werden unterschiedliche Indikatoren zur Bewertung einer Krise angenommen. Hier kann ein solches Modell einen Beitrag für die Harmonisierung des Krisenbegriffs zwischen den Akteuren leisten.

- 17 Vgl. Dies.: a.a.O., S.6
- 18 Die Gliederung der Phasen des Krisenzyklus erfolgte in Anlehnung an General a.D. Naumann, Klaus: Krisenreaktion, in: Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen: Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Mittler-Verlag, Hamburg, 2001, S. 851-866
- 19 In der Bundeswehr wird dieser Führungsprozess in Führungsvorschriften explizit festgehalten. Für die Landstreitkräfte siehe hierzu BMVg: HDv 100/200, Führungssystem der Landstreitkräfte, Bonn, 24. März 2010, S. 66 ff
- 20 Vgl. Sommer, Peter-Michael: Vernetzte Sicherheit – Anspruch und Grenzen, in Europäische Sicherheit, Heft 09/2009, S. 15 ff
- 21 Diese organisatorische Einteilung wird in Militärkreisen verwendet, spiegelt sich aber nicht zwangsläufig im Organisationsverständnis ziviler Akteure wider. Vgl. hierzu Heinrichs, Swen: Ressortübergreifende Führungsformen bei Auslandseinsätzen: Institutionelle Lösungsmöglichkeiten für eine ressortübergreifende Führung auf strategischer und operativer Ebene bei Auslandseinsätzen, Lehrgangsarbeit, 4. LGAN SK, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg, 2008. Die strategische Ebene bezeichnet hier die militärstrategische Ebene des Verteidigungsministeriums. Die militärstrategische Ebene legt u.a. den angestrebten militärischen Endzustand sowie die militärischen Zielsetzungen und Wirkungen zum Erreichen des politischen Endzustands fest. Daneben wird die Ebene der Führungskommandos (z.B. Einsatzführungskommando) als operative Ebene benannt. Die Operative Ebene setzt die politischen Absichten und militärstrategischen Vorgaben in streitkräftegemeinsame Weisungen an die taktische Ebene um. Daneben ist es Aufgabe der taktischen Ebene (z.B. Kontingentführer im Einsatz), die unmittelbare Führung der jeweiligen Teilstreitkräfte in einem Einsatzraum zu gewährleisten. Vgl. BMVg: HDv 100/200, Führungssystem der Landstreitkräfte, Bonn, 24. März 2010, S. 31 ff
- 22 Vgl. Bühler, Erhard: Das Konzept der vernetzten Sicherheit aus der Perspektive des BMVg, in: Online Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll, 2008, S. 1
- 23 Als Deterrence by Punishment bezeichnet Naumann „die Abschreckung eines gegnerischen Staates oder Bündnisses durch Einschüchterung“, während er Deterrence by Denial als die offensive Form der Abschreckung „durch Verweigerung“ benennt. Naumann, Klaus: Krisenreaktion, in: Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen: Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Mittler-Verlag, Hamburg, 2001, S. 852
- 24 Ein Beispiel hierfür ist die Teilnahme der Bundeswehr am NATO-Programm „Partnership for Peace“. Zum Thema Sicherheitssektorreform und für weitere Beispiele siehe: Interministerielles Rahmenkonzept zur Unterstützung von Reformen des Sicherheitssektors in Entwicklungs- und Transformationsländern, Oktober

2006. Zur Rolle der Bundeswehr im Rahmen der SSR siehe auch Zierold, Sascha: Die Rolle des BMVg im Bereich Security Sector Reform (SSR), Lehrgangsarbeit LGAN 2004, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg, 13.01.2006
- 25 Für eine detailliertere Beschreibung einzelner Fähigkeiten siehe Multinational Interoperability Council (MIC): Comprehensive Approach Framework – A Military Perspective – Version 2.0, 7. Juni 2011, S. 7 ff
- 26 Vgl. dass.: a.a.O., S. 8 f
- 27 Naumann Klaus: Krisenreaktion, a.a.O., S. 859
- 28 Vgl. ders.: a.a.O., S. 859 f
- 29 Ders.: a.a.O., S. 861
- 30 Diese Tatsache wird durch verschiedenste Konzepte aufgegriffen. Als Beispiele sollen hier nur die Konzepte des Three-Block-War, Full Spectrum Operations, Peace Support Operations oder der Comprehensive Operations erwähnt werden.
- 31 General a.D. Naumann fordert, dass ohne die Bereitschaft zum langwierigen Wiederaufbau und zur Wiederherstellung der Ordnung von vornherein auf eine Intervention verzichtet werden sollte. Er hält „Quick in, Quick out“- Operationen aufgrund der Verantwortung des Intervenierenden für nicht realisierbar. Vgl. Naumann, Klaus: Krisenreaktion, S. 858 ff. Allerdings scheint aufgrund der aktuellen Erfahrung in Afghanistan die Neigung der Politik gering, sich künftig auf langwierige militärische Interventionen einzulassen. Der Einsatz der NATO in Libyen bestätigt eher die Tendenz zu einer „Quick in, Quick out“- Philosophie im derzeitigen Krisenmanagement, um die ökonomischen Belastungen langwieriger Stabilisierungsbemühungen mit ungewissem Ausgang zu reduzieren. Jedoch kann zu diesem Zeitpunkt ein Folgemandat für Kräfte der NATO oder der EU in Libyen auch nicht ausgeschlossen werden.
- 32 Vgl. MIC: a.a.O., S. 11
- 33 Für eine detaillierte Auflistung subsidiärer Aufgaben siehe dass.: a.a.O., S. 11
- 34 Vgl. dass.: a.a.O., S. 10 ff
- 35 Vgl. Biehl, Heiko: Zustimmung unter Vorbehalt. Die deutsche Gesellschaft und ihre Streitkräfte. In: Wiesendahl Elmar (Hrsg.), Innere Führung für das 21. Jahrhundert: Die Bundeswehr und das Erbe Baudissins, Verlag Ferdinand Schöningh, 2007, S. 107 f
- 36 Vgl. Buch, Detlef: Was die Bevölkerungsmeinung wirklich prägt – Die Ausgangspunkte erfolgreicher sicherheitspolitischer Kommunikation, in: Den Krieg erklären: Sicherheitspolitik als Problem der Kommunikation, Zowislo-Grünewald Natascha u.a. (Hrsg.), Verlag Peter Lang, 2011, Frankfurt am Main, S. 245. Zu dieser Thematik vergleiche ausführlicher Buhlman, Thomas u.a.: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in Deutschland – Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2010 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr,

- Forschungsbericht 94, Strausberg, Mai 2011
- 37 Vgl. Schön, Harald: Ein Bericht von der Heimatfront: Bürger, Politiker und der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr, in: Politische Vierteljahrszeitschrift, Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Heft 51, 2010, S. 396
- 38 Biehl, Heiko: a.a.O., S. 109
- 39 Buhlmann, Thomas u.a.: a.a.O., S. 63 f
- 40 Je geringer das Informationsniveau, desto größer ist die Unsicherheit der Bürger. Vgl. ders.: a.a.O., S. 38 f und S. 63
- 41 Ders.: a.a.O., S. 110 f
- 42 Vgl. Buhlmann, Thomas u.a.: a.a.O., S. 30 f
- 43 Nachtwei, Winfried: Für eine Kultur des Hinsehens. Es reicht nicht aus, die Bundeswehr mit großen Parlamentsmehrheiten in riskante Einsätze zu schicken, in: Loyal: Magazin für Sicherheitspolitik, Heft 3, 2010, S. 20 f; Diese Bedrohungswahrnehmung wird auch durch die aktuelle Bevölkerungsbefragung des SOWI bestätigt; Vgl. Buhlman, Thomas: a.a.O., S. 91 ff
- 44 Vgl. Nachtwei, Winfried: Die neue Bundeswehr: freiwillig und kriegerisch?, in: Blätter für die deutsche und internationale Politik: Monatszeitschrift, 1/2011, S. 58
- 45 Vgl. Buch, Detlef: Was die Bevölkerungsmeinung wirklich prägt – Die Ausgangspunkte erfolgreicher sicherheitspolitischer Kommunikation, S. 252 ff
- 46 Vgl. Münkler, Herfried: Der Asymmetrische Krieg: Das Dilemma der postheroischen Gesellschaft, in: Der Spiegel, Heft 44, 2008, S. 176
- 47 Spreen, Dierk: die politisch-normativen Strukturen globaler Sicherheit und Probleme der Kommunikation ordnungskonstitutiver militärischer Gewalt, in: Den Krieg erklären: Sicherheitspolitik als Problem der Kommunikation, Zowislo-Grünewald Natascha u.a., Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main, 2011, S. 26 ff. Zur Problematik des Verhältnisses zwischen posttheoretischen Zivilgesellschaften und ihren Soldaten bzw. ihrem Verhältnis zu Krieg siehe auch Münkler Herfried, a.a.O., S. 176 ff
- 48 Vgl. Merkel, Angela: Vorwort, in: Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und der Zukunft der Bundeswehr, Online-Ausgabe, Berlin, S. 2
- 49 Vgl. Lang, Sibylle: Anforderungen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik an die deutsche Sicherheitsarchitektur, in: Glawe Robert (Hrsg.), Eine neue deutsche Sicherheitsarchitektur – Impulse für die nationale Strategiedebatte, Wissenschaft & Sicherheit, Band 6, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin, 2009, S. 79
- 50 Multilateralismusfalle ist ein Begriff, der maßgeblich durch Kaim Markus geprägt

wurde. Vgl. Kaim, Markus: Deutsche Auslandseinsätze in der Multilateralismus-falle? In: Mair, Stefan (Hrsg.): Auslandseinsätze der Bundeswehr – Leitfragen, Entscheidungsspielräume und Lehren, SWP-Studie, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, September 2007, S. 43 ff. Zu Auswirkungen der Multilateralismus-falle auf das deutsche Afghanistanengagement siehe: von Krause, Ulf: Die Afghanistanseinsätze der Bundeswehr: Politischer Entscheidungsprozess mit Eskalationsdynamik, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2011, S. 87 ff sowie S. 279 ff

- 51 Vgl. Biehl, Heiko: a.a.O., S. 114 f
- 52 Vgl. von Krause, Ulf: a.a.O., S. 280
- 53 Vgl. Fiebig, Rüdiger und Pietsch, Carsten: Der Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan, in: Europäische Sicherheit: Politik, Streitkräfte, Wirtschaft, Technik, Heft 5, 2010, S. 27
- 54 Gemäß Kirste und Maull ist eine Zivilmacht ein Staat, „dessen außenpolitisches Rollenkonzept und Rollenverhalten gebunden sind an Zielsetzungen, Werte, Prinzipien sowie Formen der Einflussnahme und Instrumente der Machtausübung, die einer Zivilisierung der internationalen Beziehungen dienen.“ Kirste, Knut und Maull, Hanns W.: Zivilmacht und Rollentheorie, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, Nr. 2/1996, S. 300. Zu den Grundprinzipien zählen u.a. : „Zähmung und Einhegung einzelstaatlich organisierter Gewaltanwendung bei der Austragung [...] transnationaler Konflikte, [...] Verrechtlichung und Verregelung der internationalen Beziehungen, [...] Intensivierung multilateraler Kooperation und die Schaffung partizipatorischer Entscheidungsprozesse zur breiten Legitimierung einer internationalen Ordnung, die auf den Grundwerten von Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft beruht, [...] Kanalisierung der Austragung von Konflikten mit besonderen Auflagen und Prinzipien für die Anwendung militärischer Gewalt.“, Dies.: a.a.O., S. 300 f. Für die deutsche Außenpolitik gelten nach Maull u.a. folgende zentralen Traditionslinien:
„Bekanntnis zur außenpolitischen Bewältigung der deutschen Vergangenheit, [...] profunde Skepsis gegenüber militärischer Macht und militärischen Machtmitteln der Außenpolitik als prägendes Element der politischen Kultur, [...] Umorientierung der gesamtgesellschaftlichen Zielsetzung auf wirtschaftlichen Wiederaufbau und Konsolidierung der politischen Herrschaftsordnung, [...]“, von Krause, Ulf: a.a.O., S. 87
- 55 Dieser Begriff beinhaltet alle Kriegstypen, bei denen mindestens eine Kriegspartei nicht staatlicher Natur ist. Es können drei Charaktermerkmale herangezogen werden: 1. Austragungsorte sind überwiegend Gesellschaften von Entwicklungsländern. 2. Es sind öffentliche und private Konfliktparteien betroffen. 3. Es werden Mittel des Bürger- bzw. Guerillakrieges angewendet. Vgl. Ehrhart, Hans-Georg:

- Innere Führung und der Wandel des Kriegsbildes, in: Bundeswehr, Aus Politik und Zeitgeschichte, Bundeszentrale für politische Bildung, Ausgabe 48/2009, S. 26.
- 56 Vgl. Naumann, Klaus: Wie strategiefähig ist die deutsche Sicherheitspolitik?, in: Bundeswehr, Aus Politik und Zeitgeschichte, Bundeszentrale für politische Bildung, Ausgabe 48/2009, S. 11 f. Vgl. hierzu auch Stelzenmüller, Constanze: Die selbstgefesselte Republik. Deutsche Sicherheitspolitik, 20 Jahre nach dem Mauerfall: zurückgeblieben hinter Nötigem und Möglichem. Eine Polemik in fünf Thesen und Empfehlungen, in: Internationale Politik (IP), Januar/Februar 2010, S. 77
- 57 Caveats sind nationale Beschränkungen, die Streitkräften aus rechtlichen, politischen oder sonstigen Gründen auferlegt werden. Beispielsweise ist es deutschen Streitkräften beim ISAF-Einsatz in Afghanistan weitestgehend untersagt, außerhalb des unter deutscher Führung stehenden Gebietes des Regional Command North zu operieren. Vgl. Auerswald, David P. und Saideman, Stephen M.: „NATO at War: Understanding the Challenges of Caveats in Afghanistan“, S. 21 ff. Vgl. auch Stöhr, Gerhard: Soldaten der Bundeswehr – Verteidiger des Rechts, in: FüAk-Reflexionen, Zeitschrift der Führungsakademie der Bundeswehr, Nr. 13, Juli 2010, S. 8
- 58 Ein Beispiel hierfür ist die getrennte Mandatierung von Kräften für die Operation Enduring Freedom (OEF) und von Kräften für die International Security Assistance Force (ISAF). Hierdurch sollte eine theoretische Trennung von Stabilisierungs- und Kampfeinsatz im selben Einsatzraum vermittelt werden, um innenpolitische Vorbehalte gegen den Einsatz deutscher Streitkräfte in Afghanistan zu entkräften. Vgl. von Krause, Ulf: a.a.O., S. 171 ff und S. 280
- 59 Vgl. Gareis, Sven Bernhard: Deutsche Soldaten in aller Welt – Internationale Bundeswehreinätze als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands, in: Politische Bildung 2/2009, Wochenschau Verlag, Schwalbach, S.66
- 60 Vgl. Jaberg, Sabine: Vernetzte Sicherheit? Phänomenologische Rekonstruktion und kritische Reflexion eines Zentralbegriffs im Weißbuch 2006, in: SOW kontrovers 5, Führungsakademie der Bundeswehr, Fachbereich Sozialwissenschaften, Hamburg, Januar 2009, S. 32 f. Siehe auch Pütter, Norbert: „Vernetzte Sicherheit“: Technokratische Phantasien auf dem Vormarsch, In: Wissenschaft und Frieden, Heft 3, 2009.
- 61 Vgl. Wittkowsky, Andreas und Meierjohann, Jens Philipp: Das Konzept der Vernetzten Sicherheit: Dimensionen, Herausforderungen, Grenzen, in: Policy Briefing, Zentrum für internationale Friedenseinsätze, Berlin, April 2011, S. 1
- 62 Major, Claudia und Schöndorf, Elisabeth: Umfassende Ansätze, vernetzte Sicherheit: Komplexe Krisen erfordern effektive Koordination und politische Führung, SWP-aktuell, Nr. 22, Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2011, S. 3

- 63 Vgl. dies.: a.a.O., S 3 ff
- 64 Dies äußerte der Leiter des Planungsstabes im Bundesministerium der Verteidigung, Dr. Ulrich Schlie, während des 146. Bergedorfer Gesprächskreises der Körber-Stiftung Berlin. Vgl. o.V.: 146. Bergedorfer Gesprächskreis: Die Rolle der Bundeswehr in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, 28.-30. Mai 2010, Hauptstadtbüro der Körber-Stiftung, Berlin, S. 79
- 65 Major, Claudia und Schöndorf, Elisabeth: a.a.O., S. 7. Ergänzungen in Klammern durch den Verfasser eingefügt.
- 66 Vgl. dies., a.a.O., S. 7
- 67 Vgl. Klos, Dietmar: Vernetzte Sicherheit in Deutschland, In: Europäische Sicherheit: Politik, Streitkräfte, Wirtschaft, Technik, Heft 10, 2009, S. 50
- 68 Als Kontrastpaar für Organisations-/Führungskulturen können beispielsweise die Entscheidungsorientierung von Soldaten und die Konsensorientierung von Diplomaten gegenübergestellt werden. Die Sozialisierung drückt sich z.B. im Sprachgebrauch aus. Häufig herrscht zwischen den Akteuren kein „gemeinsamer Zeichenvorrat“, wie bereits am Krisenbegriff erläutert wurde. Dies kann in der Kommunikation zu Missverständnissen führen.
- 69 Paul, Michael: Soldaten als Entwicklungshelfer? Perspektiven zivil-militärischer Zusammenarbeit im Auslandseinsatz, Diskussionspapier der SWP, Berlin, Oktober 2007, S. 4. Ergänzung in Klammern durch den Verfasser eingefügt.
- 70 Vgl. Radtke, Katrin: Zusammenarbeit mit militärischen Streitkräften, in: Standpunkt – Nr. 1, 2008, Deutsche Welthungerhilfe e.V., Bonn, S. 6 ff
- 71 Vgl. Runge, Peter: VENRO-Positionspapier, Streitkräfte als humanitäre Helfer? Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit von Hilfsorganisationen und Streitkräften in der humanitären Hilfe, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Bonn, Mai 2003, S. 18 f. „Hilfsorganisationen müssen auf eine Zusammenarbeit mit den Streitkräften verzichten, wenn dabei ihre Arbeit und ihr Selbstverständnis durch politische oder militärische Zielsetzungen gefährdet und damit ihre Unabhängigkeit und Neutralität infragegestellt wird.“, ders.: a.a.O., S. 18 Liebetanz setzt sich kritisch mit der Argumentation von VENRO auseinander. Er argumentiert, auch NROs seien in Krisengebieten immer ein politischer Akteur und stellt die Neutralität als Bezieher von staatlichen Entwicklungsgeldern in Frage. Er hebt vielmehr einen Konkurrenzkampf um finanzielle Ressourcen und einen „fundamentalistischen Pazifismus“ als Gründe für eine Ablehnung der Zusammenarbeit mit Streitkräften hervor. Vgl. Liebetanz, Klaus: Was will Deutschland am Hindukusch?“ Erwiderung auf das Positionspapier 7/2009 des Verbandes Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO), in: AUFTRAG, Gemeinschaft katholischer Soldaten, Nr. 277, März 2010, S. 15

- 72 Vgl. Paul, Michael: CIMIC am Beispiel des ISAF-Einsatzes: Konzeption, Umsetzung und Weiterentwicklung zivil-militärischer Interaktion im Auslandseinsatz, SWP Studie, Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2008, Berlin, S. 24 f
- 73 Beispiele hierfür sind Quick-Impact-Projekte der Bundeswehr in Afghanistan mit eher kurzfristigem Charakter, die im unmittelbaren Zusammenhang mit einer Operation durchgeführt werden, die Herzen der Bevölkerung gewinnen und zur Force Protection beitragen sollen. Im Gegensatz hierzu stehen langfristige Hilfseinsätze bzw. Entwicklungsbemühungen von Nichtregierungsorganisation, die nicht unmittelbar mit dem ISAF-Einsatz in Zusammenhang stehen. Als Beispiel führt Runge das Engagement der Welthungerhilfe auf, die sich anderst als die NATO bereits seit 1980 in Afghanistan engagiert. Vgl. ders.: a.a.O., S. 25.
- 74 Vgl. Ehrhart, Hans-Georg: a.a.O., S. 26
- 75 Vgl. Warburg, Jens: Paradoxe Anforderungen an Soldaten im (Kriegs-)Einsatz, in: Dörfler-Dierken Angelika und Kümmel, Gerhard (Hrsg.): Identität, Selbstverständnis, Berufsbild – Implikationen der neuen Einsatzrealität für die Bundeswehr, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010, S. 65
- 76 Der Soldat muss heute neben seinem militärischen Anforderungsprofil auch subsidiäre Aufgaben erfüllen und daher Rollen wie z.B. die des Diplomaten, Verwaltungsfachangestellten, Juristen, Polizisten, Ökonomen oder Agrarexperten erfüllen, um den komplexen Anforderungen im Krisenmanagement gerecht zu werden.
- 77 Dieser Diskurs ist besonders mit Blick auf die Innere Führung notwendig, um eine ausreichende Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft zu gewährleisten und die Motivation der Soldaten aufrecht zu erhalten. Durch den Diskurs soll in der Gesellschaft das Verständnis für die Notwendigkeit des Einsatzes militärischer Instrumente im internationalen Krisenmanagement als logische Folge des Engagements in multilateralen Bündnissen erzeugt und die Zustimmung zum Einsatz erhöht werden. Denn die Zustimmung der Bevölkerung ist ein wesentlicher Faktor dafür, dass die Soldaten ihren Einsatz als wertvollen Dienst für die Gemeinschaft begreifen. Vgl. Reeb, Hans-Joachim: Aktuelle Herausforderungen für die Auslandseinsätze der Bundeswehr, in: if plus Nr. 2, Beilage zur Zeitschrift Innere Führung 3/2008, Zentrum Innere Führung der Bundeswehr, S. 6. Schlie sieht auch die Notwendigkeit einer strategischen Debatte, macht deren Erfolg aber von der Änderung des sicherheitspolitischen Diskussionsklimas in Deutschland und von mehr Kenntnissen über Sicherheitspolitik abhängig. Vgl. Schlie, Ulrich: Deutsche Sicherheitspolitik in Fesseln? Eine Erwiderung auf Constanze Stelzenmüller, in: Internationale Politik, Mai/Juni 2010, S. 109. Reeb bestätigt dies, betont jedoch eine unzureichendes sicherheitspolitisches Bildungsangebot sowie mangelnde Nachfrage danach in Deutschland. Vgl. Reeb, Hans-Joachim, Sicherheitspolitik als Bildungsthema, in: WIFIS-Aktuell 39, Wissenschaftliches forum für Internationale

Sicherheit e.V., Edition Temmen, Bremen, 2008, S. 44.

- 78 Zu einem Vorschlag für die Begriffsdefinition, sowie Grenzen und Dimensionen der Vernetzung siehe Wittkowsky Jens und Meierjohann Philipp, a.a.O., S. 2 ff
- 79 Als militärische Kernfähigkeiten werden hier militärische Kräfte, Mittel und Fähigkeiten betrachtet, die besonders dann zum Einsatz kommen, wenn zivile Kräfte und Mittel aufgrund der Bedrohungslage nicht eingesetzt werden können und / oder die Durchsetzung eines Auftrages auch gegen (bewaffneten) Widerstand notwendig ist. Die Bedrohung kann dabei sowohl von staatlichen als auch nicht-staatlichen, konventionellen militärischen Gegnern aber ebenso von asymmetrischen Kräften ausgehen.
- 80 Vgl. Stöhr, Gerhard: Soldaten der Bundeswehr – Verteidiger des Rechts, in: FüAk-Reflexionen, Zeitschrift der Führungsakademie der Bundeswehr, Nr. 13, Juli 2010, S. 4 und S. 9 f
- 81 Die ehemalige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Ulrike Merten äußerte bereits 2008 hierzu: „Deshalb halte ich es für geboten, dass wir gemeinsam das Bild der Bundeswehr vom bewaffneten „THW“, welches zeitweise in der Öffentlichkeit gezeichnet wurde, korrigieren und der Bevölkerung noch ehrlicher sagen, dass jeder Einsatz im Ausland Tod und Verwundung für unsere Soldaten bedeuten kann. Denn unser Stabilisierungseinsatz in Afghanistan kann nicht nur durch Schützen, Helfen und Vermitteln umgesetzt werden, sondern der Kampf gehört als wichtiges Element ebenfalls dazu. Er darf nicht aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt werden.“ Ulrike, Merten: Begrüßung anlässlich der 4. Petersberger Gesprächs zu Sicherheit: Kriseneinsätze von Streitkräften – Bilanz und Perspektiven am 08.03.2008, Deutscher Bundestag, 2008, S. 10
- 82 Der ehemalige Referent im Planungsstab des BMVg, Ernst-Christoph Meier, betont, dass eine deutlichere Ausformulierung des Konzeptes der Vernetzten Sicherheit und der daraus folgenden Konsequenzen einer „politischen Risikoanalyse“ der damaligen große Koalition zum Opfer fielen und deshalb nicht im Weißbuch 2006 thematisiert wurden. Vgl. Meier, Ernst-Christoph: Vom Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes zum Begriff Vernetzter Sicherheit – Zur politischen Einordnung des Weißbuches 2006, In: Dörfler-Dierken Angelika und Portugall Gerd (Hrsg.), Friedensethik und Sicherheitspolitik: Weißbuch 2006 und EKD-Denkschrift 2007 in der Diskussion, Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2010, S. 56 ff
- 83 Dies wurde dem Verfasser im Rahmen eines Expertengesprächs auf ministerieller Ebene vermittelt.
- 84 Ministère de la défense: Approche globale dans la gestion de crise extérieures et contribution militaire, Centres Interarmées des Concepts, de Doctrines et

d'Expérimentation, Nr. 24, Paris, 24. Januar 2011

- 85 Dies wird auch durch Teile der deutschen Bevölkerung gefordert. Ungefähr 30% der Bevölkerung wünschen sich mehr Informationen und Transparenz über die Einsätze sowie die Vermittlung eines realistischeren Bildes. Vgl. Buhlman, Thomas u.a.: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in Deutschland – Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2010 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Forschungsbericht 94, Strausberg, Mai 2011, S. 72 f Buhlman stellt zudem unmissverständlich fest: „Informationen über einen Einsatz sind eine entscheidende Grundlage für eine rationale Beurteilung der Konsequenzen und daher letztlich auch von großer Bedeutung für die Akzeptanz einer Mission.“ Ders., a.a.O., S. 39
- 86 Vgl. Techau, Jan: What makes Communication Strategic? – Preparing Military Organizations for the Battle of Ideas, in: Zowislo-Grünewald u.a. (Hrsg.), Den Krieg erklären, Sicherheitspolitik als Problem der Kommunikation, Verlag Peter Lang,, Frankfurt am Main, 2011, S. 81 ff
- 87 Vgl. Buhlman, Thomas u.a.: a.a.O., S. 81 f (Vgl. auch Anlagen: Abbildung 6) Auch Reeb betont die Rolle der Medien als Grundlage für die sicherheitspolitische Meinungsbildung der Öffentlichkeit. Vgl. Reeb, Hans-Joachim: Sicherheitspolitik als Bildungsthema, a.a.O., S. 44
- 88 Dies wird mit historischen Erblasten und Sicherung der Glaubwürdigkeit begründet. Mit der konzeptionellen Trennung soll dem potentiellen Verdacht der Propaganda begegnet werden. Dieses Tabu wird mit Verweis auf die vermeintliche Erblast des Nazi-Regimes, „in der ein Propagandaminister Goebbels erfolgreich war“, begründet. Experten halten diese Trennung in der Praxis jedoch für nicht praktikabel. Die Zusammenarbeit zwischen Personal der Presse- und Informationsarbeit aller Ressorts sowie dem Personal für Informationsoperationen und Nachwuchsgewinnung in der Bundeswehr wird vielmehr erschwert bzw. verhindert. Vgl. Lather, Dieter: Strategische Kommunikation – Eine neue Herausforderung für Einsätze der Bundeswehr, In: Zowislo-Grünewald u.a. (Hrsg.), Den Krieg erklären, Sicherheitspolitik als Problem der Kommunikation, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main, 2011, S. 65
- 89 Buch, Detlef: Warum Nachwuchsgewinnung eine gute Öffentlichkeitsarbeit braucht, In: Zowislo-Grünewald u.a. (Hrsg.), Den Krieg erklären, Sicherheitspolitik als Problem der Kommunikation, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main, 2011, S. 139
- 90 Für den mentalen Prozess der Vernetzung gilt eine Aussage im selben Maße, wie sie für den Transformationsprozess getroffen wurde: „Dieser Prozess berührt in ganz besonderem Maße den Menschen, seine Umwelt, Wertvorstellungen, Zielsetzungen, Erziehung, Ausbildung, Können, seine Einstellungen und seine Motivati-

on. Der Mensch ist in diesem Prozess Subjekt und Objekt zugleich. Er ist sowohl Gestalter, indem er die notwendigen Vorgaben gibt und Entscheidungen trifft, als auch Betroffener, der die Auswirkungen getroffener Entscheidungen zu tragen, mitzugestalten und vielleicht auch zu erleiden hat.“ o.V.: Abschlussbericht zur Studie „SFT 21-2040 Mensch in Transf Workshop Z“ Für das Zentrum für Transformation der Bundeswehr, StratCons Strategic Consulting GmbH, Bonn, 20. Juni 2006, S. 11. Der damalige Bundesinnenminister de Maizière stellte während eines Berliner Colloquiums der Clausewitz-Gesellschaft zur mentalen Dimension der Vernetzung fest, dass Kooperation zwischen den Ressorts auch abhängig von personellen und politischen Konstellationen sei. Daran würden auch Organisationserlasse nichts ändern. Vernetzte Zusammenarbeit könne man nicht befehlen. Vgl. Baach, Werner: Vernetzt – wozu? Krisenvorbeugung, Krisenbewältigung und Krisennachsorge im 21. Jahrhundert: Bericht über das Berliner Colloquium 2008, In: Europäische Sicherheit, Heft 6, 2008, S. 82 Diese Position hat er als aktueller Bundesminister der Verteidigung während einer Ansprache an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg am 01.11.2011 erneut vertreten.

- 91 Vgl. Dr. Ulrich, Uwe: Interkulturelle Kompetenz in der Bundeswehr, Handreichung zum Seminar Innere Führung des LGAN 2010 am Zentrum Innere Führung in Koblenz, 2011, S. 3 f
- 92 Stubenrauch differenziert zwei Komponenten der IK. Die Außenkomponente umfasst alle Aspekte außerhalb der eigenen Organisation/ Koalition. Die Innenkomponente der IK bezieht sich dagegen auf Aspekte, die innerhalb eines Einsatzverbandes bzw. einer Koalition/ Organisation auftreten. Die Innenkomponente trägt der Tatsache Rechnung, dass es innerhalb einer Organisation/ Koalition unterschiedliche Subkulturen geben kann, die auf verschiedenen Sozialisierungen ihrer Mitglieder beruhen. Vgl. Stubenrauch, Markus: Interkulturelle Kompetenz als Voraussetzung und wesentliches Führungsmerkmal zur erfolgreichen Bewältigung militärischer Auslandseinsätze: Begründen Sie Ausbildungserfordernisse und entwickeln sie konzeptionelle Vorstellungen zu einer breit angelegten Ausbildung in den Streitkräften, Lehrgangsarbeit LGAN 98 Marine, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg, 29. Februar 2000, S. 4 f und S. 20 f
- 93 Vgl. BMVg: Vorläufiges Konzept zur Vermittlung und Stärkung von Interkultureller Kompetenz in der Bundeswehr, StAL Fü S I, Bonn, 13. November 2010
- 94 Prof. Dr. Thomas, Alexander u.a.: Interkulturelle Kompetenz – Ein Handbuch für internationale Einsätze der Bundeswehr, in: BMVg – P II 4 (Hrsg.), Untersuchungen des psychologischen Dienstes der Bundeswehr 1997, Verlag für Wehrwissenschaften wVw GmbH, München, 1997, S. 152
- 95 Vgl. ders.: a.a.O., S. 152 ff.
- 96 In der derzeit gültigen Fassung finden sich keine Hinweise auf Ausbildungser-

- fordernisse, die sich speziell aus der Vernetzung mit anderen Akteuren ergeben. Um beispielsweise der ressortübergreifenden Ausbildung auf allen Ebenen der Ausbildung einen höheren Stellenwert zu erteilen, muss eine explizite Nennung dieser Erfordernisse im Rahmen einer Neufassung der Teilkonzeption erfolgen. Vgl. BMVg: Teilkonzeption Ausbildung (TK Ausb), Berlin, 21. Oktober 2005
- 97 Dem Ressortkreis zivile Krisenprävention mangelt es nicht nur aufgrund fehlender eigener Finanzmittel oder aufgrund fehlender Durchgriffsrechte an Durchsetzungsfähigkeit, er wird in seiner Effektivität auch durch einen geringen eigenen Personalunterbau beeinträchtigt. Dies wurde dem Verfasser im Zuge von Expertengesprächen auf ministerieller Ebene erläutert.
- 98 Soldaten werden aufgrund des unter 3.2 beschriebenen Phänomens der „Verfügbarkeitsfälle“ immer Aufgaben übernehmen müssen, die grundsätzlich ziviler Art sind. Denn viele Aufgaben werden zunächst nur durch die schnell verfügbaren und organisatorisch dazu befähigten Streitkräfte erledigt werden könne, insbesondere wenn die Sicherheitslage zivile Kräfte abschreckt. Dies bedeutet auch, dass sich die strikte Trennung zwischen Militär- und Polizeiaufgaben auflöst. Vgl. Erhart, Hans-Georg: Militärische Macht als außenpolitisches Instrument im 21. Jahrhundert, a.a.O.; S. 686. Zudem erfordert das Gewinnen von Herzen und Köpfen der Bevölkerung vielfältige Kompetenzen, die durch militärische Ausbildung alleine nicht abgedeckt werden können. Vgl. Krech, Hans: Asymmetrische Konflikte – eine existentielle Herausforderung für die NATO. Welche Lehren können aus dem Irak-Krieg (2003-2008) und dem Luftkrieg im Libanon 2006 für die Lösung des Afghanistan-Konfliktes gezogen werden?, in: WIFIS-Aktuell 41, Edition Temmen, Bremen, 2008, S. 13 f
- 99 Dörfler-Dierken, Angelika: Identitätspolitik der Bundeswehr, in: Dörfler Dierken Angelika und Kümmel Gerhard (Hrsg.), Identität, Selbstverständnis, Berufsbild – Implikationen der neuen Einsatzrealität für die Bundeswehr, VS-Verlag, Wiesbaden, 2010, S. 137 ff
- 100 Ob die Anpassung der Inneren Führung sowie des Leitbildes eines „Staatsbürger in Uniform“ notwendig ist, ist umstritten. „Die Debatte um das Berufsbild des Soldaten ist [allerdings bereits] so alt wie die Bundeswehr selbst. Collmer, Sabine: Der flexible Soldat: Vom Landesverteidiger zum Soldaten im Einsatz, in: Wiesendahl, Elmar (Hrsg.), Innere Führung für das 21. Jahrhundert: Die Bundeswehr und das Erbe Baudissins, Verlag Ferdinand Schöningh, 2007, S. 142ff. Erhart betont allerdings, dass sich die Motivation postmoderner Soldaten nicht mehr aus der Verteidigung ihres Vaterlandes, sondern mehr aus dem „Bewusstsein, dass sie Teil einer Werte- und Risikogemeinschaft von potenziell universellem Ausmaß sind“ speist. Erhart, Hans-Georg: Militärische Macht als außenpolitisches Instrument im 21. Jahrhundert, in: ÖMZ, 6/2002, S. 685 f. Folglich werden von Reformern

Anpassungen gefordert, da die Rollenidentität des „Soldaten im Einsatz“ nur noch marginal mit dem des „Vaterlandsverteidigers“ übereinstimme. Zudem seien Anpassungen der Inneren Führung notwendig, um eine hinreichende Legitimations- und Integrationswirkung zu erzielen. Vgl. Wiesendahl, Elmar: Was bleibt und was sich ändern muss an einer Inneren Führung für das 21. Jahrhundert. in: Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Innere Führung für das 21. Jahrhundert: Die Bundeswehr und das Erbe Baudissins, Verlag Ferdinand Schöningh, 2007, S. 164f. Vgl. auch Naumann, Klaus: Die Bundeswehr im Leitbilddilemma. Jenseits der Alternative „Staatsbürger in Uniform“ oder „Kämpfer“, in: Hartmann, Uwe u.a. (Hrsg.): Jahrbuch Innere Führung 2009, Miles Verlag, 2009, S. 77 ff.

- 101 Naumann, Klaus: Einsatz ohne Ziel?, Die Politikbedürftigkeit des Militärischen, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2010, S. 106
- 102 Evans stellt hierzu fest: „today’s military professionals are like modern sporting pentathletes. They are generalists by necessity; they are not, and can never be, reduced to single-event specialists. The armed forces must be able to accomplish many tasks since we need always to hedge our bets against the near certainty of operational surprise. Second, it still remains the case that, imperfect and difficult though transition between modes of war is in the military art, it is easier to trade down from the conventional high-end than to trade up from the ‘unconventional low end’“, Evans, Michael: The Twenty-First Century Security Environment: Challenges for Joint Forces, in: The Rusi Journal, Vol. 154, No. 2, April 2009, S. 70
- 103 Hierzu zählen aus Sicht des Verfassers unter anderem die Zivilberufliche Aus- und Weiterbildung (ZAW), das Studium der Offiziere im Truppendienst aber ebenso die Weiterbildung der Fachdienstoffiziere. Hier sollten zukünftig auch Möglichkeiten der freiwilligen, postgradualen Weiterbildung stärker in den Fokus rücken. Durch Schaffung von Anreizstrukturen könnten intrinsisch motivierte Soldaten bei ihren Weiterbildungsbemühungen gefördert werden. Dies gilt insbesondere für im Auslandseinsatz benötigte zivile Fähigkeiten aber auch für universitäre Abschlüsse im Bereich des (zivilen) Konfliktmanagements.
- 104 Die derzeitige Reservistenkonzeption basiert auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Hier stellt sich die Frage, inwiefern Anreizstrukturen verbessert und ggf. gesetzliche Änderungen herbeigeführt werden müssen, um mehr zivile Experten für den Einsatz als Reservist in der Bundeswehr zu gewinnen. Hier gilt es auch zu prüfen, ob die freiwillige Reservistenarbeit ausreichend ist, um auf Ungediente zurückgreifen zu können. Vgl. BMVg: Konzeption für die Reservisten und Reservistinnen der Bw (KResBw), Fü S I 6, Berlin, 10. September 2003. Naumann geht sogar so weit zu fordern, die Idee einer erneuerten zivil-militärischen Bürgerobligation zu diskutieren, d.h. vom Freiwilligkeitsprinzip abzurücken und eine Dienstpflicht auch für Auslandseinsätze einzuführen. Vgl. Naumann, Klaus: Einsatz ohne Ziel?,

- S. 116. Zudem darf die Multiplikatorwirkung, die von Reservisten als „strategische Kommunikateure“ in die Zivilgesellschaft hinein ausgeht, nicht vergessen werden.
- 105 Carl von Clausewitz führt zur Wechselbeziehung zwischen Militär und Politik aus: „Daß die Politik an den Krieg Forderungen macht, die er nicht leisten kann, wäre gegen die Voraussetzung, daß sie das Instrument kenne, welches sie gebrauchen will (...)“ von Clausewitz, Carl: Vom Kriege, Ungekürzter Text, Cormoran-Verlag, München, 2000, S. 686. „Daß die Richtungen und Absichten der Politik mit diesen Mitteln nicht in Widerspruch treten, das kann die Kriegskunst im allgemeinen und der Feldherr in jedem einzelnen Falle fordern.“ Ders.: a.a.O., S. 54. „Soll ein Krieg ganz den Absichten der Politik entsprechen (...) so bleibt, wo der Staatsmann und der Soldat nicht in einer Person vereinigt sind, nur ein gutes Mittel übrig, nämlich den obersten Feldherrn zum Mitglied des Kabinetts zu machen, damit dasselbe teil an den Hauptmomenten seines Handelns nehme.“ Ders.: a.a.O., S. 688. „(...) der Feldherr wird zum Staatsmann, aber er darf nicht aufhören, das erstere zu sein; er umfaßt mit seinem Blick auf der einen Seite alle Staatsverhältnisse, auf der anderen ist er sich genau bewußt, was er mit den Mitteln leisten kann, die in seiner Hand liegen.“ Ders.: a.a.O., S. 79.

Anmerkung der Herausgeber: Aus Platzgründen musste die Jahresarbeit von Major Gensler um das Inhaltsverzeichnis und das Abkürzungsverzeichnis gekürzt werden. Die vollständige Arbeit ist auf der Website der Clausewitz-Gesellschaft unter www.clausewitz-gesellschaft.de eingestellt.

Quellen-/ Literaturverzeichnis

Baach, Werner: Vernetzt – wozu? Krisenvorbeugung, Krisenbewältigung und Krisennachsorge im 21. Jahrhundert: Bericht über das Berliner Colloquium 2008, in: Europäische Sicherheit, Heft 6, 2008, S. 82-86

Biehl, Heiko: Zustimmung unter Vorbehalt. Die deutsche Gesellschaft und ihre Streitkräfte. In: Wiesendahl Elmar (Hrsg.), Innere Führung für das 21. Jahrhundert: Die Bundeswehr und das Erbe Baudissins, Verlag Ferdinand Schöningh, 2007, S. 103-116

BMVg: Konzeption für die Reservisten und Reservistinnen der Bundeswehr (KResBw), Fü S I 6, Berlin, 10. September 2003

BMVg: Teilkonzeption Ausbildung (TK Ausb), Fü S 1, Berlin, 21. Oktober 2005

BMVg: Heeresdienstvorschrift (HDv) 100/200, Führungssystem der Landstreitkräfte (TF/FüSys), Bonn, 24. März 2010

BMVg: Vorläufiges Konzept zur Vermittlung und Stärkung von Interkultureller Kompetenz in der Bundeswehr, StAl Fü S 1, Bonn, 13. November 2010

BMVg: Verteidigungspolitische Richtlinien: Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten, Berlin, 27.05.2011

Buch, Detlef: Warum Nachwuchsgewinnung eine gute Öffentlichkeitsarbeit braucht, in: Zowislo-Grünewald Natascha u.a. (Hrsg.), Den Krieg erklären: Sicherheitspolitik als Problem der Kommunikation, Verlag Peter Lang, 2011, Frankfurt am Main, S. 137-144

Buch, Detlef: Was die Bevölkerungsmeinung wirklich prägt – Die Ausgangspunkte erfolgreicher sicherheitspolitischer Kommunikation, in: Zowislo-Grünewald Natascha u.a. (Hrsg.), Den Krieg erklären: Sicherheitspolitik als Problem der Kommunikation, Verlag Peter Lang, 2011, Frankfurt am Main, S. 245-257

Buhlman, Thomas u.a.: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in Deutschland – Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2010 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Forschungsbericht 94, Strausberg, Mai 2011

Bundesregierung: Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, Berlin, 12. Mai 2004

Collmer, Sabine: Der flexible Soldat: Vom Landesverteidiger zum Soldaten im Einsatz, in: Wiesendahl, Elmar (Hrsg.), Innere Führung für das 21. Jahrhundert: Die Bundeswehr und das Erbe Baudissins, Verlag Ferdinand Schöningh, 2007, S. 139-153

Dörfler-Dierken, Angelika: Identitätspolitik der Bundeswehr, in: Dörfler-Dierken Angelika und Kümmel Gerhard (Hrsg.), Identität, Selbstverständnis, Berufsbild – Implikationen der neuen Einsatzrealität für die Bundeswehr, VS-Verlag, Wiesbaden, 2010, S. 137-160

Erhart, Hans-Georg: Militärische Macht als außenpolitisches Instrument im 21. Jahrhundert, in: ÖMZ, 6/2002, S. 683-690

Erhart, Hans-Georg: Innere Führung und der Wandel des Kriegsbildes, in: Bundeswehr, Aus Politik und Zeitgeschichte, Bundeszentrale für politische Bildung, Ausgabe 48/2009, S. 23-29

Evans, Michael: The Twenty-First Century Security Environment: Challenges for Joint

Forces, in: The Rusi Journal, Vol. 154, No. 2, April 2009, S. 64-72

Fiebig, Rüdiger und Pietsch, Carsten: Der Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan, in: Europäische Sicherheit: Politik, Streitkräfte, Wirtschaft, Technik, Heft 5, 2010, S. 24-27

Fouzieh, Melanie Alamir: Der erweiterte Sicherheitsbegriff in der Umsetzung: Entwicklung, Diskrepanzen und Perspektiven, in: Reader Sicherheitspolitik – V.2. Die Bundeswehr vor neuen Herausforderungen, Streitkräfteamt (Hrsg.), Informations- und Medienzentrale der Bundeswehr, Bonn, 2005, S. 2-16

Gareis, Sven Bernhard: Deutsche Soldaten in aller Welt – Internationale Bundeswehreinsetze als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands, in: Politische Bildung 2/2009, Wochenschau Verlag, Schwalbach, S. 47-70

Heinrichs, Swen: Ressortübergreifende Führungsformen bei Auslandseinsätzen: Institutionelle Lösungsmöglichkeiten für eine ressortübergreifende Führung auf strategischer und operativer Ebene bei Auslandseinsätzen, Lehrgangsarbeit, 4. LGAN SK, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg, 2008

Jaberg, Sabine: Vernetzte Sicherheit? Phänomenologische Rekonstruktion und kritische Reflexion eines Zentralbegriffes im Weißbuch 2006, in: SOW kontrovers, Führungsakademie der Bundeswehr, Fachbereich Sozialwissenschaften, Januar 2009

Kaim, Markus: Deutsche Auslandseinsätze in der Multilateralismusfalle?, in: Mair, Stefan (Hrsg.): Auslandseinsätze der Bundeswehr – Leitfragen, Entscheidungsspielräume und Lehren, SWP-Studie, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, September 2007, S. 43-49

Klos, Dietmar: Vernetzte Sicherheit in Deutschland, in: Europäische Sicherheit: Politik, Streitkräfte, Wirtschaft, Technik, 10/2009, S. 46-51

Krech, Hans: Asymmetrische Konflikte – eine existenzielle Herausforderung für die NATO. Welche Lehren können aus dem Irak-Krieg (2003-2008) und dem Luftkrieg im Libanon 2006 für die Lösung des Afghanistan-Konfliktes gezogen werden? In: WI-FIS-Aktuell 41, Edition Temmen, Bremen, 2008

Kriste, Knut und Maull, Hanns W.: Zivilmacht und Rollentheorie, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, Nomos-Verlag, Heft 2, Dezember 1996, S. 283-312

Lang, Sybille: Anforderungen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik an die deutsche Sicherheitsarchitektur, in: Glawe Robert (Hrsg.), Eine neue deutsche Sicherheitsarchitektur – Impulse für die nationale Strategiedebatte, Wissenschaft & Sicherheit, Band 6, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin, S. 67-82

Lather, Dietger: Strategische Kommunikation – Eine neue Herausforderung für Einsätze der Bundeswehr, in: Zowislo-Grünwald Natascha u.a. (Hrsg.), Den Krieg erklären: Sicherheitspolitik als Problem der Kommunikation, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main, 2011, S. 59-75

Liebetanz, Klaus: Was will Deutschland am Hindukusch? Erwiderung auf das Positionspapier 7/2009 des Verbandes Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO), in: AUFTRAG, Gemeinschaft katholischer Soldaten, Nr. 277, März 2010, S. 14-16

Major, Claudia u.a.: Toolbox Krisenmanagement: Von der zivilen Krisenprävention bis zum Peacebuilding: Prinzipien, Akteure und Instrumente, Stiftung Wissenschaft und Politik sowie Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (Hrsg.), Berlin 2011

Major, Claudia und Schöndorf, Elisabeth: Umfassende Ansätze, vernetzte Sicherheit: Komplexe Krisen erfordern effektive Koordination und politische Führung, SWP-Aktuell, Nr. 22, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, April 2011

Meier, Ernst-Christoph: Vom Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes zum Begriff Vernetzter Sicherheit – Zur politischen Einordnung des Weißbuches 2006, in: Dörfler-Dierken Angelika und Portugall Gerd (Hrsg.), Friedensethik und Sicherheitspolitik: Weißbuch 2006 und EKD-Denkschrift 2007 in der Diskussion, Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2010, S. 53-69

Merten, Ulrike: Begrüßung anlässlich der 4. Petersberger Gespräche zu Sicherheit: Kriseneinsätze von Streitkräften – Bilanz und Perspektiven am 08.03.2008, Deutscher Bundestag, 2008

Münkler, Herfried: Der Asymmetrische Krieg: Das Dilemma der postheroischen Gesellschaft, in: Der Spiegel, Heft 44, 2008, S. 176-177

Nachtwei, Winfried: Für eine Kultur des Hinsehens. Es reicht nicht aus die Bundeswehr mit großen Parlamentsmehrheiten in riskante Einsätze zu schicken, in: *Loyal:* Magazin

für Sicherheitspolitik, Heft 3, 2010, S. 18-22

Nachtwei, Winfried: Die neue Bundeswehr: freiwillig und kriegerisch?, in: Blätter für die deutsche und internationale Politik: Monatszeitschrift, 1/2011, S. 57-65

Naumann, Klaus: Krisenreaktion, in: Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen: Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Mittler-Verlag, Hamburg, 2001, S. 851 - 866

Naumann, Klaus: Wie strategiefähig ist die deutsche Sicherheitspolitik?, in: Bundeswehr, Aus Politik und Zeitgeschichte, Bundeszentrale für politische Bildung, Ausgabe 48/2009, S. 10-17
Naumann, Klaus: Die Bundeswehr im Leitbilddilemma. Jenseits der Alternative „Staatsbürger in Uniform“ oder „Kämpfer“, in: Hartmann, Uwe u.a. (Hrsg.), Jahrbuch Innere Führung 2009, Miles-Verlag, 2009, S. 75-91

Naumann, Klaus: Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2010

o. V.: Abschlussbericht zur Studie „SFT 21-2040 Mensch in Transf Workshop Z“ Für das Zentrum für Transformation der Bundeswehr, StratCons Strategic Consulting GmbH, Bonn, 20. Juni 2006

o. V.: Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, 17. Legislaturperiode, 26.10.2009

o. V.: Die Rolle der Bundeswehr in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, 146. Bergedorfer Gesprächskreis, 28.-30. Mai 2010, Hauptstadtbüro der Körber Stiftung Berlin, edition Körber-Stiftung, Hamburg, 2010

Paul, Michael: Soldaten als Entwicklungshelfer? Perspektiven Zivil-militärischer Zusammenarbeit im Auslandseinsatz, Diskussionspapier der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik, Stifung Wissenschaft und Politik, Berlin, Oktober 2007

Paul, Michael: CIMIC am Beispiel des Afghanistan Einsatzes – Konzeption, Umsetzung und Weiterentwicklung zivil-militärischer Interaktion im Auslandseinsatz, SWP-Studie, Stifung Wissenschaft und Politik, Berlin, November 2008

Pütter, Norbert: „Vernetzte Sicherheit“: Technokratische Phantasien auf dem Vormarsch, in: Wissenschaft und Frieden, Heft 3, 2009, S. 6-9

Radtko, Katrin: Zusammenarbeit mit militärischen Streitkräften, in: Standpunkt Nr. 1 / 2008, Deutsche Welthungerhilfe e.V., Bonn, 2008

Reeb, Hans-Joachim: Aktuelle Herausforderungen für die Auslandseinsätze der Bundeswehr, if plus Nr. 2, Beilage zur Zeitschrift Innere Führung 3 /2008, Zentrum Innere Führung der Bundeswehr, 2008

Reeb, Hans-Joachim: Sicherheitspolitik als Bildungsthema, in: WIFIS-Aktuell 39, Wissenschaftliches Forum für Internationale Sicherheit e.V., Edition Temmen, Bremen, 2008

Runge, Peter: Streitkräfte als humanitäre Helfer? Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit von Hilfsorganisationen und Streitkräften in der humanitären Hilfe, VENRO-Positionspapier, Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (Hrsg.), Bonn, Mai 2003

Schlie, Ulrich: Deutsche Sicherheitspolitik in Fesseln? Eine Erwiderung auf Constanze Stelzenmüller, in: Internationale Politik, Mai/Juni 2010, S. 106-109

Schön, Harald: Ein Bericht von der Heimatfront: Bürger, Politiker und der Afghanistaninsatz der Bundeswehr, in: Politische Vierteljahreszeitschrift, Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Heft 51, 2010, S. 395-408

Sommer, Peter-Michael: Vernetzte Sicherheit als Konzept deutscher Sicherheitspolitik, Handreichung zum Seminar Vernetzte Sicherheit des LGAN 2010, Führungsakademie der Bundeswehr, Fachbereich Sicherheitspolitik und Strategie, Hamburg, 28.10.2010

Sommer, Peter-Michael: Vernetzte Sicherheit – Anspruch und Grenzen, in: Europäische Sicherheit, Heft 09/2009, S. 15-19

Spren, Dierk: Die politisch-normativen Strukturen globaler Sicherheit und Probleme der Kommunikation ordnungskonstruktiver militärischer Gewalt, in: Zowislo-Grünwald Natascha u.a. (Hrsg.), Den Krieg erklären: Sicherheitspolitik als Problem der Kommunikation, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main, 2011, S. 17-33

Stelzenmüller, Constanze: Die selbstgefesselte Republik: Deutsche Sicherheitspolitik, 20 Jahre nach dem Mauerfall: Zurückgeblieben hinter Nötigem und Möglichem. Eine Polemik in fünf Thesen und Empfehlungen, in: Internationale Politik, Ausgabe Januar/Februar 2010, S. 76-81

Stöhr, Gerhard: Soldaten der Bundeswehr – Verteidiger des Rechts, in: FüAk-Reflexionen, Zeitschrift der Führungsakademie der Bundeswehr, Nr. 13, Juli 2010, S. 3-10

Stubenrauch, Markus: Interkulturelle Kompetenz als Voraussetzung und wesentliches Führungsmerkmal zur erfolgreichen Bewältigung militärischer Auslandseinsätze: Begründen Sie Ausbildungserfordernisse und entwickeln Sie konzeptionelle Vorstellungen zu einer breit angelegten Ausbildung in den Streitkräften, Lehrgangsarbeit LGAN 98 Marine, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg, 29. Februar 2000

Techau, Jan: What makes Communication Strategic? – Preparing Military Organizations for the Battle of Ideas, in: Zowislo-Grünewald u.a. (Hrsg.), Den Krieg erklären, Sicherheitspolitik als Problem der Kommunikation, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main, 2011, S.77-93

Thomas, Alexander, Prof. Dr., u.a.: Interkulturelle Kompetenz: Ein Handbuch für internationale Einsätze der Bundeswehr, in: BMVg – P II 4 (Hrsg.), Untersuchungen des Psychologischen Dienstes der Bundeswehr 1997, Verlag für Wehrwissenschaften wVw GmbH, München, 1997

Ulrich, Uwe, Dr.: Interkulturelle Kompetenz in der Bundeswehr, Handreichung zum Seminar Innere Führung des LGAN 2010 am ZInffü, Koblenz, 2011

von Clausewitz, Carl: Vom Kriege. Ungekürzter Text. Cormoran Verlag, München, 2000

von Krause, Ulf: Die Afghanistaneinsätze der Bundeswehr: Politischer Entscheidungsprozeß mit Eskalationsdynamik, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2011

Wandinger, Thomas M.: Optimierung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit für das nationale Engagement im Rahmen von Krisenprävention im Ausland, Abschlussbericht Konzeptstudie „Nationale Interagency Interaction“, Institut für internationale Politik und Studien (IPIS), München, September 2008

Warburg, Jens: Paradoxe Anforderungen an Soldaten im (Kriegs-)Einsatz, in: Dörfler-Dierken Angelika und Kümmel Gerhard (Hrsg.), Identität, Selbstverständnis, Berufsbild – Implikationen der neuen Einsatzrealität für die Bundeswehr, VS-Verlag, Wiesbaden, 2010, S. 57-75

Wiesendahl, Elmar: Was bleibt und was sich ändern muss an einer Inneren Führung für

das 21. Jahrhundert, in: Wiesendahl, Elmar (Hrsg.), Innere Führung für das 21. Jahrhundert: Die Bundeswehr und das Erbe Baudissins, Verlag Ferdinand Schöningh, 2007, S. 155-167

Wittkowsky, Andreas und Meierjohann, Jens Philipp: Das Konzept der Vernetzten Sicherheit: Dimensionen, Herausforderungen, Grenzen, in: Policy Briefing, Zentrum für internationale Friedenseinsätze, Berlin, April 2011

Zierold, Sascha: Die Rolle des BMVg im Bereich Security Sector Reform (SSR), Lehrungsarbeit LGAN 2004, Führungsakademie der Bundeswehr, 13.01.2006

Internetquellenverzeichnis

Auerswald, David P. und Saideman, Stephen M.: „NATO at War: Understanding the Challenges of Caveats in Afghanistan“ (paper presented at the Annual Meeting of the American Political Science Association, Toronto, CA, September 2-5th , 2009), online unter: <http://www.aco.nato.int/resources/1/documents/NATO%20at-%20War.pdf>, Stand: 05.11.2011

BMVg: Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Online-Ausgabe, Berlin, 25. Oktober 2006, online unter: www.bmvg.de/resource/resource/.../WB2006_oB_sig.pdf, stand: 05.11.2011

BMZ: Interministerielles Rahmenkonzept zur Unterstützung von Reformen des Sicherheitssektors in Entwicklungs- und Transformationsländern, Oktober 2006, http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/themen_und_schwerpunkte/frieden/rahmenkonzept_SSR_deu_Final_1.pdf, Stand: 05.11.2011

Bühler, Erhard: Das Konzept der vernetzten Sicherheit aus der Perspektive des BMVg, Ein Beitrag aus der Tagung: „Gesicherte Entwicklung? Eine zunehmende Verschränkung von Sicherheits- und Entwicklungspolitik“, Bad Boll, 3.-4. November 2008, in: Online Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll, 2008, online unter: <http://www.ev-akademie-boll.de/fileadmin/res/otg/670108-buehler.pdf>, Stand: 05.11.2011

Merkel, Angela: Vorwort, in: Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und der Zukunft der Bundeswehr, Online-Ausgabe, Berlin, S. 2, online unter: www.bmvg.de/resource/resource/.../WB2006_oB_sig.pdf, stand: 05.11.2011

Ministère de la défense (FRA): Approche globale dans la gestion de crise extérieures et con-

tribution militaire, Centres Interarmées des Concepts, de Doctrines et d'Expérimentation, Nr. 24, Paris, 24. Januar 2011, online unter: http://www.cicde.defense.gouv.fr/IMG/pdf/CIA_3-4.pdf, Stand: 05.11.2011

Multinational Interoperability Council (MIC): Comprehensive Approach Framework – A Military Perspective – 7 June 2011, Version 2.0, online unter: https://community.apan.org/mic/m/mic_documents/72530.aspx, Stand: 05.11.2011

o. V.: Gesamtkonzept der Bundesregierung: „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, 04.07.2000, online unter: <http://www.cpti.ws/conf/02/ger/zusatz/gesamtkonzept.pdf>, Stand: 05.11.2011

Facetten des islamistischen Extremismus

Hisbollah, Gesundheitsversorgung als Legitimationsfaktor

Die Machterweiterung der Hisbollah durch soziale Dienstleistung

Peter Meijer

Vorbemerkung der Redaktion: Der nachfolgend abgedruckte Beitrag ist die als beste Arbeit ausgezeichnete Lehrgangsarbeit von Teilnehmern des Nationalen Lehrgangs Generalstabs-/ Admiralstabsdienst 2010 (LGAN 2010) an der Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg. Der Verfasser ist Major (NLD) Peter Meijer, Mentor der Arbeit war Flottillenarzt Dr. Lutz Nolde MBA.

1. Einleitung

Die Gesundheit zählt neben dem Zugang zu Wasser, Nahrung und Wohnung zu den elementaren Bedürfnissen des Menschen¹. Aber auch Unterricht und Bildung werden durch die Vereinten Nationen innerhalb jeder Kultur als ein essentielles Bedürfnis eingeschätzt². Die Sicherstellung dieser „sozialen“ Bedürfnisse durch soziale Dienstleistungen oder die Wiederherstellung entsprechender Systeme ist eine Kernaufgabe des Staates und Teil der Daseinsfürsorge³. Zugleich wird diese Kernaufgabe ein Teil der alltäglichen staatlichen Legitimation. Denn der bestehende, meistens demokratisch orientierte Staat ist im Grundsatz nur dann legitimiert, wenn er im Stande ist, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Welche Situation ergibt sich jedoch, wenn dies nicht der Fall ist und andererseits ein anderer, um die innerstaatliche Macht konkurrierender Akteur essentielle soziale Aktivitäten durchführt oder bessere Leistungen anbietet? Dies bedroht die Stabilität der bestehenden nationalen Machtkonstellation und die Legitimität auch einer gewählten Administration und könnte bis hin zu einer veränderten Staatsform mit neuen Akteuren führen. Einen solchen brisanten Zustand finden wir in dem religiös und politisch segmentierten Staat Libanon. Die im Libanon existierende extrem konservative schiitische proiranische⁴ paramilitärische Organisation Hisbollah⁵ oder die Partei Gottes⁶ ist im Libanon ein innerer Akteur, der versucht, mit Hilfe des schiitischen Regimes im Iran und in Syrien ihre politischen Ziele zu realisieren. Im Libanon ist die Hisbollah ein sehr dominanter politischer Akteur, der über eine starke, mit modernen Waffen

ausgerüstete Militärorganisation, die Islamic Resistance, verfügt. Die möglicherweise effizienteste Guerillaorganisation der Welt ist die einzige arabische Militärmacht, die es geschafft hat, die israelischen Streitkräfte mit Waffengewalt aus besetzten Teilen des Libanon zu vertreiben⁷. Die Hisbollah ist weltweit bekannt für Terroranschläge und deswegen durch die Vereinigten Staaten von Amerika als Terrororganisation gekennzeichnet. Weniger bekannt ist aber, dass die Hisbollah neben einem kämpferischen auch ein soziales Gesicht hat. Die Hisbollah leistet für die Zivilbevölkerung im Libanon soziale Unterstützung, indem sie als alternativer Anbieter eigentlich staatlicher sozialer Aktivitäten auftritt, mit dem Ziel, die Bevölkerung Libanons an sich zu binden, ihre Existenz zu rechtfertigen und damit zu legitimieren. Die Hisbollah bedient sich also einer Mischung aus Politik, Terror, Kriminalität und Hearts & Minds als integriertem Teil ihrer Ideologie und Strategie.

Wieso gilt die Hisbollah als terroristische Organisation? Ist sie doch eine Organisation mit politischen Ambitionen und fordert einen autonomen Staat im Geiste des Islam im Libanon⁸, also einen Staat des Friedens⁹? Für das Verständnis der Hisbollah als ambivalenter Organisation sind Definitionen der Begriffe und ein Verständnis der politischen und militärischen Ziele, aber auch der Begründung ihrer sozialen Ambitionen notwendig. Um die Strategie der Hisbollah zu erklären, wird auf dem Gedankengut des Militärdenklers David Galula aufgebaut. Galula postuliert ein Evolutionskonzept, das eine Entwicklung vom Terrorismus über den „Widerstandskämpfer“ oder „Revolutionär“ letztendlich hin zu einer regulären legalen politischen oder sogar staatlichen Organisation annimmt, die letztlich zu einem neuen autonomen Staat mit einer neuen ideologischen oder religiösen Ausrichtung führt. Mit der vorliegenden Arbeit wird beabsichtigt, ein besseres Verständnis für und Einsicht in den Legitimationsprozess der Hisbollah zu erzeugen. Im Fokus steht dabei die Analyse ihrer Fähigkeit, eigentlich staatliche (soziale) Aktivitäten zu übernehmen. Dabei wird von der These ausgegangen, dass die soziale Dienstleistung der Hisbollah im Libanon ein wesentlicher Teil ihrer Ideologie und politischen Strategie ist und dass diese zu ihrer Überlebensfähigkeit und der Realisation ihrer Zukunftsvorstellungen beiträgt. Die Leit- oder Zentralfrage der Analyse im Hinblick auf eine Eindämmung des Einflusses der Hisbollah als Beispiel des Trägers einer unerwünschten destabilisierenden Entwicklung lautet dabei: Wie werden militärische Einsätze bei Stabilisierungsoperationen beeinflusst, wenn potentielle Gegner bestehender Machtverhältnisse die Schwäche staatlicher Organisationen nutzen, um durch die Übernahme sozialer Dienstleistungen für sich selbst Legitimität zu erlangen?

Um diese Zentralfrage zu beantworten, sollen die folgenden Teilfragen bearbeitet werden:

- Was ist die Hisbollah? Was sind ihre Ziele, Organisation und Ressourcen?
- Auf welche Weise legitimieren ihre sozialen Aktivitäten die Hisbollah?
- Wie beeinflusst die soziale Dienstleistung die Zukunft von Hisbollah?
- Wie lässt sich die soziale Dienstleistungsstrategie der Hisbollah in die Theorie Galulas und die aktuellen militärischen Konzeptionen einordnen?

Jeder Teilfrage wird ein eigenes Kapitel gewidmet, das mit einer kurzen Zwischenbilanz abschließt. Diese Zwischenbilanzen werden danach zusammengeführt und leiten im letzten Kapitel über in die Beantwortung der Zentralfrage und eine Empfehlung.

2. Die Hisbollah

2.1. Was ist die Hisbollah und was sind ihre Ziele?

Die Hisbollah ist eine militante Bewegung schiitischer Muslime mit einer anti-westlichen Orientierung und zugleich eine im Libanon anerkannte und legitimierte politische Partei¹⁰. Sie wird seit 1992 durch den islamischen Geistlichen Hassan Nasrallah geführt¹¹. Die Ideologie der Hisbollah besteht aus drei Zielen, die sie in einer Gesamtstrategie, genannt "Open Letter" festgelegt hat¹². Diese Ziele sind erstens die Verwirklichung des islamischen Staates Libanon, zweitens die Pflicht¹³ zum Jihad und drittens die Errichtung eines Rechtssystems nach der „Herrschaft des Rechtsgelehrten“ Al-Wali al Faqih¹⁴. Der Jihad oder Heilige Krieg richtet sich danach auf das Vertreiben der ehemaligen „Kolonialmacht“ Israel aus dem Libanon, die Vernichtung des Staates Israel und den Export der Islamischen Revolution. Um diese politischen Ziele zu erreichen, bedient sich die Hisbollah einer Mischung aus illegalen und legalen Aktivitäten. Dadurch ist die Hisbollah eine sogenannte „Hybride Organisation“¹⁵. Der hybride Aspekt besteht darin, dass sie zum Beispiel Raketenangriffe auf Israel ausführt, Selbstmordanschläge begeht, Terroranschläge innerhalb und außerhalb Libanons organisiert und durchführt, im Hinblick auf kriminelle Aktivitäten ein Global Player ist und sich zugleich im Libanon an nationalen und regionalen Wahlkämpfe beteiligt und hofft, damit auf legitime Weise die Regierungsmacht zu ergreifen. Durch die Vereinigten Staaten wird sie als eine Terrororganisation¹⁶ angesehen, andere Regierungen differenzieren zwischen der „militärischen“ Hisbollah und ihren politischen und sozialen

Aktivitäten. So wird die Hisbollah zum Beispiel durch verschiedene arabische Staaten als eine bona fide Widerstandsbewegung anerkannt, der die volle Unterstützung gegeben werden sollte¹⁷. Gleiches gilt für die Europäische Union¹⁸.

2.2. Wie wird die Hisbollah finanziert?

Das US State Department bezifferte die Unterstützung der Hisbollah durch den Iran auf zwischen 100 bis 150 Millionen Dollar im Jahr¹⁹. Hinzu kommen noch Spenden iranischer schiitisch orientierter sozialer privater Organisationen an die Hisbollah für die Wiederherstellung und den Neubau von Infrastruktur in schiitisch dominierten Gebieten. Weiteres Geld wird für die Unterstützung der Familien von so genannten Märtyrern, Gefangenen und Verwundeten zur Verfügung gestellt²⁰. Der Libanon sollte für das iranische Regime die erste realistische und vielversprechende Möglichkeit bieten, die Islamische Revolution zu exportieren²¹. Eine zweite Geldquelle sind nach offiziellen Angaben der Hisbollah Spenden von innerhalb und außerhalb des Libanon²². Die dritte Geldquelle besteht aus oft sehr generösen religiösen Almosen, den so genannten Khoms und Zakat²³, die die Hisbollah aus aller Welt erreichen. Diese philanthropischen Spenden werden gegeben, um das Leiden der Schiiten zu mildern und zugleich den Widerstandskampf der Hisbollah zu stärken²⁴. Zum Schluss hat die Hisbollah noch eine vierte inoffizielle Geldquelle zur Verfügung, das Einkommen aus kriminellen Aktivitäten. Diese Gelder kommen hauptsächlich von fundamentalistischen Schiiten, die sich wegen der Gewalt, dem hohen Bevölkerungswachstum und den räumlichen Beschränktheit des Landes in Süd- und Mittelamerika, Asien und in verschiedenen Ländern Afrikas angesiedelt haben²⁵. Die Einnahmequellen speisen sich aus Geldwäsche, Erpressung, Produktpiraterie und Drogenschmuggel²⁶. Diese Gelder betragen zum Beispiel aus dem südamerikanischen Dreiländereck Tri-Border-Area (Argentinien, Brasilien und Paraguay) von 1998 bis 2001 zwischen 50 und 500 Millionen US-Dollar²⁷. Das Gesamteinkommen der Hisbollah aus illegalen Aktivitäten ist schwer zu schätzen. Jedoch macht dieses Beispiel deutlich, dass diese illegalen Einkommen aus dem weltweiten Ausland das gesamte legale Einkommen der Hisbollah womöglich um das Vielfache übertreffen. Das immense illegale Einkommen bedeutet zugleich eine weitgehende Unabhängigkeit der Hisbollah von den iranischen Spenden²⁸.

2.3. Wie ist die Hisbollah organisiert?

Auf Grund ihrer Gesamtstrategie hat die Hisbollah eine Organisation entworfen (siehe Anlage A), die sicherstellen soll, auf politische, militärische, kulturelle und

soziale Weise ihre Ziele zu erreichen²⁹. Durch die Einbeziehung und Verknüpfung von Wirtschafts-, Außen-, Finanz-, Rechts-, Entwicklungs-, Sicherheits-, Verteidigungs- und Kulturpolitik ist die Hisbollah im Stande, Bedrohungen verschiedener Art im Libanon sowohl innen- wie außenpolitischen vorzubeugen. Anlage A zeigt, dass die Hisbollah relevante Akteure in geeigneter Weise organisatorisch, prozedural und technisch miteinander verzahnt. Zwei dieser Akteure, die Islamic Health Unit und die Social Unit, befassen sich mit sozialen Dienstleistungen für die Bevölkerung. Für die Aufrechterhaltung dieser sozialen Dienstleistung werden ungefähr 50 Prozent des Gesamtbudgets der Hisbollah aufgewendet³⁰. Das Konzept der Hisbollah erinnert an das Konzept der Vernetzten Sicherheit³¹. Es scheint sich sowohl innen- wie außenpolitisch zu bewähren, wobei soziale und Gesundheitsdienstleistungen ein Teil der Gesamtstrategie der Hisbollah sind.

3. Auf welche Weise legitimieren ihre sozialen Aktivitäten die Hisbollah?

3.1. Wie funktioniert das Gesundheitssystem in Libanon?

Im Libanon haben 47 Prozent der Schiiten einen sehr niedrigen sozial-ökonomischen Status (SES)³². Dieser Status wird bestimmt durch Ausbildung, Beruf und Einkommen, die in einem Zusammenhang bewertet werden³³. Zwischen dem SES und der Morbidität und Mortalität eines Bevölkerungsteils gibt es einen empirisch nachvollziehbaren Zusammenhang³⁴. Die Schiiten gehören zu dem ärmsten Teil der Bevölkerung und werden im Hinblick auf adäquate soziale staatliche Dienstleistungen am meisten benachteiligt. Laut der World Health Organisation gibt es im Libanon immer mehr ältere Menschen, und zugleich werden diese Alten älter³⁵. Diese Älteren werden in zunehmendem Maße abhängig sein von freiem Zugang zu einem adäquaten und kostengünstigen Gesundheitssystem³⁶. Diese Vorsorge ist auch für die Schiiten jetzt und in Zukunft eine absolute Notwendigkeit.

Die Schiiten waren vor dem Einzug der Hisbollah in das Parlament in dem im Hinblick auf das Gesundheitssystem nicht funktionierenden libanesischen Staatsmodell³⁷ prinzipiell benachteiligt und politisch diskriminiert³⁸. Die schiitische Gemeinschaft hatte vor 1990 keine relevante Vertretung in der nationalen Politik. Auch hatten die Schiiten nur unzureichenden Zugang zu Krankenhäusern, Schulen, Wegen und Trinkwasser³⁹. Das Scheitern von Initiativen der damaligen libanesischen Regierung, diese Situation seit 1990 zu durchbrechen, ist zum Teil auf die schwierige Lage der Staatsfinanzen zurückzuführen. Durch

die Kriegereignisse der letzten Jahre sind viele Teile der nationalen Infrastruktur mehrfach zerstört, aufgebaut und wieder zerstört worden. Durch diese fast zyklische Vernichtungsbewegung ist der Staat Libanon finanziell ausgeblutet und schwer verschuldet⁴⁰. Es fehlen ihm die finanziellen Möglichkeiten, um die erforderlichen Maßnahmen auf dem Gesundheitssektor vorzunehmen sowie den Neubau von Krankenhäusern und anderen sozialen Dienstleistungsgebäuden inklusive deren Einrichtung und Ausstattung in Angriff zu nehmen. 2006 schrieb die WHO in einer Länderstudie, dass es dem Libanon an einer klaren Gesundheitspolitik und einer deutlichen Strategie fehlt⁴¹. Viele der bestehenden Gesundheitsinstitutionen sind in einem sehr schlechten Erhaltungszustand. Die schlechte Finanzlage hat auch negative Folgen für das Personal, das in diesen staatlichen Institutionen arbeitet. Die Löhne sind sehr niedrig, und es gibt kein Geld für Fortbildungen. Laut der WHO beträgt das Verhältnis von qualifizierten Krankenschwestern zu Patienten zirka 1:1500⁴². Die meisten medizinischen Ausbildungen wie die Ausbildung der Ärzte finden im Ausland statt. Sie sind sehr teuer und werden meistens privat innerhalb der Familie finanziert. Aber wenn die Löhne im Heimatland niedrig sind, entscheiden sich die meisten Absolventen, nach ihrer Ausbildung nicht in den Libanon zurückzukehren, sondern eher eine bessere Zukunft außerhalb des Libanon zu suchen. Im Libanon gibt es zwar ein Krankenversicherungssystem, aber dieses ist nicht nur in den Leistungen eingeschränkt, sondern es ist auch sehr teuer. Damit ist dieses System nicht für jeden ausreichend oder zugänglich. In den letzten 20 Jahren sind im Libanon 27 staatlich finanzierte Krankenhäuser eröffnet worden, aber durch die schlechte finanzielle Lage des Landes ist die Hälfte von ihnen schon wieder geschlossen¹⁷. Von 1500 Betten in staatlichen Krankenhäusern sind nur 300 Betten funktionsfähig⁴³. Für 83 Prozent der Bevölkerung reichen die finanziellen Mittel nicht aus, eine Krankenversicherung abzuschließen. Sie ist von einer kostengünstigen sozialen Alternative abhängig. Weil die libanesische Regierung an ihren staatlichen sozialen Aufgaben scheiterte, hat sie eine teilweise Privatisierung des nationalen Gesundheitssystems und private Initiativen eingeführt¹⁷. Zusammenfassend kann man sagen, dass es dem libanesischen Staat an der Möglichkeit, vielleicht auch dem Wille fehlt(e), ein qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem mit ausreichender Kapazität für die sehr bedürftigen Schiiten zu errichten und aufrecht zu erhalten.

3.2. Die Islamic Health Unit der Hisbollah und ihre Aufgaben

Die Hisbollah Islamic Health Unit hat die Aufgabe, öffentliche schiitische Gesundheitsbedürfnisse zu erfüllen. 2004 führte die Hisbollah drei regionale Kran-

kenhäuser, 12 Gesundheitszentren, 20 Zahnarztkliniken und 20 kommunale Ambulatorien⁴⁴. Weil die Hisbollah ihr Gesundheitssystem so effizient führte, hat die Regierung die Hisbollah gebeten, im Rahmen des Privatisierungsprozesses das Management über verschiedene öffentliche Krankenhäuser im Süd-Libanon und dem Bekaa Valley weiter zu übernehmen⁴⁵. Aus Anlage B wird deutlich, dass die Islamic Healthcare Unit heutzutage im Stande ist, in den Regionen Beirut und Süd-Libanon jährlich über 400 000 Menschen medizinisch zu versorgen und zu betreuen⁴⁶. Die Hisbollah hat es geschafft, in diesen schiitisch dominierten Gebieten ein flächendeckendes Netz von Gesundheitseinrichtungen zu errichten⁴⁷.

Obwohl die Hisbollah ihren Teil des nationalen Gesundheitssystem aus eigenen finanziellen Ressourcen bezahlt, wird sie teilweise durch den Iran unterstützt, der alle medizinischen Kosten für verwundete Hisbollah-Kämpfer und 70 Prozent der Gesundheitskosten für durch israelische Streitkräfte verwundete Zivilisten übernimmt⁴⁸. In den multidisziplinären Gesundheitsinstitutionen arbeitet professionell ausgebildetes Personal, das meistens auf Kosten der Hisbollah außerhalb des Libanon ausgebildet wurde⁴⁹. Das Personal wird teilweise durch die Hisbollah bezahlt, arbeitet aber teilweise auch ehrenamtlich in diesen Einrichtungen. Beim Zugang zu diesen Health Care Institutionen macht die Hisbollah laut ihrer eigenen Aussagen keinen Unterschied zwischen dem schiitischen und anderen Teilen der Bevölkerung⁵⁰. Es gibt aber anonyme Aussagen von Ärzten in Hisbollah-dominierten Krankenhäusern, dass dort Patienten auf Grund von Religion oder politischer Überzeugung unterschiedlich priorisiert werden⁵¹. Allerdings fragen im religiös geteilten Libanon, in dem gegenseitige Feindschaft tief verwurzelt ist, nur wenige nicht-schiitische Libanesen bei der Hisbollah soziale Dienstleistungen nach. Der Hauptgrund ist, dass sie kulturbedingt nach der Behandlung bei dieser Organisation eine ‚Ehrenschild‘ auszugleichen haben⁵².

Genauso gilt, dass die Schiiten oder deren Familien es als eine Pflicht ansehen, ihre Ehrenschild an die Hisbollah zu erfüllen. Auf diese Art und Weise ist es möglich, die einfachen Fußsoldaten der Hisbollah zu rekrutieren^{53,54}. Die Hisbollah benutzt aber auch ihr Gesundheitssystem, um die (inter-) nationale Gemeinschaft und die öffentliche Meinung zu beeinflussen, indem sie ihre sozialen Einrichtungen, meistens nur kurzfristig, gezielt unter gewaltiger Medienaufmerksamkeit, für Nicht-Schiiten, zum Beispiel nach Bombenangriffen, öffnet⁵⁵. Die libanesische Regierung hat die Pflicht, zirka 90 Prozent der Gesundheitskosten der nationalen Patienten zu übernehmen. Weil sie dies nicht kann, werden diese finanziell nicht abgesicherten Patienten aus den öffentlichen Krankenhäu-

sern in private Krankenhäusern verlegt, wo ihnen dann wegen des Kostenrisikos die Aufnahme verweigert wird⁵⁶. Gerade die Hisbollah bietet den schiitischen, meist sehr armen Patienten eine Alternative. Beispielweise wird die primäre und

Die Verbesserung des Ansehens der Hisbollah gelang ab 1992 über den Weg der sozialen Dienstleistungsstrategie.

sekundäre Versorgung auch bei chronischen Krankheiten für bedürftige Patienten langfristig sehr kostengünstig angeboten. Die Vorgehensweise der Hisbollah ist wie folgt: Die Mitglieder der Hisbollah besuchen die Bedürftigen zu Hause und überzeugen sich von deren Bedürfnissen und Finanzlage. So kann die Hisbollah gezielt den schiitischen Teil der Bevölkerung zum Nachteil anderer religiöser Gruppierungen auswählen und bevorzugen. Es ist der Hisbollah durch die libanesische Regierung untersagt, alle ihre Gesundheitsdienstleistungen kostenlos anzubieten, also berechnet die Hisbollah 25 Prozent ihrer Kosten, wobei manche Medikamente übrigens kostenlos teilweise „illegal“ abgegeben werden⁵⁷.

Die Hisbollah bietet ebenfalls eine alternative Krankenversicherung, bei der sie für diejenigen, die nicht bezahlen können, die Beitragskosten übernimmt oder eine Versicherung anonymisiert sehr kostengünstig⁵⁸ anbietet:

„... They were issued a medical card that they can use in any hospital in Lebanon, Mr. Awali said. The \$1,500 needed to pay for Ms. Haidar's Caesarean section was now taken care of. Mr. Fayadh's brother also is covered by the insurance, an alternative to state insurance that the group has made available to poor people for only about \$10 a month...”⁵⁹.

Zitat: Tavernise, Sabrina (Aug 2006): NEW YORK TIMES

Für Medikamente, Beiträge usw. wird in aller Regel bar gezahlt. Dies hat zur Folge, dass Menschen mit chronischen Krankheiten oder in finanzieller Not von der Wohlfahrt der Hisbollah abhängig werden und bleiben. Zugleich bringt es der Hisbollah den Vorteil, dass sie diese Menschen kontrollieren und ihren Einfluss auf sie dauerhaft sichern kann⁶⁰.

Das finanzielle Zuweisungssystem der Hisbollah stärkt damit den Einfluss auf die Bevölkerung. Vermutlich ist auch der Hauptgrund für die Rückkehr im Ausland ausgebildeter Mediziner, deren Ausbildung durch die Hisbollah finanziert worden war, in der Abhängigkeit der Familienangehörigen von den sozialen Dienstleistungen der Hisbollah zu sehen.

3.3. Wie trägt die Islamic Health Unit zur Legitimation der Hisbollah bei?

Obwohl die Regierung des Libanon immer wieder betont hat, dass sie die Versorgung des Volkes verbessern werde, war der Staat Libanon nicht im Stande, für jeden Einwohner bezahlbare medizinische Leistungen bereit zu stellen⁶¹. Durch das Versagen der Verwaltung ist ein überprivatisiertes, religiös segmentiertes und überpolitisiertes nationales Gesundheitssystem entstanden⁶². Die Hisbollah dominiert zurzeit das libanesisches Gesundheitssystem⁶³. Damit kann die Hisbollah der Bevölkerung signalisieren, dass sie besser im Stande ist, für die Bevölkerung zu sorgen als die Regierung⁶⁴. Die Bevölkerung hat diese Strategie mit der Unterstützung der Hisbollah und der Betonung ihrer tiefen Loyalität honoriert⁶⁵. Sie hat der Hisbollah ihre Wahlstimme gegeben⁶⁶. Die Hisbollah realisierte bereits ab 1985 rechtzeitig, dass ihr Ruf und ihre Akzeptanz unter ihrer Assoziation mit Fanatismus und Terrorismus litten und dass hier eine Verbesserung unumgänglich sei, um ihre Ziele zu erreichen⁶⁷. Die Verbesserung des Ansehens der Hisbollah gelang ab 1992 über den Weg der sozialen Dienstleistungsstrategie.

Das Mittel der sozialen Dienstleistung der Hisbollah ist damit neben Terror und Gewalt eine Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten, um ihren Rückhalt zu erweitern, die Abhängigkeit von der Hisbollah zu vergrößern und das innen- und außenpolitische Umfeld zu beeinflussen.

Die Hisbollah nützte ihre gesundheitsfördernden sozialen Aktivitäten für ihre politische Legitimierung⁶⁸. Ihr Ansehen ermöglicht es ihr, dauerhaft auf den Hauptteil des schiitischen Wahlpotentials vertrauen zu können und damit zu einem einflussreichen und stabilen politischen Faktor im Libanon zu werden⁶⁹. Nachdem sich die Hisbollah 1992 entschlossen hatte, an nationalen und kommunalen Wahlen im Libanon teilzunehmen, ist sie zu einem sehr wichtigen Akteur geworden, der erfolgreich verschiedene wichtige Positionen im regionalen und nationalen politischen Bereich besetzt⁷⁰. Durch diesen pragmatischen Entschluss entstand für die Hisbollah die Möglichkeit, legal die Macht im Staate zu erringen und zugleich ihren politischen Einfluss für ihre eigene Anhängerschaft zu nutzen⁷¹. Durch diese Entwicklungen kann die Hisbollah als ein Staat im Staat fungieren und ihre Macht weiter verstärken⁷². Die meisten sozialen Dienstleistungsorganisationen der Hisbollah sind legal und im Libanon als NGO registriert. Damit bekommen diese Organisationen einen legitimen, international anerkannten Status, der sie gesetzlich schützt und es einfacher macht, mit anderen (N)GO zusammenzuarbeiten.

Die Hisbollah ist sogar dafür bekannt, dass sie mit den lokalen und internationalen sozialen Organisationen wie UNICEF und den United Nations De-

velopment Programm (UNDP) sehr gerne zusammenarbeitet⁷³. Die NGO aus dem Umfeld der Hisbollah stellen sich selbst als Widerstandsorganisationen dar, die die Hisbollah öffentlich unterstützen und die Ideologie der Hisbollah rechtfertigen⁷⁴. In vielen Fällen, sind die Bedürftigen abhängig von der durch Hisbollah geführten NGO, die häufig in von der Hisbollah dominierten Gebieten das soziale Dienstleistungsmonopol haben⁷⁵. NGO können zu logistischen und operativen Prozessen beitragen und für kriminelle Aktivitäten, bspw. Waffenschmuggel, eingesetzt werden. Zugleich haben Arbeitnehmer einer NGO Existenzsicherheit, weil sie ein Gehalt bekommen⁷⁶. Derzeit ist die Hisbollah noch abhängig von iranischen Spenden und ihren illegale Aktivitäten. Eine effektive NGO-Strategie macht es aber möglich, (inter-)nationale Spenden zu sammeln und damit in Zukunft weniger vom Iran und kriminellen Aktivitäten abhängig zu sein⁷⁷.

Das Mittel der sozialen Dienstleistung der Hisbollah ist damit neben Terror und Gewalt eine Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten, um ihren Rückhalt⁷⁸ zu erweitern, die Abhängigkeit von der Hisbollah zu vergrößern⁷⁹ und das innen- und außenpolitische Umfeld zu beeinflussen⁸⁰. Die Hisbollah hat durch ihre pragmatisch eingesetzten politischen Aktivitäten, aber durchaus auch durch ihre sozialen Wohltätigkeitsaktivitäten, national und international politische Anerkennung bekommen. Zugleich hat die soziale Dienstleistungsstrategie dazu beigetragen, dass sich das Ansehen der Hisbollah verbessert hat. Die Hisbollah wird im Libanon als eine legitime bona fide politische Partei gesehen und arbeitet öffentlich mit renommierten Organisationen zusammen.

4. Wie beeinflusst die soziale Dienstleistung die Zukunft von Hisbollah?

4.1. Wie könnten sich die Mittel zur Machterweiterungsstrategie ändern?

Mit dem Abzug Israels aus dem Libanon im Jahr 2000 ist die Legitimation, innerhalb des Libanon Gewalt anzuwenden, verschwunden. Ein Teil der politischen Ziele der Hisbollah, die Befreiung des Libanon, sind erreicht. Aber der Kampf der Hisbollah gegen Israel zielt neben der Vernichtung des Staates Israel und die gewaltlose Änderung im Libanon selbst auch auf die Errichtung eines islamischen Staates nach bestimmten islamischen Gesetzen⁸¹. Dies bedeutet, dass aus einem pragmatischen Rational für die Überlebensfähigkeit heraus die Aktivitäten der Hisbollah nun mit zunehmender Wichtigkeit über die politische Repräsentation und die Erbringung sozialer Dienstleistungen, also eher ohne Waffengewalt, fortgesetzt werden⁸². Die Hisbollah kann ihr Ziel nur erreichen,

wenn sie innerhalb des Libanon politische Macht ausüben kann und zugleich eine gute Beziehung zur Bevölkerung, durch die sie öffentlich unterstützt werden soll, erreicht und erhält⁸³.

4.2. Wie kann die Hisbollah ihre politische Zukunft im Libanon sichern?

Zugleich hat der unilaterale Abzug von Israel das Fortbestehen der Hisbollah in bestimmter Hinsicht aber auch gefährdet. Die Hisbollah wurde zunächst durch die arabischen Staaten und die Bevölkerung des Libanon als eine Widerstandskampforganisation gegen den Kolonisator Israel anerkannt. Mit dem Abzug Israels ist die Hisbollah jetzt zu einem innerstaatlichen Akteur ohne weitere Begründung ihrer Existenz geworden. Die einzige Möglichkeit, in diesem Begründungsvakuum mit ihrer Ideologie und ihren Idealen fortzubestehen, ist gegeben, wenn die Hisbollah es schafft, die Unterstützung der Bevölkerung aufrecht zu erhalten und damit ihre Existenzberechtigung auf nationaler Ebene zu beweisen. Bemerkenswert ist, dass die Hisbollah gerade in dem israelischen Abzugsjahr 2000 (siehe Anlage C) die Anzahl ihrer Sitze im libanesischen Parlament von 7 auf 11 erhöhen konnte.

Dieser Wahlsieg kann vielleicht durch die Tatsache erklärt werden, dass die Hisbollah sich innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft als den Bezwiner des Kolonisators darstellte. Allerdings kann zugleich auch noch eine andere Beobachtung gemacht werden. 2000 hat die Hisbollah zum ersten Mal in ihrem Wahlprogramm ihr Gesundheitsprogramm veröffentlicht⁸⁴. Die Hisbollah hat sich 1992 pragmatisch dazu entschlossen, sich offiziell an der Politik im Libanon zu beteiligen und aus dem anonymen Schatten hervorzukommen. Diese Entscheidung bedeutete auch, dass die Hisbollah offiziell anerkannt wurde und ein (inter-)nationales Gesicht bekam. Ein weiterer Vorteil für die Organisation ist, dass die Hisbollah durch ihre aktive parlamentarische Beteiligung die Möglichkeit hat, für ihre Wähler und ihre eigene Organisation Vorteile zu erreichen⁸⁵. Es wurde schon gezeigt, dass die Hisbollah mit ihrer sozialen Dienstleistung die Möglichkeiten des Staates Libanon in bestimmten ländlichen Gebieten übertrifft.

In der Anlage C wird dargestellt, dass die politische Basis der Hisbollah über die Dauer von mehreren Jahren und Legislaturperioden sehr stabil ist und sogar zunimmt. Die aktuellsten libanesischen Parlamentswahlen haben Mitte Juni 2009 und 2011 stattgefunden. Dabei hat 2009 die „14. März“ Allianz von nicht mit der Hisbollah verbundenen Parteien die Mehrheit im Parlament, nämlich 68 von 128 Sitzen erreicht⁸⁶.

Die Hisbollah und ihr nahestehende Parteien haben 60 Sitze bekommen. Dieses Ergebnis war nicht ungünstig für die Hisbollah, weil sie in der Regierung als Minderheit vertreten war und dort laut der libanesischen Verfassung trotzdem über ein Vetorecht verfügte. Gleichzeitig stellten die Schiiten laut Verfassung immer den Vorsitzenden⁸⁷. Das bedeutet, dass die neue Regierung mit der Hisbollah weiterhin verhandeln musste, um regieren zu können. Ende 2010 wurde diese Regierung durch die Hisbollah gestürzt und das Parlament aufgelöst. Es wurde eine neue Regierung gebildet, wobei einige Parteien mit der Hisbollah

Die soziale Dienstleistung sichert die politische Existenz der Hisbollah, löst die Hisbollah vom Terror (Waffengewalt) als einziger Handlungsmöglichkeit und sichert den Zustrom von Finanzmitteln aus aller Welt.

eine neue Koalition formten. Diese Koalition besetzt derzeit 68 von 128 Sitzen im Parlament und hat damit derzeit die Mehrheit⁸⁸.

Die Hisbollah hat damit bewiesen, dass sie fähig ist, mit politischen Mittel die Macht im Libanon zu erreichen und deswegen nicht länger von Gewalt zur Unterstützung des Jihad abhängig ist⁸⁹. Die Hisbollah braucht einen kontinuierlichen Zustrom von Finanzmitteln, um ihren soziale Dienstleistungsstruktur aufrecht zu halten, damit sie ihre nationale und internationale Legitimität behalten, fortsetzen und weiter ausbauen kann.

Der ehemalige Präsident Bush (USA) hat in November 2001 festgelegt, dass die Hisbollah eine terroristische Organisation mit globaler Reichweite ist, deren Devisen eingefroren und, wo möglich, beschlagnahmt werden sollten⁹⁰. Die Hisbollah konnte aber durch ihren politischen und sozialen gesellschaftlichen Einfluss die libanesische Regierung davon überzeugen, offiziell und öffentlich Stellung gegen diese amerikanischen Maßnahmen zu beziehen, zugleich hat diese die Erfüllung der amerikanischen Forderungen verweigert⁹¹.

Das Parlament des Libanon hat erkannt, dass die Hisbollah für die Finanzierung der Wohltätigkeit von ihren Geldquellen abhängig ist. Diese Ergebnisse zeigen, dass die Unterstützung für die Hisbollah und der politische Einfluss der Hisbollah im Libanon weiter zunehmen und dass die Hisbollah die politische Situation kontrolliert. Die Hisbollah setzt ihre Tätigkeit im sozialen Bereich fort. Ohne die Hisbollah und ihre sozialen Angebote hätten die Schiiten im Libanon keinen Zugang mehr zu billigem Wohnraum, zu Unterricht, Krankenfürsorge usw. Die soziale Dienstleistung sichert die politische Existenz der Hisbollah, löst die Hisbollah vom Terror (Waffengewalt) als einziger Handlungsmöglichkeit und sichert den Zustrom von Finanzmitteln aus aller Welt. Zugleich stellt dies die politischen Gegner der Hisbollah vor erhebliche

Probleme, denn ein Libanon ohne Hisbollah und ihre soziale Dienstleistungskapazitäten könnte im Land zu einem gesellschaftlichen Chaos führen.

5. Wie passt die Dienstleistungsstrategie zur Hisbollah?

Der Militärtheoretiker David Galula formuliert in seinem Hauptwerk einige Möglichkeiten, wie ein Revolutionär vorgehen kann⁹². Er sagt unter anderem, dass das wichtigste Ziel einer Revolution darin besteht, das Vertrauen und die Unterstützung der Bevölkerung zu erhalten statt das Territorium mit Gewalt zu erobern⁹³. Er sagt aber auch, dass der größte Teil der Bevölkerung sich während einer Revolution oder eines Aufstandes am Anfang neutral verhalten wird. Die Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit für eigene Zwecke kann durch eine Minderheit erreicht werden, indem sie die Bevölkerung schützt und die Angst dieser Menschen vor Repressionen des Gegners schwindet. David Galula führt weiterhin an, dass die sukzessive, vorzugsweise gewaltlose Eroberung kleiner Gebiete die Basis für weitere benachbarte Eroberungen bietet⁹⁴. Der Terrorist (oder Insurgent) versucht, die ganze Macht in einem Gebiet zu ergreifen, oder er kämpft um die Abtrennung eines Gebietes von einem bestehenden Staat⁹⁵. Der Terrorist ist eine Person oder Organisation, die gezielt, Schritt für Schritt, gewaltsame und gewaltlose Methoden, wie Terror oder aber soziale Aktivitäten einsetzt, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Ein Terrorist sieht sich selbst nicht als Straftäter oder Krimineller, er ist ein Freiheits- oder Widerstandskämpfer, der sich für eine gute Sache, seine Ideologie, zum allgemeinen Nutzen einsetzt und eine politische Änderung anstrebt. Die Einsichten von David Galula passen auf die sozialen Aktivitäten der Hisbollah.

Die Hisbollah strebt diese Änderung teilweise über den gewaltlosen Weg der sozialen Dienstleistung an, sie ist ein wesentlicher Teil ihrer Taktik⁹⁶. Sie bekommt die Unterstützung der Bevölkerung durch Investition in die soziale Infrastruktur wie den Bau und das Betreiben von Krankenhäusern und geht damit zugleich langfristige soziale Beziehungen ein. Anlage A zeigt deutlich, dass die sozialen Dienstleistungen organisatorisch Teil des Executive Council sind, der wiederum zur politisch-administrativen Organisation gehört und von der Militär- und Sicherheitsorganisation getrennt ist. Die sozialen Dienstleistungen der Hisbollah konzentrieren sich auf drei Gebiete im Libanon: die Hauptstadt Beirut, die Bi'qa- (oder Bekaa-) Ebene und den Süd-Libanon. Damit hat die Hisbollah eine solide geographische Basis errichtet, die ihr die Möglichkeit bietet, ihre politischen Ambitionen auf den ganzen Raum Libanon zu erweitern.

6. Was setzt die aktuelle Militärkonzeption der Hisbollah entgegen?

Die Einsichten von Galula werden auf der militärstrategischen Ebene in der modernen militärischen Konzeption der Vereinigten Staaten (USA Civil Military Operations Joint Publication 3-57 und im NATO-Bündnis (Allied Command Operations Directive 83-2) fortgesetzt. Laut dieser Konzeptionen liegt der Schwerpunkt des Vorgehens gegen asymmetrische Kräfte in der Bevölkerung. Asymmetrische Kräfte werden in diesem Zusammenhang verstanden als gegen die bestehende Ordnung vorgehende Organisationen, die durch das Ziel einer eigenen Ordnung motiviert werden und auf das Gewinnen der Bevölkerung angewiesen sind. Organisationen, die einen völligen Zusammenbruch der bestehenden Ordnung anstreben, um in der entstehenden Anarchie ihre Ziele verfolgen zu können, sind auf die Unterstützung der Bevölkerung nur bedingt angewiesen, haben kein Interesse am Aufbau eigener Vorsorgestrukturen und werden hier nicht weiter betrachtet.

Ein Mittel zu der Bekämpfung asymmetrisch vorgehender Kräfte ist laut der Konzeption die Isolierung dieser Kräfte von der Bevölkerung, um ihnen den Zugriff auf neue Rekruten, Nachrichten, Ressourcen und politische Macht zu unterbinden. Laut den JP 3-57 wird dies durch nichtmilitärische Aktivitäten zur Unterstützung der Host Nation (HN) oder Friendly Nation (FN) erreicht. Dies bedeutet, dass über zivile Aktivitäten hinaus die militärische Planung wie auch der Verlauf einer militärischen Operation nicht nur kinetische, sondern auch non-kinetische Ansätze benötigt. Militärische Fähigkeiten sind im Sinne eines Gesamtansatzes mit zivilen Fähigkeiten abzustimmen. Das Ziel ist, dem Gegner seine beste Waffe, die Unzufriedenheit der Bevölkerung, und damit seine Glaubwürdigkeit zu nehmen. Sanitätsdienstliche Versorgung der Bevölkerung ist laut den JP 3-57 eine realistische non-kontroverse und kosteneffektive non-kinetische Möglichkeit des Handelns gegen asymmetrische Kräfte, um die Bevölkerung für sich zu gewinnen⁹⁷.

Diese militärische Konzeption geht davon aus, dass sanitätsdienstliche Aktivitäten in einem „fragilen Staat“ ausgeführt werden können⁹⁸. Als Minuspunkt muss aber erwähnt werden, dass die derzeitige Konzeption nur sehr limitierte Programme, Aktivitäten und Prinzipien (Zeit, Raum, Vernetzter Ansatz und Ressourcen) beschreibt. Auf die Problematik des Einsatzes militärischer Kräfte in originär durch zivile Akteure zu bearbeitende Felder der Krisenbewältigung wird hier nicht eingegangen. Die Hisbollah ist auf legale Weise Betreiber und Besitzer von Gesundheitsin-

stitutionen im Libanon geworden. In diesen Institutionen arbeitet Personal, das pro-Hisbollah eingestellt ist, für Patienten, die religiös mit der Hisbollah verbunden sind. In diesem Szenario kann gegebenenfalls ein Sieg über diese „anderen Kräfte“ nur errungen werden, wenn es gelingt, Patienten und das Gesundheitspersonal von diesen anderen Kräften zu trennen. Zugleich muss ihnen der legal erworbene Privatbesitz, also die Gesundheitsinstitutionen, entzogen werden. Möglicherweise ist für die Bevölkerung eine alternative Versorgung bereitzustellen.

Eine solche Lage ist gegebenenfalls mit militärischen Kräften allein nicht zu bewältigen. Sollten also bei einer Stabilisierungsoperation die gegen die bestehende Ordnung agierenden anderen Kräfte versuchen, ihren Machtanspruch durch soziale Dienstleistungen zu dokumentieren, bedarf es eines ressortübergreifenden, politisch-strategischen Ansatzes, der über Fähigkeiten von Streitkräften weit hinaus geht. Eventuelle militärische Beiträge sind eng abzustimmen, um die Versorgungslage der Bevölkerung, nicht nur auf dem Gesundheitssektor, nicht zu gefährden.

7. Fazit und Empfehlungen

Heute ist deutlich, dass die Hisbollah den Weg in die Herzen der schiitischen Bevölkerung Libanons gefunden hat. Die Entstehung einer islamistischen Republik Libanon ist eine konkrete Möglichkeit. Die Hisbollah ist weiterhin auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen. Diese ist notwendig, um nach wie vor ihre Ressourcen wie Spenden, Rekrutierungsmöglichkeiten, Zustimmung bei Wahlen, Ansehen und internationale Handlungsfähigkeit zu erhalten und ihre Interessen zu vertreten und zu schützen. Diese Unterstützung wird durch Umfang und Qualität der sozialen Dienstleistungen gesichert, die sogar diejenigen der konkurrierenden, meist staatlichen Institutionen übertrifft. Zugleich dient die soziale Dienstleistung zur Rechtfertigung der zweifelhaften Aktivitäten der Hisbollah. Zur Finanzierung dieser sozialen Dienstleistungsstruktur benötigt die Hisbollah mehr als 50 Prozent ihres gesamten jährlichen Einkommens. Das aus legalen Quellen geschöpfte Einkommen reicht dazu nicht aus. Deswegen bleibt die Hisbollah abhängig von teilweise illegalen internationalen Geldquellen wie kriminellen Aktivitäten. Der Staat Libanon ist durch die effektive soziale Dienstleistungsstrategie, die dazugehörigen Ressourcen und Infrastruktur von der His-

Eine Eliminierung der Hisbollah kann ... ohne eine Alternative für ihre soziale Dienstleistungsinfrastruktur nicht erfolgreich sein. Ohne einen funktionierenden Ersatz wird die Unterstützung der Bevölkerung ... für die Hisbollah bestehen bleiben.

bollah abhängig geworden. Momentan würde ein Libanon ohne die Hisbollah und ihre Ressourcen zu einem zivilgesellschaftlichen Chaos führen. Eine Eliminierung der Hisbollah kann darum ohne eine Alternative für ihre soziale Dienstleistungsinfrastruktur nicht erfolgreich sein. Ohne einen funktionierenden Ersatz wird die Unterstützung der Bevölkerung, wenigstens des profitierenden, überwiegend schiitischen Teils, für die Hisbollah bestehen bleiben. Die soziale Dienstleistungsstrategie der Hisbollah ist das Mittel, um die Unterstützung der Bevölkerung und auch der internationalen Gemeinschaft zu bekommen und damit laut Galula eine zielführende Strategie. Der Zweck ist die Legitimierung der Partei Gottes, die als Ziel den Gewinn und Erhalt der Macht im Libanon anstrebt.

Im Libanon hat ein potentieller asymmetrischer Gegner die Regierungspolitik der Privatisierung des nationalen Gesundheitssystems auf legale Weise ausgenutzt und ist jetzt zur Zufriedenheit der Bevölkerung verantwortlich für einen Großteil der nationalen Gesundheitsversorgung. Die Verantwortlichkeit der Hisbollah liegt im Bereich präventiver Aktivitäten, langfristiger gesundheitsfördernder Maßnahmen und, nicht zuletzt, in der umfassenden langfristigen kurativen Versorgung und schließt sogar Ausbildungsaspekte ein. Trotz der Konzepte, die sich bei der NATO entwickeln, fehlt es nach wie vor an einer vernetzten Konzeption, die zivile und gegebenenfalls auch militärische Fähigkeiten umfasst, um solchen Organisationen, die die bestehende, unterstützte Ordnung destabilisieren, die Nutzung sozialer Dienstleistungen als Mittel der Einflussnahme zu verwehren. Eine solche Konzeption könnte das gesamte Spektrum von der Stärkung und Verbesserung bestehender Systeme zur Verminderung der Attraktivität außerstaatlicher Alternativen bis hin zur möglichen Einbindung der bedrohenden Organisationen oder einiger ihrer Teile umfassen, sofern diese zu einer Zusammenarbeit unter für alle Seiten akzeptablen Bedingungen bereit sind. Internationale Streitkräfte sollten allerdings allenfalls subsidiär eingebunden sein. Hier besteht Bedarf zur Weiterentwicklung nationaler multinationaler Doktrinen.

Zum Autor: Major (NLD) Peter Meijer war Teilnehmer am Nationalen Lehrgang Generalstabs-/ Admiralstabsdienst 2010 an der Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg

Anmerkungen:

- 1 Vgl. Bundesakademie für Sicherheitspolitik: Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Ergänzungsband 2. Hamburg-Berlin-Bonn, Verlag E.S. Mittler & Sohn 2009, S 329
- 2 Vgl. Vereinte Nationen : Präambel: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte Artikel 26. 1948 URL: <http://www.unric.org/de/menschenrechte/16> (Stand 21.02.2011).
- 3 Vgl. Raad van Toezicht op Gezondheidszorg (RVZ): Governance en Kwaliteit van zorg. Overheids-uitgave Brochure 2009, S 7. URL: <http://www.rijksoverheid.nl/documenten-en-publicaties/rapporten/2009/03/10/governance-en-kwaliteit-van-zorg.html>. (Stand 29.09.2011).
- 4 Vgl. Meier, Ernst-Christoph/ Nelte, Klaus-Michael/ Huhn, Walter: Wörterbuch zur Sicherheitspolitik. Deutschland in einem veränderten internationalen Umfeld. Hamburg-Berlin-Bonn: DEU Verlag E.S. Mittler & Sohn 2008, S 190.
- 5 Vgl. Berman, Eli/ Laitin, D. David (Jan 2008): Religion, Terrorism And Public Goods: Testing the Club Model. National Bureau of economic Research 2008, S 5. URL: <http://www.nber.org/papers/w13725> (Stand: 01.01.2008).
- 6 Vgl. Ehrenfield, Rachel, a.a.O., S 120.
- 7 Vgl. Noe, Nicholas: Voice of Hezbollah. The Statements of Sayed Hassan Nasrallah. New York: USA Courier Stoughton Inc. 2007, S 1.
- 8 Vgl. Jaber, Hala (1997): Hezbollah. De meest geheimzinnige en gewelddadige organisatie terwereld. (Niederländische Übersetzung durch Frans Bruning). Utrecht: NLD Kosmos Z&Kuitgevers B.V. 1997, S 27 und S 28.
- 9 Vgl. Jaber, Hala, a.a.O., S 27 und S 28.
- 10 Vgl. Ehrenfield, Rachel: Funding Evil. How Terrorism Is Financed – and How to Stop It. Chicago & Los Angeles: USA Bonus Books Chicago 2003, S Rachel, Ehrenfield 2003 S 4.
- 11 Vgl. Ehrenfield, Rachel, a.a.O., S 4
- 12 Vgl. Love, B. James: Hezbollah: Social Services as a Source of Power. Florida:USA Joint Special Operations University, The JSOU Press Florida Report 10-5 2010, S 13.
- 13 Vgl. Lewis, Bernard: Die Wut der arabischen Welt: Warum der Jahrhunderte lange Konflikt zwischen dem Islam und dem Westen weiter eskaliert. Campus Verlag, 2003, S 53. ... Der Autor, sieht die Dschihad gemäß den Muslimischen Gesetzen als eine religiöse Pflicht, wenn es darum geht, gegen Nicht-Muslime und Apostaten Krieg zu führen.
- 14 Meyer, , Henrik: Hamas und Hisbollah. Eine Analyse ihres Politisches Denkens. Münster-Hamburg-London: DEU Lit Verlag Dr. W. Hopf, Münster, Henrik 2010, S 138. ... Es handelt sich hier um einer Vorlesungsreihe, welche Ayatollah

- Khomeini in Frühjahr 1970 im irakischen Ort Nadschaf hielt. Diese Vorlesungsreihe wird weltweit anerkannt als sein bekanntestes und bedeutendstes Werk.
- 15 Kilcullen, David: *The accidental guerrilla. Fighting small wars in the midst of a big one.* London: GBR C. Hurst & Co (Publishers) Ltd. London David 2009, S 4.
 - 16 Norton, Richard Augustus: *Hezbollah. A short history.* Princeton: USA Princeton University Press Richard Augustus 2007, S 76.
 - 17 Vgl. Norton, Richard Augustus, a.a.O., S 76.
 - 18 Journal officiel de l'Union européenne (Jun 2007), DÉCISION DU CONSEIL du 28 juin 2007, mettant en oeuvre l'article 2 paragraphe 3, du règlement (CE) no 2580/ 2001 concernant l'adaption de mesures restrictives spécifiques à l'encontre de certains personnes et entités dans le cadre de la lutte contre le terrorisme, et abrogeant les decisions 2006/ 379/CE et 2006/ 1008/CE (2007/445/CE), 2007, S 169/ S 62. Und; Expatica.com, Dutch want Hezbollah added to EU Terrorlist. News and Information for the International Community 2004. URL: http://www.expatica.com/news/local_news/dutch-want-hezbollah-added-to-eu-terrorlist-13502.html (Stand 21.02.2011).
 - 19 Vgl. Noe, Nicholas, a.a.O., S 92 und S 229.
 - 20 Harik, Palmer Judith: *Hezbollah, The changing face of terrorism.* London: GBR Published in 2004 by I.B. Tauris & Co LTD London Palmer Judith 2005, S 83.
 - 21 Vgl. Meyer, Henrik, a.a.O., S 154.
 - 22 Vgl. Ehrenfield, Rachel, a.a.O., S 15.
 - 23 Zakat ist die Muslimische Pflicht, Almosen zu schenken und einer der fünf Pfeiler des Islam. Khoms oder ‚fünf‘ ist die Islamische Pflicht, ein Fünftel des Jahreseinkommens über religiöse Institutionen für soziale und karitative Aktivitäten zur Verfügung zu stellen.
 - 24 Vgl. Harik, Palmer Judith 2005, a.a.O. S 645.
 - 25 Vgl. Meehan, Howard Vincent: *TERRORISM, DIASPORAS, AND PERMISSIVE THREAT ENVIRONMENTS. A study of Hizbollah's fundraising operations in Paraguay and Ecuador.* NAVAL POSTGRADUATE SCHOOL, Monterey, California (USA) 2004, S 4. URL: <http://www.fas.org/irp/world/para/hizb-fund.pdf> (Stand 21.02.2011).
 - 26 Vgl. Meehan, Howard Vincent, a.a.O., S 5.
 - 27 Vgl. Meehan, Howard Vincent, a.a.O., S 32.
 - 28 Vgl. Harik, Palmer Judith; *BETWEEN ISLAM AND THE SYSTEM, Sources and Implications of Popular Support for Lebanon's Hezbollah.* Journal of Conflict Resolution 1996 40:41, DOI 10.1177/0022002796040001004, Volume 40, No 1, March 1996, Page 41-67. The American University of Beirut, 1996 Sage Publications, Inc 1996, S 63.
 - 29 Vgl. Noe, Nicholas, a.a.O., S 183)

- 30 Vgl. Love, B. James, a.a.O., S 21.
- 31 Vgl. Bundesakademie für Sicherheitspolitik, a.a.O. 2009, S. 15
- 32 Vgl. Harik, Palmer Judith 1996, a.a.O., S 55.
- 33 Vgl. Schepers .M.J./ Nievaard A.C.: Ziekte en Zorg. Een inleiding in de medische sociologie. Houten: NLD Stenfert Kroese, Educatieve partners Nederland 1995, S 160 und S 161.
- 34 Vgl. Schepers R.M.J./ Nievaard A.C., a.a.O., S 160 und S 161.
- 35 Vgl. World Health Organization (WHO); Bulletin (Abstract), Policy and Practice, Population ageing in Lebanon: current status, future prospects and implications for policy 2004, S 219. URL: http://www.scielo.org/scielo.php?pid=S0042-96862004000300012&script=sci_arttext (Bitte Link Einfügen), (Stand: 19.09.2011).
- 36 Vgl. WHO Bulletin, a.a.O., S 219.
- 37 Vgl. World Health Organization (WHO); Regional Office for the eastern Mediterranean, COUNTRY COOPERATION STRATEGY FOR WHO and LEBANON 2005-2009, 2006, S 18 und S 24. URL: <http://www.pdfqueen.com/html/d3d3Lndoby5pbnQv> , (Stand: 15-09-2011).
- 38 Vgl. Meyer, Henrik, a.a.O., S 156
- 39 Vgl. Jaber, Hala, a.a.O., S 18
- 40 Vgl. Harik, Palmer Judith 2005, a.a.O., S 93.
- 41 Vgl. WHO (Regional Office for the Eastern Mediterranean), a.a.O., S 24.
- 42 Vgl. WHO (Regional Office for the Eastern Mediterranean), a.a.O., S 30.
- 43 Vgl. IRIN (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs): LEBANON : PATIENTS SUFFER PRIVATISED, POLITICISED HEALTHCARE. 2008, S 1. URL: <http://www.irinnews.org/Report.aspx?ReportId=77000> (Stand: 12.12.2011).
- 44 Vgl. Flanigan, Teresa Shawn: Hezbollah's social Jihad. Non-Profits as Resistance Organisations. Studies In Conflict & Terrorism, Charity as Resistance: Connections between Charity, Contentious Politics, and Terror. Studies in Conflict & Terrorism. New York. USA 2006 DOI: 10.1080/10576100500522579, ISSN: 1057-610X, Volume 29: 2006, Page 641-655. Rockefeller Col-lege of Public Affairs and Policy, University at Albany, Albany 2006, S 650. URL: <http://www.mepc.org/journal/middle-east-policy-archives/hezbollahs-social-jihad-nonprofits-resistance-organizations> (Stand: 12.12.2010).
- 45 Vgl. Flanigan, Teresa Shawn 2006, a.a.O. S 650.
- 46 Vgl. Hamzeh, Nizar Ahmad: In the path of Hizbullah. New York: USA Syracuse University Press Nizar Ahmad 2004, S 54.
- 47 Vgl. Harik, Palmer Judith 2005, a.a.O. S 84.
- 48 Vgl. Harik, Palmer Judith 2005, a.a.O. S 83.

- 49 Vgl. Jaber, Hala, a.a.O., S 148.
- 50 Vgl. Jaber, Hala, a.a.O., S 148
- 51 Vgl. Hankir, Zahra, Hankir, THE POLITICS OF MEDICINE. Political factions battle it out over health services, NOW STAFF 2008. URL: <http://www.nowlebanon.com/NewsArchiveDetails.aspx?ID=24718> (Stand: 21.02.2011).
- 52 Vgl. Jaber, Hala, a.a.O., s 147.
- 53 Vgl. Ehrenfield, Rachel, a.a.O., S 5
- 54 Vgl. Flanigan, Teresa Shawn 2006, a.a.O., S 650
- 55 Vgl. Ranstorp Magnus, The Strategy & Tactics Of Hezbollah's Current 'Lebanonization Process'. Mediterranean Politics, Vol 3, No. 1. Anno ?, S 1 bis S 37) URL: <http://www.angelfire.com/il2/redline/0002.html> (Stand 21.02.2011).
- 56 Vgl. IRIN (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs), a.a.O., S 1.
- 57 Vgl. Jaber, Hala, a.a.O., S 158.
- 58 Vgl. Tavernise, Sabrina, New York Times; Tavernise; CHARITY WINS DEEP LOYALTY FOR HEZ-BOLLAH 2006, S 3. URL: http://www.nytimes.com/2006/08/06/world/middleeast/06tyre.html?_r=1&scp=1&sq=charity%20wins%20deep%20loyalty%20for%20hezbollah&st=cse (Stand: 17.11.2010)
- 59 Vgl. Tavernise, Sabrina, a.a.O., S 3.
- 60 Vgl. Jaber, Hala, a.a.O., S 160.
- 61 Vgl. Hamzeh, Nizar Ahmad, a.a.O., S 55.
- 62 Vgl. IRIN (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs), a.a.O., S 1.
- 63 Vgl. Harik, Palmer Judith 2005, a.a.O., S 81.
- 64 Vgl. Jabar, Hala, a.a.O., S 147.
- 65 Vgl. Tavernise, Sabrina, a.a.O., S 3.
- 66 Vgl. Jaber, Hala, a.a.O., S 159.
- 67 Vgl. Jaber, Hala, a.a.O., S 49.
- 68 Vgl. Harik, Palmer Judith 2005, a.a.O., S 81.
- 69 Vgl. Flanigan, Teresa Shawn: Hizbollah and The Tamil Tigers, Comparing Service Provision by Insurgent Organizations. New York: USA Rockefeller College of Public Affairs and Policy, University at Albany, Albany 2007, S 1.
- 70 Vgl. Flanigan, Teresa Shawn, a.a.O., S 1.
- 71 Vgl. Norton, Richard Augustus, a.a.O., S 101.
- 72 Vgl. Meyer, Henrik, a.a.O., S 191.
- 73 Vgl. Alagha, Joseph: The shifts in Hizbullah's Ideology. Religious ideology, political ideology, and political program. Amsterdam University Press - ISIM Dissertations; Dissertation Universiteit Leiden, 2006, S 168.
- 74 Vgl Flanigan, Teresa Shawn 2006, a.a.O. S 644.
- 75 Vgl. Flanigan, Teresa Shawn 2006, a.a.O. S 647.
- 76 Vgl. Flanigan, Teresa Shawn 2006, a.a.O., S 651.

- 77 Vgl. Harik, Palmer Judith 1996, a.a.O., S 63.
- 78 Vgl. Flanigan, Teresa Shawn 2006, a.a.O., S 642
- 79 Vgl. Flanigan, Teresa Shawn 2006, a.a.O., S 647.
- 80 Vgl. Flanigan, Teresa Shawn 2006, a.a.O. S 645.
- 81 Vgl. Love, B. James, a.a.O., S 13.
- 82 Vgl. Meehan, Howard Vincent, a.a.O., S 11.
- 83 Vgl. Harik, Palmer Judith 2005, a.a.O., S 81.
- 84 Vgl. Alagha, Joseph, a.a.O., S 266.
- 85 Vgl. Norton, Richard Augustus, a.a.O., S 101.
- 86 Vgl. Brabants Dagblag zitiert ANP (Zeitung); HEZBOLLAH VERLIEST VERKIEZINGEN 2009. URL: <http://www.brabantsdagblad.nl/algemeen/bdbuitenland/5081256/Hezbollah-verliest-verkiezingen.ece> (Stand 21.02.2011).
- 87 Vgl. ANP (Zeitung), a.a.O.
- 88 Vgl. NRC-Handelsblad: DOOR HEZBOLLAH GESTEUNDE MIKATI NIEUWE PREMIER LIBA-NON 2011. URL: <http://www.nrc.nl/nieuws/2011/01/25/libanon-krijgt-hezbollah-premier/> (Stand: 25.01.2011).
- 89 Vgl. Alagha, Joseph, a.a.O., S 186.
- 90 Vgl. Noe, Nicholas, a.a.O., S 257.
- 91 Vgl. Noe, Nicholas, a.a.O. S 260.
- 92 Vgl. Galula, David, Foreword by John A. Nagl: Counterinsurgency Warfare. Theory and Practice. gebrauchter Druck 2006, Auflage unbekannt. USA Praeger Security International 2006, S vii bis S xiv. ... David Galula (1919–1967) war ein französischer Offizier und Militärtheoretiker, der in seinem 1964 erschienenen Buch „Counterinsurgency Warfare: Theory and Practice“ auf Grund seiner Erfahrungen in Algerien eine Systematik von günstigen und ungünstigen Bedingungen eines Aufstandes aus Sicht der aufständischen wie der loyalistischen Kräfte entwickelte.
- 93 Vgl. Galula, David, a.a.O., S 4.
- 94 Vgl. Galula, David, a.a.O., S 23 bis S 25.
- 95 Vgl. Galula, David, a.a.O., S 1.
- 96 Vgl. Alagha, Joseph, a.a.O., S 186
- 97 Vgl. Joint Publication 3-57 Civil-Military Operations (USA), 203-57, 2008, S xvii.
- 98 Vgl. Allied Command Operations (ACO) 83-2 (Signed): GUIDANCE FOR MILITARY MEDICAL SERVICES INVOLVEMENT WITH HUMANITARIAN ASSISTANCE AND SUPPORT TO GOVERNANCE, RECONSTRUCTION AND DEVELOPMENT (SHAPE, Belgium), 2010, S A-3.

Quellen- und Literaturverzeichnis:

Bücher

Alagha, Joseph: The shifts in Hizbullah's Ideology. Religious ideology, political ideology, and political program. Amsterdam University Press - ISIM Dissertations; Dissertation Universiteit Leiden, 2006.

Bundesakademie für Sicherheitspolitik: Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Ergänzungsband 2. Hamburg-Berlin-Bonn. Verlag E.S. Mittler & Sohn, 2009.

Ehrenfeld, Rachel: Funding Evil. How Terrorism Is Financed – and How to Stop It. 1. Auflage. Chicago & Los Angeles: USA Bonus Books Chicago, 2003.

Flanigan Teresa Shawn: Hizbollah and The Tamil Tigers, Comparing Service Provision by Insurgent Organizations. New York: USA Rockefeller College of Public Affairs and Policy, University at Albany, Albany, 2007.

Galula, David, Foreword by John A. Nagl: Counterinsurgency Warfare. Theory and Practice. gebrauchter Druck 2006, Auflage unbekannt. USA Praeger Security International, 2006.

Harik, Palmer Judith: Hezbollah, The changing face of terrorism. 2. Auflage. London: GBR Published in 2004 by I.B. Tauris & Co LTD London, 2005.

Hamzeh, Nizar Ahmad: In the path of Hizbullah. 1. Auflage. New York: USA Syracuse University Press, 2004.

Jaber, Hala: Hezbollah. De meest geheimzinnige en gewelddadige organisatie ter wereld. (Niederländische Übersetzung durch Frans Bruning). Utrecht: NLD Kosmos Z&K-uitgevers B.V., 1997.

Joint Publication: 3-57 Civil-Military Operations (USA), 08 Juli 2008.

Lewis, Bernhard: Die Wut der arabischen Welt: Warum der Jahrhunderte lange Konflikt zwischen dem Islam und dem Westen weiter eskaliert. Campus Verlag, 2003.

Kilcullen, David: The accidental guerrilla. Fighting small wars in the midst of a big one. London: GBR C. Hurst & Co (Publishers) Ltd. London, 2009.

Love, B. James: Hezbollah: Social Services as a Source of Power. 1. Auflage. Florida: USA Joint Special Operations University, The JSOU Press Florida Report 10-5, 2010.

Meier, Ernst-Christoph/ Nelte, Klaus-Michael/ Huhn, Walter: Wörterbuch zur Sicherheitspolitik. Deutschland in einem veränderten internationalen Umfeld. Hamburg-Berlin-Bonn: DEU Verlag E.S. Mittler & Sohn, 2008.

Meyer, Henrik: Hamas und Hisbollah. Eine Analyse ihres Politischen Denkens. Münster-Hamburg-London: DEU Lit Verlag Dr. W. Hopf, Münster, 2010.

Noe, Nicholas: Voice of Hezbollah. The Statements of Sayed Hassan Nasrallah. New York: USA Courier Stoughton Inc, 2007.

Norton, Richard Augustus: Hezbollah. A short history. Princeton: USA Princeton University Press, 2007.

Schepers, R.M.J./ Nievaard A.C.: Ziekte en Zorg. Een inleiding in de medische sociologie. Houten: NLD Stenfert Kroese, Educatieve partners Nederland B.V., 1995.

Zeitungen und Internetquellen

Brabants Dagblad Zitiert ANP: HEZBOLLAH VERLIEST VERKIEZINGEN, 07 Juni 2009. URL: <http://www.brabantsdagblad.nl/algemeen/bdbuitenland/5081256/Hezbollah-verliest-verkiezingen.ece> (Stand 21.02.2011).

De Groene Amsterdammer (Mai 2002): Hezbollah richting Europa, 22 nov 2010: URL: <http://www.groene.nl/2002/Dagkrant%202/hezbollah-richting-europa> (Stand 21.02.2011).

IRIN (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs), LEBANON : PATIENTS SUFFER PRIVATISED, POLITICISED HEALTHCARE, 2008. URL: <http://www.irinnews.org/Report.aspx?ReportId=77000> (Stand: 12.12.2011).

NRC-Handelsblad: DOOR HEZBOLLAH GESTEUNDE MIKATI NIEUWE PREMIER LIBANON, 25 jan 2011. URL: <http://www.nrc.nl/nieuws/2011/01/25/libanon-krijgt-hezbollah-premier/> (Stand: 25.01.2011).

New York Times; Tavernise Sabrina: CHARITY WINS DEEP LOYALTY FOR HEZBOLLAH, 06 Aug 2006. URL: http://www.nytimes.com/2006/08/06/world/middleeast/06tyre.html?_r=1&scp=1&sq=charity%20wins%20deep%20loyalty%20

for%20hezbollah&tst=cse (Stand: 17.11.2010).

New York Times; Tavernise Sabrina: NY TIMES SINGS THE PRAISES OF HEZBOLLAH (HOLDING A GUN, HEZBOLLAH LENDS A HAND), 06 Aug 2006.

URL: <http://www.sweetness-light.com/archive/the-new-york-times-sings-the-praises-of-hezbollah> (Stand: 17.11.2010)

World Health Organization (WHO): Bulletin (Abstract) , Policy and Practice, Population ageing in Lebanon: current status, future prospects and implications for policy.

URL: http://www.scielosp.org/scielo.php?pid=S0042-96862004000300012&script=sci_arttext, (Stand: 19.09.2011).

World Health Organization (WHO): Regional Office for the eastern Mediterranean (2006), COUNTRY COOPERATION STRATEGY FOR WHO and LEBANON 2005-2009.

URL: <http://www.pdfqueen.com/html/d3d3Lndoby5pbnQv>), (Stand: 15-09-2011).

Zabra, Hankir: (10 Jan 2008), THE POLITICS OF MEDICINE. Political factions battle it out over health services, NOW STAFF . URL: <http://www.nowlebanon.com/NewsArchiveDetails.aspx?ID=24718> (Stand: 21.02.2011).

Übrige Quellen

Allied Command Operations (ACO) 83-2 (Signed): GUIDANCE FOR MILITARY MEDICAL SERVICES INVOLVEMENT WITH HUMANITARIAN ASSISTANCE AND SUPPORT TO GOVERNANCE, RECONSTRUCTION AND DEVELOPMENT (SHAPE, Belgium), 29 März 2010.

Berman, Eli/ Laitin, D. David: Religion, Terrorism And Public Goods: Testing the Club Model. National Bureau of economic Research, 2008.

URL: <http://www.nber.org/papers/w13725> (Stand: 01.01.2008).

Führungsakademie der Bundeswehr: Weisung Lehrgangsarbeit im Lehrgang Generalstabs- und Admiralstabdienst National (Wsg LA), (Sekundärliteratur), 2010.

Flanigan, Teresa Shawn: Hezbollah's social Jihad. Non-Profits as Resistance Organisations. Studies In Conflict & Terrorism, Charity as Resistance: Connections between Charity, Contentious Politics, and Terror. Studies in Conflict & Terrorism. New York. USA 2006 DOI: 10.1080/10576100500522579, ISSN: 1057-610X, Volume 29: 2006, Page 641-655. Rockefeller College of Public Affairs and Policy, University at Albany, Albany, 2006. URL: <http://www.mepc.org/journal/middle-east-policy-archives/hezbollahs-social-jihad-nonprofits-resistance-organizations> (Stand: 12.12.2010).

Harik Palmer Judith: BETWEEN ISLAM AND THE SYSTEM, Sources and Implications of Popular Support for Lebanon's Hezbollah. Journal of Conflict Resolution 1996 40:41, DOI 10.1177/0022002796040001004, Volume 40, No 1, March 1996, Page 41-67. The American University of Beirut, 1996 Sage Publications, Inc, 1996.

Journal official de l'Union européenne: DÉCISION DU CONSEIL du 28 juin 2007, mettant en oeuvre l'article 2 paragraphe 3, du règlement (CE) no 2580/ 2001 concernant l'adaption de mesures restrictive spécifiques à l'encontre de certains personnes et entités dans le cadre de la lutte contre le terrorisme, et abrogeant les décisions 2006/ 379/CE et 2006/ 1008/CE (2007/445/CE), S 169/ 62, 2007.

Und; Expatica.com: Dutch want Hezbollah added to EU Terrorlist, 2004. News and Information for the International Community URL: http://www.expatica.com/news/local_news/dutch-want-hezbollah-added-to-eu-terror-list-13502.html (Stand 21.02.2011).

Keller (OTL), Jorg: (Handreichung für das) Anfertigen von Studienarbeiten, Techniken und Formatvorschriften. Hamburg: DEU Führungsakademie der Bundeswehr. Fachbereich Human- und Sozialwissenschaften, Version 1.0., (Sekundärliteratur), 2010.

Khoury Doreen: PARLAMENTSWAHLEN IM LIBANON, eine Libanesische Regierung unter Führung der Hisbollah, 2009. Heinrich Böll Stiftung, Büro Naher Osten, Beirut. URL: http://www.boell.de/downloads/weltweit/Lebanon_preelections_report_final.pdf (Stand 21-02-2011).

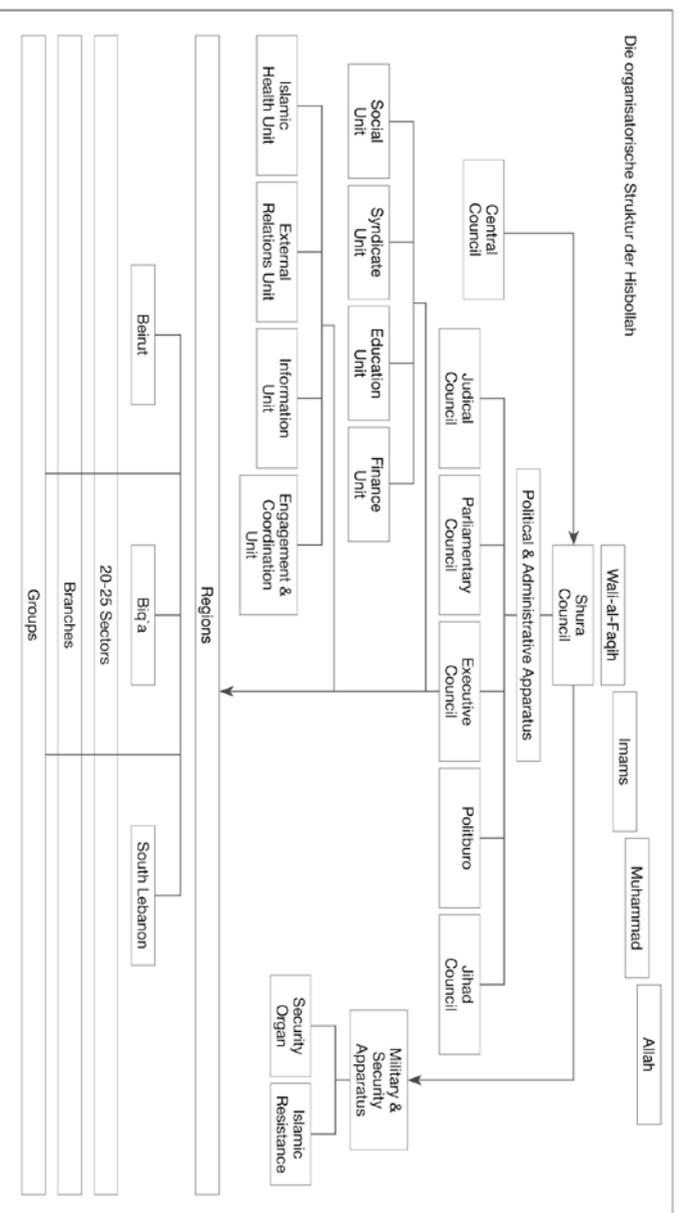
Meehan, Howard Vincent: TERRORISM, DIASPORAS, AND PERMISSIVE THREAT ENVIRONMENTS. A study of Hizbollah's fundraising operations in Paraguay and Ecuador, 2004. NAVAL POSTGRADUATE SCHOOL, Monterey, California (USA). URL: <http://www.fas.org/irp/world/para/hizb-fund.pdf> (Stand 21.02.2011).

Ranstorp, Magnus: The Strategy & Tactics Of Hezbollah's Current 'Lebanonization Process', (Anno unbekannt). Mediterranean Politics, Vol 3, No. 1. URL: <http://www.angelfire.com/il2/redline/0002.html> (Stand 21.02.2011).

Raad van Toezicht op Gezondheidszorg (RVZ): Governance en Kwaliteit van zorg. Overheidsuitgave Brochure, 2009. URL: <http://www.rijksoverheid.nl/documenten-en-publicaties/rapporten/2009/03/10/governance-en-kwaliteit-van-zorg.html>. (Stand 29.09.2011)

Vereinte Nationen: Präambel: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte Artikel 26, 1948. URL: <http://www.unric.org/de/menschenrechte/16> (Stand 21.02.2011).

Anlage A:
Die Organisationsstruktur der Hisbollah



Quelle: Ahmad Nizar Hamzeh (Mar 2004)
In de Path of Hezbollah, Syracuse University Press, S. 46

Anlage B:
Die Islamic Health Institutionen

Institutions of the Islamic Health		
Name/Number	Region	Beneficiaries per Year
Hospitals (6)		
The Great prophet	Southern Suburbs	100,00
Dar al-Hawra	Idem	
Khomeini Hospital	Biq'a-Ba'albek	59,203
Medical Batour Center	Biq'a-Hermil	50,000
Hospital of the south	South Lebanon-Nabatiyyah	Not yet in operation
Shaykh Raghīb Harb Hospital	South Lebanon-Toul	48,725
		Not in full operation
Dispensaries (21)		
	Southern suburbs (9)	
	South Lebanon (7)	(total) 92,692
	Biq'a (3)	
	Beirut (2)	
Mobile Dispensaries (12)		
	South Libanon & Biq'a	30,236
Dental Clinics (10)		
	Southern suburbs	20,736
	Biq'a & South Lebanon	
Civil defense Centers (7)		
	Southern suburbs,	7,536
	Biq'a & South Lebanon	
Total		409,281

Quelle: Ahmad Nizar Hamzeh (Mar 2004)
In de Path of Hezbollah, Syracuse University Press, S 54

Anlage C:
Schiiitische Parlamentäre Wahlergebnisse (1992-2005)

Parliamentary election Results for 27 Shi'i Seats						
Non-Shi'i Hezbollah Allies						
	Hezbollah	Sunni	Greec Catholic	Maronite	Amal	Others*
1992	8	2	1	1	9	10
1996	7	1		1	8	12
2000	9	2		1	6	12
2005	11	2		1	11	5

* Secular parties and traditional elites
Quelle: Norton Richard Augustus (Jul 2007);
HEZBOLLAH: A short history, Princeton University Press, S 103.

Die internationale der Salafia Djihadia

„Heilige Krieger“ der „frommen Altvorderen“ und ihre Strategie der Gewaltanwendung gegen „Ungläubige“

Berndt Georg Thamm

„Bei der Salafia-Bewegung handelt es sich um eine Massenorganisation, ein nahezu weltumspannendes Netzwerk, das entsprechendes Gedankengut verbreitet. Den Salafia-Anhängern geht es darum, die Welt nach den Vorgaben der Scharia zu gestalten. Dabei wird das westliche Konzept von Demokratie und Menschenrechten als unislamisch abgelehnt.“

Marwan Abou-Taam, Islam & Politikwissenschaftler, August 2011¹

Elf Jahre sind seit den Terroranschlägen des 9/11 der al-Qaida vergangen, dessen Begründer und Führer Osama Bin Laden am 1. Mai letzten Jahres den Tod fand. Die Gefahren, die vom religiös motivierten Terrorismus ausgehen, sind dennoch nicht geringer geworden. Das Jahr 2012 ist da keine Ausnahme.

So begann im Januar vor dem Strafsenat des Berliner Kammergerichts der Prozess gegen einen Deutsch-Türken (26) und einen Österreicher (22), zwei mutmaßliche Gründer der Deutschen Taliban Mudjaheddin (DTM). Unmissverständlich war ihre Drohung per Videobotschaft: „Deutschland befindet sich im Krieg. Euer Sicherheitsgefühl ist nur Illusion und es ist nur eine Frage der Zeit, bis der Djihad die deutschen Mauern einreißt ...“²

Anfang Februar verhängte der Zentrale Gerichtshof Old Bailey in London gegen zwei 24 und 28 Jahre alte deutsche Konvertiten Haftstrafen von 12 und 16 Monaten. Die beiden Salafisten aus Solingen hatten bei ihrer Einreise islamistische Propagandaschriften sowie Anleitungen zum Bombenbau mit sich geführt³.

Im März ermordete in Frankreich ein 24-jähriger sich zur al-Qaida bekennender Salafist sieben seiner Landsleute und suchte nach seiner Bluttat den „Märtyrertod“. Im April drohte eine islamistische Website der Bundeskanzlerin mit Anschlägen in Berlin, wenn diese nicht die Freilassung einer „muslimischen Gefangenen“ bewirken würde⁴. Vor dem Hintergrund des nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampfes gingen Anfang Mai in Solingen gewaltbereite Salafisten auf die Polizei los, als bei einer Wahlkampfveranstaltung Anhänger der rechtspo-

pulistischen Gruppe „Pro NRW“ Mohammed-Karikaturen hochhielten. Wenige Tage später griffen in Bonn salafistische Gegendemonstranten Polizisten an. Zwei Beamte wurden durch Messerstiche schwer verletzt⁵. Mitte Juni lieferten sich in Tunis Hunderte Salafisten Straßenschlachten mit der Polizei. Auslöser der Krawalle war eine Kunstausstellung in einem Vorort der Hauptstadt Tunesiens, die nach Ansicht der Islamisten Muslime beleidigte. Aus Sorge vor weiteren Unruhen wurde eine nächtliche Ausgangssperre für Tunis und sieben Ballungsgebiete verhängt⁶. Mitte Juli lieferte die Türkei einen im Oktober 2009 untergetauchten Islamisten nach Deutschland aus. Der Konvertit (31) gilt als einer der führenden Köpfe der deutschen Salafisten-Szene. Er soll junge Islamisten für den Djihaad in Afghanistan angeworben haben⁷. Anfang August wurde bei einer Razzia des Hauptzollamtes Potsdam und des Brandenburgischen LKA gegen illegale Beschäftigte auf der BER Flughafen-Baustelle auch ein Berliner Islamist aufgegriffen. Der 21-jährige Salafist – von der Polizei als „Gefährder“ eingestuft – arbeitete am neuen Airport als Objektschützer für ein privates Sicherheitsunternehmen. Der Konvertit soll beste Kontakte zu führenden Salafisten in der Hauptstadt haben. Die Entwicklung erschreckt, kommt aber nicht überraschend.

„Deutschland befindet sich im Krieg. Euer Sicherheitsgefühl ist nur Illusion und es ist nur eine Frage der Zeit, bis der Djihaad die deutschen Mauern einreißt ...“

Schon im April 2011 warnten BKA-Experten in einem Dossier, dass salafistische Milieus „ein vielversprechendes Umfeld für djihadistische Agitation und Rekrutierung“ darstellen würden. Von der Ausbreitung salafistischer Netzwerke könnten, so die Analyse, „terroristische Gewaltaktivisten profitieren“⁸. Was verbindet nun den djihadistischen Salafismus mit dem Djihaad-Terrorismus der al-Qaida-Bewegung? Und wie gefährdet ist Deutschland mit seinen europäischen Nachbarn? Der nachstehende Beitrag versucht, die Entwicklungsgeschichte bedrohlicher Zusammenhänge zu skizzieren.

Salafia – „Zurück-zu-den-Wurzeln“-Bewegung

Der arabische Begriff „salafia (salafiyya)“ bezeichnet eine von mehreren muslimischen Intellektuellen Ende des 19. Jahrhunderts vertretene Richtung des Reformislams, welche sich an dem gottgefälligen Leben der Gefährten des Propheten Muhammad und seinen Nachkommen (Gesellschaft des Ur-Islam), eben an den „frommen Altvorderen“ (as-salaf as-salih, daher der Begriff Salafismus) orientiert. Als Erneuerungsbewegung verwirft sie jede „Neuerung“, die in Jahrhunderten islamischer Geschichte hervorgebracht wurde – Philosophie, Musik,

Literatur, Poesie – für Salafisten „Werke des Teufels“. Wohl kann die idealisierte islamische Urgesellschaft des 7. und 8. Jahrhunderts nicht wiederhergestellt werden, doch kann an den „Geist“ der Altvordenen angeknüpft werden, um eine der Gegenwart angemessene Ordnung zu errichten⁹. Vor diesem Hintergrund



Vorstellung des Berliner Verfassungsschutzberichtes 2011

grenzen sich Salafisten als die „wahrhaft Gläubigen“ (mu‘minun) scharf von vermeintlichen „Ungläubigen“ (Kuffar) ab, zu denen sie sowohl Nicht-Muslime als auch andersgläubige Muslime (und bei diesen jede Form der Volksreligion) zählen. Nicht-salafisten sollen bekehrt – oder bekämpft – werden.

Der Islamwissenschaftler Guido Steinberg unterscheidet drei Typen salafistischer Gruppierungen. Erstens die Puristen, denen es

„(zunächst) lediglich um die reine Lehre des Islam und ein gottgefälliges/ islamkonformes Leben von Individuum und Gesellschaft geht“. Zweitens die politischen Salafisten; diese „verbinden die Forderung nach einer Einführung der Scharia und einem gottgefälligen Leben mit einer deutlich politischen Agenda“, fordern einen „auf korrekter Islaminterpretation basierenden islamischen Staat“. Drittens die djihadistischen Salafisten, für die „der zum Heiligen Krieg überhöhte bewaffnete Kampf im Mittelpunkt ihres Denkens und Handelns steht“¹⁰.

Welche Gefahren mit salafistischen Bestrebungen verbunden sind, beschreibt der Verfassungsschutz Berlin in seinem Bericht 2011 mit deutlichen Worten: „Ziel von politischen und djihadistischen Salafisten ist die vollständige Umgestaltung von Staat, Rechtsordnung und Gesellschaft nach einem salafistischen Regelwerk, das als gottgewollte Norm angesehen wird. Sie streben die Errichtung einer islamistischen Ordnung an, in der wesentliche Verfassungsprinzipien des deutschen Grundgesetzes keine Gültigkeit haben sollen. Die parlamentarische Demokratie soll als vermeintlich unislamisch und unvereinbar mit der Idee einer Gottesherrschaft abgeschafft werden“¹¹.

Salafia Djihadia

Auf der arabischen Halbinsel etablierte der Beduinenstamm der Sauds im 18. Jahrhundert die Ordnung des Islamreformers al-Wahhab, die eine Reinigung

der seiner Ansicht nach verderbten muslimischen Praktiken und Glaubensinhalte anstrebte. Bis heute ist die strenge Lehre der Wahhabitenden die vorherrschende religiöse Richtung in Saudi-Arabien. Dennoch bildete sich hier in den 60er-Jahren eine Erneuerungsbewegung, eine „salafistische Gruppe, die das Gute gebietet und das Böse verbietet“ (al-Dschama'a as salafija al-muhtasiba)¹² die – wie einst die religiös-fundamentalistische Bewegung des Predigers al-Wahhab – quasi erneut eine „Reinigung“ der saudischen Gesellschaft und die Entwicklung von Alternativen zu anderen aktivistischen Gruppierungen anstrebte. Diese salafistische Bewegung verbreitete sich in den 70er Jahren. Aus ihr ging die Gruppe saudischer Glaubenskämpfer hervor, die am 20. November 1979 die bedeutendste aller heiligen Stätten, die große Moschee in Mekka besetzte und die dortigen Pilger als Geiseln nahmen. Mit dieser Aktion war die größte anzunehmende Katastrophe der Welt des sunnitischen Islam Wirklichkeit geworden. Es dauerte zwei Wochen, bis die salafistischen Besetzer überwältigt werden konnten. Ihr Anschlag auf Mekka war der erste islamistische Terrorakt der Moderne¹³. Der sich zeitlich unmittelbar danach anschließende Afghanistankrieg (Dezember 1979 – Februar 1989) wurde zum großen ersten Dihad der Moderne – im Grunde genommen zur „Mutter aller heiligen Kriege“ der Neuzeit. Der Zustrom von mindestens 35.000 freiwilligen Kämpfern aus über 40 islamischen Ländern verwandelte sich am Hindukusch in eine breitere, transnationale Bewegung, die sich selber als salafistisch-dжихadistisch (salafiya-jihadiya) definierte¹⁴. Die Rahmenbedingungen für den Prozess dieser Transformation wurden vom Widerstand afghanischer Glaubenskämpfer (Mudjaheddin) gegen die Invasion sowjetischer „Gottloser“ gestellt.

Als Erneuerungsbewegung verwirft sie jede „Neuerung“, die in Jahrhunderten islamischer Geschichte hervorgebracht wurde – Philosophie, Musik, Literatur, Poesie – für Salafisten „Werke des Teufels“. Wohl kann die idealisierte islamische Urgesellschaft des 7. und 8. Jahrhunderts nicht wiederhergestellt werden, doch kann an den „Geist“ der Altvorderen angeknüpft werden, um eine der Gegenwart angemessene Ordnung zu errichten.

Zum Ende dieses Dihad gründete der saudische Kriegsfreiwillige Osama Bin Laden 1988 im pakistanischen Peschawar al-Qaida als eine wehrhafte Organisation, eben als „al-Qaida al-Askarija“ (die militärische Basis). Als meistgesuchter Dihad-Terrorist fand er dreiundzwanzig Jahre später in der nordpakistanischen Garnisonsstadt Abbottabad in der Nacht vom 1./2. Mai 2011 in der Operation „Neptun Spear“ durch ein US-Navy Seal Team den Tod (Codewort „Geronimo“)¹⁵. Bei der Erstürmung des Bin Laden-Domizils erbeuteten die Seals auch dessen etwa 6.000 Seiten umfassenden Aufzeichnungen. Ein Jahr später gab Anfang Mai 2012 das Combating Terrorism Center (CTC) der US-Militär-

Akademie Westpoint die ersten 17 ausgewerteten Dokumente (aus den Jahren 2006 – 2011), knapp 200 Seiten, frei. In diesem CTC-Report¹⁶ wurde auch die Debatte zur Umbenennung seines Netzwerkes veröffentlicht. Weil vom eigentlichen Titel „al-Qaida al-Djihad“ (Basis des Heiligen Krieges) im Westen nur der vordere Teil verwendet wurde, drohe der religiöse Aspekt verloren zu gehen, schrieb Bin Laden in seinen Tagebucheintragungen und schlug als eindeutigeren Namen „Jama‘at l’Adat al Khilafat al Rashida“ (Gemeinschaft für die Wiederherstellung des rechtleiteten Kalifats) vor¹⁷. Diese Idee des al-Qaida- Führers war schon vor Jahren bei nicht wenigen Salafisten auf fruchtbaren Boden, auf nordafrikanischen Boden gefallen.

Salafia Djihadia International – made in Africa

Zu Tausenden waren die Freiwilligen aus den muslimischen Ländern des Fernen Ostens, Zentralasiens, des Mittleren Ostens sowie Nord- und Ostafrikas nach Afghanistan gekommen, um ihre Glaubensbrüder im Djihad zu unterstützen. Allein 2.500 junge Männer aus Algerien waren so Teil der transnationalen Bewegung gegen den Unglauben geworden. Geprägt von der salafistisch-djihadistischen Transformation am Hindukusch kehrten nach dem Ende des Krieges viele Kämpfer zurück in ihre Heimatregionen – im Laufe der Jahre bis zu 5.000 allein nach Afrika, insbesondere in den Maghreb. Hier wurde in Algerien schon in September 1989 mit der FIS (Front Islamique du Salut = Islamische Heilsfront) die erste islamistische Partei in einem arabischen Land offiziell zugelassen. Diese forderte die Errichtung eines authentischen islamischen Staates, die mit der Einführung der Scharia verbunden wurde. Der Erfolg der FIS im März 1992 wurde ihr durch ein Betätigungsverbot genommen. In der Folge nahmen dafür nun „bewaffnete Arme“ der Islamisten den Kampf gegen die algerische Regierung auf. Der radikalste unter diesen Fundamentalisten war die im April 1992 gegründete GIA (Groupe Islamique Armé = Bewaffnete Islamische Gruppe). Den harten Kern der GIA stellten Veteranen des Afghanistankrieges. Deren Terroraktionen trafen im Bürgerkrieg des Landes vornehmlich die Zivilbevölkerung. Zwischen 1992 und 2002 fanden rund 150.000 Menschen in Algerien den Tod. Im Streit darüber, ob auch Zivilisten legitime Ziele von Attentaten sein können, spaltete sich von der dafür votierenden GIA eine Gruppe namens GSPC (Groupe salafiste pour la Prédication et le Combat = Salafistische Gruppe für Verkündigung und Kampf) ab, die nun vornehmlich Sicherheitskräfte und Regierungsstellen des Landes als legitime Ziele bekämpfte – und vor diesem Hintergrund als einzige Gruppe ein Amnestieangebot der Regierung 2005 ablehnte. Anfang 2007 gründete die GSPC zusammen mit der marokkanischen

„Salafia Jihadia“ und weiteren salafistisch-djihadistischen Gruppierungen einen Dachverband – die „Al-Qaida im Islamischen Maghreb“ (AQIM). Noch im selben Jahr soll sich dem nordafrikanischen Verbund auch die „Libysche Islamische Kampfgruppe“ (LIFB) angeschlossen haben, die einst von zurückgekehrten „libyschen Afghanen“ gebildet worden war.

Mit der Gründung der AQIM wurden auch wieder Zivilisten zum Ziel von Anschlägen. Der salafistisch-djihadistisch geprägte neue Dachverband hatte auch eine neue Strategie: Jihadisten aus den nordafrikanischen Ländern Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen, aber auch aus den westafrikanischen Nachbarstaaten Mauretanien, Mali und Niger gingen gemeinsam gegen (zuerst vornehmlich arabische) Regime vor, die „ihre Religion und ihr Volk verraten hatten“.

Salafia Djihadia Africa – Neue Weg- und Jihad-Gefährten

Für diese afrikanische „Salafia Djihadia International“ wurde in den letzten Jahren die gesamte Sahelzone zum Rückzugs-, aber auch Operationsgebiet, von Mauretanien im Westen bis zum Tschad im Osten. Zum wichtigsten Stützpunkt der AQIM wurde der Norden Malis, wo auch Trainingslager für militante Islamisten eingerichtet wurden. In den neuen, submaghrebinischen Regionen traf die AQIM auf neue, nichtarabische Weg- und Jihad-Gefährten.

AQIM und Islamistische Tuareg (Ansar ad-Din)

Zwischen dem 11. und 12. Jahrhundert hatten die „Herren der Sahara“ am Rande der Wüste eine Karawanenstadt gegründet – Timbuktu. Diese „Perle der Wüste“ war lange Zeit geistiges Zentrum des Islam. Viele ihrer Moscheen, Friedhöfe und Mausoleen zählen seit 1988 zum UNESCO-Weltkulturerbe. Seit Mai 2012 wird dieses Erbe von djihadistischen Salafisten zerstört. Die UNESCO setzte das so bedrohte Welterbe auf die „rote Liste“ und die Leiterin des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag, Fatou Bensouda, sprach vor dem Hintergrund der Zertrümmerung dieser Kulturstätten gar von Kriegsverbrechen¹⁸. Die Sicht der „Kriegsverbrecher“ ist eine andere. Sie führen einen legitimen Jihad gegen „Gottesslästerer“, die in den Mausoleen begrabene Gelehrte als Stadtheilige verehren. Diese Tradition des nordafrikanischen Volksislam ist in den Augen salafistischer Sittenwächter unislamisch, gilt für sie doch die Anbetung von Heiligen als Götzendienst, die Totenverehrung als Sünde. Motiv und die Art der Zerstörung erinnern an die Zerstörung der Buddha-Statuen von Bamiyan (Afghanistan) durch die Taliban 2001. Heute scheint der Norden Malis talibani-

siert, die Sahelzone droht, zum „Afghanistan“ islamistischer Tuareg zu werden. Das Siedlungsgebiet des von (nichtarabischen) Berbern abstammenden Noma-
 dendvolkes der Tuareg¹⁹ (rund 1,5 Millionen) ist seit dem Ende der Kolonialzeit
 auf fünf Staaten (Mali, Niger, Algerien, Burkina Faso und Libyen) verteilt. Seit
 über einem halben Jahrhundert streben diese nach Autonomie, kämpfen tem-
 porär für einen eigenen Staat. Schon vor Jahrzehnten versprach ihnen Libyens
 Revolutionsführer dafür Hilfe. In der Folge verdingten sich Tuareg aus Niger
 und Mali als Krieger in Libyen. In Gaddafis Diensten kämpften seither Tuareg
 als Sturmtruppen im Tschad, unterstützten
 die Befreiungsfront der Westsahara und
 standen an der Seite der PLO im Libanon²⁰.



Salafistenkundgebung in Nordrhein-Westfalen

Seit 2008 unterstützten sie als Söldner die
 libysche Armee, suchten zuletzt im „Ara-
 bischen Frühling“ die Niederlage Gaddafis
 zu verhindern. Nach dessen Entmachtung
 verließen bis zu 2000 malische Tuareg
 hochbewaffnet (einschließlich tragbarer
 Raketensysteme) Libyen. Im Oktober 2011
 trafen die Ex-Söldner im Norden Malis

auf Tuareg-Rebellen. Wenig später entstand die MNLA (Mouvement national
 pour la libération de l’Azawad = Nationale Bewegung für die Befreiung Aza-
 wads) – wobei Azawad für einen zu gründenden Staat der Tuareg stand. Im
 Januar 2012 begannen die säkularen Tuareg-Nationalisten mit der militärischen
 Großoffensive, der sich islamistische Tuareg eines Stammes aus dem gebirgigen
 Grenzgebiet zu Algerien anschlossen, Kämpfer der „Ansar ad-Din“ (Verteidiger
 des Glaubens). Diese waren mit der AQIM verbunden, sowohl durch geogra-
 phische Nähe als auch durch den djihadistischen Salafismus. Drei Monate später
 kontrollierten die Rebellen mit den drei Nordprovinzen Malis ein Gebiet, das
 größer als Frankreich war. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy warnte Mitte
 April vor der Entstehung eines „terroristischen oder islamistischen Staates“ in
 der Sahelzone²¹.

Am 26. Mai einigten sich MNLA und Ansar ad-Din auf einen Zusammen-
 schluss ihrer Organisationen und die Gründung der Islamischen Republik
 Azawad. Streitpunkt unter ihnen blieb der religiöse Charakter des von ihnen
 geplanten Staates, strebte die Ansar ad-Din doch die Errichtung eines Gottes-
 staates für ganz Mali an. Es kam zum Zerwürfnis. Kontrollierte die MNLA das
 Straßennetz, beherrschen die djihadistischen Salafisten der Ansar ad-Din und

des AQIM-Ablegers „Bewegung für Einheit und Dihad in Westafrika“ (MU-JAO) bald die Städte und setzen hier die Scharia durch. Islamische Gerichtshöfe übernahmen die Rechtsprechung, Banken wurden zerstört, Alkohol, Zigaretten, Musik, Filmvorführungen und das Tragen westlicher Kleidung wurden verboten, „unmoralisches Verhalten“ bestraft. In Timbuktu, der „Stadt der 333 Heiligen“, wurde die Heiligenverehrung als Blasphemie mit der Zerstörung der Gelehrtengräber bestraft. Bis Mitte Juli war die Hälfte der kulturell bedeutenden 16 Mausoleen zerstört worden²². Und wie seinerzeit die Taliban in ihrem Emirat Afghanistan der al-Qaida die Einrichtung von Militärcamps gestatteten, ist heute in Nordmali eine analoge Entwicklung zu beobachten. „Mali“, warnte im Juni Mahamadou Issoufou, Präsident von Niger, „ist dabei, Afrikas Afghanistan zu werden“²³. Demnach bilden afghanische und pakistanische Experten Kämpfer aus ganz Westafrika in „terroristischen Trainingslagern“ aus²⁴. Vor diesem Hintergrund der „Afghanisierung der gesamten Sahel-Region“ befürchtet der Leiter des Zentrums für strategische Studien in Algier, Mhand Berkouk, dass der neue Staat Azawad eine Heimat für Terroristen aus aller Welt werden könnte²⁵.

„Mali“, warnte im Juni Mahamadou Issoufou, Präsident von Niger, „ist dabei, Afrikas Afghanistan zu werden“. Demnach bilden afghanische und pakistanische Experten Kämpfer aus ganz Westafrika in „terroristischen Trainingslagern“ aus. Vor diesem Hintergrund der „Afghanisierung der gesamten Sahel-Region“ befürchtet der Leiter des Zentrums für strategische Studien in Algier, Mhand Berkouk, dass der neue Staat Azawad eine Heimat für Terroristen aus aller Welt werden könnte.

AQIM und Islamistische Somalis (al-Shabaab)

Ende des 19. Jahrhunderts hatte der Sudan Dihad-Geschichte geschrieben, wurde doch hier zum Missfallen europäischer Kolonialmächte ein Gottesstaat (Mahdi-Kalifat 1885-97) errichtet²⁶. Auf den Spuren der Mahdisten hieß einhundert Jahre später eine islamistische Junta Osama Bin Laden in Khartum willkommen. Dieser gab in seinem sudanesischen Exil von 1992 bis 1996 seiner al-Qaida nicht nur Struktur, er knüpfte von dort aus auch Kontakte zu gleichgesinnten Radikalen in Ostafrika, insbesondere in Somalia, wo seit 1991 Bürgerkrieg herrschte. Anfang jener Dekade stand die al-Qaida wohl auch Pate bei der Gründung der somalischen Fundamentalistengruppe AIAI (al-Ittihad al-Islamiya = Einheit des Islam). Im Jahr 1996 verließ Bin Laden den Sudan Richtung Afghanistan, und die AIAI etablierte in den von ihr kontrollierten Gebieten ein Rechtssystem. Mitten im Chaos des Bürgerkrieges übten nun Gerichtshöfe der „Islamic Courts Union“ (ICU) Recht nach den Grundlagen der Scharia aus. Den Zerfall einer radikal salafistisch-islamistischen Avantgarde²⁷ nutzend schuf

der radikale Flügel der ICU sich 1998 mit der „Harakat al-Shabaab al-Mudjaheddin“ (Bewegung der Mudjaheddin-Jugend) einen bewaffneten Arm. Zehn Jahre später strebte eine erstarkte, religiös-radikalisierte al-Shabaab die Errichtung eines Islamistischen Staates am Horn von Afrika mit strenger Scharia-Auslegung an. Sie versteht sich als Teil des globalen Djihaad der al-Qaida-Bewegung, der sie im Februar 2012 formell beitrug²⁸. In den Reihen ihrer 3.000 bis 7.000

„Früher war Waziristan im Grenzgebiet von Pakistan zu Afghanistan das wohl wichtigste Ziel deutscher Konvertiten. Jetzt wird Somalia zu einem neuen Hotspot“

Milizionäre sollen auch pakistanische, afghanische und tschetschenische Kämpfer sein²⁹. In ihren Ausbildungscamps werden rund 100 Djihaadisten aus westlichen Staaten vermutet, so aus den USA, England und Schweden, aber

auch aus Deutschland, wo Somali-Milizionäre schon länger Anhänger für ihre Sache rekrutieren. Analog zu den Deutschen Taliban Mudjaheddin am Hindukusch soll es bereits vor ein paar Jahren eine militante Gruppe gegeben haben, die sich „Deutsche Schabab“ nannte³⁰. Die neuen Bewegungen beschrieb BND-Präsident Gerhard Schindler Mitte April 2012: „Früher war Waziristan im Grenzgebiet von Pakistan zu Afghanistan das wohl wichtigste Ziel deutscher Konvertiten. Jetzt wird Somalia zu einem neuen Hotspot“³¹. So wurde ein deutscher Islamist wegen Bombenanschlägen in Kenia von der dortigen Polizei gesucht. Wegen seiner Verbindungen zur al-Shabaab wurde der aus Wuppertal stammende Emrah E. am 10. Juni 2012 in Tansania festgenommen und acht Tage später den deutschen Behörden überstellt³². Einen Monat zuvor war die Polizei Kenias mit einem Fahndungsfoto des deutschen Salafisten Andreas Khaled M. an die Öffentlichkeit gegangen. Der aus einer gut bürgerlichen Familie stammende gelernte Industriemechaniker hatte sich nach seiner Konversion so radikalisiert, dass er sich 2011 Richtung Ostafrika aufmachte. Der 40-Jährige Konvertit aus Bonn³³ gehört zu einer Handvoll Deutscher, die sich in somalischen Ausbildungs-Camps von der al-Shabaab zu Djihaadisten trainieren lassen. Ein Angebot, das auch junge Nigerianer annahmen.

AQIM und Islamistische Nigerianer (Boko Haram)

Nigeria ist der bevölkerungsreichste Staat Afrikas. Von fast 160 Millionen Einwohnern sind schätzungsweise rund 40 Prozent Christen, die hauptsächlich im Süden des Landes leben; und 50 Prozent meist im Norden lebende Muslime. Nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) fielen seit dem Jahr 2000 über 10.000 Christen der „religiös“ geprägten Gewalt in den zwölf islamisch geprägten Bundesstaaten des Landes zum Opfer. In den letzten Jahren war dafür insbesondere eine muslimische Extremistengruppe

verantwortlich, deren Kämpfer mit ihrer „Strategie der Zerstörung des Zusammenlebens der Religionen durch terroristische Aktionen“ die Gesellschaft zu spalten suchen. Die Bevölkerung nannte sie „Boko Haram“³⁴. Boko steht in der afrikanischen Sprache Hausa für vom Westen gebrachte „Bücher (Bildung) sind Sünde“. Haram heißt verboten.

Die 2002/2003 gegründete Gruppe hat zum Ziel die Errichtung eines Emirats Nordnigeria. Der Versuch der Regierung, die Islamistensekte, die sich selbst „Jama’atu Ahlis Sunna Lidda’awati wal-Jihad“ (Personen, die die Lehren und den Dihad des Propheten weitertragen) nennt, militärisch zu zerschlagen, schlug fehl. Nachdem der Sektengründer 2009 in Polizeigewahrsam eines gewaltsamen Todes starb, radikalisierte sich Boko Haram, deren Kämpfer schon im Gründungsjahr in Mauretanien und später Algerien ausgebildet wurden. Algerische Salafisten der AQIM sollen den Nigerianern Kampfaktiken und den Bau von Sprengsätzen beigebracht haben, und wahrscheinlich wurden bereits 2007 Boko Haram-Funktionäre in Terrorcamps der al-Qaida am Hindukusch ausgebildet³⁵. Ihr heutiger Führer, Scheich Abubakar Imam Schekau, erklärte in einem YouTube-Video erst Anfang dieses Jahres, dass Boko Haram zur al-Qaida gehöre³⁶. Vor dem Hintergrund terroristischer Bündnispolitik macht Westafrika mobil.

In den vergangenen Jahren hat die AQIM durch Entführungen von Europäern schätzungsweise 130 Millionen Dollar Lösegeld erpresst. Die militanten Islamisten sollen dabei mehr als 50 Personen „aus westlichen Ländern“ in Mali, Niger und Mauretanien entführt oder von anderen kriminellen Gruppen verkauft bekommen haben.

Da die Sekte die Stabilität der Region gefährde, beschlossen Anfang Mai Nigeria, Kamerun, Niger, Tschad und die Zentralafrikanische Republik ein gemeinsames Vorgehen gegen die Islamisten³⁷. Diese arbeiten mittlerweile in einem wichtigen Erwerbszweig der Dihad-Finanzierung zusammen – im „Entführungsgeschäft“.

Religiöser Terror – Menschenraub, Erpressung, Mord

In den vergangenen Jahren hat die AQIM durch Entführungen von Europäern schätzungsweise 130 Millionen Dollar Lösegeld erpresst. Die militanten Islamisten sollen dabei mehr als 50 Personen „aus westlichen Ländern“ in Mali, Niger und Mauretanien entführt oder von anderen kriminellen Gruppen verkauft bekommen haben. Im Norden Nigerias sind nicht wenige Arbeiter „aus dem Westen“, aber auch aus Indien, China und dem Libanon beschäftigt, was die Region für die Entführer interessant macht³⁸.

Salafia Djihadia – Tod einer deutschen Geisel in Nigeria

Am 20. Januar 2012 wurden in der nordnigerianischen Millionenmetropole Kano mindestens 185 Menschen Opfer von bis zu 50 fast zeitgleich explodierenden Bomben. In einer auf Youtube veröffentlichten Tonbotschaft übernahm Boko- Haram-Führer Schekau dafür die Verantwortung und kündigte weitere Gewalttaten in Nigeria an. Sechs Tage nach dieser koordinierten Anschlagserie wurde in einem Vorort von Kano ein deutscher Ingenieur des Bauunternehmens Bilfinger Berger entführt – wahrscheinlich von Boko Haram, die den Deutschen später an die AQIM „überstellte“. Fast acht Wochen später bekannte sich die AQIM zur Geiselnahme. In einem von der mauretanischen Internetagentur ANI Ende März veröffentlichten Video war der verschleppte Edgar Fritz R. mit hinter dem Rücken gefesselten Händen zu sehen, umringt von verummten und bewaffneten Kämpfern, und bat die Bundesregierung, sich für seine Freilassung einzusetzen. In einem zusätzlichen Bekennerschreiben forderte die AQIM für die Freilassung des Ingenieurs die Entlassung einer Islamistin aus einem Gefängnis in Deutschland³⁹. In ihrem Schreiben warnten die Jihad-Terroristen auch vor einem Befreiungsversuch: Sollte die Frau nicht freikommen, drohe dem Deutschen das gleiche Schicksal wie einem Italiener und einem Briten, die zuvor im Nordwesten des Landes zu Geiseln wurden.

Bei einem Befreiungsversuch einer britischen Spezialeinheit zusammen mit nigerianischen Soldaten Anfang März waren sie getötet worden. Als am 31. Mai eine militärische Sondereinheit versuchte, in Kano hochrangige Boko-Haram-Mitglieder festzunehmen, wurde der gefesselte Ingenieur von seinen Kidnapern ermordet⁴⁰. Fünf Wochen zuvor war die zuletzt in einem Gefängnis in Schwäbisch Gmünd einsitzende Islamistin freigelassen worden, nachdem sie zwei Drittel der Strafe verbüßt hatte⁴¹. Die Schuld am Tod der Geisel gab Boko Haram Anfang Juni der Bundesregierung. Diese war acht Wochen zuvor von einer islamistischen Website bedroht worden. Wohl um der Freilassung der Geisel Nachdruck zu verleihen, wurde Bundeskanzlerin Angela Merkel Anfang April in einer Erklärung aufgefordert, sie solle aus den Anschlägen des Serienattentäters Mohamed Merah in Frankreich „lernen“⁴².

Salafia Djihadia in Toulouse – Frankreich unter Schock

In Izar, einem Viertel im Norden von Toulouse, war Mohamed Merah (*10. Oktober 1988) zusammen mit vier Geschwistern aufgewachsen. Der Polizei war er seit 2005 durch Kleinkriminalität bekannt, die auch zu Gefängnisstra-

fen führten. Sowohl die Armee als auch die Fremdenlegion hatten seine Bewerbungen abgelehnt. Der algerisch-stämmige Muslim gehörte einer salafistischen Gemeinde an und galt als Mitglied der erst im Januar verbotenen islamistischen Gruppe „Forsane Alizza“ (Ritter des Stolzes), die die ihrer Meinung nach islamophobe Stimmung in Frankreich öffentlich anprangerte⁴³. Auf eigene Faust war er nach Afghanistan und Pakistan gereist, war dementsprechend den Geheimdiensten seines Landes DCRI (Inland) und DGSE (Ausland) bekannt. Vom Hindu-kusch war er erst im Oktober 2011 zurück nach Frankreich gekommen. Nur fünf Monate später exekutierte er sieben seiner Landsleute innerhalb von acht Tagen mit Pistolenschüssen. Seine Mordtaten nahm er mit einer mit Gurten über der Brust befestigten Videokamera auf. Am 11. März 2012 verlor Imad Ibn Ziaten (30), Soldat des 1. Luftlande-Versorgungsregiments in Toulouse sein Leben. Ihm folgten in Montauban am 15. März mit Mohamed Legouad (24) und Abel Chennouf (25) zwei Soldaten des 17. Luftlande-Pionierregiments. Zwei der drei Fallschirmjäger waren maghrebinischer Herkunft und zum Teil im Einsatz in Afghanistan gewesen. Merah plante ursprünglich weitere Soldaten zu töten, ging dann aber nach einem „Ausweichplan“ gegen ein soft target vor. Am 19. März wurde im Zentrum von Toulouse das jüdische Lycée „Ozar-Hatorah“ zum Tatort. Der Rabbiner Jonathan Sandler (30), Lehrer an dieser Schule, wurde zusammen mit seinen Söhnen Arieh (5) und Gavriel (3) sowie Myriam Monsonogo (8), Tochter des Schulleiters, regelrecht hingerichtet. Nach dieser „nationalen Tragödie“ (Sarkozy) stand Frankreich, das mehr Juden (600.000) und mehr Muslime (5 Millionen, davon etwa 12.000 Salafisten) als jeder andere Staat in der Europäischen Union hat, unter Schock. „Anschläge gegen Juden in Frankreich seien Anschläge gegen alle 65 Millionen Franzosen“, so Außenminister Alain Juppé zwei Tage später in Jerusalem. Im Stadtteil Givat Shaun gab er hier zusammen mit Tausenden Trauergästen den überführten jüdischen Opfern, die auf dem Har-Hemenuchot-Friedhof gemäß orthodoxen Ritus beigesetzt wurden, die letzte Ehre. Zeitgleich war in Frankreich Präsident Sarkozy in der Doumerc-Kaserne in Montauban auf einer Trauerfeier, auf der auch Veteranen ihrer ermordeten Kameraden gedachten. Deren Mörder war in der Nacht vom 20./21. März von der Polizei in seiner Wohnung in Toulouse gestellt worden, wo er sich schwer bewaffnet verschanzte. Während einer 32-stündigen Belagerung äußerte sich Merah, der sich zur al-Qaida bekannte, zu seinen Bluttaten. Als Motiv gab er Rache für den französischen Einsatz in Afghanistan, sowie die Tötung palästinensischer Kinder im Gazastreifen

„Seid euch darüber bewusst, dass ihr einen Mann vor euch habt, der vor dem Tod keine Angst hat. Ich liebe den Tod, wie ihr das Leben liebt“⁴⁴. Den Tod fand Merah, als nach 32 Stunden die polizeiliche Antiterrorereinheit RAID am 22. März die Wohnung stürmte.

durch Israelis an. Er bedauerte gegenüber der Polizei, nicht mehr Kinder ermordet zu haben und sagte zudem, er hätte Videos seiner Taten zum Hochladen ins Internet an seine muslimischen „Brüder“ übergeben – und dass er mit der Waffe in der Hand sterben wolle: „Seid euch darüber bewusst, dass ihr einen Mann vor euch habt, der vor dem Tod keine Angst hat. Ich liebe den Tod, wie ihr das Leben liebt“⁴⁴. Den Tod fand Merah, als nach 32 Stunden die polizeiliche Antiterrorereinheit RAID am 22. März die Wohnung stürmte. Noch am Nachmittag desselben Tages gab eine der al-Qaida nahestehende Gruppe namens „Dschund al-Chilafah“ (Soldaten des Kalifats) bekannt, dass Jussuf al-Firansi (Jussuf, der Franzose) einen Pfeiler des „zionistischen Kreuzrittertums“ erschüttert hatte. Die (in Kasachstan) bekannte Gruppe⁴⁵ erklärte sich für die Anschläge verantwortlich und forderte Frankreich in einer im Internet veröffentlichten Botschaft auf, seine „feindliche“ Politik gegenüber Muslimen aufzugeben.

Islamistische Website droht Deutschland mit Anschlägen

Auf der islamistischen Website Shumukh al Islam wurden über geraume Zeit nicht nur Nachrichten der al-Qaida-Bewegung verbreitet. Am 4. April 2012 wurde hier eine Drohung mit Anschlägen „im Herzen von Berlin“ veröffentlicht. Die Bundeskanzlerin wurde auf der Website aufgefordert, die Freilassung der muslimischen Gefangenen Oum Seif Allah zu bewirken, ein Name, der bereits im Zusammenhang mit dem im Januar in Nigeria entführten deutschen Ingenieur genannt wurde⁴⁶. Bei der Gefangenen handelte es sich um die deutsch-türkische Islamistin Filiz Gelowicz. Diese hatte ein Jahr nach der Festnahme ihres Mannes im September 2008 begonnen, für den bewaffneter Dschihad über das Internet zu werben. Sie rief zu Spenden für die Terrorgruppen „Islamic Jihad Union“ (IJU) und Deutsche Taliban Mudjaheddin auf und veröffentlichte zudem eine Vielzahl islamistischer Propagandavideos. Wegen der Unterstützung terroristischer Vereinigungen wurde sie im März 2011 vom Kammergericht Berlin zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Im April 2012 kam sie vorzeitig aus dem Gefängnis. Das Gericht hatte entschieden, dass die Reststrafe der 30-jährigen Frau „wegen ihres positiven Verhaltens im Strafvollzug“ zur Bewährung ausgesetzt wird⁴⁷. Ihr Ehemann, der 2007 im Sauerland festgenommene Konvertit Fritz Gelowicz, war Führungsmitglied der deutschen IJU-Sektion. Er wurde im März 2010 vom OLG Düsseldorf wegen Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags auf US-amerikanische Ziele in Deutschland 2007 zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Ein halbes Jahrzehnt nach der Zerschlagung der Terrorzelle im Sauerland fand die bis dahin größte Aktion gegen radikale Muslime in Deutschland statt. Mitte Juni 2012 wurde in groß angelegten Razzien in sieben Bundesländern gegen

radikal-islamische Salafisten vorgegangen. Schwerpunkt der Aktion lag in Nordrhein-Westfalen und Hessen. Hier verdichteten sich Hinweise, dass es Kontakte zwischen einer Salafisten-Vereinigung und der terroristischen Sauerlandgruppe gab. In der Solinger Millatu-Ibrahim-Moschee hatten die Fahnder „persönliche Sachen“ des IJU-Rädelsführers Gelowicz sichergestellt⁴⁸. Schon zuvor hatte Bundesinnenminister Hans- Peter Friedrich derartige Zusammenhänge auf den Punkt gebracht: „Al-Qaida und die Ideologie, die die Salafisten hierzulande vertreten, erwächst aus dem gleichen radikalen Nährboden“⁴⁹.

Salafia Djihadia Germany

Als politisch-missionarische Strömung gab es den Salafismus mit einigen hundert Anhängern in Deutschland schon zur Zeit der 9/11-Anschläge im Jahr 2001. Innerhalb des Islamismus entwickelte sich diese Strömung so, dass ihre sicherheitspolitische Relevanz ein gutes halbes Jahrzehnt später im Verfassungsschutzbericht 2008 deutlich beschrieben wurde: „Eine den Radikalisierungsprozess fördernde Wirkung kann auch von salafistischen Predigern ausgehen ... Seit längerem werden in Deutschland Islamschulungen durch salafistische Prediger veranstaltet. Die Anzahl der von diesem Personenkreis durchgeführten Veranstaltungen hat ebenso wie deren bundesweite Streuung in den letzten Jahren zugenommen“⁵⁰. Bedrohlich war nicht nur diese qualitative, sondern ist zunehmend auch die quantitative Entwicklung.

Salafisten in Deutschland – das Zahlenwerk

Zehn Jahre nach den 9/11-Anschlägen gilt unter den rund vier Millionen hier lebenden Muslimen die Splittergruppe des politischen Salafismus als die am schnellsten wachsende radikalislamische Bewegung. Die Anzahl der Salafisten wird heute auf 3.800 bis 5.000 geschätzt. Nach anderen Schätzungen soll es bundesweit etwa 10.000 geben, darunter 1.000 Gewaltbereite⁵¹. Auch wenn seit 2009/2010 der Aufbau einer eigenen Infrastruktur zu beobachten ist, stellen die Salafisten keine homogene Gruppe dar, gibt es doch Reibungen und Rivalitäten untereinander. Die meisten sprechen perfektes Deutsch, einige sind deutsche Konvertiten, viele haben die deutsche Staatsbürgerschaft. Ab 2005 wurde die Gruppe der politischen Salafisten stärker. Die Zahl der djihadistischen Salafisten und die Radikalen zwischen beiden, die aber auch Gewalt legitimieren, werden auf mehrere Hundert geschätzt. Den etwa 130 bekannten islamistischen Gefährdern, denen Vorbereitungen von Terroranschlägen zugetraut werden, werden zwei Dutzend Salafisten zugeordnet. Die Zentren des Salafismus sind in

Berlin (mit etwa 400 Salafisten, darunter bis zu 100 Gewaltbereite), Hamburg und den großstädtischen Ballungszentren des Rhein-Ruhr-Gebietes, aber auch in Ulm. Von den rund 3.000 Moscheen in Deutschland sind etwa 100 salafistisch beeinflusst; gut zwei Dutzend werden von Salafisten dominiert⁵². Bis zu 50 salafistische Prediger, neben „Geburtsmuslimen“ auch Konvertiten wie Pierre Vogel alias „Abu Hamza“ (s. DP 8/2011) sind in Deutschland unterwegs.

Kampflieder für den Dihad – auf Deutsch

Diese Prediger unterscheiden sich von den „Angsthasenpredigern“ (Salafisten-Spott) des gemäßigten Islam, eben von den Imamen in den traditionellen Moscheegemeinden, die in der Regel auf Türkisch oder Arabisch predigen und nicht zuletzt die Jugend vernachlässigen, weil sie nicht so viel vom Leben junger Muslime in Deutschland verstehen. Die meist relativ jungen Imame in den salafistischen Moscheegemeinden leben in der Regel in Deutschland, predigen in Deutsch und arbeiten ihre Lehren jugendgerecht auf. In den letzten Jahren haben sie eine eigene Jugendkultur, eine Art „Pop-Dihad“ herausgebildet, sprechen die Jugend in ihrer Sprache an⁵³, auch im Internet. Hier werden insbesondere Verbindungen zwischen dem Salafisten-Milieu in das Dihad-Milieu hergestellt. Zehn Jahre nach dem 9/11 färbt sich der militante Islamismus subkulturell ein. Der Salafismus ist da keine Ausnahme, hat sich zu einer islamischen Subkultur geformt, die vor allem die Kinder und Enkel von Einwanderern anzieht.

Wie jede Subkultur hat auch der Salafismus seine Stars, zu denen die Fans strömen⁵⁴. Dazu zählt auch Denis Mamadou Cuspert, der als Sohn einer deutschen Mutter und eines Vaters aus Ghana 1975 in Berlin geboren wurde. Seine Mitgliedschaft in Straßengang und seine Vorstrafen wegen Drogendelikten und Waffenbesitz bereiteten seinen Weg in die Szene der Rap-Musik, wo er als „Gangsta-Rapper“ unter dem Künstlernamen Deso Dogg bekannt wurde. Trotz seines Erfolges wandte er sich 2010 von der Rap-Szene ab und dem Islam zu. Nach seiner Konversion, er nannte sich nun Abou Maleeq alias „Abu Talha al-Almani“, fand er schnell den Weg zu den politischen, später zu den djihadistischen Salafisten. Bei diesen waren und sind Musikinstrumente verboten, nicht aber a capella vorgetragene Hymnen auf den Kampf, auf den Dihad, „Naschids“ genannt. Diese Kampflieder haben in der islamischen Welt schon eine längere Tradition, kamen insbesondere in Afghanistan im großen Dihad gegen die sowjetischen Gottlosen auf⁵⁵. Singend wurde seinerzeit in arabischer Sprache zum Hass auf die Ungläubigen und zur Teilnahme am Dihad aufgerufen. Ein gutes Vierteljahrhundert später tauchten diese Naschids wieder auf – in Deutschland

und auf Deutsch vorgetragen. Bis zum Frühjahr 2012 veröffentlichte Abou Maleeq ein Dutzend Naschids, die in Form von Audio- und Videodateien im Internet verbreitet wurden.

In seinen in Deutschland produzierten und verbreiteten religiös-verbrämten Songs wird der militante Djihaad zu einem untrennbaren Bestandteil muslimischer Glaubenspraxis erklärt und der „Märtyrertod“ verherrlicht. Junge Muslime werden in den Naschids aufgefordert, sich am Djihaad zu beteiligen. Ein Fan des salafistischen Ex-Rappers nahm diese Aufforderung ernst, toderntst. Am 2. März 2011 verübte der 21-jährige Kosovo-Albaner Arid Uka „den ersten vollendeten, islamistisch motivierten Terroranschlag auf dem Boden der Bundesrepublik“, so der Vorsitzende Richter des 5. Strafsenats des OLG Frankfurt/Main am 10. Februar 2012. Der junge Djihaadist, der sich im Internet durch islamistische Propaganda bis zum „Märtyrertum“ radikalisiert hatte, wurde von den Richtern wegen Mordes an zwei US-Soldaten und versuchten Mordes an drei weiteren Amerikanern (in einem Bus am Flughafen Frankfurt/ Main) zur Höchststrafe verurteilt – lebenslange Haft⁵⁶. Während der „Flughafenattentäter“ Uka wegen der besonderen Schwere der Schuld für 15 Jahre ins Gefängnis ging, tauchte sein mit Haftbefehl gesuchter salafistischer „Verführer“ Abou Maleeq unter.

Der Salafismus ist da keine Ausnahme, (er) „hat sich zu einer islamischen Subkultur geformt, die vor allem die Kinder und Enkel von Einwanderern anzieht. Wie jede Subkultur hat auch der Salafismus seine Stars, zu denen die Fans strömen“.

Laut einer Verbotsverfügung des Innenministeriums gegen den von Maleeq mitbegründeten Solinger Salafisten-Verein „Millatu Ibrahim“ war in der Wohnung des Ex-Rappers und Naschid-Sängers Material zur Herstellung einer Sprengstoffweste gefunden worden. Dieser hatte seinen Wohnsitz in der „Kuffar-Metropole“ (Berlin als Hauptstadt der Ungläubigen) abgemeldet und sich nirgendwo anders in Deutschland angemeldet. „Demokratie, die größte Lüge der Kuffar, bekämpfen wir. Das edle Schwert der Scharia wird kommen und siegen hier“, hieß es in einem seiner Naschids⁵⁷, bevor er sich wohl nach Ägypten absetzte.

Djihaad-Gebiet Deutschland – Eskalation der Gewalt 2012

Der gebürtige Palästinenser Ibrahim Abou Nagie (47) sieht sich „als Muslim, der dem Koran folgt“. Für Verfassungsschützer ist der Kölner Geschäftsmann „ein wirklich gefährlicher Islamist“. Mit intensiven Koranstudien soll er 2003 begonnen haben, baute dann die Internetplattform „Die wahre Religion“ (DWR) auf, „wo der Koran zum Download bereitstand“⁵⁸. Im Oktober 2011 startete er mit

seinem Predigernetzwerk die Aktion „Lies“ mit dem Ziel, bis zu 25 Millionen Exemplare einer deutschsprachigen Koran-Ausgabe in Deutschland, Österreich und der Schweiz kostenlos zu verteilen. Von Nordrhein-Westfalen aus sollte die Aktion koordiniert werden.

Die Ulmer Druckerei Ebner & Spiegel bekam den Auftrag, lieferte bis April in mehreren Tranchen insgesamt 300.000 Bücher aus. Die Organisatoren der Koran-Aktion „Lies“ meldeten in vielen Städten ihre Info-Stände an, wo in den Fußgängerzonen der Koran zu Tausenden an Passanten bis in den Mai hinein verteilt wurde. Diese Aktion war wohl weniger ein ernstgemeinter Missionierungsversuch, dafür mehr eine erfolgreiche Propaganda-Offensive eines salafistischen Prediger-Netzwerks. Der PR-Erfolg, ob vieler Proteste hatte die Druckerei noch im April den Auftrag zurückgegeben⁵⁹, sorgte für heftige Debatten, Empörung und viel Kritik. Vor dem Hintergrund des Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen zählten zu den „Kritikern“ auch die rechtspopulistische Splitterpartei „Pro NRW“ (keine 1.000 Mitglieder, kam auf 1,4 Prozent bei der Landtagswahl 2010), die eine Reihe antiislamischer Kundgebungen plante, auf denen mit dem Einsatz von Mohamed-Karikaturen vor Moscheen gezielt provoziert werden sollte. Vor einer „Konfrontation zwischen Rechtsextremisten und Salafisten mit unabsehbaren Folgen für die öffentliche Sicherheit“ warnte denn auch Bundesinnenminister Friedrich Ende April⁶⁰. Am 1. Mai gerieten sich gegenseitig provozierende Salafisten („Scharia für Deutschland“) und Pro NRW-Anhänger („Freiheit statt Islam“) in Solingen in Sichtweite einer Moschee trotz Polizeiabsperrung aneinander. Pro NRW hatte ihre Karikaturen-Präsentation vor dem Verwaltungsgericht durchgesetzt. In der Folge wurden drei Polizisten und ein Passant verletzt, über 30 Salafisten vorübergehend festgenommen⁶¹. Wenige Tage später kam es am 5. Mai in Bonn erneut zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Knapp 30 Anhänger der Pro NRW beteiligten sich an einer islamfeindlichen Kundgebung; rund 600 Gegendemonstranten, darunter etwa 200 Salafisten aus ganz Deutschland, hatten sich eingefunden. Als die Rechtspopulisten vor der König-Fahd-Akademie eine Mohamed-Karikatur zeigten, kam es zum Gewaltausbruch der Islamisten – zu massiven Steinwürfen und schweren Angriffen auf die Polizei. Dabei wurden eine 30-jährige Polizeikommissarin und ihr 35 Jahre alter Kollege durch Messerangriffe eines 25jährigen deutsch-türkischen Salafisten schwer verletzt. Ein weiterer Beamter überstand diesen Angriff unverletzt. Gegen den Täter erging später Haftbefehl wegen dreifachen versuchten Mordes. Insgesamt waren 29 Polizisten verletzt und 109 Personen vorübergehend festgenommen worden. Nach dieser Eskalation der Gewalt war die „Pro-NRW-Veranstaltung“ abgebrochen worden. Danach zogen gewaltbe-

reite Salafisten noch eine Stunde marodierend durch den Stadtteil⁶². Nach den schweren Ausschreitungen in Bonn beugte die Polizei in Köln drei Tage später am 8. Mai mit einem massiven Aufgebot neuer Gewalt von Islamisten vor.

Pro NRW suchte diesmal in der Nähe der noch entstehenden Zentralmoschee zu provozieren, hatte das Verwaltungsgericht der Stadt das Zeigen der Mohamed-Karikaturen (Meinungsfreiheit geht vor) erlaubt. Etwa 1.000 Beamte riegelten die Moschee-Baustelle ab. Zehn Salafisten wurden festgenommen, mehr als 100 war das Betreten des Kölner Stadtgebietes vorsorglich verboten worden⁶³. Vier Tage später verhinderte die Polizei in Berlin ein Aufeinandertreffen von Anhängern der islamfeindlichen Partei „Pro Deutschland“ und salafistischen Koran-Verteilern. Im Monat Mai hatte die Polizei die Erfahrung mit einem salafistischen Gegenüber machen müssen, dessen djihadistischer Flügel ihr mit einem „völlig neuen Level an Aggressivität ohne jede Hemmschwelle“ begegnet war. Erstmals war der Tod von Polizeibeamten billigend in Kauf genommen worden – eine neue Dimension der Auseinandersetzung. Deutschland müsse in Zukunft, so der Verfassungsschutz, „regelmäßig mit politisch motivierter Gewalt auf der Straße durch radikal-islamische Salafisten rechnen“⁶⁴. Nur wenige Tage nach dieser Einschätzung tauchte am 19./20. Mai in einem djihadistischen Internetforum ein Video auf, in welchem der aus Bonn stammende salafistische Jihad-Terrorist Yassin Chouka (27) alias „Abu Ibraheem al Almani“ seine Glaubensbrüder zum Mord an den Islamfeinden aufrief.

Chouka, der 2007 Deutschland verließ und sich in Waziristan der al-Qaida nahen Gruppe „Islamische Bewegung Usbekistan“ (IBU) anschloss, richtete seine Botschaft an deutsche Salafisten: „Ihr sollt die Mitglieder der Pro NRW alle töten“⁶⁵. Außerdem sollten Mitarbeiter von Medien, erwähnt wurde „Der Spiegel“, umgebracht werden. „Die Audiobotschaft ist ein vorläufiger Höhepunkt einer Gefährdungszuspitzung“, hieß es im Bundesinnenministerium⁶⁶. Dieser Gefährdung wurde am 14. Juni mit einer der größten Aktionen gegen radikale Muslime in Deutschland begegnet. Mehr als 850 Polizeibeamte gingen bei groß angelegten Razzien in Schleswig-Holstein, Hamburg, Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern gegen radikal-islamische Salafisten vor. In diesen Bundesländern wurden insgesamt 100 Objekte (Wohnungen, Vereinsheime, Moscheen) durchsucht und eine Vielzahl von Asservaten (Rechner, Laptops, Propagandamaterial etc.) beschlagnahmt und Vereinsvermögen eingezogen⁶⁷. Als verfassungswidrig wurde die aus der Solinger Hinterhofmoschee „Deutsch-Islamisches Zentrum“ hervorgegangene salafistische Vereinigung „Millatu Ibrahim“ (MI) verboten. Gegen das salafistische Missionierungswerk

„Dawa-FFM“ (Frankfurt/Main) und den durch die Koran-Verteilungsaktion bekanntgewordenen Verein „Die wahre Religion“ (Bonn) wurden Ermittlungsverfahren mit dem Ziel der Auflösung eingeleitet. Zugleich wurden mehr als 100 ausländische Internetanbieter schriftlich aufgefordert, Webseiten der Gruppen aus dem Netz zu nehmen⁶⁸. Führungspersonen des djihadistischen Salafismus sehen in diesen Verboten eine Kampfansage. So

In Deutschland kann und darf vor den Hintergründen gewaltsamer Auseinandersetzungen, der Audiobotschaft zu Tötungsdelikten und nicht zuletzt der Razzien gegen das salafistische Milieu nicht ausgeschlossen werden, dass sich gewaltbereite junge Muslime zu Attentaten animieren lassen.

schrrieb Mohammed Mahmoud, Mitbegründer der MI, im Netz: „Wir werden nicht aufhören ... Entweder Sieg oder Märtyrertum“⁶⁹. Der ägyptisch-österreichische Salafist hält sich nach seiner Ausweisung aus Deutschland in Ägypten auf. Von hier ruft er seine Anhänger auf, ihm zu folgen – ist die Lage am Nil für radikale Muslime doch nicht unattraktiv. Fast

drei Dutzend folgten bisher dem Ruf. So kann nicht ausgeschlossen werden, dass im ägyptischen Exil eine „deutsche Salafistenkolonie“ entsteht. Von dieser wäre der Weg zum nordafrikanischen Salafistendach AQIM mit seinen neuen Weg- und Djjihad-Gefährten nicht weit.

In Deutschland kann und darf vor den Hintergründen gewaltsamer Auseinandersetzungen, der Audiobotschaft zu Tötungsdelikten und nicht zuletzt der Razzien gegen das salafistische Milieu nicht ausgeschlossen werden, dass sich gewaltbereite junge Muslime zu Attentaten animieren lassen. Vor eben dieser Gefahr warnte das BKA in seinem aktuellen Lagebild zur Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus: Auf Grund der „aufgeheizten Stimmung“ innerhalb der djihadistischen Szenen seien bei islamkritischen Aktionen Gewaltexzesse „verstärkt zu befürchten“ – und das schon „bei geringem Anlass“. Neben Sprengstoffanschlägen müsse man „Angriffe mittels Schusswaffen, Entführungen sowie medial inszenierte Tötungen“ einkalkulieren. Gefährdet wären insbesondere Pro NRW-Mitglieder, aber auch Politiker, Journalisten und Polizisten⁷⁰. Für den 19. August hatte die rechtspopulistische Splitterpartei „Pro Deutschland“ in Berlin Kundgebungen (Motto: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ Islamismus stoppen) angemeldet. Vor drei Moscheen, die den Salafisten zugerechnet werden, wurden Muslime mit Mohammed-Karikaturen und Schildern mit durchgestrichenen Moscheen provoziert. Der brisanten Ausgangslage begegnete die Polizei im Vorfeld mit deeskalierenden Gesprächen mit muslimischen Organisationen. Ein Großaufgebot an Polizei und eine angepasste Taktik verhinderten jegliche Ausschreitung.

Dennoch, als Schützer der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit sind für nicht wenige Salafisten Polizeibeamte mittlerweile die „Handlanger der Islamfeinde“. Bei Einsätzen auf deren Veranstaltungen muss die Polizei künftig damit rechnen, als „Kreuzfahrer“ bekämpft zu werden. Deutschland ist zum Djihad-Gebiet geworden.

Zum Autor: Berndt Georg Thamm ist Terrorismusexperte und arbeitet als Fachpublizist in Berlin. Der Autor ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen:

- 1 Abou-Taam, Marwan u. Dorothee Dienstbühl: Vogel – Prediger gegen Integration und Demokratie. Die Inszenierung Pierre Vogels als salafistisches Medium. Deutsche Polizei 60. Jg. Nr.8/ August 2011, S. 28.
- 2 zit.n. Mielke, Michael: Terrordrohung per Videobotschaft. Berliner Morgenpost, 26. Januar 2012, S. 17.
- 3 dpa-Meldung vom 7. Februar 2012.
- 4 AFP- Meldung vom 5. April 2012.
- 5 Zielasko, Michael: Salafisten attackieren die Polizei. Deutsche Polizei 61.Jg. Nr.6/ Juni 2012, S. 25.
- 6 Reuters-Meldung vom 14. Juni 2012.
- 7 dpa-Meldung vom 15. Juli 2012.
- 8 Lehmkuhl, F. et al: Radikaler als bin Laden, Focus Nr.20/ 14.5.12, S. 70.
- 9 Elger, Ralf (Hrsg.): Kleines Islam-Lexikon, Verlag C.H. Beck, München 2. Auflg. 2001, S. 269.
- 10 Steinberg, Guido: Wer sind die Salafisten? Zum Umgang mit einer schnell wachsenden und sich politisierenden Bewegung, SWP-Aktuell, Mai 2012, S. 2–4.
- 11 Senatsverwaltung für Inneres u. Sport (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2011, Abt. Verfassungsschutz, Berlin April 2012, S. 205.
- 12 Lohlker, Rüdiger: Dschihadismus – Materialien, Facultus Verlags- u. Buchhandels AG, Wien 2009, S. 34.
- 13 Trofimov, Varoslav: Anschlag auf Mekka. 20. November 1979 – Die Geburtsstunde des islamistischen Terrors Karl Blessing Verlag, München 2008
- 14 Lohlker, Rüdiger (2009): a.a.O., S. 37.
- 15 Schmidt, Janek: Operation „Neptun Spear“, Royal Nr. 7-8/2012, S. 29 - 33.
- 16 CTC-Report: Letters from Abbottabad: Bin Ladin Sidelined? 17 documents (SOCOM-2012-0000003 - SOCOM-2012-0000019-HT) May 3, 2012.
- 17 Leber, Sebastian: Getöteter Al-Qaida-Chef – Die Nacht, in der bin Laden starb, Tagesspiegel vom 29. April 2012
- 18 epd-Meldung vom 11. Juli 2012.

- 19 Göttler, Gerhard: Die Tuareg – Kulturelle Einheit und regionale Vielfalt eines Hirtenvolkes, DuMont Buchverlag, Köln 1989
- 20 Der Spiegel Nr.47/21. November 1994, S. 162.
- 21 Berliner Morgenpost, 14. April 2012, S. 4.
- 22 Peitz, Christiane: Im Namen des Allmächtigen, Der Tagesspiegel, 11. Juli 2012, S. 20.
- 23 Schimmeck, Tom: Afghanistan in der Sahelzone, Berliner Zeitung, 4. Juli 2012, S. 7.
- 24 Berliner Morgenpost, 18. Juni 2012, S. 4.
- 25 Knaup, Horand: Mali – Desaster im Sand, Der Spiegel Nr.19/7. Mai 2012, S.96.
- 26 Qeser, Erhard: Das Reich des Mahdi – Aufstieg und Untergang des ersten islamischen Gottesstaates 1885 – 1897, Wissenschaftliche Buchgesellschaft (WBG) Darmstadt 2012
- 27 Haefliger, Markus M.: Die vielen Gesichter der Shabab-Miliz “NZZ” 18. von Oktober 2011
- 28 dapd-Meldung vom 24. Februar 2012
- 29 al-Shabaab (Somalia) aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie [http://da.wikipedia.org/wiki/Al-Shabaab_\(Somalia\)](http://da.wikipedia.org/wiki/Al-Shabaab_(Somalia)) (abgerufen am 24.01.2012)
- 30 Spilcker, Axel u. Marco Wisniewski: Anruf aus dem Dschihad, Focus Nr.22, 26. Mai 2012, S. 50.
- 31 Wir müssen als Erste rein”, Interview mit dem neuen BND-Präsidenten Gerhard Schindler , Der Spiegel Nr.16/16. April 2012, S. 43.
- 32 AFP- Meldung vom 14. Juni 2012.
- 33 Gunst, Johannes et al: “Mein Andi ist kein Terrorist” Stern Nr.22/24. Mai 2012, S. 64 - 68.
- 34 Boko Haram, aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie <http://de.wikipedia.org/wiki/BokoHaram> (abgerufen am 24.01.2012)
- 35 epd-Meldung vom 27. Dezember 2011
- 36 Dehmer, Dagmar: Der afrikanische Dschihad, Der Tagesspiegel, 12. Mai 2012, S. 30.
- 37 dpa/epd- Meldungen vom 2. Mai 2012.
- 38 dapd-Meldung vom 27. März 2012.
- 39 dapd-Meldung vom 27. März 2012.
- 40 Der Spiegel Nr.23/4. Juni 2012, S. 15.
- 41 dpa-Meldung vom 1. Juni 2012.
- 42 AFP-Meldung vom 5. April 2012.
- 43 Bremer, Hans Jürgen u. Charles Landmann, Der Nervenkrieg, Der Tagesspiegel, 22. März 2012, S. 3.
- 44 Brändle, Stefan u. Christian Siepman, Die Stimme des Mörders, Berliner

- Zeitung, 11. Juli 2012, S. 26.
- 45 Bremer, Hans-Jürgen et al: Die Seiten des Terrors, Der Tagesspiegel, 23.März 2012, S. 2.
 - 46 AFP-Meldung vom 5. April 2012.
 - 47 dapd-Meldung vom 21. April 2012.
 - 48 dapd-Meldung vom 19. Juni 2012.
 - 49 Interview mit Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, Berliner Morgenpost, 8. Juni 2012, S. 2.
 - 50 Bundesminister des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2008 Berlin, Mai 2009, S. 206.
 - 51 Kröter, Thomas: Jugendarbeit gegen Salafisten, Berliner Zeitung, 11. Mai 2012, S. 5.
 - 52 Erhardt, Christoph: Salafisten in Deutschland – Hammerfett wird es erst im Paradies FAZ von 24. April 2012
 - 53 FAZ von 24. April 2012
 - 54 Gude, Hubert et al: Im Feindesland, Der Spiegel Nr.17/23. April 2012, S. 41.
 - 55 Kopietz, Andreas: Singend in den Heiligen Krieg, Berliner Zeitung, 7. September 2011, S. 21.
 - 56 Jansen Frank: 15 Jahre Haft für Mord an US-Soldaten, Der Tagesspiegel, 11. Februar 2012, S. 4.
 - 57 Kopietz, Andreas: Heiliger Krieg gegen die Polizei und tolerante Imame, Berliner Zeitung, 15. Mai 2012, S. 17.
 - 58 Frangenberg, Helmut: Der Koran-Händler, Berliner Zeitung, 12. April 2012, S.1.
 - 59 dpa-Meldung vom 14. Juni 2012.
 - 60 Der Spiegel Nr.18/30. April 2012, S. 17.
 - 61 dapd-Meldung vom 2. Mai 2012.
 - 62 dapd-Meldung vom 7. Mai 2012.
 - 63 dpa-Meldung vom 9. Mai 2012.
 - 64 epd/KNA- Meldung vom 14. Mai 2012.
 - 65 AFP- Meldung vom 22. Mai 2012.
 - 66 Jansen, Frank: Hetze aus Wasiristan, Der Tagesspiegel, 22. Mai 2012, S. 4.
 - 67 AFP/dpa- Meldungen vom 16. Juni 2012.
 - 68 Hebestreit, Steffen: Razzien gegen Fanatiker, Berliner Zeitung, 15. Juni 2012, S. 2.
 - 69 Ebd.
 - 70 zit.n. Focus Nr.26/25. Juni 2012, S. 15.

Kapitel V

Beiträge aus der Arbeit der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Clausewitz und Napoleon

Matthias Kuster

Einleitung

Napoleon Bonapartes (1769 – 1821) langer Schatten erstreckt sich tief in das Werk Vom Kriege. Als herausragender Feldherr seiner Zeit und Zeitgenosse von Carl von Clausewitz prägte er durch seine Kriegführungskunst und sein Genie das Gedankengut von Clausewitz über das Phänomen Krieg in weit größerem Maße, als gemeinhin angenommen.¹ Dies ergibt sich bereits aus der Analyse der zahlenmäßigen Nennung der Feldherren, auf die Clausewitz in Vom Kriege Bezug nimmt; nicht weniger als 169 Mal nennt er Napoleon, wobei er bis auf eine einzige Ausnahme stets den Namen Bonaparte verwendet. König Friedrich II. (1712 – 1786) erwähnt er nur noch 110 Mal. Es folgt in der Rangliste Graf von Daun (1705 – 1766) mit 35 Nennungen, Blücher (1742 – 1819) mit 34 Nennungen, Fürst Schwarzenberg (1771 – 1820) mit 18 Nennungen und Turenne (1611 – 1675) mit lediglich noch 11 Nennungen.²

Lebensläufe im Vergleich

Versetzt um ungefähr zehn Jahre verliefen die Lebenswege von Clausewitz und Napoleon bemerkenswert parallel, kreuzten sich aber nur sehr wenige Male. Napoleon Bonaparte kam 1769, also rund zehn Jahre vor Clausewitz, der 1780 geboren wurde, zur Welt. Wie Clausewitz schlug Napoleon bereits im Alter von 13 Jahren eine militärische Laufbahn ein. Während Napoleon eine Kriegsschule in Brienne besuchte, trat Clausewitz 1792 in das Infanterie-Regiment Nr. 34 „Prinz Ferdinand“ in Neuruppin ein. Clausewitz wählte die Offizierslaufbahn allerdings nicht selber; vielmehr entschied sein Vater für ihn.³

Wesentlich steiler als die Karriere von Clausewitz verlief diejenige Napoleons: Bereits im Alter von 24 Jahren wurde dieser zum Brigadegeneral befördert. Clausewitz wurde mit 25 Jahren Stabskapitän, was dem Stellvertreter eines Hauptmanns entspricht. Während Napoleon mit 35 Jahren Kaiser der Franzosen wurde, erreichte Clausewitz mit 38 Jahren den Rang eines Generalmajors, den er bis

zu seinem Tod beibehielt. 1821 starb Napoleon, zehn Jahre später, im Jahr 1831, Clausewitz. Beide wurden 51 Jahre alt.

Die Lebenslinien von Napoleon und Clausewitz schnitten sich wie bereits erwähnt nur wenige Male, nämlich 1806 anlässlich der Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt, wobei sich die beiden während der Schlacht kaum zu Gesicht bekommen haben dürften. Erst Ende Oktober 1806 wurde Clausewitz zusammen mit dem Prinzen August in Berlin im Stadtschloß dem neuen Herrn, Napoleon Bonaparte, vorgeführt.⁴ Es dürfte dies wohl die einzige Direktbegegnung mit ihm gewesen sein. Die vernichtende Niederlage Preußens bei Jena und Auerstedt bewog Clausewitz, sich intensiver mit dem Phänomen Krieg zu befassen, was schließlich in der Niederschrift Vom Kriege mündete.⁵



Die Grande Armée auf dem Rückzug in Russland

Im Frühjahr 1812 quittierte Clausewitz aus Verärgerung über die Zwangskoalition Frankreichs mit Preußen den Dienst und trat im Range eines Oberstleutnants in russische Dienste über.⁶ Er nahm somit am Feldzug von 1812 auf russischer Seite teil und konnte den Zusammenbruch der Grande Armée aus der Nähe miterleben. Seine Erlebnisse schilderte Clausewitz auf anschauliche Weise in seinem Werk Der Russische Feldzug von 1812. Er unterließ es dabei nicht, mit analytischer Schärfe auf die Fehler Napoleons auf diesem Feldzug hinzuweisen. Er schreibt dazu:

„Jetzt sei es dem Verfasser noch erlaubt, seine Meinung über den Operationsplan Bonapartes in diesem vielbesprochenen Feldzug zu sagen. Bonaparte wollte den Krieg in Russland führen und endigen, wie er ihn überall geführt und geendigt hatte. Mit entscheidenden Schlägen anzufangen und die dadurch erhaltenen Vorteile zu neuen entscheidenden Schlägen zu benutzen, so den Gewinn immer wieder auf eine Karte zu setzen, bis die Bank gesprengt sei, das war seine Art, und man muss sagen, dass er den ungeheuren Erfolg, welchen er in der Welt gehabt hat, nur dieser Art verdankt; dass dieser Erfolg bei einer anderen kaum denkbar war ...“

Die feindlichen Streitkräfte schlagen, zertrümmern, die Hauptstadt erobern, die Regierung in den letzten Winkel des Reiches hindrängen und dann in der

ersten Bestürzung den Frieden gewinnen war bisher der Operationsplan seiner Kriege. Bei Russland standen ihm die ungeheure Ausdehnung des Landes und der Nachteil entgegen, dass es zwei weit voneinander entfernte Hauptstädte hat. Was ihm dadurch moralischer Wirkung seiner Waffenerfolge verlorengehen musste, hoffte er wahrscheinlich durch zwei Dinge ersetzt zu sehen: durch die Schwäche der russischen Regierung und durch den Zwiespalt, den es ihm gelingen konnte zwischen ihr und den Großen des Reichs zu erwecken. In beiden fand er sich getäuscht, darum war ihm das verlassene und zerstörte Moskau so widerwärtig. Von hier aus hatte er auf Petersburg und ganz Russland durch die Meinung zu wirken gehofft. Dass Bonaparte unter diesen Umständen womöglich mit einem Stoß nach Moskau zu kommen suchte, war nur konsequent.

Die Wirkungen der gewaltigen Landausdehnung und eines möglichen Volkskrieges, kurz der Druck des großen Staates mit seiner ganzen Schwere, konnte sich erst nach einiger Zeit zeigen und konnte überwältigend sein, wenn er nicht im ersten raschen Anlauf überwunden wurde.

Wenn Bonaparte auch wirklich darauf rechnen musste, diesen Krieg erst in zwei Feldzügen zu beendigen, so machte es doch einen großen Unterschied, ob er in dem ersten Feldzuge Moskau eroberte oder nicht. Hatte er diese Hauptstadt genommen, so durfte er hoffen, die Vorbereitungen zum ferneren Widerstand zu untergraben, indem er mit der ihm gebliebenen Macht zu imponieren, die Meinung in jedem Betracht irrezuführen, das Gefühle von der Pflicht abwendig zu machen suchte. blieb Moskau in den Händen der Russen, so bildete sich von da aus für den nächsten Feldzug vielleicht ein so kräftiger Widerstand, dass die notwendigerweise geschwächten Kräfte Bonapartes nicht mehr hinreichten. Kurz mit der Eroberung Moskaus glaubte er über den Berg zu sein.

Dies hat uns die natürlichste Ansicht eines Mannes wie Bonaparte geschienen. Es fragt sich nur, ob ein solcher Plan für Russland ganz unzutunlich war und ob nicht ein anderer vorzuziehen gewesen wäre.

Wir sind nun dieser Meinung nicht. Die russische Armee schlagen, zerstreuen, Moskau erobern war ein Ziel, welches in einem Feldzug füglich erreicht werden konnte; aber wir sind der Meinung, dass diesem Ziel noch eine wesentliche Bedingung fehlt, diese war: auch in Moskau noch furchtbar zu bleiben. Wir glauben, dass Bonaparte dieses eine nur aus dem übermütigen

Leichtsinn vernachlässigt hat, der ihm charakteristisch war. Er ist mit 90 000 Mann nach Moskau gekommen und er hätte mit 200 000 hinkommen sollen. Dies wäre möglich gewesen, wenn er sein Heer mit mehr Schonung und Sorgfalt behandelt hätte. Aber das sind Dinge, die ihm ewig fremd gewesen sind. Er würde vielleicht 30 000 Mann weniger in den Gefechten verloren haben, wenn er nicht überall den Stier bei den Hörnern angegriffen hätte. Mit mehr Vorsorge und besseren Anordnungen in Betreff der Verpflegung, mit einer überlegteren Einrichtung des Marsches, wodurch nicht unnötigerweise so ungeheure Massen auf einer Straße zusammengedrängt worden wären, würde er der von Anfang an herrschenden Hungersnot vorgebeugt und dadurch sein Heer vollständiger erhalten haben.

Ob 200 000 Mann im Herzen des russischen Reichs aufgestellt die nötige moralische Wirkung gehabt und den Frieden herbeigeführt haben würden, ist freilich noch eine Frage, aber es scheint uns, dass es wenigstens vor dem Ereignis erlaubt war, auf diesen Erfolg zu rechnen. Dass die Russen Moskau verlassen, verbrennen und einen Vertilgungskrieg einleiten würden, war nicht mit Gewissheit vorausszusehen, war vielleicht nicht einmal wahrscheinlich; wenn es aber geschah, so war der ganze Krieg verunglückt, wie man ihn auch geführt hätte.

Ferner ist es als eine zweite große Nachlässigkeit Bonapartes anzusehen, so wenig für seinen Rückzug gesorgt zu haben. Wenn Wilna, Minsk, Polozk, Witebsk und Smolensk durch Verschanzungen mit tüchtigen Palisaden befestigt und jeder dieser Orte mit 5000 bis 6000 Mann Besatzung versehen wurde, so würde der Rückzug dadurch auf mehr als eine Art erleichtert worden sein; namentlich durch eine bessere Verpflegung. Wir wollen nur an die 700 Stück Ochsen erinnern, welche die Kosaken am 9. November in der Gegend von Smolensk genommen haben. Denkt man sich dabei, dass die französische Armee stärker in Moskau angekommen und also auch wieder stärker von da abmarschiert wäre, so verliert der Rückzug das Ansehn eines tiefen Abgrundes, welches er damals hatte.“⁷

Clausewitz belässt es allerdings nicht bei der Kritik am Vorgehen Napoleons. Vielmehr prüft er die Alternativen, die ihm offenstanden und die natürlich unter den Kritikern Napoleons auch intensiv diskutiert worden sind:

„Welches war nun der andere Plan, den man après coup für vernünftiger oder, wie man sich auszudrücken pflegt, für methodischer gehalten hat?“

Bonaparte sollte am Dnjepr und der Düna Halt machen, allenfalls den Feldzug mit der Eroberung von Smolensk beschließen, sich dann in dem eroberten Teile fessetzen, seine Flügel sichern, dadurch eine bessere Basis gewinnen, die Polen unter die Waffen bringen, dadurch die Offensivkraft vermehren und so in dem nächsten Feldzuge mit besserem Ansatz und verstärktem Atem auf Moskau marschieren. Das klingt ganz gut, wenn man es nicht näher untersucht und besonders, wenn man nicht daran denkt, es mit den Aussichten zu vergleichen, welche der von Bonaparte befolgte Plan darbot.

Nach jener Idee sollte er sich also in dem ersten Feldzug mit den Eroberungen von Riga und Bobruisk beschäftigen (denn das waren die einzigen befestigten Plätze in dem bezeichneten Landstrich) und für den Winter eine Verteidigungslinie von dem Rigaischen Meerbusen längs der Düna bis Witebsk, von da bis Smolensk, dann längs des Dnjeprs etwa bis Rogatschew, dann hinter dem Pripjet und der Muchawetz bis an den Bug ziehen, welches zirka 200 Meilen sind. Er hätte also den Feldzug beschlossen, ohne die russische Armee besiegt zu haben, diese wäre gewissermaßen intakt und Moskau sogar unbedroht geblieben. Die russischen Streitkräfte, die bei Eröffnung des Feldzuges noch schwach waren und sich im Laufe desselben beinahe verdoppeln sollten, hätten nun Zeit gehabt, sich ganz auszubilden, um dann im Laufe des Winters gegen die ungeheure Verteidigungslinie der Franzosen mit einer Offensive zu beginnen. Das war keine Rolle im Geschmack Bonapartes. Das Schlimmste war, dass ein Sieg, den er unter diesen Umständen erfocht, ganz ohne positive Wirkung blieb, weil er mit der Siegeskraft mitten im Winter oder auch selbst im Spätherbst nichts anzufangen wusste, kein Objekt dafür hatte. Er konnte also nichts tun, als die Streiche der Russen stets abwehren, ohne je einen wieder zu führen.

Und denkt man nun gar an die Ausführung! Wie sollte er sein Heer aufstellen? In Quartieren? Das war nur in der Nähe einiger beträchtlicher Städte für mäßige Korps tunlich. In Lagern? Das war im Winter unmöglich. Hätte er seine Kräfte aber bei einzelnen Städten zusammengehalten, so war das Land zwischen ihnen niemals sein, sondern gehörte den Kosaken an. Die Verluste, welche die französische Armee im Laufe eines solchen Winters gemacht hätte, wären wahrscheinlich nicht durch die Bewaffnung der Polen ersetzt worden.

Diese Bewaffnung des polnischen Volkes hatte bei Licht besehen auch noch große Schwierigkeiten. Einmal blieben immer die Provinzen, die Oesterreich besaß, davon ausgeschlossen, ferner die, welche im Besitz der Russen blieben;

dann konnte diese Bewaffnung auch Oesterreichs wegen gar nicht in dem Sinn geschehen, in welchem die Polen sie wünschten, nämlich zur Wiederherstellung des alten polnischen Reichs; das lähmte den Enthusiasmus sehr. Die Hauptschwierigkeit aber war, dass ein Land, in welchem sich eine ungeheure Masse fremder Streitkräfte niedergelassen hat, gar nicht imstande ist, große Rüstungsanstrengungen zu machen. Die außerordentlichen Anstrengungen, welche die Bürger eines Staates machen können, haben ihre Grenzen, werden sie von der einen Seite in Anspruch genommen, so können sie nicht nach einer andern hin gemacht werden. Wenn der Bauer genötigt ist, mit seinem Vieh den ganzen Tag auf der Landstraße zu liegen, um dem fremden Heere die Bedürfnisse hin- und herzuschaffen, wenn er das Haus voll Soldaten hat, wenn der Edelmann seine Vorräte zum Unterhalt hergeben muss, wenn überall der nächste Augenblick mit den ersten Bedürfnissen drängt und drückt, dann kann nicht erwartet werden, dass freiwillige Opfer an Geld und Geldeswert und freiwillige persönliche Dienste die Mittel zu außerordentlichen Rüstungen geben werden.

Dessenungeachtet wollen wir die Möglichkeit zugeben, dass ein solcher Feldzug dennoch seinen Zweck erfüllt und den weiteren Angriff für den folgenden Feldzug vorbereitet hätte. Denken wir uns aber zugleich, was von der andern Seite her zu überlegen ist: dass Bonaparte die Russen halb unvorbereitet antraf, eine ungeheure Überlegenheit gegen sie anwenden, ihnen den Sieg mit Gewalt entreißen und seiner Unternehmung die ganze Rapidität geben konnte, die für das Verblüffen so nötig ist, dass er die ziemliche Gewissheit hatte, in einem Zuge bis Moskau vorzudringen und die Möglichkeit, im ersten Vierteljahr den Frieden in der Tasche zu haben — denken wir uns das alles und vergleichen wir diese Aussichten mit dem Erfolg eines sogenannten methodischen Feldzuges, so durfte es sehr zweifelhaft werden, ob alles verglichen der Plan Bonapartes nicht mehr Wahrscheinlichkeit des endlichen Erfolgs für sich gehabt hat als der andere, und in diesem Fall wäre er also auch in der richtigen Methode und nicht der gewagtern, sondern der vorsichtign gewesen. In jedem Fall aber begreift man, dass ein Mann wie Bonaparte sich nicht lange bei der Wahl besonnen haben wird.

Die Gefahren des Augenblicks beherrschen den Menschen stets am gewaltsamsten, und darum erscheint oft als eine Verwegenheit, was in letzter Instanz gerade der einzige Rettungsweg, also die höchste Vorsicht ist. Selten ist der bloße Verstand hinreichend, den Menschen bis auf diesen Grad zu stärken, und es ist also meist nur die angeborene Kühnheit des Charakters, welche fähig

macht, solche Wege der Vorsicht zu geben. An dieser Kühnheit aber fehlte es dem berühmten Eroberer so wenig, dass er gerade aus Neigung das Kühnste gewählt haben würde, wenn sein Genie es ihm auch nicht als das Weiseste geraten hätte.

Wir wiederholen es: Alles, was er war, verdankt er dieser kühnen Entschlossenheit, und seine glänzendsten Kriege würden denselben Tadel erfahren haben, wenn sie nicht gelungen wären.“⁸

Im Vom Kriege fasst Clausewitz die Gründe für Napoleons verheerende Niederlage in Russland klar und prägnant wie folgt zusammen:

„Ist diese Zerstörung seiner Streitkräfte durch seine Schuld größer geworden, als nötig gewesen wäre, so ist diese Schuld nicht in das weite Vordringen zu setzen, denn dies war Zweck und unvermeidlich, sondern in die späte Eröffnung des Feldzuges, in die Menschenverschwendung seiner Taktik, in den Mangel an Sorgfalt für den Unterhalt des Heeres und für die Einrichtung der Rückzugsstraße, endlich in den etwas verspäteten Abmarsch von Moskau.“⁹

Überraschenderweise nimmt Clausewitz Napoleon gegen seine Kritiker in Schutz, indem er darauf hinweist, dass nur die von Napoleon gewählte Vorgehensweise erfolgsversprechend war. Im Vom Kriege beschäftigt er sich wiederum mit dieser Kritik und nimmt Napoleon wiederum in Schutz. Er schreibt dazu:

„Wir sagen: der Feldzug von 1812 ist nicht gelungen, weil die feindliche Regierung fest, das Volk treu und standhaft blieb, weil er also nicht gelingen konnte. Es mag ein Fehler Bonapartes sein, ihn unternommen zu haben, wenigstens hat der Erfolg gezeigt, daß er sich in seinem Kalkül betrogen hat, aber wir behaupten, daß, wenn dieses Ziel gesucht werden sollte, es der Hauptsache nach nicht anders zu erreichen war.“¹⁰

Bemerkenswert ist die Einschätzung von Clausewitz über die Möglichkeit, Russland erobern zu können. Bereits 1804 (!) kam Clausewitz im Zuge der Niederschrift seines ersten kriegstheoretischen Werkes mit dem Titel Strategie zum Schluss, dass Napoleon in Russland scheitern würde. Clausewitz schreibt dazu:

„Wenn Bonaparte einst nach Polen kommen sollte, so wird er leichter zu besiegen sein als in Italien, und in Russland würde ich seinen Untergang für ausgemacht halten.“¹¹

Im Vom Kriege wiederholt er diese Auffassung und hält in aller Deutlichkeit fest, dass Russland militärisch nicht erobert werden könne. Er schreibt dazu:

„...seitdem Rußland durch seinen Feldzug von 1812 gelehrt hat, erstens, daß ein Reich von großen Dimensionen nicht zu erobern ist (welches man füglich vorher hätte wissen können), ...“¹²

Geradezu visionär hält Clausewitz in Vom Kriege fest, dass Russland nur durch eigene Schwächen bezwungen werden könne. Er schreibt dazu:

„Bonapartes Beispiel vom Jahre 1812, weit entfernt, uns von unserer Behauptung zurückzuschrecken, hat uns vielmehr darin bestärkt. Sein Feldzug ist nicht mißraten, weil er zu schnell und zu weit vorgedrungen ist, wie die gewöhnliche Meinung geht, sondern weil die einzelnen Mittel zum Erfolg fehlschlügen. Das russische Reich ist kein Land, was man förmlich erobern, d. h. besetzt halten kann, wenigstens nicht mit den Kräften jetziger europäischer Staaten, und auch nicht mit den 500000 Mann, die Bonaparte dazu anführte. Ein solches Land kann nur bezwungen werden durch eigene Schwäche und durch die Wirkungen des inneren Zwiespaltes. Um auf diese schwachen Stellen des politischen Daseins zu stoßen, ist eine bis ins Herz des Staates gehender Erschütterung notwendig. Nur wenn Bonaparte mit seinem kräftigen Stoß bis Moskau hinreichte, durfte er hoffen, den Mut der Regierung und die Treue und Standhaftigkeit des Volkes zu erschüttern. In Moskau hoffte er den Frieden zu finden, und dies war das einzige vernünftige Ziel, welches er sich bei diesem Kriege stecken konnte.“¹³

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass diese deutliche Warnung im zwanzigsten Jahrhundert ausgerechnet von der Regierung desjenigen Volkes in den Wind geschlagen wurde, welche den Autor der Warnung hervorgebracht hat. Es ist eine weitere Ironie der Geschichte, dass schließlich gegen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts die Richtigkeit seiner Prognosen durch die Entwicklung in der damaligen Sowjetunion, die deswegen entstand, weil Deutschland 1917 den Revolutionär Lenin die Durchreise aus der Schweiz nach Russland ermöglichte, erneut bestätigt wurde; 1991 wurde sie bekanntlich aufgelöst.

Clausewitz kommandierte in Russland selber keine Truppen, sondern war Stabs-offizier; zu Beginn war er Adjutant beim ehemaligen preußischen General Phull (1757 – 1826), dann Stabschef des III. Kavalleriekorps und später Quartiermeister im Reiterkorps von General Uwarow (1773 – 1824) und nahm in dieser

Funktion an den Schlachten von Moshaisk, Witebsk, Smolensk und Borodino teil.¹⁴ Dennoch trug er auf höchst bemerkenswerte Weise indirekt zur Beschleunigung des Niedergangs von Napoleon bei. Die von Scharnhorst (1755 – 1813) in Berlin entwickelte und von Clausewitz unterstützte Idee, den Gegner durch die ungeheure Dimension des Raumes zu erschöpfen, und erst dann



Historische Ausgabe des Werkes "Vom Kriege" im Militärhistorischen Museum in Dresden

eine Hauptschlacht anzunehmen, wurde nämlich durch Clausewitz an den Zaren Alexander I. (1777 – 1825) vermittelt, der von der ursprünglichen Idee, den Kampf ab Landesgrenze zu führen, abrückte.¹⁵

Ein weiteres Mal griff Clausewitz gegen Ende des Russlandfeldzuges indirekt in das Kriegsgeschehen ein. Im Dezember 1812 wurde ein preußisches Hilfskorps unter dem Kommando von General von York (1759 – 1830), welches als Teil des franzö-

sischen X. Armeekorps unter General Macdonald (1765 – 1840) am Russlandfeldzug teilnehmen musste, von vorstoßenden russischen Truppen unter General Wittgenstein (1769 – 1843) bei Taurrogen abgeschnitten. In der Folge drängte ihn General Diebitsch (1785 – 1831), der die Voraustruppen des Korps Wittgenstein befehligte, zum Abschluss einer Konvention, damit York ohne Zustimmung des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. sein Korps neutralisierte, so dass die russischen Truppen ungehindert weiter nach Westen vorstoßen konnten. Der Landsmann Clausewitz bewog schließlich durch seine Einflussnahme den unentschlossenen General York zu diesem folgenreichen Schritt: am 30. Dezember 1812 unterzeichnete General York die berühmt gewordene Konvention von Taurrogen in der Mühle von Poscherun. Lassen wir Clausewitz selber zu diesem Ereignis zu Wort kommen:

„Als der Verfasser zum General Yorck ins Zimmer trat, rief ihm dieser entgegen: „Bleibt mir vom Leibe, ich will nichts mehr mit euch zu tun haben. Eure verdammten Kosaken haben einen Boten Macdonalds durchgelassen, der mir den Befehl bringt, auf Piktupöhnen zu marschieren, um mich dort mit ihm zu vereinigen. Nun hat aller Zweifel ein Ende, eure Truppen kommen nicht an, ihr seid zu schwach, ich muss marschieren und verbitte mir jetzt alle weiteren Unterhandlungen, die mir den Kopf kosten würden.“ Der Verfasser sagte, dass er dem General hierauf nichts entgegen wolle, dass er ihn aber bäte, Licht geben zu lassen, weil er ihm einige Briefe mitzuteilen habe,

und da der General noch zu zögern schien, setzte der Verfasser hinzu: „Euer Exzellenz werden mich doch nicht in die Verlegenheit setzen wollen abzureisen, ohne meinen Auftrag ausgerichtet zu haben.“ Der General Yorck ließ hierauf Licht geben und aus dem Vorzimmer seinem Chef des Generalstabes, den Obersten Roeder, hereintreten. Die Briefe wurden gelesen. Nach einem augenblicklichen Nachdenken sagte General Yorck: „Clausewitz, Sie sind ein Preuße, glauben Sie, dass der Brief des Generals d’Auray ehrlich ist und dass sich die Wittgensteinschen Truppen am 31. wirklich auf den genannten Punkten befinden werden? Können Sie mir Ihr Ehrenwort darauf geben?“ Der Verfasser erwiderte: „Ich verbürge mich Eurer Exzellenz für die Ehrlichkeit des Briefes nach der Kenntnis, die ich vom General d’Auray und den übrigen Männern des Wittgensteinschen Hauptquartiers habe; ob diese Dispositionen so ausgeführt sein werden, kann ich freilich nicht verbürgen, denn Euer Exzellenz wissen, dass man im Kriege mit dem besten Willen oft hinter der Link zurückbleiben muss, die man sich gezogen hat.“ Der General schwieg noch einige Augenblicke ernstern Nachdenkens, reichte dann dem Verfasser die Hand und sagte: „Ihr habt mich. Sagt dem General Diebitsch, dass wir uns morgen früh auf der Mühle von Poscherun sprechen wollen und dass ich jetzt fest entschlossen bin, mich von den Franzosen und ihrer Sache zu trennen.“ Es wurde die Stunde auf acht Uhr morgens festgesetzt. Nachdem dies feststand, sagte der General Yorck: „Ich werde aber die Sache nicht halb tun, ich werde euch auch den Massenbach verschaffen.“ Er rief hierauf einen Offizier hereintreten, der von der Massenbachschen Kavallerie und eben angekommen war. Ungefähr wie Wallenstein sagte er im Zimmer auf- und niedergehend: Was sagen eure Regimenter?“ Der Offizier ergoss sich sogleich in Enthusiasmus über den Gedanken, von dem französischen Bündnisse loszukommen, und sagte, so fühle jeder einzelne ihrer Truppen. „Ihr habt gut reden, ihr jungen Leute, mir Altem aber wackelt der Kopf auf den Schultern“, erwiderte Yorck.

Ganz beglückt eilte der Verfasser nach Willkischken und am andern Morgen begleitete er den General Diebitsch zu jener Mühle, wo sich der General Yorck in Begleitung des Obersten von Roeder und seines ersten Adjutanten, des Majors von Seydlitz, einfand. Außer dem Verfasser begleitete den General Diebitsch nur der Graf Dohna, so dass sich bei dieser Verhandlung lauter geborene Preußen befanden.

Die Konvention selbst findet sich bereits überall gedruckt, wir wollen uns daher begnügen zu sagen, dass durch dieselbe das preußische Korps neutral erklärt, ihm in Preußisch-Litauen an der russischen Grenze ein gleichfalls

neutraler Landstrich angewiesen wurde. Sollte die Konvention von einem der beiden Monarchen nicht genehmigt werden, so erhielten die preußischen Truppen den freien Abmarsch auf dem kürzesten Wege, verpflichteten sich aber, im Fall die Verweigerung von seiten des Königs von Preußen stattfand, innerhalb zwei Monaten nicht gegen die Russen zu dienen. ...

Ob wir nun gleich nicht geneigt sind, die Erscheinungen in dieser Welt als Folgen einzelner Ursachen zu betrachten, sondern sie immer nur als die Gesamtwirkung vieler Kräfte ansehen, so darf das Ausfallen eines einzelnen Gliedes niemals eine totale Veränderung hervorbringen kann, so müssen wir doch einräumen, dass oft Großes aus scheinbar Kleinem entsprungen ist und dass eine einzelne, also dem Zufall stärker bloßgestellte Ursache oft sehr allgemeine Wirkungen hervorbringt.

So ist es auch mit der Yorckschen Konvention. Es ist nicht vernünftig zu glauben, dass ohne diesen Entschluss, welchen General Yorck den 29. abends in Taurögen fasste, Bonaparte noch auf dem französischen Thron und die Franzosen noch die Gebieter Europas wären, denn diese grossen Wirkungen sind die Folgen einer unendlichen Menge von Ursachen oder vielmehr Kräften, die größtenteils auch ohne den General Yorck wirksam geblieben waren; aber zu leugnen ist es nicht, dass der Entschluss dieses Generals ungeheure Folgen gehabt und wahrscheinlich das allgemeine Resultat sehr beschleunigt hat.⁴⁶

Die Konvention löste schließlich die Erhebung Preußens gegen Napoleon aus und führte zu den Freiheitskriegen, welche im Abschütteln des französischen Jochs mündete.¹⁷

Ein weiteres, letztes Mal schnitten sich die Lebenslinien von Napoleon und Clausewitz im Jahr 1815. Clausewitz, zum Oberst der Infanterie befördert und wieder in die preußische Armee aufgenommen, nahm als Stabschef des III. Korps unter dem Kommando des Generals von Thielmann (1765 – 1824) teil, das der Armee des Generalfeldmarschalls Blücher (1742 – 1819) unterstellt war. Er entwarf die Operationspläne für die Kämpfe des III. Korps bei Ligny und Wavre vom 16. bis 19. Juni 1815 und trug damit dazu bei, dass beträchtliche Teile der napoleonischen Truppen unter Marschall Grouchy (1766 – 1847) in die Entscheidungsschlacht bei Waterloo nicht mehr rechtzeitig eingreifen konnten.¹⁸ Die Gefechte bei Ligny und Wavre beeinflussten damit indirekt die Niederlage Napoleons.

Napoleons Einfluss auf das militärische Gedankengut von Clausewitz

Um den Einfluss Napoleons auf das Gedankengut Clausewitz besser zu verstehen, müssen die damaligen Verhältnisse in der Kriegskunst etwas näher beleuchtet werden. Im 18. Jahrhundert hatte sich die Kriegskunst unter dem Einfluss der materiellen Verhältnisse und der rationalistischen Geisteshaltung der Aufklärung mit ihrer Vorliebe für das Mess- und Zählbare in eine bestimmte Richtung entwickelt. Wegen der Knappheit der finanziellen Mittel wurden Kriege mit großer Vorsicht und Zurückhaltung geführt, um das teure Instrument der Armee nicht leichtfertig zu verspielen. Manövrieren war wichtiger als Schlagen; es galt oftmals, an der Grenze des gegnerischen Reiches einige Eroberungen zu machen, um sie zu behalten oder aber um sie als Tauschmittel beim Friedensschluss geltend zu machen, wie Clausewitz festhält.¹⁹ Der vorherrschende Geist verlangte Systematik, Berechenbarkeit und Methode sowie die Ausschaltung des Zufalls und des Irrationalen, des menschlichen Faktors.²⁰ Diese Auffassungen schlugen sich auch in den kriegstheoretischen Werken nieder. Das heute noch bekannteste Werk aus dieser Zeit ist dasjenige von Bülow (1757 – 1807) mit dem Titel Lehrsätze des neuern Krieges, oder reine und angewandte Strategie aus dem Geist des neuern Kriegssystems hergeleitet aus dem Jahr 1805. Unter Napoleon veränderte sich der Charakter des Krieges grundlegend. Zweck des Krieges war nun die Vernichtung der gegnerischen Streitkräfte geworden.²¹

Der Krieg unter Napoleon unterschied sich in zwei Aspekten sehr wesentlich von den Kriegen des Ancien Régime: Die Massenaushebung (levée en masse), welche die sozial-ökonomischen Begrenzungen eines Berufsheer weitgehend aufhob, und der Enthusiasmus des Volkes für den Krieg²² bewirkten eine massive Veränderung des Verhältnisses unter den drei strategischen Faktoren Ziele – Mittel – Wege. Dank praktisch unbegrenzter Mittel konnte Napoleon praktisch unbegrenzte Kriegsziele anstreben. In Russland fand Napoleon schliesslich seine Grenzen, weil die Mittel schlicht nicht ausreichten, das gesteckte Ziel zu erreichen. Der Dreiklang der strategischen Faktoren ertönte in Russland in Disharmonie. Clausewitz hält dazu im Vom Kriege fest:

„Ein Fürst oder Feldherr, welcher seinen Krieg genau nach seinen Zwecken und Mitteln einzurichten weiß, nicht zu viel und zu wenig tut, gibt dadurch den größten Beweis seines Genies. Aber die Wirkungen dieser Genialität zeigen sich nicht sowohl in neuerfundenen Formen des Handelns, welche sogleich in die Augen fallen würden, als in dem glücklichen Endresultat des Ganzen. Es ist das richtige Zutreffen der stillen Voraussetzungen, es ist die geräuschlose

Harmonie des ganzen Handelns, welche wir bewundern sollten, und die sich erst in dem Gesamterfolg verkündet.“²³

Das volle Ausmaß der Veränderungen der Kriegskunst und insbesondere den Einfluss der Politik hat Clausewitz erst im Zuge der Niederschrift Vom Kriege voll erfasst. Er schreibt dazu:

„So waren die Sachen, als die Revolution ausbrach. Österreich und Preußen versuchten es mit ihrer diplomatischen Kriegskunst; sie zeigte sich bald unzureichend. Während man nach der gewöhnlichen Art, die Sachen anzusehen, auf eine sehr geschwächte Kriegsmacht sich Hoffnung machte, zeigte sich im Jahr 1793 eine solche, von der man keine Vorstellung gehabt hatte. Der Krieg war urplötzlich wieder eine Sache des Volkes geworden, und zwar eines Volkes von 30 Millionen, die sich alle als Staatsbürger betrachteten. Ohne uns hier auf die näheren Umstände einzulassen, von welchen diese große Erscheinung begleitet war, wollen wir nur die Resultate festhalten, auf die es hier ankommt. Mit dieser Teilnahme des Volkes an dem Kriege trat statt eines Kabinetts und eines Heeres das ganze Volk mit seinem natürlichen Gewicht in die Waagschale. Nun hatten die Mittel, welche angewandt, die Anstrengungen, welche aufgeboten werden konnten, keine bestimmte Grenze mehr; die Energie, mit welcher der Krieg selbst geführt werden konnte, hatte kein Gegengewicht mehr und folglich war die Gefahr für den Gegner die äußerste.“²⁴

Er schreibt weiter:

„Seit Bonaparte also hat der Krieg, indem er zuerst auf der einen Seite, dann auch auf der anderen wieder Sache des ganzen Volkes wurde, eine ganze andere Natur angenommen, oder vielmehr, er hat sich seiner wahren Natur, seiner absoluten Vollkommenheit sehr genähert. Die Mittel, welche aufgeboten worden sind, hatten keine sichtbare Grenze, sondern diese verlor sich in der Energie und dem Enthusiasmus der Regierungen und ihrer Untertanen. Die Energie der Kriegführung war durch den Umfang der Mittel und das weite Feld möglichen Erfolges sowie durch die starke Anregung der Gemüter ungemein erhöht worden, das Ziel des kriegerischen Aktes war Niederwerfung des Gegners; nur dann erst, wenn er ohnmächtig zu Boden liege, glaubte man innehalten und sich über die gegenseitigen Zwecke verständigen zu können.

So war also das kriegerische Element, von allen konventionellen Schranken befreit, mit seiner ganzen natürlichen Kraft losgebrochen. Die Ursache war die

*Teilnahme, welche den Völkern an dieser großen Staatsangelegenheit wurde; und diese Teilnahme entsprang teils aus den Verhältnissen, welche die französische Revolution in dem Innern der Länder herbeigeführt hatte, teils aus der Gefahr, womit alle Völker von dem französischen bedroht waren.*⁴²⁵

Gestützt auf die Erkenntnisse, die Clausewitz aus der Analyse der napoleonischen Kriegführung²⁶ gewonnen hatte, entwickelte er das Konzept der Gegenüberstellung vom absoluten, von allen Schranken befreiten Krieg, und dem wirklichen, in der Realität stets mehr oder weniger durch die Politik begrenzten Krieg.²⁷

Das Wesen der napoleonischen Kriegführung, wie sie dann auch Eingang in das Werk Vom Kriege gefunden hat, lässt sich wie folgt charakterisieren:²⁸

- Krieg wird als Duell verstanden
- Offensive Kriegführung
- Vernichtung der feindlichen Streitmacht und Eroberung der Hauptstadt des Gegners
- Schnelle Bewegungen und Manöver als Erfolgsmittel
- Bedeutung der moralischen Größen, der Napoleon mit der Gründung der Legion D'honneur 1802, der Bildung der Kaisergarde, durch eine Truppenzeitung und Ansprachen vor der Truppe Rechnung trug
- Manövrieren auf der zentralen Position, um einzelne Truppenteile oder Verbündete zu trennen und einzeln zu schlagen
- Angriff des Gegners wenn möglich in seinem Rücken
- Handeln nach Inspiration

Napoleon entwickelte keine eigenständigen operative Konzepte, sondern realisierte nur, was andere bereits theoretisch formuliert hatten.²⁹ Er verfügte zwar nur über ein beschränktes Repertoire an Manövern, die er fallweise der jeweiligen Situation anpasste. Sein Erfolg beruhte indessen darauf, dass er diese Manöver virtuos kombinierte und lagegerecht einsetzte.³⁰ Das wohl am meisten angewandte Manöver³¹ war la manoeuvre sur les derrières, der Umfassungsangriff, mit welchem Napoleon den Gegner in der Flanke oder seinem Rücken angriff, verbunden mit einem vorgetäuschten Frontalangriff, der den Gegner vom Umfassungsmanöver ablenken sollte.³²

Das zweite Manöver war la manoeuvre sur la position centrale. Dieses wandte Napoleon an, wenn er sich zwei oder mehr gegnerischen Armeen gegenüber sah.

Napoleon isolierte eine der Armeen, griff sie mit überwältigenden Kräften an und vernichtete sie, um dann sofort mit der anderen Armee gleich zu verfahren. Traten mehrere Armeen auf dem Schlachtfeld an, stieß er zwischen die beiden Flügel der Armee, wo der Zusammenhalt schwach war und rückte mit seiner Hauptmacht in die entstandene Lücke ein, so dass jede der beiden Armeen nur noch über die äußere Linie operieren konnte und damit einen weiteren Weg als Napoleons Truppen zurücklegen mussten, wenn sie ihn seinerseits im Rücken fassen wollten.³³ Napoleon strebte zudem stets die Überlegenheit auf dem entscheidenden Punkt an. In der Schlacht bei Austerlitz (1805) wandte er dieses Manöver mit durchschlagendem Erfolg an.

Clausewitz schreibt dazu folgendes:

„Wir glauben also, daß gerade in unseren Verhältnissen sowie in allen ähnlichen die Stärke auf dem entscheidenden Punkt eine große Hauptsache, und daß dieser Gegenstand in der Allgemeinheit der Fälle geradezu unter allen der wichtigste sei. Die Stärke auf dem entscheidenden Punkte hängt von der absoluten Stärke des Heeres und von der Geschicklichkeit der Verwendung ab.

...

Soll aber der Begriff einer geschickten Kombination von Raum und Zeit alle die Fälle repräsentieren, wo ein entschlossener und tätiger Feldherr durch schnelle Märsche mit ein und demselben Heer mehrere seiner Gegner schlug (Friedrich der Große, Bonaparte), so verwirren wir uns unnützerweise in eine konventionelle Sprache. Für die Klarheit und Fruchtbarkeit der Vorstellungen ist es nötig, die Dinge immer bei ihrem rechten Namen zu nennen.“³⁴

Der Erfolg dieser hochkomplexen Manöver hing wesentlich von den Fähigkeiten des Feldherrn ab. Die Koordination der einzelnen Elemente verlangte nach einer enormen Gedächtnisleistung gepaart mit taktischer Phantasie.³⁵ Im Gegensatz zu seinen Gegnern verfügte Napoleon über das erforderliche Genie, weshalb er lange Zeit auf dem Schlachtfeld ungeschlagen blieb. Napoleon soll im Juli 1812 zu einem russischen General, der als Parlamentär zu ihm geschickt wurde, gesagt haben:

*„Ihre Generale bilden sich ein, mir widerstehen zu können, weil sie Jominis *Traité des grandes Opérations* gelesen haben, aber sie täuschen sich... Es liegt nicht allein daran, die großen Prinzipien zu kennen, es bedarf des Genies und der Erfahrung, um sie anwenden zu können.“³⁶*

Auch nach Clausewitz muss der Feldherr ein wahres Genie sein. Er schreibt:

*Solange man selbst den Krieg nicht kennt, begreift man nicht, wo die Schwierigkeiten der Sache liegen, von denen immer die Rede ist, und was eigentlich das Genie und die außerordentlichen Geisteskräfte zu tun haben, die vom Feldherrn gefordert werden.*³⁷

Das Genie definiert Clausewitz wie folgt:

*„...aber da wir uns weder für einen Philosophen noch für einen Grammatiker ausgeben, so wird es uns gestattet sein, bei einer im Sprachgebrauch üblichen Bedeutung stehenzubleiben und unter Genie die für gewisse Tätigkeiten sehr gesteigerte Geisteskraft zu verstehen.“*³⁸

In Napoleon hat Clausewitz das kriegerische Genie gefunden, das ihm als Vorbild des Feldherrn dienen konnte.

Drei Kriegszüge als wesentliche Erkenntnisquellen

Drei Kriegszüge Napoleons prägen nach Herberg-Rothe das Gedankengut von Clausewitz und stehen im Zentrum seines Werkes Vom Kriege: Die Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt (1806), der Russlandfeldzug (1812) sowie die Schlacht bei Waterloo (1815).³⁹

Die Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt ließ Clausewitz die revolutionäre Veränderung, welche die französischen Revolutionskriege und Napoleons Kriegführung mit sich brachte, deutlich erkennen. Napoleons Genie steht im krassen Widerspruch zur Erstarrung und Verhaftung der preußischen Führung. Der Krieg erhält existentielle Bedeutung und dient als Medium zur Selbststeigerung und damit auch zur Schaffung eines nationalen Gefühls. Die Reaktion unter der deutschen Nationalbewegung, zu welcher auch Clausewitz gehörte, war gespalten. Einerseits stand man den Franzosen sehr kritisch gegenüber, andererseits bewunderte man die Erfolge und das Genie Napoleons. „Das soll uns nie wieder passieren dürfen!“ war die eine Reaktion, „Das wollen wir auch einmal können!“, die andere.

Das napoleonische Frankreich wurde zum Vorbild der deutschen Nationalbewegung und Napoleon war ihr illegitimer Vater.⁴⁰ Trotz der sehr kritischen Einstellung Clausewitz gegenüber den Franzosen zollte er dem Genie Napoleons Be-

wunderung; im ganzen Werk vom Kriege findet sich selten Kritik an ihm. Damit teilte er die gespaltene Haltung der deutschen Nationalbewegung voll und ganz.

Aus der Schlacht bei Jena und Auerstedt wird für Clausewitz die Entgrenzung der Gewalt und damit das Primat der Gewalt gegenüber den Idealen der Politik sowie der Charakter der napoleonischen Kriegsführung, die Vernichtung der gegnerischen Streitkraft, ersichtlich.⁴¹ Siege über ein Land werden durch eine Entscheidungsschlacht errungen.

Die nachfolgende Politik Preußens gegenüber Frankreich und das Zwangsbündnis von 1812 bewirkt, dass Clausewitz in russische Dienste wechselt.

Die wohl grundlegenden Erkenntnisse von Clausewitz über das Wesen der Kriegsführung dürften wesentlich auf den Russlandfeldzug zurückgehen. Dieser

Die Reaktion unter der deutschen Nationalbewegung, zu welcher auch Clausewitz gehörte, war gespalten. Einerseits stand man den Franzosen sehr kritisch gegenüber, andererseits bewunderte man die Erfolge und das Genie Napoleons.

kann als Erfahrungsquelle für Clausewitz nicht hoch genug eingeschätzt werden.⁴² Clausewitz erkannte, dass das Konzept der Entscheidungsschlacht nicht mehr funktioniere, weil der Raum für die eingesetzten Kräfte viel zu groß war. Es scheint, dass Clausewitz hier die Wechselwirkung von Raum, Kraft und Zeit,

also der klassischen operativen bzw. taktischen Faktoren, klar erkannt hat. Er dürfte weiter zum Schluss gekommen sein, dass die Verteidigung die stärkere Form des Krieges ist.⁴³

Das Konzept des Kulminationspunktes des Angriffs geht ebenfalls direkt auf den Russlandfeldzug zurück. Clausewitz schreibt dazu:

„Der Erfolg im Angriff ist das Resultat einer vorhandenen Überlegenheit, wohlverstanden physische und moralische Kräfte zusammengenommen. Wir haben im vorigen Kapitel gezeigt, daß sich die Kraft des Angriffs nach und nach erschöpft; möglicherweise kann die Überlegenheit dabei wachsen, aber in der großen Mehrheit der Fälle wird sie abnehmen. Der Angreifende kauft Friedensvorteile ein, die ihm bei den Unterhandlungen etwas gelten sollen, die er aber auf der Stelle bar mit seinen Streitkräften bezahlen muß. Führt dieses im Vorteil des Angriffs sich täglich vermindernendes Übergewicht bis zum Frieden, so ist der Zweck erreicht. - Es gibt strategische Angriffe, die unmittelbar zum Frieden geführt haben - aber die wenigsten sind von der Art, und die meisten führen nur bis zu einem Punkt, wo die Kräfte noch eben hinreichen,

*sich in der Verteidigung zu halten und den Frieden abzuwarten. - Jenseits dieses Punktes liegt der Umschwung, der Rückschlag; die Gewalt eines solchen Rückschlages ist gewöhnlich viel größer, als die Kraft des Stoßes war. Dies nennen wir den Kulminationspunkt des Angriffs.*⁴⁴

Auch die Erkenntnisse über das Konzept der Friktion gehen direkt auf seine Erfahrungen im Russlandfeldzug zurück. In seinem Werk über den Russlandfeldzug schreibt er:

*„Im Krieg ist alles sehr einfach, aber das einfachste ist höchst schwierig. Das Kriegsinstrument gleicht einer Maschine mit ungeheurer Friktion, die nicht wie die Mechanik auf ein paar Punkte zusammengeführt werden kann, sondern überall mit einem Heere von Zufällen in Kontakt ist. Außerdem ist der Krieg eine Tätigkeit mit erschwerenden Mittel. Eine Bewegung, die man in der Luft mit Leichtigkeit macht, wird im Wasser sehr schwierig.*⁴⁵

Diese Passage übernahm er praktisch wörtlich in Vom Kriege:

„Es ist alles im Kriege sehr einfach, aber das Einfachste ist schwierig. Diese Schwierigkeiten häufen sich und bringen eine Friktion hervor, die sich niemand richtig vorstellt, der den Krieg nicht gesehen hat.

*Diese entsetzliche Friktion, die sich nicht wie in der Mechanik auf wenig Punkte konzentrieren läßt, ist deswegen überall im Kontakt mit dem Zufall und bringt dann Erscheinungen hervor, die sich gar nicht berechnen lassen, eben weil sie zum großen Teil dem Zufall angehören.*⁴⁶

Clausewitz erkannte, dass selbst das Genie Napoleons nicht unverwundbar war. Er bemängelte insbesondere dessen fehlende Schonung seiner Ressourcen. Clausewitz kam zum Schluss, dass dem Krieg durch die Politik Grenzen gesetzt werden. Obwohl Napoleon keine Schlacht verloren hatte, gewann er den Krieg nicht, weil der russische Zar sich schlicht und einfach weigerte, Frieden zu schließen.⁴⁷

Aus der Analyse der Schlacht bei Waterloo schließlich kam Clausewitz zum Schluss, dass sich die Kriegsführung der Gegner Napoleons immer stärker an dessen eigener anglich, so dass Einflüsse außerhalb des Kampfes im Feld, das heißt, die Politik, immer grösseren Einfluss erhielt.⁴⁸

Die wohl bedeutendste Erkenntnis von Clausewitz, nämlich dass der Krieg die bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, ein bloßes Instrument der Politik,⁴⁹ geht somit vermutlich auf die Analyse des Feldzuges von 1815 und die Schlacht bei Waterloo zurück, über die er in der Zeit von 1827 bis 1828 eine Studie verfasst hat.⁵⁰ Darin schreibt er:

„Was aber die Folgen dieser Vernichtung eines ganzen Heeres betrifft, so hängen sie im allgemeinen noch viel mehr mit politischen Größen zusammen, mit dem Zustande von Volk und Regierung, mit den Verhältnissen zu andern Völkern u.s.w., so wie denn überhaupt die in der Strategie vorkommenden Kräfte und Wirkungen, Mittel, Zwecke immer tiefer in die Politik hinein greifen, je großartiger und umfassender sie werden, denn der Krieg kann nie als ein selbständiges Ding angesehen werden, sondern nur als eine Modifikation des politischen Verkehrs, als ein Durchführen politischer Pläne und Interessen durch das Gebiet des Kampfes.“⁵¹

Die Ausführungen von Clausewitz über die Anforderungen an den Feldherrn orientieren sich wesentlich an Napoleon. Bereits in Strategie erwähnt er ihn nicht weniger als fünfmal und vergleicht ihn mit Caesar (100 v. Chr. – 44 v. Chr.). In Strategie schreibt er:

„Die größte Ähnlichkeit zwischen Caesar und Bonaparte ist ihr beiderseitiges Glück und der Schrecken und die Mutlosigkeit, welche sie ihren Gegnern einflößten. Pompejus verlor mehr als einmal den Kopf und namentlich in der entscheidenden Schlacht. Ausserdem sind die Züge der Ähnlichkeit noch die sehr richtige Politik, der zweckmäßige Gebrauch von unmenschlicher Härte und unerwarteter Milde, der hohe Unternehmungsgeist, die Tätigkeit, Schnelligkeit und Energie, wodurch beide Feldherren sich selbst vor den großen Feldherren aller Zeiten noch sehr auszeichneten.“^{52, 53}

Zusammenfassung und Schlussbemerkung

Clausewitz' Erkenntnisse im Werk Vom Kriege gehen wesentlich auf das Studium der Kriegskunst Napoleons zurück. Mit dem Werk Vom Kriege hat der geniale Kriegstheoretiker Clausewitz der genialen Kriegskunst Napoleons zur Unsterblichkeit verholfen. Ohne Napoleon hätte Clausewitz das ideale Vorbild für Vom Kriege gefehlt, welches ihm die Grundlage für die universell gültigen Erkenntnisse über das Phänomen Krieg lieferte. Darin bleiben Napoleon und Clausewitz für immer untrennbar verbunden.

Zum Autor: Matthias Kuster, selbständiger Rechtsanwalt in Zürich (www.anwaltskuster.ch), Oberst i Gst, Vorstandsmitglied der Clausewitz-Gesellschaft, Sektion Schweiz. Er hat das Frühwerk Strategie von Carl von Clausewitz in einer kommentierten Fassung neu herausgegeben (www.paradeplatzverlag.ch).

Anmerkungen:

- 1 Johannes Wilms, Napoleon, München 2005, S. 71.
- 2 Carl von Clausewitz, Strategie, herausgegeben von Matthias Kuster, Zürich, 2011, S. 18 (bestellbar unter www.paradeplatzverlag.ch).
- 3 Uwe Hartmann, Carl von Clausewitz, München 1998, S. 21, Fn. 45.
- 4 Dietmar Schössler, Carl von Clausewitz, Hamburg 1991, S. 41.
- 5 Beatrice Heuser, Clausewitz lesen!, München 2005, S. 33.
- 6 Siehe dazu ausführlich Klaus T. Stark, Carl von Clausewitz, Militärische Kurzbiographie. Befreiungskampf 1806 - 1815, Halle 2010, S. 61.
- 7 Carl von Clausewitz, Der Russische Feldzug von 1812, Magnus Verlag, Stuttgart (ohne Datum), S. 193 - 201.
- 8 Carl von Clausewitz, Der Russische Feldzug von 1812, Magnus Verlag, Stuttgart (ohne Datum), S. 193 - 201.
- 9 Vom Kriege, 8/IX.
- 10 Vom Kriege, 8/IX.
- 11 Carl von Clausewitz, Strategie, hrsg. von Matthias Kuster, Zürich 2011 (www.paradeplatzverlag.ch), Rz 22.
- 12 Vom Kriege, 3/XVI.
- 13 Vom Kriege, 8/IX.
- 14 Wolfhart Einsel, Clausewitz in russischen Diensten – ein Beitrag zur Biografie des Generalmajors Carl von Clausewitz, in: Jahrbuch 2007 der Clausewitz-Gesellschaft e.V., Hamburg 2007, S. 246 (Text abrufbar unter http://www.clausewitz-gesellschaft.de/uploads/media/Vortragstext_Einsel.pdf).
- 15 Wolfhart Einsel, Clausewitz in russischen Diensten – ein Beitrag zur Biografie des Generalmajors Carl von Clausewitz, in: Jahrbuch 2007 der Clausewitz-Gesellschaft e.V., Hamburg 2007, S. 247.
- 16 Carl von Clausewitz, Der Russische Feldzug von 1812, Magnus Verlag, Stuttgart (ohne Datum), S. 180-181, 193.
- 17 Ausführlich zur Konvention von Tauroggen Wolfhart Einsel, Clausewitz in russischen Diensten – ein Beitrag zur Biografie des Generalmajors Carl von Clausewitz, in: Jahrbuch 2007 der Clausewitz-Gesellschaft e.V., Hamburg 2007, S. 248 ff.
- 18 Dietmar Schössler, Carl von Clausewitz, Hamburg 1991, S. 72.
- 19 Nachricht von 10. Juli 1827, abrufbar unter www.clausewitz.com/readings/vom-kriege1832/nachricht.htm.

- 20 Eberhard Kessel, Carl von Clausewitz, Strategie aus dem Jahre 1804 mit Zusätzen von 1808 und 1809, Hamburg 1937, S. 15.
- 21 Carl von Clausewitz, Strategie, hrsg. Von Matthias Kuster, Zürich 2011, S. 12 f.; Beatrice Heuser, Clausewitz lesen! München 2005, S. 35.
- 22 Vgl. dazu Beatrice Heuser, Clausewitz lesen! München 2005, S. 104.
- 23 Vom Kriege, 3/I.
- 24 Vom Kriege, 8/IIIB.
- 25 Vom Kriege, 7/IV.
- 26 Zum Kernelement der napoleonischen Kriegskunst siehe Matthias Kuster, Die Schlachten bei Marengo und Hohenlinden im Jahre 1800 oder die Kriegskunst Napoleons, in: ASMZ 2001, S. 27 f.
- 27 Dazu ausführlich Beatrice Heuser, Clausewitz lesen!, München 2005, S. 38 f.
- 28 Dazu ausführlich Johannes Wilms, Napoleon, München 2005, S. 70 ff.
- 29 Johannes Wilms, Napoleon, München 2005, S. 71. Zu den hauptsächlichsten Autoren, die Napoleon studiert hatte, sind zu nennen: Gribeauval, Vallière, de Saint-Rémy, du Teil und Guibert (Wilms a.a.O., S. 22).
- 30 Johannes Wilms, Napoleon, München 2005, S. 71.
- 31 Napoleon wandte dieses Vorgehen nicht weniger als 30 Mal an (Johannes Wilms, Napoleon, München 2005, S. 80).
- 32 Johannes Wilms, Napoleon, München 2005, S. 81.
- 33 Johannes Wilms, Napoleon, München 2005, S. 82.
- 34 Vom Kriege, 3/VIII.
- 35 Johannes Wilms, Napoleon, München 2005, S. 78.
- 36 Zit. bei Jean-Jacques Langendorf, Krieg führen: Antoine-Henri Jomini, Zürich 2008, S. 45.
- 37 Vom Kriege, 1/VII.
- 38 Vom Kriege, 1/III.
- 39 Andreas Herberg-Rothe, Clausewitz und Napoleon. Jena, Moskau, Waterloo, in: Internationales Clausewitz-Zentrum, Clausewitz-Information 1/2006, Hamburg 2006, S. 16.
- 40 So wörtlich Sebastian Haffner, Von Bismarck zu Hitler, München 2009, S. 24.
- 41 Andreas Herberg-Rothe, Clausewitz und Napoleon. Jena, Moskau, Waterloo, in: Internationales Clausewitz-Zentrum, Clausewitz-Information 1/2006, Hamburg 2006, S. 28 ff.
- 42 Wolfhart Einsel, Clausewitz in russischen Diensten – ein Beitrag zur Biografie des Generalmajors Carl von Clausewitz, in: Jahrbuch 2007 der Clausewitz-Gesellschaft e.V., Hamburg 2007, S. 253.
- 43 Andreas Herberg-Rothe, Clausewitz und Napoleon. Jena, Moskau, Waterloo, in: Internationales Clausewitz-Zentrum, Clausewitz-Information 1/2006, Hamburg

- 2006, S. 44.
- 44 Vom Kriege, 7/V.
- 45 Carl von Clausewitz, Der Russische Feldzug von 1812, Magnus Verlag, Stuttgart (ohne Datum), S. 129.
- 46 Vom Kriege, 1/VIII.
- 47 Andreas Herberg-Rothe, Clausewitz und Napoleon. Jena, Moskau, Waterloo, in: Internationales Clausewitz-Zentrum, Clausewitz-Information 1/2006, Hamburg 2006, S. 49 f.
- 48 Herberg-Rothe, Clausewitz und Napoleon. Jena, Moskau, Waterloo, in: Internationales Clausewitz-Zentrum, Clausewitz-Information 1/2006, Hamburg 2006, S. 53.
- 49 Vom Kriege, 1/I, Ziff. 28.
- 50 Andreas Herberg-Rothe, Clausewitz und Napoleon. Jena, Moskau, Waterloo, in: Internationales Clausewitz-Zentrum, Clausewitz-Information 1/2006, Hamburg 2006, S. 56 und 76.
- 51 Carl von Clausewitz, Der Feldzug von 1815 in Frankreich, Kap. 52.
- 52 Carl von Clausewitz, Strategie, hrsg. von Matthias Kuster, Zürich 2011, Rz 134.
- 53 Carl von Clausewitz, Strategie, hrsg. von Matthias Kuster, Zürich 2011, Rz 134.

Clausewitz' Strategiekalkül und Spieltheorie

Holger Müller

Die Spieltheorie ist ein noch relativ junger, gleichwohl bereits fest etablierter Wissenschaftszweig im Feld einer mathematisch orientierten Entscheidungslehre. Obwohl ihre Erkenntnisse ursprünglich auf die Beschreibung und Erklärung wirtschaftlicher Vorgänge zielten, fanden die Denkmodelle sehr rasch auch Anwendung im politischen und militär-strategischen Bereich. Die Entwicklung und Implementierung der Nuklearstrategie der „Flexible Response“ beruhte ebenso auf spieltheoretischen Kalkülen wie die Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen.

Clausewitz' umfassendes Werk, mit dem Buch „Vom Kriege“ als dessen Opus magnum, ist überaus reich an Gedanken zur Strategie. Dabei legt der Militärtheoretiker jedoch großen Wert auf die Feststellung, kein Lehrgebäude im Sinne eines Regelwerks, sondern vielmehr eine Denkschule vorstellen zu wollen. Dieses Verständnis kleidet sich in sein Motto „Nicht was wir gedacht haben halten wir für ein Verdienst um die Theorie, sondern die Art wie wir es gedacht haben.“¹ Clausewitz' Anliegen ist es also, den strategischen Geist zu schulen, indem er das grundsätzliche, wechselhafte Wesen des Krieges beschreibt und die Analyseinstrumente aufzeigt, die in einer konkreten strategischen Situation eingesetzt und in ihrer Wertigkeit sowie gegenseitiger Durchdringung stets aufs Neue gegeneinander abgewogen werden müssen.

Vor diesem Hintergrund soll im nachfolgenden Beitrag² der Frage nachgegangen werden, ob ein spieltheoretisch basiertes Strategiekalkül geeignet ist, Clausewitz' Überlegungen zu untermauern, und ob mithin die Spieltheorie in den Werkzeugkasten seiner Analyseinstrumente aufgenommen werden sollte.

Der Ursprung einer systematischen Entwicklung der Spieltheorie ist mit den Namen John von Neumann und Oskar Morgenstern verknüpft. Neumann veröffentlichte 1928 einen Aufsatz mit dem Titel „Zur Theorie der Gesellschaftsspiele“³, in welchem er grundlegende Gedanken zu solchen Spielsituationen darlegte, in denen das Resultat der Handlung eines jeden Teilnehmers unmittelbar abhängig ist von den Intentionen der anderen. Zusammen mit Morgenstern verfasste er das 1944 erstmalig erschienene Werk „Theory of Games and Economic Behavior“, welches gemeinhin als der eigentliche Ausgangspunkt dieses Wissenschaftsfeldes angesehen wird.

Grundanliegen der Spieltheorie sind die Beschreibung, Analyse und Bewältigung von solchen Entscheidungssituationen, in denen mehrere Akteure (<Spieler>) aufeinandertreffen, deren individuelle Handlungsalternativen sowie die daraus resultierenden Konsequenzen interdependent zueinander sind („Man fühlt, dass ein gewisser Zirkel im Wesen der Sache liegt.“⁴. Es besteht zwischen den Wahlmöglichkeiten ein System gegenseitiger Abhängigkeiten dergestalt, dass diese sich gegenseitig beeinflussen⁵. Es ist diese Wechselbeziehung, welche den Begriff

Grundanliegen der Spieltheorie sind die Beschreibung, Analyse und Bewältigung von solchen Entscheidungssituationen, in denen mehrere Akteure (<Spieler>) aufeinandertreffen, deren individuelle Handlungsalternativen sowie die daraus resultierenden Konsequenzen interdependent zueinander sind.

<strategische Spiele> bzw. <strategische Entscheidungssituation> geprägt hat. Im Zentrum des Erkenntnisinteresses stehen also Entscheidungen in sozialen Situationen, die gekennzeichnet sind durch konträre Absichten oder aber durch eine Mischung aus gegensätzlichen und gemeinsamen Interessen der Spieler.

An einem Klassiker der Spieltheorie, dem sog. <Gefangenendilemma>, soll das grundsätzliche spieltheoretische Denkmuster verdeutlicht werden. Diesem Beispiel liegt die folgende <story> zugrunde:

Zwei mutmaßliche Diebe werden arretiert, da der dringende Verdacht besteht, dass sie gemeinsam einen schweren Raub begangen haben. Allerdings ist es der Anklagebehörde nicht möglich, hierüber einen wirklich stichhaltigen Beweis zu führen. Daraufhin führt der Staatsanwalt mit jedem der Tatverdächtigen ein separates Gespräch und unterbreitet das folgende, für beide gleichlautende Angebot:

- wenn beide die Tat gestehen, wird die eigentlich vorgesehene Höchststrafe von neun Jahren Gefängnis auf sechs Jahre reduziert;
- gesteht nur einer der beiden, der andere aber leugnet, so kommt der Gestehende mit einem Jahr davon, der andere aber erhält neun Jahre;
- leugnen indes beide, so wird jeder auf der Grundlage nachweisbarer, aber geringerer Straftaten zu drei Jahren Haft verurteilt.

Im Anschluss an diese Unterredung haben die beiden Gefangenen keine Möglichkeit mehr der Kommunikation miteinander (Einzelhaft), d.h. Absprachen zwischen ihnen sind nicht möglich. Aus diesen Zusammenhängen lässt sich eine Matrix generieren (Abb. 01a: Seite 197), die wie folgt zu interpretieren ist:

- in jedem der vier Felder sind diejenigen Resultate für beide Täter festgehalten, die sich aus der jeweiligen Verhaltenskombination ergeben;
- die linke Zahl repräsentiert stets die Haftdauer für a(1), die rechte Zahl dementsprechend jene für a(2);
- die negativen Zeichen spiegeln den Umstand wider, dass in diesem Fall eine höhere Zahl einen längeren Verlust an Freiheit bedeutet.

Um sich dem Umgang mit negativen Zahlen zu entziehen, wird diese Matrix nunmehr umgewandelt in eine solche (Abb. 01b: Seite 197), in welcher für jeden Täter der zu erzielende Gewinn an Freiheit gegenüber der Höchststrafe von neun Jahren aufgeführt ist:

(Durch diese lineare Transformation herrschen wieder die gewohnten kardinalen Zahlenverhältnisse, ohne dass sich an der prinzipiellen Struktur des Problems etwas geändert hat⁶.)

Im Wissen um diese Konstellationen können die beiden Täter nun wechselseitig folgende Überlegungen anstellen:

- für a(1) ist die Strategie <gestehen> besser als <nicht gestehen>, denn welche Variante a(2) auch wählt, für a(1) gilt auf jeden Fall 8-6 bzw. 3-0⁷;
- für a(2) ist <gestehen> ebenfalls vorteilhafter als <nicht gestehen>, denn wie immer sich a(1) entscheidet, für a(2) ergibt sich ebenfalls 8-6 bzw. 3-0;
- aus beider rationaler Sicht ist dementsprechend <gestehen> die vernünftige Lösung mit dem Ergebnis, dass beide mit einem Gewinn von drei Freiheitsjahren gegenüber der Höchststrafe von neun Jahren rechnen können⁸.

Dieser Zustand einer sich selbst stabilisierenden Handlungskombination, in der es für keinen der beiden Akteure attraktiv ist, davon in einer einseitigen Entscheidung abzuweichen⁹, wird <Nash-Gleichgewicht> genannt. Mit dieser Bezeichnung wird John Nash geehrt, der dieses Prinzip der wechselseitig besten Antworten/Erwiderungen im Jahre 1950 entwickelt und mathematisch begründet hat¹⁰.

Das Lösungskonzept des Nash-Gleichgewichtes hat ein breites Anwendungsspektrum und ist auch auf Situationen mit mehr als zwei Spielern und einer großen, endlichen Zahl von Handlungsoptionen anwendbar. Dennoch gibt es Tücken. So ist es durchaus möglich, dass es in einem Spiel mehr als nur ein Nash-Gleichgewicht gibt, woraus dann ein Auswahl- bzw. Koordinierungsproblem

entsteht. Am Beispiel des Gefangenendilemmas erkennt man zudem unmittelbar, dass das Nash-Gleichgewicht nicht unbedingt die Ideallösung bedeutet. Wenn nämlich beide sich für <nicht gestehen> entschieden, winkte ihnen jeweils ein Freiheitsgewinn von sechs Jahren. Da diese Kombination jedoch einen latenten Anreiz zum Abweichen bietet, kann sie nicht stabil sein. Nash-Gleichgewicht und Pareto-Effizienz müssen also nicht zwangsläufig identisch sein!

		TÄTER a(2)	
		nicht gestehen	gestehen
TÄTER a(1)	nicht gestehen	-3 ; -3	-9 ; -1
	gestehen	-1 ; -9	-6 ; -6

Abbildung 01a

Die Beschreibung von Entscheidungssituationen in Matrixform ist naturgemäß auf die Fälle beschränkt, in denen jeder Spieler nur einen Zug – und den simultan mit den anderen Teilnehmern¹¹ – machen kann. Zur Abbildung solcher Verhältnisse indes, die mehrere Handlungsebenen beinhalten, welche sowohl zeitlich als auch sachlich voneinander zu trennen sind¹², bedarf es einer anderen Darstellungsform. In Anlehnung an den aus Operations Research bekannten <Entscheidungsbaum> verwendet die Spieltheorie ein ähnliches Modell, welches hier <Spielbaum> heißt. Ohne dies mit einem konkreten Beispiel zu verknüpfen, soll die nachfolgende Abb. 02 (Seite 198): Seite 198 lediglich das allgemeine Prinzip verdeutlichen (die Bezeichnung „z“ steht dort für eine Entscheidungsmöglichkeit, der hochgestellte Ausdruck „(1)“ oder „(2)“ steht für den Spieler a(1) bzw. a(2), und der Index „1“ oder „2“ schließlich gibt an, um den wievielten Zug des jeweiligen Spielers es sich handelt; das „O“ symbolisiert einen Entscheidungsknoten, also eine Auswahl-situation unter mehreren Alternativen):

		TÄTER a(2)	
		nicht gestehen	gestehen
TÄTER a(1)	nicht gestehen	6 ; 6	0 ; 8
	gestehen	8 ; 0	3 ; 3

Abbildung 01b

(Es ist unmittelbar einsichtig, dass auf diese Weise mehr als zwei Akteure sowie eine Vielzahl von Entscheidungsfolgen erfasst werden können.) Zur Ermittlung der bestmöglichen Verhaltensweisen unter diesen Bedingungen findet die <Rückwärtsinduktion> sowie die von Selten entwickelte <Teilspielperfektheit> Anwendung¹³.

Die Möglichkeiten der Spieltheorie für Anwendungen auf militärische Problemstellungen wurden schon sehr frühzeitig – vorrangig im amerikanischen Raum – erkannt. Bereits in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts¹⁴ wurden

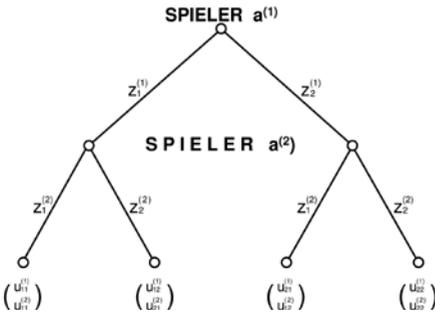


Abbildung 02

den Luftkampfsituationen und Raketenabwehrsysteme ebenso auf spieltheoretischer Basis analysiert wie Unterwassermanöver und Auftauchvorgänge von U-Booten. Colonel (US) Haywood unternimmt 1950 einen ersten Schritt, die Gedankenwelt der Spieltheorie auf den militärischen Entscheidungsprozess zu projizieren¹⁵. Unter der Prämisse „Likewise battle between two opposing military forces is a two-person game.“¹⁶ analysiert er das in seiner Armee zu jener Zeit gültige Schema <Beurteilung

der Lage> mit dem Mittel eines Nullsummenspiels und gelangt zu der Erkenntnis „The identity of the doctrine of the ‚Estimate of the Situation‘ with the minorant game of the von Neumann theory is significant. The minorant game is the most conservative possible play of the game.“¹⁷ Seiner Auffassung nach ist eine auf purer Vorsicht basierende und lediglich an den feindlichen Fähigkeiten, nicht aber an dessen Absichten orientierte Entscheidungsregel nicht geeignet, Chancen und Risiken in ein angemessenes Verhältnis zu setzen. Er plädiert¹⁷ daher: „Game theory may well serve in this role as a stimulus and tool for the development of doctrines of decision.“¹⁸

Vier Jahre später veröffentlicht derselbe Haywood eine aufschlussreiche Studie, in welcher er zwei größere Operationen aus dem II. Weltkrieg mit dem Instrumentarium der Spieltheorie untersucht¹⁸. Zum einen handelt es sich hierbei um den <Durchbruch bei Avranches> im Rahmen der alliierten Landung 1944 in der Normandie, in welcher sich die US-Truppen unter Führung von General Bradley und deutsche Verbände unter dem Kommando von Feldmarschall von Kluge gegenüberstanden. Das zweite Untersuchungsobjekt entstammt dem Krieg im Pazifik und hat die <Rabaul-Lae Convoy Situation> (auch: <Battle of the Bismarck Sea>) zum Gegenstand, in welcher es 1943 um den Einsatz amerikanischer Luftstreitkräfte gegen japanische Flottenbewegungen geht.

In den amerikanischen think tanks bediente sich ein Herman Kahn spieltheoretischer Methoden und der Nobelpreisträger Harsanyi schildert: „In the period 1965-69, the U.S. Arms Control and Disarmament Agency employed a group

of about ten young game theorists as consultants. It was as a member of this group that I developed the simpler approach, already mentioned, to the analysis of I-games. I realized that a major problem in arms control negotiations is the fact that each side is relatively well informed about its own position ... but may be rather poorly informed about the other side's position in terms of such variables."¹⁹

Der Ökonom Thomas Schelling, Nobelpreisträger im Jahre 2005, hat sich sehr intensiv mit den Szenarien des Kalten Krieges, der atomaren Abschreckung und des Wettrüstens unter spieltheoretischen Aspekten beschäftigt. Das Kernelement seines Theoriegebäudes ist die Feststellung, dass sich in der überwiegenden Zahl der Fälle Konfliktsituationen – die er durchgängig als Zweipersonenspiele darstellt – als eine Mischung aus reiner Konfrontation einerseits und gemeinsamen Interessen andererseits beschreiben lassen. Wegen dieses von ihm diagnostizierten doppelten Charakters sieht Schelling die Schwierigkeit, diese Klasse von Spielen eindeutig den kooperativen oder den nicht-kooperativen Spielen zuzuordnen und führt daher eine neue, zusätzliche Begrifflichkeit ein, die er mit <mixed-motive games> benennt. Zu den Konfliktsituationen, denen das <mixed-motive> inhärent ist, zählt für ihn auch der Bereich militärstrategischer Überlegungen.

Die Tatsache, dass es sich bei Konflikten in der Regel um Entscheidungssituationen handelt, in denen beide Seiten in der Auswahl ihrer Optionen gegenseitig voneinander abhängen, in Verbindung mit dem Vorhandensein paralleler Interessen, eröffnet die Möglichkeit koordinierten Handelns zu beiderseitigem Vorteil.

Ausgehend von diesem „mixed-motive“-Verständnis konzentriert sich Schelling auf „the exploitation of potential force“, d.h. für ihn steht nicht der reale effektive Einsatz von Streitkräften im Fokus, sondern sein Augenmerk gilt der Drohung mit militärischer Gewalt als ein Mittel zur Vermeidung eines Krieges bei gleichzeitiger Durchsetzung von Interessen. Diese <prewar-Orientierung> muss zwar vorrangig im Kontext nuklearer Waffen und deren strategischer Wirkung sowie Eskalationspotential gesehen werden; aber grundsätzlich bestimmend für Schellings Argumentation ist seine Sorge, dass in der Situation des Kalten Krieges jede kriegerische Aktion, d.h. auch solche von konventioneller Natur und eigentlich nur mit begrenztem Ziel intendierte (<limited war>), den Blockmächten entgleiten und in eine große Auseinandersetzung einmünden kann. Die Tatsache, dass es sich bei Konflikten in der Regel um Entscheidungssituationen handelt, in denen beide Seiten in der Auswahl ihrer Optionen gegenseitig voneinander abhängen (Schelling benutzt den Ausdruck „theory of interdependent deci-

on“), in Verbindung mit dem Vorhandensein paralleler Interessen, eröffnet die Möglichkeit koordinierten Handelns zu beiderseitigem Vorteil. Dies Potential zu nutzen ist das Ziel von Verhandlungen (<bargaining>), die sich entweder in offiziell gewollter (<explicit>) oder aber unbewusster (<tacit>) Form manifestieren können („Trading with the Enemy“²⁰).

Insgesamt kann diese sehr begrenzte Auswahl von Beispielen zur Anwendung spieltheoretischer Denkweisen auf militärische Fragestellungen hier nur andeuten, in welchem Umfang sich dieses Wissenschaftsfeld mittlerweile als Instrument sowohl zur Analyse militärstrategischer Problemstellungen als auch zur Entscheidungsunterstützung etabliert hat. Zwei grundsätzliche Richtungen sind dabei zu unterscheiden: (1) Modelle der Spieltheorie sind geeignet, im Rahmen eines <lessons learned>-Prozesses Erklärungsansätze bei der ex post-Analyse bereits abgeschlossener militärischer Operationen zu liefern. (2) Spieltheoretische Gedankenmuster können dann für den Entscheidungsvorgang nützlich sein, wenn die Regeln des Spiels noch beeinflussbar sind; dies macht Schelling deutlich mit seinen Überlegungen zu <commitment> und <threats> in Verbindung mit den Vor- und Nachteilen eines <first> oder <second move>²¹

Clausewitz hat sich in vielfacher Weise des Themas <Strategie> angenommen. Zu nennen sind hier insbesondere die Schrift „Strategie“ von 1804 (mit Zusätzen von 1808 und 1809²²), der Aufsatz „Die wichtigsten Grundsätze des Kriegführens zur Ergänzung meines Unterrichts bei Sr. Königlichen Hoheit dem Kronprinzen“²³ sowie natürlich das Hauptwerk „Vom Kriege“²⁴, welches er selbst als ein Buch über <Strategie> versteht („Die Theorie des großen Krieges oder die sogenannte Strategie ... “ {182}).

Ausgangspunkt seines Denkgebäudes ist die grundlegende Definition „Es ist also nach unserer Einteilung *die Taktik die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht*, die Strategie *die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zweck des Krieges* [kursiv entspricht gesperrt im Original; Anm. d. Verf.]“ {271}. In Bezug auf den Begriff <Lehre> im Zusammenhang mit <Strategie> bedeutet dies allerdings nicht, dass Clausewitz anstrebt, ein Regelwerk zu setzen („Eine positive Lehre ist unmöglich [kursiv im Original; Anm. d. Verf.]“ {289}); sein Anliegen kleidet sich vielmehr in die Formel: „Die Theorie soll eine Betrachtung und keine Lehre sein [kursiv im Original; Anm. d. Verf.]“ {290}. Sein Verständnis von Theorie lautet daher: „Sie ist eine analytische Untersuchung des Gegenstandes, führt zu einer genauen *Bekanntschaft*, und, ... , zur *Vertrautheit* mit demselben. [kursiv entspricht gesperrt im Original; Anm. d. Verf.]“ {290 f.}. Vor diesem Hinter-

grund soll jetzt untersucht werden, ob die Spieltheorie geeignet ist, im Sinne Clausewitz' als Analyseinstrument eingesetzt zu werden.

Relativ leicht fällt es, den Charakter der Spieltheorie als Methode zur Unterstützung in strategischen Entscheidungssituationen mit sozialer Interaktion in der clausewitzschen Gedankenwelt wiederzufinden. Unter der Überschrift „Der Krieg ist ein Akt des menschlichen Verkehrs“ (Zweites Buch, 3. Kapitel) stellt Clausewitz fest, dass der Krieg „in das Gebiet des gesellschaftlichen Lebens.“ gehört und sieht in ihm einen „Konflikt menschlicher Interessen und Tätigkeiten ...“ {303}. Nimmt man seine mehrfachen Äußerungen zu den Wechselbeziehungen zwischen den Kontrahenten hinzu (siehe z.B. {199} {283} {961}), so werden die soziale Dimension des kriegerischen Aktes sowie dessen interaktiver Charakter unmittelbar einsichtig. In dieser Hinsicht herrscht also Kongruenz zwischen dem spieltheoretischen Grundmodell und Clausewitz' Verständnis von der gegebenen Natur des Krieges sowie dessen eigentümlichen Implikationen militärstrategischen Denkens.

In ihrem Ursprung basiert die Spieltheorie auf der – in den Wirtschaftswissenschaften beheimateten – fiktiven Figur des <homo oeconomicus>, d.h. auf der Annahme, dass die beteiligten Akteure uneingeschränkt rational handeln und auf Nutzenmaximierung fixiert sind.

Ein weiteres bedeutendes Element im Rahmen der spieltheoretischen Gedankenführung ist die vorhandene Information und ihre Verfügbarkeit bei den beteiligten Parteien. Clausewitz misst diesem Faktor (für den er das Wort <Information> freilich nicht explizit verwendet) ebenfalls eine hohe Bedeutung zu. So stellt er z.B. in einem Brief an Major Röder die Forderung auf, dass der strategische Entwurf unbedingt in Ansehung der „kriegerische[n] Ziel[e] beider Parteien“ erstellt werden muss und knüpft daran Betrachtungen an über die dazu notwendigen Lageerkenntnisse²⁵. In „Vom Kriege“ untermauern mehrere Textstellen diesen Anspruch, u.a. die folgende Aussage: „...; wir müssen die Kräfte und Verhältnisse des feindlichen Staates und des unserigen, wir müssen den Charakter seiner Regierung, seines Volkes, die Fähigkeiten beider, und alles das wieder von unserer Seite, wir müssen die politischen Verbindungen anderer Staaten und die Wirkungen, welche der Krieg darin hervorbringen kann, in Betracht ziehen.“ {961}. Aus diesen Äußerungen lässt sich grundsätzlich ableiten, dass Clausewitz militärstrategische Überlegungen – gleich dem Denkansatz in der Spieltheorie – gegründet sehen will in Lagebetrachtungen aus zweierlei Perspektiven, nämlich eigene und gegnerische, sowie in einem Abwägen der beiderseitigen Aktionspotentiale unter Berücksichtigung ihrer sich wechselseitig beeinflussenden Wirkungen²⁶.

Sehr häufig verwendet Clausewitz den Begriff <Wahrscheinlichkeit> und dies in zweierlei Bedeutung: einerseits richtet er sein Augenmerk auf die <Wahrscheinlichkeit des Erfolges> und benennt dazu einige Faktoren, welche dies positiv beeinflussen können („Natürlich sucht man im Kriege immer die Wahrscheinlichkeit des Erfolges auf seiner Seite zu haben, sei es, indem man auf physische oder auf moralische Vorteile zählt.“ {1048}); andererseits verknüpft er damit Einschätzungen über den Gegner („Aus dem Charakter, den Einrichtungen, dem Zustande, den Verhältnissen des Gegners wird jeder der beiden Teile nach Wahrscheinlichkeitsgesetzen auf das Handeln des anderen schließen und danach das seinige bestimmen.“ {199}). Der erste dieser beiden Gesichtspunkte beleuchtet eher den nachgelagerten Akt der Ausführung eines strategischen Entschlusses im Sinne seiner Maxime, den „besten Gebrauch der vorhandenen Mittel“²⁷ zu machen. Der zweite Aspekt hingegen trägt eindeutig spieltheoretische Züge; denn hier beschreibt Clausewitz den Vorgang der Formulierung einer Militärstrategie als einen Prozess gegenseitiger Mutmaßungen mit Rückkoppelungseffekten. Gerade dies aber ist das Urmodell der Spieltheorie.

In ihrem Ursprung basiert die Spieltheorie auf der – in den Wirtschaftswissenschaften beheimateten – fiktiven Figur des <homo oeconomicus>, d.h. auf der Annahme, dass die beteiligten Akteure uneingeschränkt rational handeln und auf Nutzenmaximierung fixiert sind. Hierauf basieren u.a. die Dominanztheorie, das Nash-Gleichgewicht sowie die Teilspielperfekteheit. Clausewitz seinerseits unterstellt dem Feldherrn, dass dieser in der Verfolgung des Kriegszieles ebenfalls dem Rationalprinzip folgt, und so findet sich mehrfach in seinem Werk der Bezug zu wirtschaftlichen Vorgängen. In grundsätzlicher Weise stellt er dazu fest: „Es ist also die Strategie beim Verbrauch des Kriegstheaters wie in allem übrigen eine Ökonomie der Kräfte; mit je weniger man auslangt, um so besser; aber auslangen muss man, ... [kursiv entspricht gesperrt im Original; Anm. d. Verf.]“ {831}, und auch dem Preußenkönig Friedrich II. attestiert er – im Zusammenhang mit dem Siebenjährigen Krieg – bewundernd „die talentvolle Anwendung einer weisen Ökonomie der Kräfte ...“ {221}²⁸. Der Vergleich des Krieges mit dem Handel ({303} i.V.m. {1192}) ist ebenso ein Indiz für sein Kosten-Nutzen-Denken wie seine Betrachtungen über den Kraftaufwand in Bezug auf den zu erreichenden Zweck ({200} {217} {563})²⁹, und mit der Aussage „Jeder unnütze Zeitaufwand, jeder unnütze Umweg ist eine Verschwendung der Kräfte und also der Strategie ein Greuel.“ {102}³⁰ wird ebenfalls deutlich, dass die Differenz zwischen Ertrag und Mitteleinsatz möglichst groß sein sollte. Die Grundannahme der Spieltheorie findet also insoweit ihren Widerhall in Clausewitz' Verständnis von der strategischen Ergebnisrechnung.

In Clausewitz' Hauptwerk „Vom Kriege“ lassen sich in der methodischen Vorgehensweise des Autors drei grundsätzliche Richtungen beobachten: (1) in erster Linie eine philosophisch-dialektisch orientierte Denk- und Argumentationsweise; (2) daneben ein auf umfangreichen Studien historischer Schlachten und Kriege basierendes Begründungsmuster; (3) schließlich die kritische Bewertung der damals aktuellen Strategietheorien sowie die Auswertung der realen militärischen Konflikte seiner Zeit (Feldzüge Napoleons, Befreiungskriege)³¹. Die philosophische Ausrichtung in seinem Werk – beeinflusst durch die Lehren von Kant und Kiesewetter – manifestiert sich in seinem Bemühen, das Phänomen Krieg in seinem eigentlichen Kern, seiner inneren Logik und seinem zeitlosen Wesen zu erfassen³²; die dialektische Methode ist für ihn Veranlassung, jeden Betrachtungsgegenstand in seinen extremen Gegenpolen darzustellen. Sein Hauptanliegen hierbei ist es, Theorie und Praxis in Einklang zu bringen. Seine Wertschätzung für die Beschäftigung mit militärgeschichtlichen Ereignissen drückt sich aus in der Formulierung von der „Kraft des historischen Beweises“³³ und findet seinen Niederschlag in mannigfachen Studien von Schlachten und Feldzügen (der Vierte bis Zehnte Band seiner „Hinterlassene Werke“ sowie zahlreiche Passagen in „Vom Kriege“ legen dafür Zeugnis ab). Mit Blick auf die von ihm selbst erlebten Napoleonischen Eroberungskriege und daraus resultierende Tendenzen in den Erscheinungsformen kriegerischer Auseinandersetzungen stellt er fest: „Das alte Kriegswesen war im Revolutionskriege zusammengestürzt; weil die Zeit und die politischen Erscheinungen sich verändert hatten, so passten seine Formen und Mittel nicht mehr; das wurde allgemein gefühlt und vom französischen Schwerte aufgedrungen.“³⁴, und verbindet damit eine kritische Durchleuchtung der damals vorherrschenden Militärliteratur.

Seine Geringschätzung für die Kriegslehren in seiner Zeit bringt Clausewitz vielfach zum Ausdruck. Die „Bemerkungen über die reine und angewandte Strategie des Herrn von Bülow“³⁵ sind dafür ebenso Beweis wie die bereits erwähnte Schrift „Strategie“ mit dem „Zusatz von 1808“ (darin insbesondere die Abschnitte 15. + 29.) sowie die Ausführungen „Ueber den Zustand der Theorie der Kriegskunst“³⁶. Natürlich wird dies auch in „Vom Kriege“ mehrfach thematisiert, z.B. im Abschnitt „Über die Theorie des Krieges“ (Zweites Buch, 2. Kapitel). Aus diesen vielen Quellen lässt sich sein grundsätzliches Credo ableiten, die Strategie nicht in das Korsett einer <positiven Lehre> mit festen Regeln zwingen zu wollen, sondern es wird vielmehr deutlich, dass er Erkenntnis-, Beurteilungs- und Entscheidungsgrundlagen vermitteln will. Im Vordergrund seines Bemühens steht mithin die Schulung des Geistes („Wir haben in unserer Betrachtung über die Theorie der Kriegführung gesagt, dass sie den Geist der Führer im

Kriege erziehen oder vielmehr bei seiner Erziehung leiten soll, dass sie nicht bestimmt ist, ihn mit positiven Lehren und Systemen auszurüsten, die er wie Instrumente des Geistes gebrauchen könnte.“ {331}). Das Mittel hierzu ist ihm die <kritische Betrachtung>, d.h. eine analytische Untersuchung des Gegenstandes, deren Ergebnis sich wiederum mit der Theorie auseinandersetzen muss.

Clausewitz stellt fest, dass „das sogenannte Mathematische, in den Berechnungen der Kriegskunst nirgends einen festen Grund findet, ...“ {207}, und vehement argumentiert er gegen das Bestreben, die Kriegführung auf berechenbare Größen und geometrische Formen der

Der Gehalt der Spieltheorie gewinnt dabei um so mehr an Gewicht, als für Clausewitz „die kriegerische Tätigkeit nie gegen die bloße Materie gerichtet [ist], sondern immer zugleich gegen die geistige Kraft, welche diese Materie belebt, ...“ {284}, es also nicht nur die materiellen <Fähigkeiten> des Gegners zu beurteilen gilt, sondern insbesondere auch die Einschätzung von dessen <Absichten> in den Blick zu nehmen sind.

Aufstellung zu reduzieren³⁷, eine Einstellung, die nicht eben mit einer mathematisch orientierten Entscheidungstheorie zu harmonisieren scheint. Allerdings muss man diese ablehnende Haltung verstehen als eine abermalige Absage an ein Lehrgebäude mit normierten Handlungsanweisungen zur Bewältigung realer Kriegssituationen/Strategieentscheidungen. Eine andere Nuance in dieser Hinsicht erhält man, wenn er auf die Frage „Soll

ein Feldherr viel Mathematik wissen [gesperrt im Original; Anm. d. Verf.]“ sich selbst antwortet „Wenn er sie studiert hat, um seinen Geist zu bilden, so mag das von gutem Erfolg für ihn sein; ...“³⁸, denn als Schulung des Intellekts mag ihm das offensichtlich durchaus dienen. Verknüpft man diese Aussage mit der zuvor beschriebenen <kritischen Betrachtung> als Methode einer analytischen Untersuchung des Gegenstandes, und konkretisiert man diesen <Gegenstand> als historische Beispiele³⁹, so kann man die Spieltheorie als ein geeignetes Analyserwerkzeug im Sinne Clausewitz' bezeichnen, nämlich ihre Eignung als ex post-orientiertes Beschreibungs- und Erklärungsmodell.

Es ist diese Eigenschaft, welche dazu beitragen kann, den Weg zu beschreiten, der „zu einer genauen *Bekanntschaft*, und wenn sie auf die Erfahrung, also in unserem Fall auf die Kriegsgeschichte angewendet wird, zur *Vertrautheit* mit demselben [führt]. Je mehr sie diesen letzten Zweck erreicht, um so mehr geht sie aus der objektiven Gestalt eines Wissens in die subjektive eines Könnens über, ... [kursiv entspricht gesperrt im Original; Anm. d. Verf.]“ {290}. Der Gehalt der Spieltheorie gewinnt dabei um so mehr an Gewicht, als für Clausewitz „die kriegerische Tätigkeit nie gegen die bloße Materie gerichtet [ist], sondern immer zugleich gegen die geistige Kraft, welche diese Materie belebt, ...“ {284}, es also

nicht nur die materiellen <Fähigkeiten> des Gegners zu beurteilen gilt, sondern insbesondere auch die Einschätzung von dessen <Absichten> in den Blick zu nehmen sind.

Ein Hinweis auf eine Passage in „Vom Kriege“ mag abschließend belegen, wie sehr Clausewitz in seinem Verständnis von Ursachen, Wirkungen und Zusammenhängen sowie deren Beurteilung dem gedanklichen Grundkonstrukt der Spieltheorie nahekommt. Im Abschnitt über „Kritik“ (Zweites Buch, 5. Kapitel) ⁴⁰ stellt er zunächst heraus, dass der Krieg ein in sich geschlossenes Ganzes ist, in dem jeder Teilvorgang seinen spezifischen Einfluss auf das Endergebnis ausübt. Die Ursache-Wirkung-Beziehung – die es über mehrere Stufen zu betrachten gilt („Man kann also die Wirkungen einer Ursache so lange verfolgen, als Erscheinungen noch des Beobachtens wert sind, ...“ {316}) – ist ihm folglich ein wesentliches Beurteilungskriterium. In gleicher Weise sieht er die Bedeutung des Mittel-Zweck-Verhältnisses und hebt insbesondere hervor, dass der Zweck auf einer Betrachtungsebene zum Mittel auf dem nächsthöheren Standpunkt wird, welches dann durchaus eine andere Wertigkeit haben kann („...so dass dasselbe Mittel, welches in dem nächsten Standpunkt als vorteilhaft erscheint, von einem höheren aus betrachtet verworfen werden muss.“ {316}). Für beide Relationskategorien fordert er ein „Verfolgen des Fadens, hinauf und hinunter, ...“ {316}, um sowohl den Zusammenhang mit dem angestrebten Endresultat herzustellen als auch den Einzelbeitrag für das Ganze einzuordnen.

„Keine Tätigkeit des menschlichen Verstandes ist ohne einen gewissen Reichtum von Vorstellungen möglich, diese aber werden ihm, wenigstens dem größten Teil nach, nicht angeboren, sondern erworben und machen sein Wissen aus.“

Im Anschluss an diese Ausführungen über Ursache-Wirkungen und Mittel-Zwecke zeigt Clausewitz am Beispiel von Bonapartes Feldzug 1797 in Italien auf⁴¹, wie sich seine theoretischen Erörterungen mittels einer kritischen Betrachtung in der Praxis konkretisieren. Dazu analysiert er zunächst die Entscheidungssituation auf der Ebene Bonapartes, nimmt dann den höheren Standpunkt des Direktoriums in Paris ein und wendet sich in einem weiteren Schritt der österreichischen Seite mit Erzherzog Karl, dessen Handlungsoptionen sowie Intentionen zu.

Diesen Überlegungen folgt sodann eine umfassende Bewertung aller denkbaren Aktionsmöglichkeiten mit dem abschließenden Urteil, dass Bonaparte in dieser Lage mit dem „mäßigen Frieden von Campoformio“ eine richtige Entscheidung getroffen habe.

In dieser gesamten Passage nimmt Clausewitz eine geradezu klassische Darstellung der extensiven Spielform vor, und im „Forschen nach den Ursachen der Erscheinungen und das Prüfen der Mittel nach den Zwecken“ {316} spiegelt sich das Lösungsverfahren der <Rückwärtsinduktion/Teilspielperfektheit> wider. Wenn er zum Abschluss dieses Abschnittes außerdem feststellt: „Die kritische Betrachtung ist nicht bloß eine Prüfung der wirklich angewendeten Mittel, sondern *aller möglichen*, ... [kursiv entspricht gesperrt im Original; Anm. d. Verf.]“, so entspricht dies im Grunde genommen dem spieltheoretischen Strategiebegriff, der ja auch die Einbeziehung <aller> Kombinationen, einschließlich solcher von kontrafaktischer Natur, in den Verhaltensplan verlangt.

Als Fazit kann also festgehalten werden, dass es nicht nur ein theoretisches Konstrukt ist, wenn Elemente der Spieltheorie mit Clausewitz' Strategiekalkül in Verbindung gebracht werden, sondern dass seine philosophische Betrachtung des Gegenstandes durchaus ihre Entsprechung im gedanklichen Grundgerüst der Spieltheorie findet. Insofern ist es – in Beantwortung der Eingangsfrage – sicherlich nicht unberechtigt zu vermuten, dass Clausewitz – bei Kenntnis heutigen spieltheoretischen Wissens – sich diesem Wissenschaftsgebiet gegenüber aufgeschlossen gezeigt hätte. Dies aber würde er stets mit der Einschränkung verbunden haben, daraus keine Lehrformeln und Regeln abzuleiten, sondern die Beschäftigung damit als Schulung des Geistes zur Schärfung der Urteilskraft zu nutzen. Dass er dies als eine beständige Aufgabe für den Strategen ansieht, erhellt diese Aussage: „Keine Tätigkeit des menschlichen Verstandes ist ohne einen gewissen Reichtum von Vorstellungen möglich, diese aber werden ihm, wenigstens dem größten Teil nach, nicht angeboren, sondern erworben und machen sein Wissen aus.“ {297}.

Die frühere Dienstvorschrift des deutschen Heeres „HDv 100/1 – Truppenführung VS-NfD“ aus dem Jahre 1962 zitiert unter der Überschrift „Führungsbegriffe“ das Goethe-Wort „Wer klare Begriffe hat, kann befehlen“⁴² und bringt damit zum Ausdruck, dass der Anspruch, führen zu wollen, unterfüttert sein muss mit präzisen Anweisungen. Diese wiederum können nur erwachsen aus fundierten Vorstellungen über den Gegenstand und die Zielrichtung des Handelns. Auch wenn in der aktuellen Ausgabe dieser Führungsvorschrift das obige Goethe-Zitat nicht mehr explizit verwendet wird, so bleibt seine Feststellung – richtigerweise – in den jetzt neuen Formulierungen sinngemäß erhalten. Mit dieser Forderung wird exakt das Anliegen getroffen, welches Clausewitz in seinem Werk verfolgt: Annäherung an die Komplexität des Phänomens Krieg, Identifizierung der darin wirkenden Faktoren und Erfassung ihrer interdepen-

zenten Wirkungszusammenhänge, all dies mit dem Ziel, Grundlagen für ein eigenständiges Urteil zu schaffen („Das Wissen muss ein Können werden“; Zweites Buch, 2. Kapitel).

In der Verfolgung dieses Weges bedient sich Clausewitz der wissenschaftlichen Erkenntnisse seiner Zeit, konnte also noch nicht auf gegenwärtige Forschungsergebnisse der Soziologie, Psychologie, Politologie und eben auch nicht auf das (junge) Wissenschaftsfeld der Spieltheorie zugreifen⁴³. Es wurde indes aufgezeigt, dass spieltheoretische Modelle nicht nur der Form nach einen Platz in Clausewitz' Strategieverständnis einnehmen können, sondern dass deren gedankliches Fundament im Einklang steht mit dem Bildungsimpuls, den zu vermitteln Clausewitz' eigentliches Anliegen ist. Sofern man also Clausewitz nicht nur als <Zitaten-Steinbruch> benötigt, sondern sein Gedankengebäude für unverändert aktuell hält (siehe dazu die Festschrift „Clausewitz goes global“!), sollte diese Erkenntnis in der Offizierausbildung Berücksichtigung finden.

Zum Autor: D.-Holger Müller (geb. 1947), Oberst a.D., ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft. Er hat im Rahmen seiner Offizierausbildung ein Studium der BWL an der Universität Mannheim (Dipl.-Kfm.) und auch den Generalstabslehrgang absolviert. Nach seiner Pensionierung hat er seit 2009 an einer Dissertation mit dem Titel „Clausewitz' Verständnis von Strategie im Spiegel der Spieltheorie“ gearbeitet und diese im Juni 2012 an der Helmut-Schmidt-Universität eingereicht; der hier abgedruckte Aufsatz ist eine stark verkürzte Darstellung dieser Arbeit.

Anmerkungen:

- 1 VON CLAUSEWITZ, Carl [1835, S. 361]; An gleicher Stelle fährt er dann übrigens fort: „Übrigens wiederholen wir noch einmal dass hier, wie in allen praktischen Dingen, die Theorie mehr da ist den praktischen Mann zu bilden, sein Urtheil zu erziehen, als ihm in der Ausübung seines Geschäfts unmittelbar beizustehen.“
- 2 Die jetzt folgenden Ausführungen basieren auf der Dissertation des Autors mit dem Titel „Clausewitz' Verständnis von Strategie im Spiegel der Spieltheorie“, die 2012 an der Helmut-Schmidt-Universität eingereicht wurde.
- 3 VON NEUMANN, John; 1928, S. 295-320; angesichts dieses Titels ist allerdings sofort der Hinweis notwendig, dass Spieltheorie sich mitnichten den reinen Glücksspielen widmet, sondern sich vielmehr solchen Entscheidungssituationen zuwendet, in denen die sich wechselseitig beeinflussenden Überlegungen der beteiligten Akteure den Ausgang des Spieles determinieren.

- 4 Ibid. [S. 295].
- 5 Der Unterschied zur klassischen Entscheidungslehre (<Operations Research>) besteht darin, dass bei jener lediglich <ein> Entscheidungsträger betrachtet wird, der seine Zielfunktion in einem Set von Rahmen- und Nebenbedingungen optimieren will.
- 6 Mathematisch betrachtet wurde also zu jeder Zahl der Wert <9>addiert, was nach der Regel über die Addition von Matrizen deren Struktur nicht verändert.
- 7 In der Fachsprache der Spieltheorie spricht man hier von einer <dominanten> Strategie.
- 8 An dieser Lösung würde sich übrigens nichts ändern, wenn die beiden Täter vor ihrer Entscheidung noch die Möglichkeit der Kommunikation gehabt hätten!
- 9 Für a(1) bedeutete dies eine Verschlechterung von 30, und für a(2) würde dasselbe gelten.
- 10 Für diese Entdeckung wurde er 1994 mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet, zusammen mit dem deutschen Spieltheoretiker Reinhard Selten.
- 11 Als ein Beispiel hierfür mag das bekannte Spiel <Stein-Schere-Papier> dienen.
- 12 Man denke etwa an das Schachspiel.
- 13 Auf die Erläuterung dieser Verfahren muss hier aus Platzgründen verzichtet werden, man findet Ausführungen dazu in jedem Lehrbuch zur Spieltheorie.
- 14 Der Nobelpreisträger Aumann stellt fest: „The 1950s were a period of excitement in game theory. ... The major applications at the beginning of the decade were to tactical military problems: defense from missiles, Colonel Blotto, fighter-fighter duels, etc. Later the emphasis shifted to deterrence and cold war strategy, with contributions by political scientists like Kahn, Kissinger, and Schelling.” Siehe hierzu AUMANN, Robert J. [1987, S. 467].
- 15 Siehe hierzu HAYWOOD, Oliver G. [1950].
- 16 Ibid. [S. 20].
- 17 Ibid. [S. 28].
- 18 Ibid. [S. 30].
- 19 Siehe hierzu HAYWOOD, Oliver G. [1954].
- 20 HARSANYI, John C., „Games with Incomplete Information”, Nobel Lecture, December 9, 1994 (S. 138); vollständiger Text der Vorlesung unter: http://nobelprize.org/nobel_prizes/economics/laureates/1994/harsanyi-lecture.pdf27-02-2009 19:36 Uhr.
- 21 SCHELLING, Thomas [1975, S. 189 + 1984, S. 249].
- 22 Siehe hierzu SCHELLING, Thomas [1960, S. 124].
- 23 Die Veröffentlichung erfolgte erst gut 100 Jahre später: siehe hierzu KESSEL, Eberhard [1937].

- 24 VON CLAUSEWITZ, Carl [1980, S. 1047 ff.].
- 25 Die jetzt folgenden Zitate aus diesem Werk beziehen sich mit ihren {Seitenangaben} auf die 19. Auflage von 1980.
- 26 Siehe hierzu ROTHFELS, Hans [1923, S. 166].
- 27 Unter der Kapitelüberschrift „Über die Theorie des Krieges“ (Zweites Buch 2. Kapitel) verwirft Clausewitz mehrfach in diesem Abschnitt die bis dahin vorherrschende Praxis einer lediglich auf die eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten orientierten Kriegswissenschaft; so heißt es dort z.B. „Sie betrachteten nur die einseitige Tätigkeit, während der Krieg eine beständige Wechselwirkung der gegenseitigen ist.“ {283}.
- 28 Vgl. dazu VON CLAUSEWITZ, Carl 1805/1956, S. 12.
- 29 Clausewitz' Verhältnis zu Wirtschaftlichkeitsüberlegungen ist allerdings nicht frei von Ambivalenz: seiner hier niedergelegten Auffassung von einem sparsamen Kräfteinsatz steht an anderer Stelle – zudem noch unter der Überschrift „Ökonomie der Kräfte“ (Drittes Buch, 14. Kapitel) – die Forderung gegenüber, „stets auf die Mitwirkung aller Kräfte zu wachen, ..., dass kein Teil derselben müßig sei.“ {401}, was nicht eben ein Plädoyer für einen sparsamen Truppeneinsatz ist: Vgl. dazu auch HEUSER, Beatrice [2010a, S. 106 ff.].
- 30 Die Mutmaßung, dass Clausewitz mit dem Werk von Adam Smith vertraut war, ist sicherlich berechtigt: siehe hierzu seine Bemerkungen zum Handel sowie zu Adam Smith in der Bekenntnisschrift von 1812 in VON CLAUSEWITZ, Carl [1922, S. 88 und S. 111].
- 31 Vgl. dazu die Aussagen Hahlwegs in der Einleitung zu „Vom Kriege“: VON CLAUSEWITZ, Carl [1980, S. 19 f.].
- 32 „Wir können nicht unbemerkt lassen, dass aus diesem Kapitel mehr als aus irgendeinem anderen unseres Buches deutlich wird, wie wir es nicht darauf anlegen, neue Grundsätze und Methoden des Kriegführens anzugeben, sondern das längst Vorhandene in seinem innersten Zusammenhange zu untersuchen und auf seine einfachsten Elemente zurückzuführen.“ {664}.
- 33 Diese Formulierung findet sich in Clausewitz' Reflexionen über die „Charakteristik Scharnhorsts“; siehe hierzu ROTHFELS, Hans [1922, S. 127].
- 34 Ibid. [S. 129].
- 35 VON CLAUSEWITZ, Carl 1805/1956; dieser Aufsatz erschien im übrigen ohne Namensnennung, sein Autor wurde erst sehr viel später bekannt.
- 36 Diese Ausführungen sind eine Vorarbeit zu „Vom Kriege“; siehe hierzu VON CLAUSEWITZ, Carl [1990 (1. Teilband), S. 23 ff.].
- 37 Vgl. dazu den Abschnitt „Über die Theorie des Krieges“ in „Vom Kriege“ (Zweites Buch, 2. Kapitel); in diese Denkrichtung weist auch eine Feststellung in seiner „Denkschrift über die Reform der Allgemeinen Kriegsschule zu Berlin. Berlin, 21.

- März 1819.“, in welcher er eine Reduzierung des Mathematikunterrichtes anregt und stattdessen eine Stärkung der Ausbildung in Logik fordert; vgl dazu ders. [1990 (2. Teilband), S. 1159 ff].
- 38 VON CLAUSEWITZ, Carl [1937, S. 39].
- 39 „Historische Beispiele machen alles klar und haben nebenher in Erfahrungswissenschaften die beste Beweiskraft. Mehr als irgendwo ist dies in der Kriegskunst der Fall. Der General Scharnhorst, welcher in seinem Taschenbuche über den eigentlichen Krieg am besten geschrieben hat, erklärt die historischen Beispiele für das Wichtigste in dieser Materie, und er macht einen bewundernswürdigen Gebrauch davon.“ VON CLAUSEWITZ, Carl [1980, S. 335]; getreu seiner dialektischen Vorgehensweise warnt er jedoch auch an anderer Stelle vor dem „Missbrauch historischer Beispiele“ und beklagt den „Prunk mit Belesenheit.“ *ibid.* [S. 333].
- 40 Zu den jetzt folgenden Ausführungen siehe VON CLAUSEWITZ, Carl [1980, S. 316 f.].
- 41 VON CLAUSEWITZ, Carl [1980, S. 317 ff.];
eine sehr ausführliche Darstellung des gesamten Feldzuges 1796/97 findet man im Vierten Band der „Hinterlassene Werke“: ders. [1833].
- 42 Quelle: Maximen und Reflexionen (Über Literatur und Leben).
- 43 Dass z.B. der Transfer der Systemtheorie auf „Vom Kriege“ sehr fruchtbar sein kann, beweist BECKMANN, Rasmus, mit seinem Buch „Clausewitz trifft Luhmann“ [2011].

Literaturverzeichnis:

AUMANN, Robert J.: „Game Theory“ in: EATWELL, John; MILGATE, Murray; NEWMAN, Peter; (eds) „The New Palgrave – A Dictionary of Economics“ Volume 2, S. 460-479 1987, London/New York/Tokyo

BECKMANN, Rasmus: „Clausewitz trifft Luhmann“ 2011, Wiesbaden

HARSANYI, John C.: „Games with Incomplete Information“ Nobel Lecture, December 9, 1994 http://nobelprize.org/nobel_prizes/economics/laureates/1994/harsanyi-lecture.pdf 27-02-2009 19:36 Uhr

HAYWOOD, Oliver G.: „Military Decision and the Mathematical Theory of Games“ in: Air University Quarterly Review 1950 (1), S. 17-30

KESSEL, Eberhard (Hrsg.): „Carl von Clausewitz – Strategie aus dem Jahr 1804 mit Zusätzen von 1808 und 1809“
1937, Hamburg

POMMERIN, Reiner (edt): „Clausewitz goes global. Carl von Clausewitz in the 21st Century“ 2011, Berlin

ROTHFELS, Hans: „Zwei strategische Briefe von Clausewitz“ in: *Wissen und Wehr* 1923 (3), S. 159-178

SCHELLING, Thomas: „The Strategy of Conflict“ 1960, Cambridge (Mass.)

SCHELLING, Thomas: „A Framework for the Evaluation of Arms-Control Proposals“ in: *Dædalus* 1975 (3), S. 187-200

SCHELLING, Thomas: „Choice and Consequence“ 1984, Cambridge (Mass.)/London

VON CLAUSEWITZ, Carl: „Bekanntnisdenschrift (1812)“ in: *ROTHFELS, Hans* (Hrsg.) „Carl von Clausewitz: Politische Schriften und Briefe“ 1922, München

VON CLAUSEWITZ, Carl: „Strategie“ (herausgegeben von Eberhard KESSEL) 1937, Hamburg

VON CLAUSEWITZ, Carl: „Bemerkungen über die reine und angewandte Strategie des Herrn von Bülow“ 1805, Neue Bellona, Neunter Band, S. 252-287; hier: Nachdruck in *Wehrwissenschaftliche Rundschau*

NOHN, Ernst A.: „Der zeitgemäße Clausewitz“ 1956, Beiheft 5, S. 9-23 *VON CLAUSEWITZ, Carl* „Hinterlassene Werke des Generals Carl von Clausewitz über Krieg und Kriegführung – Der Feldzug von 1796 in Italien“ Vierter Band 1833, Berlin ftp://ftp.bnf.fr/008/N0086501_PDF_1_-1DM.pdf08-12-2011 11:18 Uhr

VON CLAUSEWITZ, Carl: „Hinterlassene Werke des Generals Carl von Clausewitz über Krieg und Kriegführung – Der Feldzug von 1812 in Russland, ...“ Siebenter Band 1835, Berlin ftp://ftp.bnf.fr/008/N0086504_PDF_1_-1DM.pdf13-11-2010 16:28 Uhr

VON CLAUSEWITZ, Carl: „Vom Kriege“ 1980 (19. Auflage), Troisdorf

VON CLAUSEWITZ, Carl: „Schriften – Aufsätze – Studien – Briefe“ Zweiter Band (in zwei Teilbänden) (herausgegeben von Werner HAHLWEG) 1990, Göttingen

VON NEUMANN, John: „Zur Theorie der Gesellschaftsspiele“ in: *Mathematische Annalen* 1928 (Band 100), S. 295-320

VON NEUMANN, John; MORGENSTERN, Oskar: „Theory of Games and Economic Behavior“ 1944 (1st edition), Princeton

Krise – Konflikt – Krieg

Syrien als Beispiel für multiple Kollisionen von Interessen

Klaus Olshausen

Einleitung

Seit März 2011 hat sich im beginnenden sog. „arabischen Frühling“ aus der nach Freiheiten rufenden Opposition gegen das repressive Assad-Regime ein äußerst verlustreicher Bürgerkrieg entwickelt. Dabei hat Baschar al Assad sehr früh, wenn nicht von Anfang an, die gewaltsame Unterdrückung jeder Opposition betrieben. Innerhalb und außerhalb der Opposition haben sich daraufhin inzwischen zahlreiche Rebellengruppierungen – auch eine „freie syrische Armee“ - gebildet, die sich mit unterschiedlichen Mitteln der Gegen-Gewalt zu widersetzen versuchen und letztlich den Sturz des Assad-Regimes als (erstes) Ziel haben.



Zerstörungen in der Stadt Homs

Seit Beginn dieser Entwicklung ist die internationale Staatengemeinschaft, u.a. im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNSC), zu einem geschlossenen, entschlossenen und wirksamen Handeln gegen das Vorgehen von Assad nicht willens und in der Lage.

Für die dynamische, komplexe und vielfältig komplizierte Entwicklung der vergangenen Monate ergeben sich ebenso unterschiedliche wie gegensätzliche Analysen beteiligter Akteure und der ihr Handeln leitenden Faktoren.¹

Dabei ist von wesentlicher Bedeutung zu erkennen, dass neben den handelnden Akteuren in Syrien selbst sowohl Nachbarstaaten und weitere benachbarte Akteure als auch regionale Mächte und Mächtekonstellationen auf die Entwicklung Einfluss nehmen. Dieses Gewebe von Handelnden wird zusätzlich vermascht durch Staaten außerhalb der Region, insbesondere die Großmächte USA und Russland, aber auch China sowie - direkt und mit der Türkei - z.B. Frankreich.

Solche unübersichtlichen Wirklichkeiten machen es einerseits verständlich, dass Analysten in Wissenschaft und Politikberatung sich nach Theorien oder Erklä-

rungsmustern umsehen, um diese Wirklichkeit analytisch zu reduzieren und so Einflussfaktoren zu identifizieren, die zur Erklärung des Geschehenen, aber auch zur Beratung für weiteres Handeln von Akteuren dienlich sein können.

Zwei dieser Versuche seien hier kurz skizziert, um dann mit den Einsichten und Methoden von Carl von Clausewitz einen eigenen Erklärungs- und ggf. Beratungsweg aufzuzeigen.

Ein geostrategischer Deutungsversuch

In der FAZ vom 25.07.12 hat der Historiker Hans-Christof Kraus den Blick von einer menschenrechtsgetriebenen Sichtweise gegen das brutale Vorgehen des Assad-Regimes auf geostrategische Ordnungsvorstellungen gerichtet. Er beginnt mit kurzen Hinweisen auf die geopolitischen Maximen einerseits des Amerikaners Alfred T. Mahan (1840 – 1914) mit der „Unangreifbarkeit global agierender Seemächte“ und andererseits des Briten Halford Mackinder (1861 – 1947) mit der „Unterlegenheit der maritimen Weltmächte“. Die Gedanken des letzteren zum Vorteil des Großkontinents Europa – Asien – Afrika wegen des überwiegenden Anteils an der Weltbevölkerung und der auf der Erde verfügbaren Ressourcen münden in der sog. „Herzland“-Theorie. Danach könnten die angelsächsischen Seemächte nicht mehr als künftige Herrscher der Welt agieren sondern eher diejenige Macht/Mächtegruppierung, die dieses „Herzland“ vollständig kontrollieren könnte. In der Abwendung einer solchen Entwicklung sieht er den wesentlichen Grund für den Kampf Amerikas und Großbritanniens gegen die beiden auf das „Herzland“ zielenden Achsenmächte Deutschland und Japan.

Diesen Blick auf geostrategische Weltordnungsparameter setzt er mit zwei weiteren fort, die er dann zur Erläuterung der amerikanischen und russischen Politik im Fall Syrien heranzieht.

Zum einen sieht er in den Aussagen von Nicholas Spyckman (1893 – 1943), der den Blick vom Herzland des Großkontinents auf das „Randland“ (rimland) richtet, das von Skandinavien über Mitteleuropa, die Türkei, die arabischen und vorderasiatischen Länder und Indien bis hin nach Indonesien, Ost- und Nordchina und Korea reicht. Wer, so Spyckman, diese kontrolliere, sei der „Herr der Erde“ oder könne doch anderen Mächten auch traditionellen Seemächten seinen Willen aufzwingen. Es seien, so Kraus, u.a. diese Analysen gewesen, die wesentlich eine Staatsräson der USA nach 1945 geprägt haben, weg von Isolati-

onismus hin zu aktiver Weltpolitik, insbesondere in jener breiten „Randland“-Zone zwischen Finnland im Westen und Korea im Osten.

Die geopolitisch-völkerrechtliche Gegentheorie erkennt Kraus in einer erneuerten Form der Monroe Doktrin und nutzt dafür den Titel einer Schrift von Carl Schmitt (1888 – 1985): „Völkerrechtliche Großraumordnung und Interventionsverbot für raumfremde Mächte“.

Kraus braucht diesen langen Vorlauf, um nun mit Blick auf Syrien einerseits festzustellen, dass die USA ein solches Interventionsverbot außerhalb der amerikanischen Hemisphäre weder anerkannt noch respektiert haben, wenn es gegen eigene Interessen gerichtet war.

Andererseits sähen sich die Russen – und mit Ihnen die Chinesen in einem gemeinsamen Kondominat über den südasiatischen Raum und so könne, laut Kraus, ihr dreimaliges striktes Nein im Sicherheitsrat gegen ein Eingreifen westlicher Mächte in Syrien sehr wohl als ein wenigstens angedeutetes Interventionsverbot für raumfremde Mächte, v.a. der USA angesehen werden.

Diese, so Kraus weiter, könnten ein solches Verbot kaum akzeptieren und diese Regionen des „Randlandes“, nicht ihrem Schicksal – schon gar nicht den beiden asiatischen Weltmächten überlassen. Er beendet seinen Beitrag mit dem Hinweis, dass die Würfel noch nicht gefallen seien. Aber man könne an Ausmaß, Verlauf und bald eintretenden Folgen des Syrienkonflikts die gegenwärtige Verteilung weltpolitischer Machtpotentiale ablesen.

Eine faktorentwickelter pluraler Deutungsversuch

Diesem auf die Weltmächte und geostrategische Theorien konzentrierten Erklärungsversuch erteilen Pia Fuhrhop und Markus Kaim in einer direkten Replik (FAZ Nr. 197, 24.08.12) eine unnachgiebige Absage. Sie konstatieren, dass Handeln und Nichthandeln externer Mächte in der komplizierter gewordenen Welt des 21. Jahrhunderts nicht mit geopolitischen Analysen des frühen 20. Jahrhunderts ergründet werden können. Dabei schießen sie allerdings über das Ziel hinaus, wenn sie geopolitische Analysen auf das Zeitalter des Imperialismus und Kolonialismus mit seinem Balancestreben zwischen Großmächten und dem Vorrang des Staates in der internationalen Politik einschränken wollen. Sie begründen dies damit, dass militärische Interventionen von Großmächten nicht mehr zur dauerhaften Kontrolle von Territorien geführt werden, Großmacht-

handeln heute durch internationale Normen – wenn auch lückenhaft – bisweilen doch wirksam begrenzt werde und schließlich nichtstaatliche Akteure eine immer größere Rolle in der internationalen Politik spielen. Mit fünf Thesen wollen sie zeigen, dass Ansätze der Geopolitik (wohl à la Mackinder / Spyckman) für eine so ernste und vielgestaltige Krise wie in Syrien kein nützliches Analyseinstrument seien.

1. Heute spielen die regionalpolitischen Determinanten neben und für das Handeln der Großmächte eine nicht zu unterschätzende Rolle. Staaten der Region (z.B. Katar, Saudi-Arabien, Iran) haben eigene Interessen, agieren nicht als reine Stellvertreter und werden für die politische Ordnung in Syrien und der Region wahrscheinlich wichtiger sein als Peking, Moskau und Washington.

2. Die Konfliktlinien in Syrien zeigen, dass neben Staaten v.a. Bürger gegen eine bestehende repressive Ordnung aufstehen und dass mit Hervortreten des Konflikts z.B. zwischen sunnitischen und schiitischen Bevölkerung die Bedeutung transnationaler Gruppierungen für den Nahen und Mittleren Osten steigt. Die Großmächte müssen diesen unterschiedlichen Ordnungsvorstellungen Rechnung tragen, wenn sie eigenen Einfluss in Syrien/der Region geltend machen wollen.

3. Neben der regionalen und innersyrischen Dynamik wird über ein Machtgleichgewicht der Großmächte nicht mehr nach den Kategorien der Balance im Kalten Krieg entschieden. Vielmehr werden alle drei Instrumentenfelder: Zivilmacht, Militärmacht, Wirtschaftsmacht in die Waagschale zu werfen sein, wenn es darum geht den innersyrischen Bürgerkrieg und die nachfolgende Ordnung des Landes und der Region zu beeinflussen.

4. Die amerikanische Haltung zu militärischen Interventionen hat weniger mit Geografie oder Raumordnungen zu tun als mit den innenpolitischen Gegebenheiten. Die Dynamik des Präsidentschaftswahlkampfes, die wirtschaftliche Rezession, große Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung und der Eliten erschweren ein militärisches Eingreifen selbst dann, wenn wie in Syrien amerikanische Sicherheitsinteressen berührt sind. Abwesender internationaler Konsens und Fehlen eines seriösen syrischen Kooperationspartners lassen ein Gewinnen öffentlicher Unterstützung in den USA kaum möglich erscheinen.

5. Internationale Normen begrenzen und ermöglichen Großmachthandeln der Weltpolitik. Libyen sei ein Beispiel, dass auch China und Russland nicht (mehr)

grundsätzlich eine Intervention im Sinne der Schutzverantwortung ablehnen. Die Skepsis in Russland und China gegenüber humanitären Interventionen würde nicht bedeuten, dass sie einer möglichen westlichen Intervention (militärisch) entgegentreten. Andererseits stellt auch die Regierung Obama Normen in Rechnung, wenn sie sich um die Legalisierung des Handelns durch eine Resolution des UNSC bemüht.

Fuhrhop und Kaim wollten erklärterweise keine umfassende Analyse der Krise in und um Syrien vornehmen, sondern das rein geostrategische Element von Kraus als das Erklärungsmodell des Handelns der Großmächte entkräften. Und sie haben dazu eine Reihe von Facetten der heutigen Lage angerissen und beschrieben.

Dass diese komplexe dynamische Entwicklung in und um Syrien mit Einsichten und Methoden eines Soldaten und Philosophen des frühen 19. Jahrhunderts nüchtern und sachlich analysiert werden kann, wird im Folgenden versucht werden aufzuzeigen.

Die Syrienkrise, ein Deutungsversuch mit den Einsichten und Methoden von Carl von Clausewitz

Bei diesem Vorgehen wird akzeptiert, dass diese Krise durch besonders dynamische, komplexe Entwicklungen auf unterschiedlichen Handlungsebenen und in verschiedenen Handlungsrahmen gekennzeichnet ist. Wie beim „kriegerischen Handeln“ ist auch in dieser Krise die „lebendige Reaktion“, d.h. die Wechselwirkung von Handeln und Gegen-Handeln (mit)bestimmend, und dies bei zahlreichen Akteuren, die auf geographisch, funktional und institutionell verschiedenen Handlungsebenen tätig werden. Berücksichtigt man die Erkenntnis von Clausewitz, wonach „die Wirkung, welche irgendeine Maßregel auf den Gegner hervorbringt, das Individuellste ist, was es unter allen Datis des Handelns gibt“ (S. 108²), wird offensichtlich, was das bei einem ganzen Bündel von zum Teil gemeinsam zum Teil unabhängig und zum Teil gegeneinander Handelnden für die eigene Urteilsfähigkeit in Analyse wie Aktion bedeutet.

Bezeichnet man die Vorgänge in Syrien selbst als das Kerngebiet der Krise, dann reihen sich darum

- die direkten Nachbarstaaten,
- weitere regionale Mächte, dabei institutionell die Arabische Liga, sodann

- im internationalen Rahmen die Vereinten Nationen (VN), v.a. mit dem Sicherheitsrat (UNSR), die Europäische Union (EU), aber dann auch und insbesondere
- die Großmächte, v.a. die USA, Russland und China, aber auch einige Mittelmächte, wie z.B. Frankreich mit eigenen Interessen und Handlungsoptionen.

Um dieses Krisengeflecht analytisch zu durchdringen, können die Einsichten und Methoden von Carl von Clausewitz eine sinnvolle Vorgehensweise nahelegen.

1. Dabei bildet das schon erwähnte Element der „lebendigen Reaktion“ in dieser Krise auf mehreren Ebenen, die sich auch gegenseitig beeinflussen, eine wichtige Rolle. Das Handeln/Nichthandeln und das Gegen-Handeln lassen sich als Analysekategorie auf die einzelnen Akteure und Akteursgruppen anwenden.

2. Da das Urteil über die anhaltende Krise und das sinnvolle eigene Handeln „nur aus dem Gesamtüberblick aller Verhältnisse entstehen kann“ (S. 659), bieten sich die Schritte einer Lagebeurteilung an, wie sie Clausewitz im achten Buch „Vom Kriege“ erläutert. Diese wird umso komplexer, aber auch notwendiger, als in der Krise um Syrien eine Mehrzahl gegnerischer Akteure auftritt, die jeweils verschiedene örtliche, regionale, aber auch geopolitisch wichtige Verbündete haben. Das bedeutet, dass unter den Gegebenheiten einer wesentlich globalisierteren Welt die politischen Verbindungen anderer Staaten/Akteure und die Wirkung eigenen Handelns in der Krise auf diese mit betrachtet werden müssen.

3. Für alle Akteure/Akteursgruppen kann die systematische Abklärung der Zweck – Ziel – Mittel Relationen, die im Werk von Clausewitz eine zentrale Bedeutung haben, erhellen, ob Zwecke benannt und Ziele verfolgt werden sollen, für die die vorhandenen Mittel nicht adäquat sind, nicht ausreichen oder wo der Wille fehlt, verfügbare Mittel tatsächlich einzusetzen.

4. Wenn Clausewitz nach seiner begrifflichen Klärung des absoluten Krieges und der Analyse der realen Kriege in der wirklichen Welt, festhält: „Der Krieg ist ... ein wahres Chamäleon weil er in jedem Falle seine Natur etwas ändert“ (S. 48), dann gilt dies für krisenhafte Entwicklungen wie in und um den blutigen syrischen Bürgerkrieg in noch stärkerem Maße. Das kann am Verlauf der Krise seit dem Frühjahr 2011 anschaulich dargestellt werden.

5. Zur Analyse der besonders aktiven, auch gewichtigen agierenden staatlichen und nichtstaatlichen sowie internationalen Akteure, aber ebenso für die wenig aktiven, eher deklaratorisch auftretenden kann das Untersuchen der Elemente ursprünglicher Feindschaft, des Raums von Wahrscheinlichkeiten und Zufällen sowie des politischen Werkzeugs mit rationalem wie irrationalem Handeln wichtige Einschätzungen und Perspektiven für deren künftiges Vorgehen ergeben. Clausewitz fasst diese im Kriege – und wir sagen auch in der konfliktreichen Krise – „herrschenden Tendenzen“ als „wunderliche Dreifaltigkeit“ zusammen.

Wenn Clausewitz nach seiner begrifflichen Klärung des absoluten Krieges und der Analyse der realen Kriege in der wirklichen Welt, festhält: „Der Krieg ist ... ein wahres Chamäleon weil er in jedem Falle seine Natur etwas ändert“ (S. 48), dann gilt dies für krisenhafte Entwicklungen wie in und um den blutigen syrischen Bürgerkrieg in noch stärkerem Maße.

6. Für das Verständnis dieser Krise ist auch bedeutsam, dass Clausewitz den Krieg nach umfangreichen Überlegungen als wesentlichen Teil des gesellschaftlichen Lebens zuordnet, „ein Konflikt großer Interessen, der sich blutig löst und nur darin ist er von den anderen verschieden“. Und wer würde den blutigen Bürgerkrieg in Syrien nicht als einen Konflikt großer gesellschaftlicher Interessen einordnen.

Diese wenigen Hinweise machen deutlich, dass jeder einzelne Akteur, aber auch die Gesamtlage damit untersucht und beurteilt werden können, um zusätzliche perspektivische Orientierungen für absehbare Entwicklungen zu erarbeiten.

Im Folgenden kann diese Vorgehensweise nur exemplarisch aufgezeigt werden, da eine Betrachtung aller Akteure den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde. Neben den Großmächten USA und Russland wird das Verhalten der Türkei als betroffener Nachbar, sowie das Vorgehen der EU und beispielhaft Frankreichs dargestellt werden.

Syrien im Bürgerkrieg

An vorderster Stelle des Konflikts stehen allerdings das Assad Regime und die Opposition mit den verschiedenen Rebellengruppen, die dem brutalen Vorgehen des Regimes mit Gegengewalt (bei ungleichen Mitteln) entgegenwirken und seinen Sturz herbeiführen wollen.

Das Regime wie die Rebellen werden von Leidenschaft, ja Hass zum Handeln motiviert. Beide kalkulieren die Wahrscheinlichkeiten für das Erreichen ihres

politischen Zwecks (Machterhalt durch Zerschlagung der Rebellen, Sturz des Regimes als Voraussetzung für eine neue politische Ordnung) und daraus folgend die jeweiligen Ziele für die nichtmilitärischen sowie militärischen/gewalttätigen Mittel, die sie zur Anwendung bringen können.

Insbesondere bei den oppositionellen Gruppen haben sich seit Beginn der Krise erhebliche Verschiebungen, ja drastische Veränderungen ergeben. Von den Demonstrationen für mehr Freiheiten und Mitbestimmung im eigenen Staat haben sich vor allem religiöse Unterschiede zu neuen Konfliktlinien verdichtet, die die

Insbesondere bei den oppositionellen Gruppen haben sich seit Beginn der Krise erhebliche Verschiebungen, ja drastische Veränderungen ergeben. Von den Demonstrationen für mehr Freiheiten und Mitbestimmung im eigenen Staat haben sich vor allem religiöse Unterschiede zu neuen Konfliktlinien verdichtet, die die Gewalt befördern.

Gewalt befördern. Das gilt insbesondere für die Beteiligung extremistischer Islamisten, wie die Terrorgruppen um Al Qaida. Hier bedarf es wichtiger Aufklärung und nachrichtendienstlicher Arbeit, wenn die von außen einwirkenden Akteure ein für ihre eigenen Maßnahmen in dieser Krise möglichst zutreffendes Lagebild über veränderte Zwecke, Ziele und verfügbar gemachte Mittel erstellen und sach-

gerechte Entscheidungen treffen wollen. Clausewitz hat solche Entwicklungen im Blick gehabt, wenn er schreibt, dass „die ursprünglichen Absichten im Laufe des Krieges [der gewaltsamen Krise, d. Verf.] sehr wechseln und zuletzt ganz andere werden können, eben weil sie durch Erfolge und durch die wahrscheinlichen Ergebnisse mitbestimmt werden“ (S.50).

Das Assad-Regime hat all seine verfügbaren militärischen Mittel zum Einsatz gebracht [außer chemischen/biologischen Waffen] und verspricht sich offensichtlich aus der Asymmetrie seiner verfügbaren Luftmacht gegenüber den Rebellen besondere Vorteile. In einer solchen Situation, wo der eine den anderen im Gegen-Handeln weiter bis zum Äußersten drängt, können, ja wollen beide Seiten z.B. die Minimierung von zivilen Kollateralschäden nicht mehr zur Grundlage ihres Einsatzes machen. „Es geht jetzt um die ganze Macht“, konstatiert W.G. Lerch in der FAZ am 19.07.12.

Bei aller Ungleichheit der Kräfte und Mittel sind beide Gegner (auch noch im Frühjahr 2013) überzeugt, dass sie ihr(e) Ziel(e) erreichen können. Dabei spielt neben der Einschätzung der eigenen und gegnerischen Kräfte und Verhältnisse auch die Beurteilung der Verbindungen und der Unterstützung durch jeweils andere Staaten und Organisationen – ganz im Sinne der Lagebeurteilung nach Clausewitz (S. 659) eine wesentliche Rolle.

Die Türkei im Kontext des Syrienkonflikts

Die Außenpolitik der Regierung Erdogan stand in den Jahren vor Beginn der Arabellion unter dem Grundsatz: Null Probleme (mit den Nachbarn der Türkei). Diese Perspektive schien sich mit der ersten Phase des „arabischen Frühlings“ noch zu verbessern. Denn die Türkei konnte sich selbst und wurde von anderen durchaus als Modell für einen (einigermaßen) demokratischen Staat mit überwiegend muslimischer Bevölkerung gesehen. Allerdings waren schon zu diesem Zeitpunkt die Beziehungen zum Iran und Irak keineswegs spannungsfrei.

Die Entwicklung in Syrien seit März 2011 stellte die Türkei frühzeitig vor die Frage, ob und wie lange sie Assad (zu dem Erdogan zuletzt ein enges persönliches Verhältnis hergestellt hatte) und sein Regime unterstützen oder dulden könne. Vom März 2011 mit dem Aufruf an Assad, Reformen vorzunehmen und ihn dann zu unterstützen, über die Warnung, im November, dass Assad sich mit Panzern und Kanonen nicht dauerhaft halten kann, spitzte sich der Gegensatz zum Assad-Regime im Sommer mit einem Raketenbeschuss von syrischer Seite auf einen Ort in der Türkei entscheidend zu.

Der politische Zweck eines stabilen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisses mit Syrien war mit bisherigen Mitteln nicht (mehr) erreichbar. Es gilt für die weiteren Maßnahmen die emotionale Orientierung in der eigenen Bevölkerung zu berücksichtigen und eigene Ziele mit den verfügbaren Mitteln in Einklang zu bringen. Dabei bilden die Entwicklung der Kurden in Syrien – wie im Irak, die Kämpfe zwischen Rebellen und Regime in unmittelbarer Grenznähe und die sich zuspitzende Lage der wachsenden Flüchtlingszahl die unmittelbar wirkenden Parameter. Mit Blick auf seine Bevölkerung weiß der türkische Ministerpräsident, dass sie keinen Krieg gegen Syrien will. Andererseits erwartet sie klare und harte Positionen bei militärischen Übergriffen aus Syrien und das Verhindern verstärkter PKK Aktionen in der Türkei von Basen in der Kurdenregion Nord-Syrien. Das seit über einem Jahr bestehende und nun verstärkte Ziel einer Abdankung oder einer Ausschaltung Assads kann die Türkei mit eigenen Mitteln allein nicht erreichen. Für das erste benötigt sie die internationale Unterstützung, für das zweite eine wachsende gemeinsame Handlungsfähigkeit der Rebellen, möglichst unter der neu gebildeten Nationalkoalition und der „freien syrischen Armee“. Die heftige öffentliche Kritik Erdogans am UN Sicherheitsrat

Die Entwicklung in Syrien seit März 2011 stellte die Türkei frühzeitig vor die Frage, ob und wie lange sie Assad (zu dem Erdogan zuletzt ein enges persönliches Verhältnis hergestellt hatte) und sein Regime unterstützen oder dulden könne.

Mitte Oktober 2012 unterstreicht, dass er sich dieser Abhängigkeit bewusst ist. Das gilt auch für die NATO, die die Südgrenze der Türkei für gleichermaßen schützenswert erklärt wie alle Außengrenzen der NATO, zugleich aber es bei diplomatischer Erklärung der Solidarität belässt und auf türkische Besonnenheit und Deeskalation setzt. Ohne internationale Verhandlungsfortschritte, ohne internationale Flug- und Panzerverbotzonen und/oder wenigstens die Einrichtung von Schutzzonen bleiben Erdogans Mittel, zum Ende des Assad Regimes beizutragen, eng begrenzt. Und je mehr Assad die Kurden zur Unterstützung der PKK und Eigenständigkeit ermutigt oder gar zu grenzüberschreitenden Aktivitäten umso schwieriger wird die Lage für die Regierung Erdogan. Er wird dann auch in Nord-Syrien – wie schon im Nord-Irak - nicht um luft- und bodengestützte Einsätze gegen PKK oder andere terroristische Zellen herumkommen, um den Erwartungen seines Parlaments und der Mehrheit seine Bevölkerung zu entsprechen. Ob es klug war, in dieser schwierigen Lage, mit Blick auf die erfolgte Eintrübung des Verhältnisses zu Russland, ein Flugzeug aus Moskau mit russischen Passagieren und Militärgesamt für Syrien in Ankara zur Landung zu zwingen, wird die weitere Entwicklung zeigen müssen.

Versucht man ein Zwischenfazit, kann festgehalten werden, dass die Türkei auf ihrem Weg zur maßgeblichen Regionalmacht zurückgeworfen worden ist. Sie muss vielmehr alle internationalen Organisationen wie UN, NATO und Arabische Liga, zum Handeln bringen und zusätzlich bilateral viele Staaten zur Unterstützung der Rebellen auch über türkisches Territorium gewinnen, um den Weg zu einer politischen Neuordnung in Syrien zu beschleunigen und in jedem Fall eine übergroße Autonomie oder gar Selbständigkeit der Kurden im Norden zu verhindern. Es sind vor allem die USA und Frankreich, die in diesem Fall öffentlich wie verdeckt türkische Aktivitäten unterstützen und über die Türkei selbst aktiv werden.

Die Vereinigten Staaten von Amerika

Die gewalttätige Niederschlagung der Demonstrationen durch Assad und sein Regime seit März 2011 und sein Krieg gegen die Rebellen, die er als Terroristen anklagt, und die eigene Bevölkerung führten die Obama Administration, insbesondere im Wahljahr in ein Dilemma.

Während die USA wie die EU und viele weitere Staaten im Westen und in der arabischen Welt sehr früh die Abdankung Assads forderten als Voraussetzung für einen politischen Dialog hatten sie ihre Mittel von vorneherein auf die nicht-

militärischen begrenzt. Dies lag vor allem darin begründet, dass es bei allem Abscheu vor der Gewalt Assads gegen seine Bevölkerung in der amerikanischen Bevölkerung, der Öffentlichkeit und im Kongress keine Untersetzung für ein eigenes militärisches Eingreifen in die syrische Krise und dann noch weniger in den inzwischen stattfindenden Bürgerkrieg gab – und gibt. Formal blieben solche Überlegungen auch deshalb theoretisch, weil die russische und chinesische Position im UN Sicherheitsrat jede denkbare Resolution für einen wie auch immer begrenzten Einsatz nach Kapitel VII der UN-Charta in der Syrien Krise ausschloss.

Für die USA ging es nicht um ein direkt gegen sie gerichtetes Gegen-Handeln. Die Fragen nach dem politischen Zweck in dieser inzwischen zum Bürgerkrieg gesteigerten Krise mit direkten Gewaltaktionen auch im Libanon, Jordanien und in der Türkei ergeben sich aus der Gesamtlage der Region und den Positionen der anderen Großmächte im UNSR. Der Schutz der Zivilbevölkerung, der in der Libyen Krise zum ersten Zweck avancierte blieb hier weitgehend im Deklaratorischen. Wichtiger wurden der Zweck der Begrenzung/Eindämmung des Konflikts und dann die Bildung einer neuen politischen Ordnung in Syrien. Es waren und sind v.a. drei Entwicklungen, die die USA im eigenen und geopolitischen Interesse bei Zwecken und Zielen im Auge haben (müssen): Erstens die Gefahr eines „failed state“ oder eines islamistischen Syriens; zweitens den möglichen Zugriff von Al Qaida Kräften auf das chemische Waffenarsenal Syriens und drittens der Einsatz von chemischen Waffen durch Assad gegen seine Bevölkerung. Wesentliches Ziel in der Krise war sehr früh und bleibt die Abdankung/Ausschaltung von Assad. Das Maß der Mittel, um die Zwecke und das erste Ziel zu erreichen, wurde sehr früh auf die nichtmilitärischen begrenzt. Das gilt immer noch für eine klare Begrenzung der direkten Unterstützung der Opposition/Rebellen auf „non lethal“ Mittel, in der Tat weitgehend auf Kommunikations- und Führungsmittel und nachrichtendienstliche Information aus und in unterschiedliche Kanäle der Rebellen und Milizen.

In der Krise gilt die Einsicht von Clausewitz, dass die ursprünglichen Absichten im Verlauf sehr wechseln und zuletzt ganz andere werden können, eben weil sie durch Erfolge/Misserfolge und durch die wahrscheinlichen Ergebnisse mitbestimmt werden.

Ob Obama seine Ziele und Mittel der Krisenbewältigung in und um Syrien nach seiner gelungenen Wiederwahl neu fassen wird, bleibt abzuwarten. Richard Cohen stellte in der Washington Post vom 14.08.2012 fest: Alle schrecklichen Dinge, die bei einer U.S. Intervention hätten eintreten können, geschehen jetzt:

Vom Aufstand zum Bürgerkrieg, Nachbarländer sind einbezogen, eine Flüchtlingskrise steigt weiter, Dschihadisten sind Teil des Kampfgetümmels, der Todeszoll steigt inzwischen auf über 40.000 und mehr. Das Schlimmste sei eingetreten, vielleicht weil die Besten nicht handelten, so Cohen³. In der Krise gilt die Einsicht von Clausewitz, dass die ursprünglichen Absichten im Verlauf sehr wechseln und zuletzt ganz andere werden können, eben weil sie durch Erfolge/Misserfolge und durch die wahrscheinlichen Ergebnisse mitbestimmt werden. (S. 50)

Nach dem 6. November wird eine zurückhaltende, ja ablehnende Haltung in der Bevölkerung für ein aktives, robusteres Handeln in der Syrienkrise nicht mehr kurzfristige Auswirkungen auf Wahlentscheidung haben können. Und es mag kein Zufall sein, dass am Tag nach der Wahl zu hören ist, dass die Türkei in Brüssel Flugabwehreinheiten von NATO Staaten an die Südgrenze der Türkei beantragt. Zwei Wochen später steht dies in der Allianz zur Entscheidung.

Neben politischen Initiativen mit der Opposition in Syrien und Ländern der Region werden auch erneut Anläufe zu erwarten sein, um Russland und China zu gemeinsamem Handeln im UNSR zu bewegen. Denn die oben genannten drei Entwicklungen sind auch für Russland mit hohem Risiko verbunden und können Putin zu einer neuen Beurteilung veranlassen.

Die Russische Föderation

Russlands Veto gemeinsam mit China gegen jede klare Verurteilung des Assad-Regimes beruht in erster Linie darauf, dass Assad der letzte russische Verbündete am Mittelmeer und im Mittleren Osten ist – und möglichst bleiben soll. Allerdings benutzt Russland als Begründung das völkerrechtliche Argument gegen Intervention in die inneren Angelegenheiten, den Hinweis, dass der Westen das Libyen-Mandat zum Schutz der Zivilbevölkerung zum Regime Wechsel missbraucht hat, und die Feststellung, dass die Rebellen und Terroristen für die Gewalt mit verantwortlich sind. Deshalb sei eine einseitige Verurteilung des Assad-Regimes nicht akzeptabel. Mit dieser Position hat Putin das massive Vorgehen Assads faktisch unterstützt und „entschuldigt“.

Auch für Russland geht es in dieser Krise nicht um ein direkt gegen es gerichtetes Gegen-Handeln. Allerdings ergeben sich für Russland die Fragen nach dem politischen Zweck in der zum syrischen Bürgerkrieg eskalierten regionalen Gesamtlage vorrangig dadurch, wie es gelingen kann, den Flottenstützpunkt in

Tartus und damit einen machtpolitischen Fußabdruck an der Mittelmeerküste aufrechtzuerhalten. Bisher versuchen die Russen, dies durch politischen Schutz Assads gegen Sicherheitsresolutionen und das weitere, möglichst unauffällige Beliefern Syriens mit militärischem und anderem Nachschub. Das Ziel politischer Verhandlungen der Konfliktparteien zur Krisenbewältigung unter Einchluss Assads ist risikoreich. Denn alle Oppositionsgruppen und Rebellen lehnen dies ab und Assad und seine Kräfte haben erhebliche Schwierigkeiten sich der Angriffe mit durchschlagendem Erfolg zu erwehren.

Wenn das schief geht, kann sich Russland einer neuen politischen Ordnung gegenübersehen, in der diejenigen Gruppen ausschlaggebend sind, die die russische Unterstützung des brutalen Handelns von Assad bzw. dessen Entschuldigung mit dem Kampf gegen terroristische Kräfte nicht vergessen haben werden.

Es ist schwer auszumachen, ob die russische Regierung die Wahrscheinlichkeiten künftiger Entwicklungen realistisch beurteilt, und welche Entscheidungspunkte sie vorgesehen hat, wenn die Lage für Assad sich negativ entwickelt. Zurzeit erweckt sie den Eindruck, dass sie alles auf die Karte eines politischen Verhandlungsprozesses unter Beteiligung von Assad setzt. Und mit dieser Position nimmt sie nicht nur die unabsehbaren Gewaltaktionen des Assad Regimes mit ständig steigenden Opferzahlen in Kauf, sondern sie gerät in der internationalen Gemeinschaft ins Abseits. Frau Clinton machte schon im Februar 2012 klar, dass Moskau mit seiner Position mitverantwortlich wird für weitere Massaker – z.B. im Juli 2012 in Aleppo. Und der Vizeaußenminister von Katar wird mit der Bemerkung zitiert, dass die russische Rückendeckung für Assad „eine Lizenz zum Töten“ sei.

Wenn das schief geht, kann sich Russland einer neuen politischen Ordnung gegenübersehen, in der diejenigen Gruppen ausschlaggebend sind, die die russische Unterstützung des brutalen Handelns von Assad bzw. dessen Entschuldigung mit dem Kampf gegen terroristische Kräfte nicht vergessen haben werden. Auch ein islamistischer Staat oder gar für unbestimmte Zeit ein „failed state“ auf syrischem Territorium haben nicht nur Konsequenzen für eine russische Präsenz in Tartus, sondern auch Auswirkungen mit einer stärkeren Aktivität von Islamisten und transnationalen Terroristen in den muslimisch geprägten Republiken im Nordkaukasus und Asien. Es mag sein, dass dann und erst dann auch die Befindlichkeiten seiner eigenen Bevölkerung eine wichtige Rolle bei Putins Entscheidungen spielen werden. Es wird darauf ankommen, dass er mit dem Clausewitzschen „Takt des Urteils“ oder neudeutsch „sound judgement“ ausmacht, wann und wie sich die Natur der Krise ändert und sein eigenes Handeln danach anpasst. So kann es sein, dass ein gemeinsames Handeln im und mit

dem UNSC Russland eine künftige Präsenz seines Flottenstützpunktes ggf. eher sichern könnte als das Beharren auf einem sehr unwahrscheinlichen Ausgang unter Einbeziehung von Assad.

Frankreich

Bevölkerung und Regierung in Frankreich haben seit Beginn der Demonstrationen gegen Assad in syrischen Städten auf der Seite von Demonstranten, Opposition, Rebellen und der „freien syrischen Armee“ gestanden. Sehr früh wurde das mit der Forderung nach dem Rückzug von Assad verbunden, um eine neue politische Ordnung auf den Weg zu bringen.

Für Frankreich gab es neben den humanitären Herausforderungen das nationale Interesse, in der Levante mit einer von ihm beeinflussten/unterstützten politischen Neuordnung seinen Einfluss zu wahren.

Aber alle Anstrengungen, gemeinsam mit Großbritannien und den USA im UNSC eine Resolution zur klaren Verurteilung Assads zu erreichen, blieben erfolglos. Um ihren politischen Zweck zu verwirklichen, unterstützt die französische Regierung die Sanktionen der EU und setzt sich mit Nachdruck für die Bildung einer Übergangsregierung ein.⁴ Präsident Hollande hat früh nach seiner Wahl zum französischen Präsidenten im Mai erklärt, dass er diese dann sofort anerkennen würde, um der Bewegung gegen Assad weiteren Schwung zu verleihen. Im Zusammenhang mit dem Massaker im Sommer äußerte er auch – anders als z.B. der deutsche Außenminister – dass er militärische Maßnahmen gegen das Assad-Regime nicht ausschließe. Allerdings fügte er an, dass dazu eine Resolution des UNSC erforderlich sei. Damit hat er einen Teil seiner Bevölkerung „bedient“, konnte die „Schuld“ für Nichthandeln auf Russland und China „abladen“ und brauchte zugleich kein militärisches Mittel mit einem hohen Risiko einzusetzen. Dazu hat Bernard-Henri Lévy im August 2012 in der ZEIT geäußert, dass er den Hinweis auf das russisch-chinesische Veto nicht für ein Argument sondern ein Alibi hält. Er setzte sich in Frankreich dafür ein, dass eine Flugverbotszone (no fly-zone), eine Zone gegen Panzerbewegungen (no drive-zone) und eine Schutzzone (no kill-zone) in den Nordprovinzen Syriens eingerichtet werden. Letzteres wäre auch ein Mittel, um die Flüchtlingsbewegungen in die Türkei zu begrenzen. Die französische Regierung hat diese Krise in und um Syrien auch genutzt, um durch Zusammenarbeit mit der Türkei in kritischer Lage das durch die erklärte Ablehnung einer türkischen EU Mitgliedschaft getrübt Verhältnis zu verbessern. Hier kann man erkennen wie eine Vielzahl po-

litischer Zwecke sich in einer gegebenen Situation verfolgen, ja zielstrebig umsetzen lassen. Jedes Ausgreifen der Krise in den Libanon wird die französischen Aktivitäten interessengeleitet erhöhen. Denn hier liegt seit dem Ersten Weltkrieg ein Schwerpunkt französischer Einflussnahme. Ob die französische Regierung mit einer positiven Haltung und aktiven Unterstützung der syrischen Opposition und Rebellen die geschichtliche Verantwortung Frankreichs vergessen machen kann, 1919 ein unabhängiges Syrien verhindert zu haben, werden die weiteren Entwicklungen ergeben müssen. Nach Bildung der syrischen Nationalkoalition am 11. November 2012 hat Frankreich als erstes europäisches Land diese als einzige legitime Vertretung des syrischen Volkes anerkannt und sich für eine Lockerung des Waffenembargos eingesetzt, um mit Flugabwehrwaffen die befreiten Zonen gegen Angriffe von Assads Kampfflugzeugen und Hubschraubern zu verteidigen.

Die Europäische Union

„Assad hat keinen Platz in der Zukunft Syriens“ Diese Aussage von Catherine Ashton Anfang Februar 2012 im Europäischen Parlament bestätigt Forderungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten seit dem Frühjahr 2011. Der Konflikt in Syrien dauert nun fast zwei Jahre. Das Ziel, Assad „aus dem Spiel zu nehmen“ ist nicht erreicht und die „Militarisierung“ des Konflikts zu einem Bürgerkrieg mit schon über 40.000 Opfern und mehr als 200.000 Flüchtlingen in den Nachbarstaaten ist nicht gebremst.

Da die EU und ihre Mitgliedstaaten sehr früh in der sich entwickelnden Krise entschieden hatten, dass sie für ihren politischen Zweck, nämlich eine neue politische Ordnung nach demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen nach Assad, nur nichtmilitärische Mittel einsetzen würden, kommt das jetzige Szenario eines brutalisierten Bürgerkrieges nicht überraschend. „Reden, Reden, Reden“ lautete eine Überschrift in der ZEIT vor einigen Monaten. Die Schlussfolgerungen des Allgemeinen Rates der Außenminister und des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs bewegen sich in den Worten von Besorgnis, Empörung, Verurteilung und Warnung mit Blick auf die seit über 19 Monaten steigende Gewaltspirale. Die kontinuierliche Addition sog. Restriktiver Maßnahmen (Vermeidung des Wortes Sanktion) haben die EU ihrem Ziel, das Assad-Regime zu beenden und einen „Post-Conflict“ Prozess in Gang zu bringen, nicht näher gebracht. Die Politik mit nichtmilitärischen Mitteln, gekrönt durch den Verzicht, ja das Verbot Waffen an alle syrischen Parteien zu liefern, hat keine „beruhigende“ Wirkung gehabt. Andere Länder sind zur Bewaffnung

der Opposition in die Bresche gesprungen oder haben diese Chance für eigene politische und ökonomische Zwecke genutzt. Die Anregung Frankreichs, nach Bildung der Nationalkoalition aus unterschiedlichen Oppositions- und Rebellengruppen Anfang November 2012 Waffenlieferung an die Opposition zu ermöglichen, fand bei der EU und den MS skeptische bis ablehnende Aufnahme.

Die Politik mit nichtmilitärischen Mitteln, gekrönt durch den Verzicht, ja das Verbot Waffen an alle syrischen Parteien zu liefern, hat keine „beruhigende“ Wirkung gehabt. Andere Länder sind zur Bewaffnung der Opposition in die Bresche gesprungen oder haben diese Chance für eigene politische und ökonomische Zwecke genutzt.

Das zeigt, dass das Maß der Mittel, das die EU und ihre MS für das Ende der Herrschaft von Assad nutzen will, begrenzt bleibt, was zumindest eine Inkaufnahme vieler weiterer Opfer beinhaltet.

Der Eindruck hat sich verstärkt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten neben den begrenzten Maßnahmen zu humanitärer Hilfe, einigen unterstützenden Maßnahmen der Nachbarländer Türkei, Jordanien und Libanon, sich vor allem darauf konzentrieren, wie Syriens Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität nach Ende des blutigen Bürgerkriegs gewahrt und der zerbrochene Zusammenhalt der unterschiedlichen religiösen Gruppen der Bevölkerung wieder hergestellt werden kann.

Am Beispiel des Handelns der EU, die wie der Westen insgesamt, sich früh gegen eigene militärische Maßnahmen in Syrien entschieden hatte, weil diese nach ihrer Bewertung zu einer Destabilisierung der Region führen würden, ist erkennbar, dass sie nun erstens eher Beobachter des sich „Ausblutenlassens“ eines Bürgerkrieges ist und dass eben die negativen Folgen, die einem militärischen Eingreifen zugeordnet wurden, nun weitgehend eingetreten sind. Der Vorteil für die westlichen Staaten ist, dass keine eigenen Verluste zu beklagen sind, die Nachteile sind z.B., dass die mögliche Einflussnahme auf die gegnerischen Kräfte und Gruppen erschwert, wenn nicht verhindert wird, da andere Akteure, wie z.B. Saudi-Arabien und Qatar mit ihrer direkten Unterstützung der Rebellen sich eine günstigere Position verschafft haben.

Die weitere Entwicklung in Syrien und den benachbarten Staaten ist nicht exakt vorauszusehen. Es sind die Wahrscheinlichkeiten und Zufälle, die internen und externen Friktionen – auch durch Fehleinschätzungen der Wirkung eigener Maßnahmen auf das Handeln der Gegner und anderer Akteure – und im blutigen Bürgerkrieg v.a. die Leidenschaften und der Hass der Menschen in den kämpfenden Gruppen. Dazu sagte schon im März 2012 der damalige Sprecher des syrischen Nationalrates, Bassam Ishak in der ZEIT auf die Frage, wie lange

bei der Stärke von Assads Armee, insbesondere der Luftwaffe, die Kämpfe noch weitergehen sollen: „... Das kann nur das syrische Volk entscheiden und niemand von außerhalb.... Je brutaler das Regime wurde, desto größer wurden auch die Protestzüge. ... Auch eine Armee von 300.000 Soldaten kann nicht dauerhaft das Volk bekämpfen. Das Regime wird fallen“ (ZEIT, Nr. 11, S.7, 08.03.2012). Kann und soll die EU diesen Zeitpunkt einfach abwarten und weiter mit deklarativen Erklärungen begleiten oder kann und sollte sie das Eintreten dieses Falles unterstützen, ja beschleunigen? Die EU folgt einem Kurs, bei dem sie sich „der Resolutionsverwässerung der Russen“ anpasst und faktisch den Zustrom von Kräften und Mitteln durch andere Akteure akzeptiert. Man kann die Frage stellen, ob es für die EU und den Westen insgesamt - mit den USA und der NATO - einen Punkt geben wird, bei dem aktives, auch militärisches Handeln geboten ist, unabhängig davon, ob eine UNSR Resolution dazu vorliegt, weil inakzeptable Folgen für Syrien und die Region weiteres Zuwarten im eigenen Interesse und nicht nur aufgrund der Schutzverantwortung für die Menschen (responsibility to protect) nicht gestattet. Mit der Bildung der syrischen Nationalkoalition Anfang November werden diese Fragen wieder entscheidungsträchtig.

Die EU folgt einem Kurs, bei dem sie sich „der Resolutionsverwässerung der Russen“ anpasst und faktisch den Zustrom von Kräften und Mitteln durch andere Akteure akzeptiert.

Hinweise für weiterführende Überlegungen

Jeder der lokal, regional und global handelnden Akteure, der direkte oder indirekte Interessen in der Entwicklung der syrischen Krise hatte und hat, kann sein Urteil und seine Entscheidungen über eigene Ziele und nötige/zweckmäßige Mittel nur „aus dem Gesamtüberblick aller Verhältnisse“ entwickeln, „in welchem .. die individuellsten Züge des Augenblicks mitverflochten sind“ (S. 659). Dieses Urteil kann, wie in jeder dynamischen, komplexen, von Unsicherheiten gekennzeichneten Entwicklung „niemals rein objektiv sein, sondern es bestimmt sich nach den „Geistes- und Gemütskräften“ der Handelnden.

Clausewitz unterstreicht, dass es unmöglich sein würde, durch eine bloß schulgerechte Überlegung der Mannigfaltigkeit Herr zu werden. Das „Abwägen dieser mannigfachen und mannigfach durcheinandergreifenden Gegenstände ist eine große Aufgabe und es bedarf gebildeter und durch Erfahrung und Wissen zum Können gelangter Entscheidungsträger, hierin schnell das Rechte herauszufinden“. (S.659).

Schon mit der Betrachtung einer kleinen Auswahl der Akteure auf drei Ebenen oder quasi konzentrischen Kreisen wird klar, dass - im Sinne der Einsichten von Clausewitz - beim Assad Regime und den kämpfenden Rebellen der Wille zum Äußersten zu erkennen ist, nämlich den anderen wehrlos zu machen und ihm seinen Willen aufzuzwingen. Hier findet statt, was Clausewitz im ersten Kapitel seines Werkes formuliert: ... „so muss der,

Schon mit der Betrachtung einer kleinen Auswahl der Akteure auf drei Ebenen oder quasi konzentrischen Kreisen wird klar, dass - im Sinne der Einsichten von Clausewitz - beim Assad Regime und den kämpfenden Rebellen der Wille zum Äußersten zu erkennen ist, nämlich den anderen wehrlos zu machen und ihm seinen Willen aufzuzwingen.

welcher sich dieser Gewalt rücksichtslos, ohne Schonung des Blutes bedient, ein Übergewicht bekommen, wenn der Gegner es nicht tut. Dadurch gibt er dem anderen das Gesetz und so steigern sich beide bis zum äußersten, ohne dass es andere Schranken gäbe als die der innewohnenden Gegengewichte“ (S.28). Bei den benachbarten Staaten und den Großmächten finden zwar durchaus Aktionen statt,

die diesen sozusagen lokalen Willen zum Äußersten unterstützen (Russland für Assad; Türkei, Arab. Liga, Frankreich, USA (bedingt)) für die Opposition/Rebellen), aber zugleich beschränken die westlichen Staaten ihr eigenes „Maß der Mittel“ auf die nichtmilitärischen Elemente. Diese unterschiedliche Haltung erklärt sich natürlich neben der Unsicherheit - wie oben festgestellt - was eigenes militärisches Eingreifen für ungewollte Folgen haben könnte, vor allem dadurch, dass eigene existenzielle oder auch nur vitale Interessen nicht direkt betroffen sind.

Für die USA, die Türkei und die EU kann für ihr Handeln in der Methode von Zweck – Ziel – Mittel Relationen konstatiert werden, dass sie ihren ersten Zweck, eine Lage ohne Assad herbeizuführen, selbst nur mit nichtmilitärischen Mitteln verfolgen und bei ihrer Unterstützung von Opposition und Rebellen bisher explizit Waffenlieferungen ausschlossen. Damit nahmen Sie eine unabsehbar lange Krise mit einem sich radikalierenden Bürgerkrieg in Kauf. Inwiefern die zugesagte Unterstützung der Anfang November 2012 in Katar in einem mühsamen Prozess gebildeten „Syrischen Nationalkoalition für Opposition und Revolutionäre Kräfte“ neue Entscheidungen über Art und weitere Mittel für den selbst gesetzten Zweck hervorbringen wird, bleibt abzuwarten.

Ob, wann und wie die russische Regierung ihr Ziel, an Assad und seinem Regime festzuhalten, variieren oder aufgeben wird, ist zur Zeit eine offene Frage. Jede Änderung erscheint aber schon jetzt zu spät, um in einer neuen politischen Ordnung Syriens ihren politischen Zweck, mit Tartus eine Marinebasis im Mit-

telmeer zu behaupten, noch realistisch erreichen zu können. Wenn Russland im Zuge einer neuen politischen Ordnung den Flottenstützpunkt verlieren sollte, wird es im Rahmen der Bestimmungen des Meerengenvertrags von Montreux von 1936 für die Dardanellen, den Bosphorus und das Marmarameer (Turkish Straits) eine permanente Präsenz ihrer Seestreitkräfte im Mittelmeer nur unter erschwerten Bedingungen erreichen können.

Blickt man auf die sehr abgestuften Reaktionen zugesagter Unterstützung in den USA, der EU und ihrer Mitgliedstaaten, aber auch bei den Golfstaaten und der Arabischen Liga z.B. nach Bildung der Nationalkoalition ist die Einsicht von Clausewitz berechtigt, „dass ein Staat, der in der Sache eines anderen auftritt, diese (niemals) so ernst nimmt wie seine eigene“ (S. 680). Dabei sind die Gründe für diese Abstufung sehr verschieden. Wer ein starkes Interesse hat, dass das Assad Regime endet und dazu in seiner Bevölkerung Unterstützung erhält, wird stärkere Unterstützung zusagen, als derjenige, der sich nicht sicher ist, wen er da im Einzelnen gegen Assad unterstützt und dessen Bevölkerung mehr als eine gewisse politische und finanzielle Unterstützung nicht mitträgt. Die schnelle Anerkennung der Nationalkoalition als einzige legitime Regierung durch Präsident Hollande zeigt eine andere Orientierung als die Versicherung des deutschen Außenministers, Scheich Moaz al Katib „bei dem Bemühen, eine geeinte Plattform der Opposition und eine glaubwürdige Alternative zum Assad-Regime aufzubauen“ zu unterstützen. Zwischen dem Golf Kooperationsrat und anderen Staaten der Arabischen Liga lassen sich ähnliche Unterschiede bei der Zusammenarbeit mit der Nationalkoalition erkennen. Diese Situation unterstreicht die Bedeutung des jeweiligen politischen Zwecks in Verbindung mit der Stärke oder Schwäche des Motivs zum Handeln.

Krise und eskalierender Bürgerkrieg in Syrien mit den Gewaltausbrüchen, den Flüchtlingen, dem Leiden der Zivilbevölkerung und dem punktuellen Ausgreifen der Gewalt in die Nachbarstaaten sind beispielhaft dafür, dass sich die Natur des Konflikts, d.h. Form, Inhalt und Gestalt ändern und damit auch Zwecke und Ziele sich ebenso verschieben können, wie Leidenschaften, Hass und Feindschaft zunehmen oder sich verringern können.

Der Bürgerkrieg in Syrien ist Teil des gesellschaftlichen Lebens dieses Landes, bei dem große Interessen blutig ausgekämpft werden. Darüber hinaus strahlt er aber nicht nur auf die Nachbarstaaten aus, sondern er wird auch lokal, regional und global auf den verschiedenen Seiten der Kämpfenden offen oder verdeckt, mit nichtmilitärischen oder militärischen Mitteln und Maßnahmen von Staaten,

internationalen Organisationen oder anderen nichtstaatlichen Gruppen beeinflusst. Dabei geht es in der Regel nicht (nur) um humanitäre Hilfe, sondern um eigene politische und wirtschaftliche Interessen. Dabei spielen auch heute wie früher geopolitische und geostrategische Vorstellungen eine Rolle, die allerdings nicht mehr durch territoriale Eroberungen sondern eher durch das Gewinnen von Einflussphären konkretisiert werden.

Aus dem Konflikt mit brutaler Gewaltanwendung in Syrien wieder Sicherheit und Stabilität eines Landes und einer Region unter Gegebenheiten zu erreichen, die für die Großmächte USA und Russland, aber auch die EU oder die Golf-

Aus dem Konflikt mit brutaler Gewaltanwendung in Syrien wieder Sicherheit und Stabilität eines Landes und einer Region unter Gegebenheiten zu erreichen, die für die Großmächte USA und Russland, aber auch die EU oder die Golfstaaten, um nur eine Auswahl zu erwähnen, akzeptabel sind, bedeutet bei unterschiedlichen Interessen zunächst Konkurrenz und nicht von vorneherein Kooperation.

staaten, um nur eine Auswahl zu erwähnen, akzeptabel sind, bedeutet bei unterschiedlichen Interessen zunächst Konkurrenz und nicht von vorneherein Kooperation. Für die unmittelbaren, kämpfenden Parteien in Syrien gibt es in der Analyse mit Clausewitz außer der Unfähigkeit zum ferneren Widerstande zwei Motive zum Frieden, zum einen die Unwahrscheinlichkeit zum anderen ein zu großer Preis des Erfolgs. Ob die amerikanische und die russische Regierung nach den U.S.

Wahlen ihre gegensätzlich Positionen hinsichtlich einer Abdankung Assads bzw. von Verhandlungen mit Einbindung Assads annähern können, ist offen und damit die Frage stärkeren Drucks, um die jeweils von den USA bzw. Russland unterstützten Gegner, ja Feinde vom massiven Gewalteininsatz zu Verhandlungen zu drängen.

Der politische Zweck der unterschiedlichen Akteure, ihre Ziele und Mittel sind in den heutigen Krisen noch vielgestaltiger und veränderbarer als in den auf politisch gewollten Einsatz militärischer Mittel konzentrierten Kriegen des 20. Jahrhunderts, um dem Gegner seinen Willen aufzuzwingen. Das bedeutet, dass beim Handeln in der Krise alle Instrumente, die der Politik zivil und militärisch zur Verfügung stehen, bedacht werden müssen, um Zwecke und die Ziele mit angemessenem oder doch möglichst geringem Aufwand zu erreichen. Auch in dieser erhöhten Vielgestaltigkeit und Komplexität nationaler und internationaler Akteure mit direkten oder indirekten Interessen kann sich Planen und Handeln in Krisen-/Konfliktlagen an den Einsichten und der Methode orientieren, die Clausewitz für den realen Krieg mit Gegenhandeln, Unsicherheiten, Friktionen, Wahrscheinlichkeiten und Zufällen und weiteren Elementen in seiner Theorie behandelt.

Abschließend zu Geist, Gemüt und „moralischen Größen“

„Der Geist und die übrigen moralischen Eigenschaften des Heeres [*der handelnden Armee Assads, der Rebellengruppen*], des Feldherrn [*der Generale Assads, der Führer z.B. der „freien syrischen Armee*], der Regierungen [*in den konzentrischen Kreisen um Syrien bis zu den Großmächten*], die Stimmung der Provinzen [*Syriens und angrenzender Gebiete*], worin der Krieg geführt wird, die moralische Wirkung eines Sieges oder einer Niederlage [das Auf und Ab des wogenden Bürgerkrieges] sind Dinge, die an sich sehr verschiedenartig sind und in ihrer Stellung zu unserem Zweck und unseren Verhältnissen wieder sehr verschiedenartigen Einfluss haben können“ (S. 166). Im bisher Gesagten war schon erkennbar, dass Einstellungen, Stimmungen und Leidenschaften von Bevölkerungen verschiedener Länder mehr oder weniger großen Einfluss auf die handelnden Personen oder Regierungsstrukturen haben, insbesondere in Krisen, Konflikten oder gar Kriegen.

Wenn der Bürgerkrieg und die ihn umgebenden politischen [ethnischen, religiösen], militärischen und ökonomischen Gegebenheiten, einschließlich der Folgen großer Flüchtlingsströme gekennzeichnet bleiben durch die Unsicherheit aller Nachrichten und Voraussetzungen, auch der Einmischung von Zufällen, dann folgt, dass der/die Handelnde(n) in diesem Konflikt die Dinge immer wieder anders findet, als er sie erwartet hat. Das bedeutet, ja verlangt ggf. gefasste Vorsätze und Pläne anzupassen oder gar umzustoßen. In der Dynamik der Krisenlagen können Entschlüsse drängen, ohne dass alle Daten verfügbar sind und die Zeit ausführliche und reife Überlegungen zulässt. Aber oft reichen die Kenntnis eingetretener Zufälle und die Berichtigungen eigener Vorstellungen nicht dazu, den Vorsatz ganz umzustoßen, sondern ihn nur wankend zu machen. Damit ist aber die Ungewissheit nicht verringert, sondern gesteigert (S. 64).

Eine Untersuchung der Führung von Assad und auch der Führung der Rebellen wird über die letzten 18 Monate viele Situationen dieser Art erkennen. Für die Handelnden der unmittelbar betroffenen Nachbarstaaten gilt dies in abgestufter Weise gewiss auch. Aber selbst für die regionalen Staaten und weitere Groß- und Mittelmächte ist dieser „beständige Streit mit dem Unerwarteten“ eine wesentliche Größe in der Krisenbewältigung. Es sind diese Merkmale, die Clausewitz' Aufmerksamkeit auf die Führungspersönlichkeiten lenken. Er konstatiert, dass ihnen „zwei Eigenschaften unentbehrlich (sind): einmal ein Verstand, der auch in dieser gesteigerten Dunkelheit nicht ohne einige Spuren des inneren Lichts

ist, die ihn zur Wahrheit führen und dann Mut, diesem schwachen Licht zu folgen. Der erstere ist bildlich mit dem französischen Ausdruck *coup d'oeil* bezeichnet worden, der andere ist die Entschlossenheit“ (S. 64 f.). Es wäre eine weitere detaillierte Untersuchung wert, die handelnden Führungspersönlichkeiten in den Regierungen der an der Syrienkrise beteiligten Staaten oder Gruppierungen zu betrachten nach „jener Legierung von Gemüt und Verstand, die wir - so Clausewitz in seinem Werk ‚Vom Kriege‘ - in der Entschlossenheit, Festigkeit, Standhaftigkeit und Charakterstärke kennengelernt haben“. Für Führungspersönlichkeiten auf politisch- und militärisch-strategischer Ebene, die er - aus heutiger Sicht einengend - als „kriegerischen Genius“ bezeichnet, fasst er zusammen, „dass sowohl der Blick auf den Gegenstand als auf die Erfahrung sagen, dass es mehr die prüfenden als schaffenden, mehr die umfassenden als die einseitig verfolgenden, mehr die kühlen als die heißen Köpfe sind, denen wir im Krieg [und in Krise wie Konflikt d.Verf.] das Heil unserer Brüder und Kinder, die Ehre und die Sicherheit unseres Vaterlandes anvertrauen möchten“ (S. 80 f.).

In den kommenden Monaten werden die Ereignisse in und um Syrien Entwicklungen hervorbringen, die wir nicht voraussagen können. Aber es ist möglich in kontinuierlicher Beurteilung der Lage als verantwortliche Regierung, z.B. in Deutschland, seine politischen Zwecke zu überprüfen und - wo geboten - anzupassen, um dann erreichbare Ziele zu setzen und diese mit hinreichenden nichtmilitärischen und ggf. militärischen Mitteln im Konzert mit Verbündeten, Partnern, der internationalen Gemeinschaft und den Akteuren im Bürgerkrieg selbst zielstrebig und standhaft zu verfolgen.

Zum Autor: Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen ist Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V. Der Beitrag gibt den Stand vom Dezember 2012 wieder.

Anmerkungen:

- 1 Beispielhaft: Bernard-Henry Lévi: Die Sache ist gerecht, DIE ZEIT, Nr. 34 vom 16.08.12; Jürgen Todenhöfer: Die syrische Tragödie, FAS Nr. 7, 19.02.12
- 2 Alle Angaben zum Werk von Clausewitz sind aus Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, Ullstein Verlag, 4. Auflage, 2003, 736 S.
- 3 David Singer zitiert in der *New York Times* in seinem Beitrag am 17.11.12 Senator McCain: „every bad thing that we predicted would happen if we intervened – instability in Jordan, Lebanon, and Turkey – is already happening anyway“ (www.nytimes.com/2012/11/18/world/middle-east-challenges-obamas-light-foot)
- 4 Am 11.11.12 wurde in Katar die syrische Nationalkoalition gebildet, die viele als legitime Übergangsregierung sehen wollen.

Die wunderliche Dreifaltigkeit der Volksrepublik China: Eine Clausewitzsche Perspektive über Chinas territoriale Streitigkeiten

Nabil Al-Sabah

Einleitung

Agatha Christies fiktiver Detektiv Hercule Poirot ist - nach eigenen Angaben - ein "Student der Psychologie": In jedem Mordfall sieht er sich mit einem Chaos an Daten konfrontiert, das aus sich widersprechenden Zeugenaussagen, irreführenden Spuren und miteinander konkurrierenden Tatmotiven besteht. Seine Genialität besteht darin, Denk- und Verhaltensmuster der Verdächtigen herauszuarbeiten, dadurch die Spreu vom Weizen zu trennen, und anschließend den richtigen Mörder zu identifizieren. Bei seinen Kollegen in Scotland Yard kann man hingegen das feststellen, was Carl von Clausewitz als Methodismus bezeichnet: Da es in 99% der bisherigen Fälle immer so war, dass die zwanzigjährige Frau ihren achtzigjährigen Mann vergiftet hat, um an sein Geld zu kommen, muss es in diesem Fall auch so sein!

Nicht mit einem Mord, sondern mit einer dynamischen komplexen Situation wollen wir uns in diesem Beitrag befassen: Die territorialen Streitigkeiten der Volksrepublik China im Ost- und Südchinesischen Meer. Es ist zwar viel über dieses Thema veröffentlicht worden, doch die meisten nicht-chinesischen Beiträge verfolgen dieselbe Argumentationslinie, die man so zusammenfassen kann: Die umstrittenen Gebiete sind für China wichtig aufgrund (1) ihrer geostrategischen Lage als Verbindungsglied zwischen Afrika, Europa und dem Nahen Osten; (2) ihrer militärischen Tauglichkeit als Stützpunkte für U-Boote; und (3) der enormen Gas- und Ölvorkommen, die dort vermutet werden. Drei Jahrzehnte ununterbrochenen ökonomischen Wachstums hätten China ermöglicht, wirtschaftliche und militärische Macht derart zu akkumulieren, dass es jetzt glaube, seine Interessen rücksichtslos durchsetzen zu können (Tran 2011, p. 50). Chinas Verhalten - in den viel zitierten Worten von Carlyle Thayer - zeuge von einer "aggressiven Selbstbehauptung" (Eng.: Aggressive Assertiveness; Thayer 2011).

Die kognitive Psychologie setzt sich mit der Art und Weise auseinander, auf welche Menschen Informationen verarbeiten. Sie untersucht also Denkmodelle. Dem Denkmodell, worauf die meisten Beobachter zur Interpretation von Chinas Verhalten in seinen territorialen Streitigkeiten zurückgreifen, liegt die Kernhypothese des rationalen Akteurs (eng. Rational Actor Model) zugrunde. Diese

besagt, dass das Handeln von Staaten einzig und allein auf die Maximierung handfester Interessen gerichtet sei. Nun, ein Denkmodell erklärt nicht nur einen Sachverhalt, sondern es beschränkt auch den Suchprozess nach Informationen. In unserem vorliegenden Fall heißt das konkret, dass das Augenmerk des Analytikers jenen Fakten, Ereignissen oder Äußerungen von chinesischen Militärs gilt, die in das Interpretationsschema passen. Alles andere wird entweder heruntergespielt, uminterpretiert oder einfach ignoriert. So wird das Bild einer "skrupellosen Hegemonialmacht" konstruiert, welche eine "klassische Großmachtspolitik" zur "Ausweitung der eigenen Einflussphäre" betreibt (FAZ 2012a; FAZ 2012b).

Das Modell des Rationalen Akteurs basiert auf drei zentralen Annahmen: (1) Ein Staat kann als eine homogene Einheit betrachtet werden - mögliche Differenzen unter den Regierungsorganen oder den Entscheidungsträgern werden ausgeblendet; (2) Rationalität ist objektiv: Ein politisches Ziel ist nur dann rational, wenn es einem unabhängigen Beobachter "sinnvoll" erscheint; (2) Rationalität ist universell: Sie ist kulturübergreifend, geschichts- und wertneutral. So werden materielle Faktoren wie Rohstoffquellen, Schifffahrtswege und Fischvorkommen hervorgehoben und emotionale Ausbrüche - wie die anti-japanischen Demonstrationen in China - auf eine Inszenierung der chinesischen Regierung zurückgeführt.

Im Grunde genommen trifft das Modell des Rationalen Akteurs Annahmen darüber, wie sich Menschen (hier: Politiker) verhalten, die eine große Verantwortung für das Wohlergehen ihres Landes tragen. Doch unser Wissen über menschliches Denken und Handeln hat sich in den letzten vier Dekaden in mehrerlei Hinsicht revolutioniert. Dies ist den beachtlichen Fortschritten zu verdanken, die in den Kognitionswissenschaften (Psychologie, Soziologie, Neurowissenschaft, Informatik und Linguistik) erzielt wurden. Obwohl die simplistische Hypothese des Rationalen Akteurs empirisch längst widerlegt wurde (Lakoff & Johnson 1999; Kahneman & Tversky 2000; Gigerenzer 2000), bildet sie in der realitätsfernen Politikwissenschaft nach wie vor das Fundament der Mainstream-Theorien. Eine interessante theoretische Entwicklung, die für diesen Beitrag von besonderer Bedeutung ist, kommt aus der narrativen Psychologie. Viele Studien zeigen auf, dass Menschen unbewusst eine mentale Geschichte konstruieren, um Sinn aus komplexen Geschehnissen zu machen. Dabei weist man Individuen, Gruppen oder Nationen bestimmte Rollen in der Geschichte zu: Die Finanzkrise fasst man zum Beispiel gerne als ein durch die Gier der Bankier hervorgebrachtes Übel auf, dem viele einfache Menschen zum Opfer

gefallen sind. Man schreibt jedem Akteur Eigenschaften zu, die mit seiner Rolle in der Narrative im Einklang stehen: Der Held ist gutmütig und tapfer; der Bösewicht ist hinterlistig und feige; das Opfer ist naiv und muss geholfen werden, etc. Solche Narrativen sind emotional besetzt: Die Boshaftigkeit, die man - zu Recht oder Unrecht - dem Antagonisten zuschreibt, ruft Emotionen wie Wut, Ärger oder Entrüstung hervor. Solche Emotionen bewirken zweierlei: (1) Zum einen senken sie den Auflösungsrad - sprich, die kognitive Schärfe, mit welcher das Gehirn einen Sachverhalt verarbeitet; (2) zum anderen können sie - je nach Situation - gewisse Verhaltenstendenzen, wie Aggression, Flucht oder Verzweiflung, aktivieren. (Man denke an die Occupy-Wallstreet-Bewegung).

Dieser Beitrag besteht aus drei Teilen: In (1) werden wir die Narrative herausarbeiten, die die Außenwelt i.d.R. zur Erklärung von Chinas Auftreten im Ost- und Südchinesischen Meer einsetzt; in (2) widmen wir uns der chinesischen Narrative zu; und in (3) schlagen wir das Clausewitzsche Konzept "die wunderliche Dreifaltigkeit" als ein alternatives analytisches Werkzeug vor.¹

1. Wie die Außenwelt China sieht

Die chinesischen territorialen Ansprüche im Süd- und Ostchinesischen Meer werden in der medialen und der sicherheitspolitischen Welt als Manifestation einer gefährlichen Entwicklung wahrgenommen: Ein zunehmend selbstbewusstes China sucht rücksichtslos seinen Nachbarn seinen Willen aufzuzwingen. Chinas neu erworbenes Selbstbewusstsein soll der zunehmenden Schlagkraft seiner Volkswirtschaft und seines Militärs entsprungen sein. Besonders letzteres wird gerne zum Motor eines Rüstungswettlaufs in Ost- und Südostasien aufgebauscht. Man liest immer häufiger von gerade abgeschlossenen Waffengeschäften, deren Ziel man in der Abschreckung eines oder mehrerer Nachbarländer sieht; von den regionalen Ängsten, die dadurch verstärkt werden; und von gefährlichen Konsequenzen, die damit verbunden sind. Einzelbeispiele werden genannt, Sicherheitsexperten zitiert und Statistiken bemüht, um eine sehr gefährliche Tendenz in der Region festzustellen: Es finde hier nicht nur ein Rüstungswettlauf statt, sondern gerade einer, "wie es ihn seit dem Ende des Kalten Krieges nicht gegeben hat" (FAZ 2011).

Die chinesischen territorialen Ansprüche im Süd- und Ostchinesischen Meer werden in der medialen und der sicherheitspolitischen Welt als Manifestation einer gefährlichen Entwicklung wahrgenommen: Ein zunehmend selbstbewusstes China sucht rücksichtslos seinen Nachbarn seinen Willen aufzuzwingen.

Die FAZ weiß genau, was hier vor sich geht: "Asiens Regierungen nehmen viel Geld in die Hand, um auf einen Krieg vorbereitet zu sein". Warum Krieg? Nun, "der entscheidende Grund heißt China. Denn die Regierungen von Japan über

Nach Angaben des Stockholm International Peace Research Institute betragen Chinas Verteidigungsausgaben im Jahre 2000 31,2 Milliarden Dollar. Dieser Betrag ist über die Jahre stetig gewachsen und hat 2011 fast 130 Milliarden Dollar betragen.

Taiwan bis Indien fürchten dessen Aufrüstung und einen gleichzeitig schwindenden Willen der Amerikaner, ihnen im Zweifelsfall zur Hilfe zu eilen" (FAZ 2011). Vom etwaigen "friedlichen Aufstieg", wie Chinas Führer die Modernisierung ihres Landes vermarkten, will man nichts wissen. Denn, wie ein ostasiatischer Militärattaché in Beijing

der Financial Times anvertraute, "they say their strategy is peaceful development, but their military modernisation, especially in the naval area, speaks another language" (Hille & Dickie 2011). Wer will es ihm verübeln?

Die Zahlen sind doch eindeutig: Nach Angaben des Stockholm International Peace Research Institute betragen Chinas Verteidigungsausgaben im Jahre 2000 31,2 Milliarden Dollar. Dieser Betrag ist über die Jahre stetig gewachsen und hat 2011 fast 130 Milliarden Dollar betragen.

Dan Blumenthal und Michael Mazza wissen diese Zuwächse ins rechte Licht zu rücken: "China [...] has averaged 10% annual spending increases for more than 20 years. As former Secretary of Defense Harold Brown once said of the Soviets, "When we build, they build; when we cut, they build"" (Blumenthal & Mazza 2011). Doch damit nicht genug. Im August 2011 weihte China seinen ersten Flugzeugträger ein: ein Schiff, das mehr als 300 Meter lang ist und "bereits jetzt Chinas Nachbarstaaten" beunruhige (Spiegel Online 2011). Für die Zeit wurde damit das "Große Machtspiel auf dem Pazifik" eingeläutet (Zeit Online 2011). In einer Online-Debatte, die von der angesehenen britischen Zeitung The Economist präsentiert wurde, fasste Andrew Krepinevich Chinas Strategie so zusammen (Economist 2012):

"The PLA's growing capabilities are designed to slowly, but inexorably, shift the regional military balance in China's favor until its neighbors conclude that there is little America can do to assist them if China engages in acts of coercion. This is consistent with China's strategic culture. As its great military theorist, Sun-tzu, famously observed, 'To win 100 victories in 100 battles is not the acme of skill. To subdue the enemy without fighting is the acme of skill'"

Im Westen und in Chinas unmittelbarer Nachbarschaft scheint man sich einig darüber zu sein, dass Chinas territoriale Ansprüche vor dem Hintergrund zunehmender wirtschaftlicher und militärischer Schlagkraft verstanden werden müssten. Analysiert man, was geschrieben und gesagt wird, so stellt man eine Analogie zum Kalten Krieg fest: China ist die Sowjetunion der Gegenwart - eine im Aufstieg begriffene hegemoniale Macht, vor der man sich in Acht nehmen muss! Wie ihr bereits verstorbener kommunistischer Bruder vor ihr stellt sie eine Bedrohung für ihre Nachbarn und für die Interessen "des" Westens dar.

2. Wie China die Außenwelt sieht

Das Institute of Asia Pacific Studies der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften hielt im Juli 2011 ein Symposium über das Südchinesische Meer ab, an dem renommierte chinesische Experten teilnahmen. Die geäußerten Ansichten mögen für einen Nicht-Chinesen amüsant oder gar absurd erscheinen. Zhou Fangyin argumentierte, dass sein Land die Provokationen anderer Staaten durch seine "endlose Zurückhaltung" fördert. Li Guoqiang schlug vor, "die notwendigen militärischen Vorbereitungen zu unternehmen", denn Diplomatie reiche nicht, um die territorialen Streitigkeiten beizulegen. Sheng Jiru ist davon überzeugt, dass Chinas "Toleranz und Geduld" die Philippinen und Vietnam ermutigt hätten, die Vereinigten Staaten auf den Plan zu rufen (Sun 2012, pp. 5).

Wir haben mehrere Zeitungskolumnen über den Territorialstreit im Südchinesischen Meer analysiert. Alle erzählen die Narrative eines Bösewichts, der dem unschuldigen China schaden will. Der Bösewicht variiert. Einmal sind es die kleinen Nachbarn - die Philippinen und Vietnam -, die Chinas Souveränität verletzen und seine Ressourcen berauben wollen. Einmal sind es die Vereinigten Staaten, die den "Puppenmeister hinter den Kulissen" spielen (Chu 2012). Von dieser Narrative ist die Mehrheit der Chinesen - Entscheidungsträger wie Bürger - zutiefst überzeugt (Sun 2012, p. 3). M.D. Nalapat spricht der Mehrheit der Chinesen aus den Herzen: "With the 21st century rise of China, the US has a challenger in Asia that has the potential to be bigger than itself. Hence the effort to concentrate on the issue that can turn its Asian neighbors against China, which is the South China Sea dispute" (Nalapat 2011). Man möge dies für lächerlich halten. Man möge die Dinge so sehen, wie Andrew Krepinovich: "America's goal and that of its partners is a simple one: sustain the conditions

Analysiert man, was geschrieben und gesagt wird, so stellt man eine Analogie zum Kalten Krieg fest: China ist die Sowjetunion der Gegenwart - eine im Aufstieg begriffene hegemoniale Macht, vor der man sich in Acht nehmen muss!

that have provided for the security and welfare of all states” (Economist 2012). Man möge China unterstellen, was man will. Wenn man China verstehen will, muss man sich mit der chinesischen Narrative auseinandersetzen.

Die Versuchung ist groß, den staatlich kontrollierten Medien die Schuld an der Verbreitung einer verschwörerischen Sicht der Dinge zuzuschreiben. Doch man

Die Hypothese, die chinesische Regierung schüre aktiv Ressentiments im Volk, lässt auch die Frage offen, wieso namhafte chinesische Wissenschaftler, die zum Teil an den besten amerikanischen und europäischen Universitäten studiert und geforscht haben, fest an die verschwörerische Narrative glauben. Diese sollten doch in der Lage sein, “das Netz der Lügen” zu durchschauen, oder nicht?!

hat leider ein falsches Verständnis davon, wie der chinesische Staat die Medien kontrolliert. Man stellt sich den Prozess so vor, dass eine zentrale Bürokratie jedes Wort genehmigen muss, bevor es veröffentlicht wird. Doch das geht an der Lebenswirklichkeit vorbei: Die Medien in China zensieren sich selbst (Bennett 2011). Im außenpolitischen Bereich werden zwei Ziele verfolgt: Zum einen die schwammigen roten Linien nicht zu überschreiten und zum anderen keine Meinungen

zu veröffentlichen, die von der Leserschaft als unpatriotisch verdammt werden. Es ist zwar richtig, dass die Zeitungsindustrie in der entwickelten Welt eine Existenzkrise durchmacht. Doch in China trifft das Gegenteil zu: Es wird geschätzt, dass China mehr als 2000 Zeitungen, 8000 Zeitschriften, 280 Radio Radiostationen und 270 TV-Sender hat. Das bedeutet eine starke Konkurrenz um die Gunst der Konsumenten.

Ferner, setzt man sich mit dem auseinander, was in chinesischen Internet-Blogs geschrieben wird, so wird man eine nicht zu verkennende Frustration mit dem als viel zu kompromissbereit empfundenen außenpolitischen Kurs der Regierung feststellen. Netzbürger pflegen eine Online-Liste von “Landesverrättern”, auf welcher namhafte Akademiker und Entscheidungsträger stehen wie Wu Jianmin, Zhu Feng und Wang Zaibang. Das chinesische Außenministerium wird nicht selten als das Landesverrats-Ministerium bezeichnet. Warum soll also die Regierung die Medien dazu anhalten, Meinungen zu verbreiten, deren Auswirkung letzten Endes nur nach hinten losgehen kann?

Die Hypothese, die chinesische Regierung schüre aktiv Ressentiments im Volk, lässt auch die Frage offen, wieso namhafte chinesische Wissenschaftler, die zum Teil an den besten amerikanischen und europäischen Universitäten studiert und geforscht haben, fest an die verschwörerische Narrative glauben. Diese sollten doch in der Lage sein, “das Netz der Lügen” zu durchschauen, oder nicht?!

3. Chinas Wunderliche Dreifaltigkeit

Carl von Clausewitz hat vorgeschlagen, sich den Krieg als eine "wunderliche Dreifaltigkeit" vorzustellen, die sich zwischen drei Polen bewegt: (1) Die Leidenschaften der involvierten Völker; (2) das Wesen militärischer Interaktionen; und (3) die politischen Zwecke, zu deren Realisierung ein Krieg ausgetragen wird. Damit wird der Krieg für Clausewitz ein "wahres Chamäleon", "weil er in jedem konkreten Falle seine Natur etwas ändert": Manchmal ist der "blinde Naturtrieb" von Hass und Feindschaft stärker ausgeprägt; manchmal tritt der politische Zweck stärker in den Vordergrund. Das hat zwei gravierende Implikationen. Zum einen bedeutet das, dass sich jeder Krieg von seinen Vorgängern unterscheidet und deshalb nicht durch die Linse eines One-Size-Fits-All-Modells - wie des Rationalen Akteurs - betrachtet werden sollte. Zum anderen bedeutet dies aber, dass sich der definierende Aspekt eines gegebenen Kriegs im Laufe der Zeit dynamisch verändern kann.

Dieses Clausewitzsche Konzept bietet sich auch zur Analyse anderer dynamischen und komplexen Situationen an (Al-Sabah 2008). Deshalb wollen wir es auf Chinas territorialen Streitigkeiten mit seinen Nachbarn anwenden und fragen, ob wir dadurch nicht ein besseres Verständnis von Chinas Verhalten gewinnen können.

3.1 Das Volk

Die Chinesen, so Mao Zedong im Jahre 1949 kurz vor Gründung der Volksrepublik China, seien "von jeher eine große, mutige und arbeitsame Nation; erst in der neueren Zeit sind sie zurückgeblieben". Diese Rückständigkeit sei "einzig und allein auf die Unterdrückung und Ausbeutung durch den ausländischen Imperialismus und durch die einheimischen reaktionären Regimes zurückzuführen". Doch "unsere Nation wird niemals mehr eine Nation sein, die sich beleidigen und demütigen lässt. Wir sind aufgestanden!" (Mao 1978, S. 11 ff.). Diese Worte Maos, ganz besonders die drei letzten, hatten einen elektrisierenden Effekt auf die Zuhörer. Dies nachzuvollziehen erfordert einen Blick auf die Moderne Geschichte Chinas zu werfen.

Das Reich der Mitte sah sich bis etwa zur Mitte des 19. Jahrhunderts als das Zentrum der Zivilisation. In der Tat, chinesische Künstler und Maler standen schon auf dem Höhepunkt ihres ästhetischen Schaffens, während sich Europa im Dunklen Zeitalter verirrt. Der chinesische Verwaltungsapparat war der mei-

stentwickelte auf der ganzen Welt. Wirtschaftlich stellte China im 18. Jahrhundert mit einem Anteil von 50% am Weltbruttoinlandsprodukt die wichtigste Größe dar. Doch das riesige Reich bewegte sich bereits im 18. Jahrhundert auf einen langsamen Abstiegskurs – Eine Tatsache, die dem Kaiserhof der Qing-Dynastie erst aufzugehen schien als China seine erste militärische Konfrontation mit einer westlichen Macht, nämlich Großbritannien, im ersten Opiumkrieg (1839-1840) bitter verloren hatte. Die Niederlage zwang den Herrschenden in der Verbotenen Stadt sowohl chinesische Küstenstädte für den internationalen Warenaustausch zu öffnen als auch den Opiumhandel zu legalisieren. Julia Lovell bezeichnet den ersten Opium-Krieg als den Gründungsmythos des modernen chinesischen Nationalismus (Lovell 2011).

Dieser Demütigung sollten jedoch weitere folgen: China wurde sowohl von anderen westlichen Mächten als auch – was noch demütigender war – von der kleinen Insel Japan (1895) militärisch besiegt. Nach jeder Niederlage folgte die gezwungene Öffnung von weiteren Häfen für den internationalen Handel, die Gewährung von extraterritorialen Rechten für ausländische Mächte und die Abtretung von Konzessionen auf chinesischem Boden.

Der Unmut über den Kaiserhof mündete 1911 in die Revolution, die die Auflösung eines zweitausendjährigen dynastischen Herrschaftssystems zur Folge hatte: Die Republik China wurde ausgerufen! Doch nicht verbessern, sondern

Das Reich der Mitte sah sich bis etwa zur Mitte des 19. Jahrhunderts als das Zentrum der Zivilisation. In der Tat, chinesische Künstler und Maler standen schon auf dem Höhepunkt ihres ästhetischen Schaffens, während sich Europa im Dunklen Zeitalter verirrte. Der chinesische Verwaltungsapparat war der meistentwickelte auf der ganzen Welt.

vielmehr verschlimmern sollte sich die Lage: Kriegsherren teilten das Land faktisch unter sich; das Ausland – und ganz besonders Japan – ließen sich die Chance nicht entgehen, das von innerer Zerwürfnis geplagte China auszubeuten; Krieg und Chaos, Not und Armut machten der Mehrheit der einst so stolzen chinesischen Nation zu schaffen; in den von ausländischen Kapitalisten dominierten Vertragshäfen verbreiteten sich soziale Probleme

wie Kriminalität, Drogensucht und Prostitution; zu allem Übel kam noch in 1937 die japanische Invasion – das sind alles Bilder, die im chinesischen Kollektivgedächtnis bis heute gut erhalten geblieben sind.

Im Laufe des nationalen Widerstands gegen Japan bildeten sich zwei Kräfte heraus: Die nationalistische Partei (oder Kuomintang) unter der Führung von Chiang Kai-shek und die von Mao Zedong geführte Kommunistische Partei.

Die Kapitulation Japans 1945 erweckte große Hoffnungen in China auf den lang ersehnten Frieden. Diese wurden jedoch durch Chiang Kai-sheks Kommissioslosigkeit den Kommunisten gegenüber bitter enttäuscht. So sollte der Bürgerkrieg bis 1949 dauern: Während dieser Zeit gelang es der einen Million Soldaten unter Maos Führung die drei Millionen Nationalisten von Schlacht zu Schlacht zu schlagen, bis sich Chiang Kai-shek mit dem Rest seiner einst so großen Armee auf die chinesische Insel Taiwan zurückziehen musste.

So war – und ist – die Gründung der Volksrepublik China aus chinesischer Sicht alles andere als ein beiläufiges Ereignis: Denn unter der Führung Mao Zedongs haben die Kommunisten das sogenannte “Jahrhundert der Demütigungen” beendet, die nationale Einheit Chinas nach den Jahrzehnten der inneren Zerwürfnis wiederhergestellt und Stabilität und Ordnung ins Land gebracht. Dadurch schafften die Kommunisten die Grundlage für die Realisierung jenes einhundert Jahre alten Traums von Gelehrten und Bauern, Staatsmännern und einfachem Volk, Revolutionären und Idealisten: der Traum von einem starken und wohlhabenden China, das sich “nie wieder demütigen lässt”.

Nun galt es, sich der sozialen und wirtschaftlichen Modernisierung zuzuwenden. Doch aus dem pragmatischen Feldherrn Mao Zedong wurde ein ideologisch verblendeter Staatsmann, der China in wenigen Jahren die Versäumnisse von fast zwei Jahrhunderten nachholen lassen wollte. Mao glaubte, dass man alles erreichen kann, wenn die Willenskraft der Massen groß genug ist. Seine Lebenserfahrung “lehrte” ihn dies in gewisser Weise. War er doch der Feldherr der aus armen Bauern bestehenden Roten Armee gewesen, die die Millionearmeen Chiang Kai-sheks bezwungen hatte! Wie ist denn das, was für die meisten Beobachter eine schiere Unmöglichkeit war, nur erreicht worden? Für den mit Clausewitz' Schriften vertrauten Mao kann die Antwort nur so lauten: Die Widerstandskraft einer Armee drücke sich “durch ein Produkt aus, dessen Faktoren sich nicht trennen lassen, nämlich: die Größe der vorhandenen Mittel und die Stärke der Willenskraft” (Clausewitz 2003, S. 30). Ist der Wille so entscheidend, so muss man ihn verstärken. Und genau dies glaubte Mao durch ideologische Kampagnen erreichen zu können. Mitreißende Reden von eigens dafür geschul-



Symbol für das moderne China: Hochgeschwindigkeitszug

ten Kadern, revolutionäre Lieder, das gemeinschaftliche Leben in Volkskommunen. So war die Mao-Ära eine Zeit fast ununterbrochener Massenkampagnen, die das Leben jeder Stabilität beraubte. Die zunehmende Ideologisierung der Politik in der Mao-Ära führte zwangsläufig zur Vernachlässigung der Modernisierung Chinas. Die einstigen Revolutionäre, die dreißig, vierzig oder gar fünfzig Jahre zuvor zu den Waffen gegriffen haben, hatten dies getan, um die Vision von einem starken, sozial gerechten und wohlhabenden China zu realisieren. Was aber war daraus geworden? Die Kulturrevolution hat die Gesellschaft zu sehr politisiert und die Politik radikalisiert und von den praktischen Problemen weggeführt. Doch einen Hoffnungsschimmer gab es schon: Der alternde Premier Zhou Enlai formulierte 1975 wenige Monate vor seinem Tod das Konzept der Vier Modernisierungen. Demnach müsse sich China auf die Modernisierung in vier Bereichen konzentrieren: (1) Landwirtschaft; (2) Industrie; (3) Wissenschaft und Technologie; (4) Verteidigung.

Als Mao aber im September 1976 starb, war der Wunsch nach einem Aufbruch über fast alle Fraktionen hinweg das handlungsleitende Motiv. Man sah im zweiundsiebzigjährigen Deng Xiaoping - dem Schützling vom ebenfalls 1976 verstorbenen Premier Zhou Enlai - einen geeigneten Patron für die Realisierung der Vier Modernisierungen. Deng bekannte sich zu Maos Spruch: "Die Wahrheit in den Fakten suchen". Diesen ergänzte er jedoch um den entscheidenden Nebensatz: "und die Praxis [also nicht länger die Ideologie] zum alleinigen Merkmal der Wahrheit erheben". Ihm gelang es auf dem Dritten Plenum des 11. Zentralkomitees im Dezember 1978 einen historischen Wendepunkt in der Geschichte der Volksrepublik China herbeizuführen: Die soziale Modernisierung Chinas – und nicht mehr der Klassenkampf – sollte von nun an die Kernaufgabe der Partei sein. Die Partei verschrieb sich der Realisierung der "Vier Modernisierungen" durch eine Reform- und Öffnungspolitik (bis heute ein zentraler Begriff in China). Eine klare Vision hatte man nicht. Man war gewillt, mit diversen Reformen im Inland zu experimentieren und durch die graduelle Öffnung Chinas für ausländische Investitionen, moderne Technologie und westliches Know-how ins Land zu bringen.

Die Vier Modernisierungen sind nichts anderes als eine Umschreibung jenes alten Traums von einem - im innen - wohlhabenden und - nach außen - starken China, das sich "nie wieder demütigen lässt". Fünfunddreißig Jahre nach Beginn der Reform- und Öffnungspolitik ist China zwar die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, der Lebensstandard der Chinesen ist um das zehnfache gewachsen und 400 Millionen Chinesen sind aus der Armut befreit worden. Doch der Traum ist

noch lange nicht erfüllt. China befindet sich immer noch auf seinem "Marsch in die Moderne" (Mahbubani 2008).

Die Rede vom "friedlichen Aufstieg" ist kein Marketingtrick. Die chinesische Führung hat sich der Aufrechterhaltung des Friedens in der Region verpflichtet. Denn seit jenem historischen Dritten Plenum des elften Zentralkomitees 1978

ist die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums die Richtschnur jeder Politik. Wirtschaftliches Wachstum braucht Frieden und Stabilität. In diesem Zusammenhang weisen Chen und Feffer auf etwas Essenzielles, was oft in den Diskussionen um China vergessen wird: "the peaceful rise policy does not necessarily mean that China will forfeit its military buildup, as it sees no fundamental contradiction between the two policies" (Chen & Feffer,

2010). In der Tat, China strebt nichts anderes als den Aufbau einer National Comprehensive Power. Dazu gehören aus chinesischer Sicht die beeindruckenden wirtschaftlichen Wachstumswahlen und das kulturelle Erbe einer 3000 (oder nach chinesischer Sicht 5000) Jahre alten Zivilisation. Aber militärische Macht - hard power - gehört ebenfalls dazu. Nicht um andere einzuschüchtern, sondern um sich nicht einschüchtern zu lassen! Das ist zumindest die chinesische Sicht.

Jede Infragestellung der chinesischen Souveränität aktiviert die Narrative eines ausländischen Aggressors, der darauf erpicht ist, China auszubeuten - genau wie vor 100 Jahren. Die chinesische Reaktion lässt aus unserer Sicht eher auf Unsicherheit und Selbstzweifel an der tatsächlichen Stärke des eigenen Landes als auf "Selbstbehauptung" schließen.

Deshalb wird in chinesischen Blogs jede Nachricht über Fortschritte in der militärischen Modernisierung von den Netizens - oder Netzbürgern - laut bejubelt. Deshalb unterstützt das Volk enthusiastisch jede Modernisierungsmaßnahme der Volksbefreiungsarmee. Deshalb feierte man, als China es 2003 zum ersten Mal mit eigenen Kräften schaffte, Menschen in den Weltraum zu befördern. Deshalb erfüllten die Olympischen Spiele von 2008 die Chinesen mit Stolz. Es geht hier um nichts mehr und nichts weniger als um den nationalen Stolz eines geschichtsbewussten Landes, das - historisch gesehen - in Zeiten innerer Schwäche von außen gedemütigt wurde.

Für die Chinesen sind die Diaoyu, Paracel, und Spratly-Inselgruppen ein unabdingbarer Teil chinesischen Territoriums. Jede Infragestellung der chinesischen Souveränität aktiviert die Narrative eines ausländischen Aggressors, der darauf erpicht ist, China auszubeuten - genau wie vor 100 Jahren. Die chinesische Reaktion lässt aus unserer Sicht eher auf Unsicherheit und Selbstzweifel an der

tatsächlichen Stärke des eigenen Landes als auf “Selbstbehauptung” schließen: Sind wir also doch nach wie vor zu schwach wie vor 100 Jahren?!

3.2 Das Militär

Ist das Tempo der Modernisierung der Volksbefreiungsarmee angemessen? Lässt ein jährlicher Zuwachs im zweistelligen Bereich nicht auf eine geradezu panikartige Aufrüstung schließen, um etwa territoriale Konflikte militärisch zu lösen? Nun, nur auf den ersten Blick! Wir wollen im Folgenden auf drei Faktoren eingehen, um die Entwicklung von Chinas Militärausgaben in Perspektive zu setzen.

A. Nachholbedarf der VBA

Als China 1978 seine Reform- und Öffnungspolitik einleitete, war die Volksbefreiungsarmee auf einem rückständigen Niveau zurückgeblieben. Wie rückständig es war, verstand man in Peking erst, als Deng Xiaoping 1979 Vietnam “eine militärische Lektion” wegen seines Einmarschs in Kambodscha erteilen wollte. Der chinesisch-vietnamesische Krieg dauerte nur drei Wochen. Dann musste man die gedemütigte VBA zurückziehen. Dieser Krieg offenbarte der chinesischen Führung, wie schwach das eigene Militär während der Mao-Ära mit ihrer Die-Willensstärke-ist-alles-Mentalität geworden ist. Doch trotzdem musste eine ernsthafte Modernisierung der Streitkräfte warten. Sie war schließlich die vierte Modernisierung. Reformen der Landwirtschaft, der Industrie und des wissenschaftlichen Sektors standen höher auf der Agenda der Reformer. Der Nachholbedarf des chinesischen Militärs wuchs mit den Jahren. Der zweite Golfkrieg 1991 machte der chinesischen Führung die Größe der militärtechnologischen Lücke zwischen China und den USA deutlich. Die Modernisierung der VBA konnte nicht länger verschoben werden.

Es ist zwar richtig, dass Chinas Militär in den letzten 20 Jahren eine beachtliche Modernisierung erfahren hat. Doch die VBA ist nach wie vor weit von dem technologischen Niveau einer westlichen Armee entfernt. Meldungen in der westlichen Presse über die eine oder andere militärische Neubeschaffung Chinas enthalten leider mehr Hype als Substanz. Nehmen wir als Beispiel die Einweihung des ersten chinesischen Flugzeugträgers in der Hafenstadt Dalian. Glaubt man manchen Presseberichten, so könnte man meinen, bald würde das chinesische Militär auf Augenhöhe mit dem amerikanischen stehen. Doch der Flugzeugträger würde sich im besten Fall nur für militärisches Training eignen.

Außerdem: Warum sollte China keinen Flugzeugträger besitzen dürfen? Bonnie Glaser weist zu Recht darauf hin, dass “the acquisition of an aircraft carrier is driven in part by China’s desire for international prestige. The United States, United Kingdom, France, Russia, Spain, Italy, India, Brazil, and Thailand operate a total of 21 active-service aircraft carriers (the United States alone operates 11)” (Glaser 2011).

B. Die schiere Größe der Armee

Dann sollten wir nicht vergessen, dass die chinesischen Streitkräfte 2,17 Millionen aktive Soldaten in ihren Reihen haben (Cordesman 2011). Sie alle zu unterhalten, macht eine nicht zu unterschätzende Summe an Ausgaben aus. Vergleichen wir China mit zwei anderen Ländern, aus denen man viel Kritik über die Zuwächse im chinesischen Verteidigungshaushalt zu hören bekommt: Amerika und Japan.

Die U.S. Armed Forces haben 1,47 Millionen aktive Soldaten. Das amerikanische Militär ist das mächtigste auf der Welt - hat also kaum einen Modernisierungsbedarf. Dennoch betragen die militärischen Ausgaben der USA in 2010 rund 687 Milliarden Dollar (SIPRI). Japan hat ungefähr eine Viertelmillion Soldaten, die einem hoch entwickelten militärischen Apparat angehören. Trotzdem wendete die kleine Insel 2010 ungefähr 49,5 Milliarden Dollar für ihr Militär auf. Zur Erinnerung: Chinas Verteidigungsetat betrug 2010 ungefähr 110 Milliarden Dollar. Mit anderen Worten: Japan gab für eine Armee, die 11,5% der Größe der VBA hat, 45% der Summe aus, die China für seine viel größeren und reformbedürftigen Streitkräfte aufwendet.

C. Anteil am BIP beachten

Über Chinas beeindruckende Wachstumszahlen liest man häufig in der Presse. Nicht so häufig aber fällt es Journalisten und Sicherheitsexperten ein, nicht nur die absoluten - und übrigens manchmal nicht inflationsbereinigten!!! - Zahlen der chinesischen Militärausgaben anzuführen, sondern auch wie hoch der Anteil des chinesischen Verteidigungsetats am BIP ist und wie sich dieser über die Jahre entwickelt hat.

Tabelle 1: Entwicklung der Militärausgaben ausgewählter asiatischer Staaten in Milliarden Dollar (Cordesman 2011, S. 7) Siehe Seite 253

Tabelle 2: Entwicklung des BIP-Anteils der Militärausgaben in ausgewählten asiatischen Staaten (Cordesman 2011, S. 6) Siehe Seite 254

Tabelle 1 zeigt die dynamische Entwicklung der Militärausgaben der wichtigsten strategischen Spieler in Asien, während Tabelle 2 die dynamische Entwicklung des BIP-Anteils für Militärausgaben darstellt. Man hört und liest in der Tat des Öfteren Zahlen aus Tabelle 1, etwas seltener aber jene aus Tabelle 2. Vielleicht liegt es daran, dass diese nicht zum alarmistischen Bild passen? Ja, die Zahlen aus Tabelle 2 malen ein Bild, welches jenem bekannten aus der Presse diametral entgegengesetzt ist: Der Anteil der Militärausgaben Chinas am BIP liegt heute 0,5% unter dem Niveau von 2000!

Natürlich klettern die absoluten Ausgaben für die chinesischen Streitkräfte. Warum sollten sie es nicht? Die Wirtschaft wächst stetig. Das Geld soll auch dazu genutzt werden, die "National Comprehensive Power" auszubauen. Der chinesische Staat erhöhte seine Ausgaben nicht nur für das Militär, sondern auch für Bildung, Infrastruktur, Auf- und Ausbau eines modernen Sozialwesens inklusive Gesundheits- und Arbeitslosenversicherung sowie Rentenversicherung. Eine seriöse Analyse würde diese Tatsache nicht vernachlässigen. Lediglich festzustellen, dass Chinas Verteidigungsetat in der letzten Dekade von 31 auf 110 Milliarden Dollar gestiegen ist und darauf basierend alle möglichen Gefahrenszenarien auszumalen hat nichts mit einem verantwortlichen und der Wahrheit verpflichteten Journalismus zu tun.

3.3 Die Regierung

Im April 2012 veröffentlichte die International Crisis Group einen ausführlichen Bericht über die interministeriellen Verflechtungen in China, die zu einer ungewollten Eskalation der territorialen Streitigkeiten im Südchinesischen Meer führen (ICG 2012). Den Ausgangspunkt bilden die überlappenden Verantwortungsbereiche von neun Regierungsorganen, die alle auf die eine oder andere Weise für das Südchinesische Meer zuständig sind: "PLAN [PLA Navy], Customs Law Enforcement (General Administration of Customs), China Fisheries Law Enforcement Command (agriculture ministry), Marine Safety Administration (transport ministry), Search and Rescue Centre (transport ministry), Maritime Police (public security ministry), border police (public security ministry), China Marine Surveillance (State Oceanic Administration), and maritime environmental protection" (ibid., p. 8). All diese Organe konkurrieren miteinander um die Gunst (und Gelder) der Regierung, indem sie ihre Operationen

auszuweiten suchen. Dann gibt es die drei Provinzen von Guangdong, Guangxi und Hainan, die am Südchinesischen Meer liegen. Die Provinzregierungen werden von einem starken Bestreben angetrieben, alle zur Verfügung stehenden Ressourcen zu mobilisieren, um das wirtschaftliche Wachstum zu fördern. Das schnelle Tempo des wirtschaftlichen Wachstums führte zur Überfischung und Verschmutzung der lokalen Gewässer. Deshalb halten die Provinzregierungen die Fischer dazu an, weiter ins Südchinesische Meer zu stechen. Das Ergebnis dieser Politik ist, dass sich die Philippinen und Vietnam mit einem Anstieg von Fischerbooten in den umstrittenen Gewässern konfrontiert sehen. Dies führt zu Zusammenstößen zwischen chinesischen Fischerbooten und ausländischen Patrouillenbooten.

Diese Entwicklung, die mit der zunehmenden ökonomischen Modernisierung zusammenhängt, hat nichts mit einer "steigenden Selbstbehauptung" der Zentralregierung zu tun. Ganz im Gegenteil: Die rein ökonomische Fokussierung der Provinzregierungen unter Missachtung aller diplomatischen Konsequenzen bereitet oft genug dem Außenministerium Kopfschmerzen. (Sehe z.B. Spannungen, die die Provinz Yunnan mit Myanmar verursacht hat). Doch man muss wissen, dass die einzelnen Ministerien auf Augenhöhe mit den Provinzregierungen stehen. Das bedeutet, dass das Außenministerium keine Befugnis hat, den Parteisekretär einer Provinz anzurufen und ihm Befehle zu erteilen.

Man muss auch wissen, dass die Performanz eines lokalen Kaders hauptsächlich aufgrund dessen Fähigkeit beurteilt wird, wirtschaftliches Wachstum in seinem Kreis oder seiner Provinz zu fördern. Dies ist die Voraussetzung für eine weitere Förderung. Die Nachteile dieses Bewertungssystems werden langsam erkannt - vor allem aufgrund der zunehmenden Umweltschäden.

Man muss auch wissen, dass die Performanz eines lokalen Kaders hauptsächlich aufgrund dessen Fähigkeit beurteilt wird, wirtschaftliches Wachstum in seinem Kreis oder seiner Provinz zu fördern. Dies ist die Voraussetzung für eine weitere Förderung. Die Nachteile dieses Bewertungssystems werden langsam erkannt - vor allem aufgrund der zunehmenden Umweltschäden. Darauf basierend kann man diese Schlussfolgerung treffen: Die Aktionen der Provinzregierungen im Zusammenhang mit dem Südchinesischen Meer haben eine lokale Motivation (= wirtschaftliches Wachstum), doch die Implikationen sind international. Wir können uns dies bildlich am besten verdeutlichen, indem wir das Konzept der Emergenz aus der Chaos-Theorie verwenden. Ein emergentes Phänomen ist ein Muster, welches man auf der Makro-Ebene feststellen kann, welches aber aus einfachen Interaktionen auf der Mikro-Ebene resultiert. Die Subsysteme auf der Mikro-Ebene agieren nach ihren eigenen Regeln, ohne die Absicht zu verfolgen, das Muster auf der Makro-Ebene zu generieren.

Es bleibt die Frage, warum die zentrale Führung der Volksrepublik nichts unternimmt, um den Provinzregierungen Einhalt zu gebieten. Die Antwort ist, dass die zentrale Führung mit enormen Herausforderungen zu kämpfen hat. Denken wir nur an die relativ große Kluft zwischen arm und reich oder an die Diskrepanzen zwischen der wohlhabenderen Küstenprovinzen und der etwas zurückgebliebenen Innenprovinzen oder an dynamische Prozesse wie die Alterung der Gesellschaft oder an die Zerstörung der Umwelt als Folge des wirtschaftlichen Wachstums. Ganz zu schweigen von den unzähligen kleineren Aufgaben, Verpflichtungen und Inspektionsreisen, welche Spitzenentscheidungsträger absolvieren müssen. Die Wahrheit ist, dass die territorialen Streitigkeiten im Ost- oder im Südchinesischen Meer relativ unten auf der Prioritätsliste der chinesischen Führung stehen. China hat leider keine Strategie für seine territorialen Streitigkeiten.

Es bleibt zu betonen, dass überlappende Verantwortungsbereiche und das Spiel lokaler Interessen nicht nur in den territorialen Streitigkeiten zum Vorschein kommen. In vielen anderen Bereichen führen sie zu Ineffizienzen und verursachen bürokratisches Chaos. Eine Lösung dieses Gewirrs ist eine Herkulesaufgabe. Sie erfordert eine groß angelegte innenpolitische Reformstrategie.

4. Schlussfolgerungen

Wenn wir die territorialen Streitigkeiten der Volksrepublik China mit seinen Nachbarn im Ost- und Südostchinesischen Meer durch die Linse von Clausewitz' wunderlicher Dreifaltigkeit betrachten, kommen wir zu einem komplexeren Verständnis des chinesischen Handelns: (1) Die Chinesen neigen aufgrund ihrer historischen Erfahrungen automatisch dazu, ein schmutziges Machtspiel ausbeuterischer ausländischer Aggressoren da zu vermuten, wo ihre Souveränität über "unbestreitbar chinesisches Territorium" in Frage gestellt wird. Das "Jahrhundert der Demütigung" wirft seinen langen Schatten über die chinesische Psyche voraus. Die Nervosität, die China in diesem Zusammenhang an den Tag legt, zeugt vom mangelnden und nicht übersteigerten Selbstvertrauen. (2) Die Modernisierung des chinesischen Militärs ist Teil der gesamten langfristigen Modernisierungsstrategie des Landes. Ein starkes Militär wird in China als Garant für Frieden und Stabilität gesehen. Die Aufrüstung wird im Ausland in der Regel übertrieben dargestellt. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass China aufrüstet, um seine territorialen Streitigkeiten militärisch zu lösen. (3) Die Eskalation der territorialen Streitigkeiten im Südchinesischen Meer ist auf lokal motivierte Aktionen von Provinzregierungen zurückzuführen. Die zentrale

Führung ist pragmatisch genug, um zu erkennen, dass jede Störung von Frieden und Stabilität in der Region verheerende Auswirkungen auf die ökonomische Modernisierung des Landes haben wird.

Die große Gefahr ist, dass Clausewitzsche Friktionen eine ungewollte Dynamik entfalten könnten: So kann z.B. ein Zusammenstoß von chinesischen Küstenwachbooten in den Hoheitsgewässern Japans mit dessen Kontrollbooten Wirkungen haben, die die Akteure so nicht eingeschätzt haben. Diese Gefahr ist real und sollte nicht unterschätzt werden. Doch Ost- und Südostasien ist seit einigen Jahrzehnten in einem unaufhaltsamen Prozess ökonomischen Zusammenwachsens begriffen. Ein ungewolltes - und durchaus positives Ergebnis - ist in den Worten Andrew Ericksons, dass man sich von der "Mutually Assured Destruction" des Kalten Kriegs weg zu "Mutual Economic Dependence" hinbewegte. Leider wird diese Entwicklung in ihrer Tragweite von vielen Medien und Sicherheitsexperten nicht wahrgenommen.

Zum Autor: Namil Al-Sabah ist Kognitionswissenschaftler. Er steht kurz vor Abschluss seiner Dissertation in politischer Psychologie an der Universität Bamberg (Doktorvater: Dietrich Dörner). In seiner Dissertation unternimmt er eine psychologische Analyse des Denkens und Handelns von Mao Zedong und Deng Xiaoping.

Anmerkungen:

- 1 An dieser Stelle möchte ich Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen ganz herzlich für seinen Input danken: Es war seine Idee, die wunderliche Dreifaltigkeit in diesem Kontext zu verwenden. Die hier ausgeführten Ansichten spiegeln nicht unbedingt denen von General Olshausen wider.

Literaturverzeichnis

Tran, Truong Thuy (2011): "Recent Developments in the South China Sea: Unconstrained Waves of Tensions," in: The South China Sea Reader, Papers and Proceedings of the Manila Conference on the South China Sea, Manila, July 5-6, 2011.

Thayer, Carlyle A. (2011): "China's New Wave of Aggressive Assertiveness in the South China Sea," Paper to Conference on Maritime Security in the South China Sea, Washington, D.C., June 2021, 2011, also published on the website of the Center for Strategic and International Studies.

FAZ (2012a): "Wem gehört das asiatische Mittelmeer?," FAZ, 09.08.2012.

FAZ (2012b): "Chinesisch-japanischer Inselstreit, wie vor hundert Jahren", FAZ, 23.09.2012

Lakoff, George & Johnson, Mark (1999): Philosophy in the Flesh – the Embodied Mind and its Challenge to Western Philosophy, Basic Books.

Kahneman, Daniel & Tversky, Amos (2000): "Choices, Values, and Frames". In: Kahneman, D. & Tversky, A. (editors): Choices, Values, and Frames, Cambridge University Press.

Gigerenzer, Gerd (2000): Adaptive Thinking – Rationality in the Real World, Oxford University Press.

Clausewitz, Carl von (2003): Vom Kriege, Ullstein.

FAZ (2011): "Rüstungswettlauf in Asien", in: FAZ, 12.04.2011.

Hille, Kathrin & Dickie, Mure (2011): "China's military budget rise alarms Tokyo", in: Financial Times, 04.03.2011.

Blumenthal, Dan & Mazza, Michael: "Asia Needs a Larger U.S. Defense Budget", in: The Wall Street Journal, 05.07.2011.

Spiegel Online (2011): "China feiert erste Flugzeugträger-Fahrt", auf: Spiegel Online, 10.08.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,779342,00.html>

Chu, Zhaogen (2012): "Philippines must stop running amok", in: China Daily, 28.05.2012.

Nalapat, M.D. (2011): "Asia ignores 'divide and conquer' tactics," in: Global Times, 19.12.2011.

Bennett, Isabella (2011): Media Censorship in China, Council on Foreign Relations.

Mao, Zedong (1978): Ausgewählte Werke, Band 5, Verlag für Fremdsprachliche Literatur.

Lovell, Julia (2011): The Opium War: Drugs, Dreams and the Making of China, Picador.

Mahbubani, Kishore (2008): The New Asian Hemisphere: The Irresistible Shift of Global Power to the East, Public Affairs.

Chen, Sean and Feffer, John (2010): "China's Military Spending: Soft Rise or Hard Threat?", Foreign Affairs, 10.05.2010.

Glaser, Bonnie (2011): "Is China's Aircraft Carrier a Threat to U.S. Interests?" Center for International and Strategic Studies, 11.08.2011.

Cordesman, Anthony H. (2011): The Military Balance in Asia: 1990-2011 - A Quantitative Analysis, Center for International and Strategic Studies.

ICG (2012): Stirring Up the South China Sea (I), Asia Report N°223, International Crisis Group, April 23, 2012.

Al-Sabah, Nabil (2008): "Die Unlogik des Gelingens im Sinne von Clausewitz", in: Clausewitz-Jahrbuch 2008, pp. 183-204, Clausewitz-Gesellschaft.

Tabelle 1

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
South Korea	18.3	18.8	19.4	20.0	20.9	22.6	23.4	24.5	26.1	27.1	23.4
Russia	29.7	33.0	36.6	39.0	40.6	44.2	48.4	52.5	58.3	61.0	50.6
Japan	47.5	48.0	48.5	48.6	48.2	47.9	47.3	47.1	46.3	46.9	49.5
India	21.9	22.6	22.6	23.1	26.8	28.3	28.5	28.9	32.3	36.6	33.5
China	31.2	38.4	44.4	48.5	53.1	59.0	68.8	77.9	86.2	98.8	110.1

Tabelle 1: Entwicklung der Militärausgaben ausgewählter asiatischer Staaten in Milliarden Dollar (Cordesmann 2011, S. 7)

Tabelle 2

	India	Japan	China	Russia	South Korea
2000	3.1%	1.0%	1.8%	3.7%	2.6%
2001	3.0%	1.0%	2.0%	4.1%	2.6%
2002	2.9%	1.0%	2.1%	4.4%	2.4%
2003	2.8%	1.0%	2.1%	4.3%	2.5%
2004	2.9%	1.0%	2.0%	3.8%	2.5%
2005	2.8%	1.0%	2.0%	3.7%	2.6%
2006	2.6%	1.0%	2.0%	3.6%	2.6%
2007	2.5%	0.9%	2.0%	3.5%	2.6%
2008	2.6%	0.9%	2.0%	3.5%	2.8%
2009	2.8%	1.0%	1.4%	3.4%	2.8%
2010	2.5%	1.0%	1.3%	2.8%	2.6%

Tabelle 2: Entwicklung des BIP-Anteils der Militärausgaben in ausgewählten asiatischen Staaten (Cordesman 2011,S. 6)

Zabern 1913 – eine politische Krise des Deutschen Reiches

Michael Vollert

Die Ereignisse in Zabern, Straßburg und Berlin vom Oktober 1913 bis zum Februar 1914

Aus einem Vorfall in der elsässischen Garnisonsstadt Zabern (heute: Saverne, Département Bas-Rhin, Frankreich) von zunächst nur lokaler Bedeutung entwickelte sich ab November 1913 eine der schwersten innenpolitischen Krisen des deutschen Kaiserreiches. Die Ereignisse, die sich 2013 zum hundertsten Male jähren, mit ihrer politischen und verfassungsrechtlichen Dimension sowie als Ausdruck des preußisch-deutschen Militarismus, entfalteteten noch bis zum Ende des 20. Jahrhunderts eine Langzeitwirkung, die es rechtfertigt, die Affäre von Zabern jetzt noch einmal zu betrachten.

Am 28. Oktober 1913 forderte der zwanzigjährige Leutnant Günther Frhr. von Forstner, nach damaligem Recht also noch nicht volljährig, seine elsässischen Rekruten auf, bei Auseinandersetzungen mit Zivilisten von der Waffe Gebrauch zu machen. Wenn dabei ein „Wackes“, so das für Elsässer gebräuchliche Schimpfwort, zu Tode käme, wäre es nicht schade. Er wolle eine solche Tat vielmehr mit zehn Goldmark belohnen, und ein Unteroffizier erhöhte die ausgelobte Prämie noch um weitere drei Mark. Der Gebrauch des Schimpfwortes „Wackes“ war seit 1903 durch Regimentsbefehl verboten.

Forstner gehörte als Offizier zum (preußischen) Infanterieregiment 99, dessen II. und III. Bataillon in Zabern stationiert waren. Die Äußerungen des Leutnants wurden von Soldaten des Regiments an die örtliche Zeitung weitergegeben und so in der Stadt bekannt. Da es bereits zuvor Zusammenstöße des Militärs mit Elsässer Bürgern gegeben hatte, löste Forstners Aufforderung zum Totschlag bzw. zur Körperverletzung in der Stadt Empörung aus. Die Presse forderte die Versetzung des Leutnants und seines Regimentskommandeurs, Oberst Ernst von Reuter, der jedoch nicht entsprochen wurde.

Nachdem sein Name und seine abfälligen Bemerkungen in der Stadt bekannt geworden waren, sah sich Forstner Spott und Hänseleien ausgesetzt. Er ließ sich daher ab sofort außerhalb der Kaserne von einer Eskorte bewaffneter Soldaten begleiten.

Am 15. November benutzte Forstner im Unterricht erneut das Schimpfwort „Wackes“ und beleidigte mit herabsetzenden Worten die Trikolore, was zu empörten Reaktionen nicht nur im Elsass, sondern auch im Reich und besonders



Leutnant von Forstner

in Frankreich führte. Das für die Zaberner Garnison zuständige Generalkommando des XV. Armeekorps in Straßburg dementierte – nicht besonders glaubwürdig – die Vorfälle, ließ drei elsässische Rekruten des Regiments verhaften, versetzte einige reichsdeutsche Soldaten zu anderen Trupenteilen und ließ die Redaktion des Zaberner Anzeigers durchsuchen, der zuerst über die Vorgänge berichtet hatte. Leutnant von Forstner erhielt milde sechs Tage Stubenarrest, was in der Öffentlichkeit jedoch nicht bekannt wurde.

Nun schaltete sich erstmalig eine zivile Instanz ein. Der Statthalter von Elsass-Lothringen, Graf von Wedel, legte dem

Commandierenden General des XV. Armeekorps, General der Infanterie von Deimling, dringend die Versetzung Forstners nahe, was dieser jedoch strikt ablehnte.

Die Angelegenheit wuchs jetzt über die bisherige regionale Querele im Westen des Reiches hinaus. Elsass-lothringische Reichstagsabgeordnete richteten eine parlamentarische Anfrage an den Kriegsminister Erich von Falkenhayn und erhielten dazu am 28. November eine nur kurze, unzureichende Antwort. Eine Stellungnahme des Reichskanzlers Theobald v. Bethmann Hollweg wurde für den 3. Dezember in Aussicht gestellt.

Zuvor kam es jedoch noch am 28. November zu einer weiteren Eskalation. Eine Gruppe Zaberner Bürger, die die Vorfälle in der Öffentlichkeit besprach, wollte sich trotz Aufforderung durch das Militär nicht zerstreuen. Oberst von Reuter ließ daraufhin die Hauptstraße des Ortes durch Soldaten mit scharfer Munition „unter Trommelwirbel“ räumen und etwa dreißig, zufällig ausgewählte Zaberner Bürger, in einem Keller der Kaserne einsperren. Davor verlangte er die Ausrufung des Belagerungszustandes, was der zuständige Kreisdirektor jedoch wegen rechtlicher Bedenken ablehnte. Nach einer Nacht in der Kaserne wurden die

Verhafteten zwar wieder freigelassen, Oberst von Reuter ließ die Stadt aber weiterhin von bewaffneten Soldaten kontrollieren.

Noch vor der für den 3. Dezember angekündigten Erklärung des Reichskanzlers kam es am Tag davor in einem Nachbarort von Zabern, der Gemeinde Dettweiler, zu einem erneuten Übergriff. Leutnant von Forstner schlug mit seinem Säbel einen behinderten Schustergesellen, der angeblich Widerstand gegen seine Verhaftung durch Soldaten geleistet hatte.

Nach einer Intervention aus der Umgebung des Kaisers verteidigte Reichskanzler von Bethmann Hollweg im Reichstag das Verhalten des Militärs in Zabern – vermutlich gegen seine Überzeugung. Der Kanzler rechtfertigte dies, weil „die zivilen Sicherheitsorgane versagt und bei den bisherigen Vorkommnissen (dem Militär) keinen oder keinen genügenden Schutz gewährt hätten. [...] Jedenfalls aber bitte ich nicht zu vergessen, dass die Armee das Recht hat, sich gegen direkte Angriffe zu schützen. [...] Der Rock des Königs muss unter allen Umständen respektiert werden.“ Es sei Pflicht, die Armee zu schützen, auch wenn die gesetzlichen Grenzen dabei nicht eingehalten werden könnten.

Damit rechtfertigte der Reichskanzler das Vorgehen des Militärs und nannte die von Leutnant von Forstner ausgelobte Geldprämie für die Tötung eines Elsässers lediglich eine Ungehörigkeit. Diese Art von Selbstjustiz sei zum Schutz des „Rocks des Königs“ rechens. Kriegsminister von Falkenhayn suchte die Schuld bei „hetzerischen Presseorganen“. Weder er selbst noch das Parlament hätten eine Zuständigkeit in dieser Angelegenheit, dies sei Sache der „königlichen Kommandogewalt“.

Im Reichstag kam es daraufhin zu stürmischen Auseinandersetzungen. Bei der Abstimmung über ein Misstrauensvotum am folgenden 4. Dezember stimmte eine überwältigende Mehrheit von 293 Abgeordneten gegen die Regierung, lediglich 54 (konservative) dafür und vier Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Diese Abstimmungsniederlage blieb jedoch ohne politische Folgen für den Kanzler und den Kriegsminister.

Nachdem die Behandlung der Vorfälle in Zabern nicht zu politischen Konsequenzen geführt hatte, erwartete die Öffentlichkeit, zumindest außerhalb des Lagers der Konservativen, dass die Sache von den zuständigen Gerichten gewürdigt würde. Verurteilt wurden noch im Dezember lediglich drei elsässische Rekruten des Regiments, die die Presse über Forstners abfällige Bemerkungen

informiert hatten, zu drei bzw. sechs Wochen Arrest. Der Vorwurf: Preisgabe von Dienstgeheimnissen.

Leutnant von Forstner musste sich vor dem Militärgericht des XV. Armeekorps in Straßburg wegen der Säbelattacke gegen den Schustergesellen verantworten. Gegen das Urteil (43 Tage Gefängnis) legte er Berufung ein. Das (Militär-) Obergericht billigte ihm jedoch „Putativnotwehr“ (irrtümlich für rechtmäßig gehaltene Gewaltanwendung) zu und sprach ihn frei. Der Vorwurf der Freiheitsberaubung und Nötigung Zaberner Bürger durch Oberst von Reuter wurde von demselben Gericht unter Hinweis auf eine „Kabinettsordre“ aus dem Jahre 1820, also fast ein Jahrhundert vor den Ereignissen in Zabern, zurückgewiesen. Weder Forstner noch Reuter kannten diese Bestimmung, die zwischen 1820 und 1913 niemals angewandt und im Übrigen auch nie veröffentlicht worden war. Auch Oberst von Reuter wurde freigesprochen. Jeder der verhafteten Zaberner Bürger erhielt eine Entschädigung von 50 Reichsmark.

Mit der Frage der Gültigkeit der Kabinettsordre von 1820 beschäftigten sich jetzt zahlreiche Juristen. Das Reichsjustizamt kam zu dem Ergebnis, dass diese „Ordre“ aus mehreren Gründen keine Rechtskraft hätte, was Bethmann Hollweg am 20. Januar 1914 in seiner Rede vor dem Reichstag ebenso wie der Kriegsminister ignorierten. Da die zivilen Behörden in Zabern untätig geblieben wären, hätte das Militär handeln müssen.

Die Vorfälle im November und Dezember 1913 in der elsässischen Kleinstadt blieben damit ohne politische, strafrechtliche und – abgesehen von sechs Tagen Stubenarrest für Leutnant von Forstner – auch ohne disziplinarische Folgen für die beteiligten Offiziere. Generalmajor Kühne, Kommandeur der 30. Feldartilleriebrigade, die dem XV. Armeekorps ebenso wie das Infanterieregiment 99 unterstand, wurde zu einer Untersuchung nach Zabern entsandt, sein Bericht blieb geheim. Die beiden dort stationierten Bataillone des Infanterieregiments 99 wurden auf einen Truppenübungsplatz verlegt, was im Ergebnis einer Bestrafung der von der Garnison wirtschaftlich abhängigen Stadt gleichkam.

Unter Berufung auf seine uneingeschränkte Kommandogewalt über Heer und Marine verbot Kaiser Wilhelm II. seinem Kanzler von Bethmann Hollweg, den Reichstag und die Öffentlichkeit über die Vorgänge weiterhin zu informieren. Damit war die Affäre vorläufig beendet.

Reaktionen in Politik und Öffentlichkeit

Die Ereignisse im Herbst 1913 in Zabern fanden große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und führten zu kontroversen Reaktionen in der Politik, der Presse und bei zahlreichen Bürgern. Nach Aufrufen der SPD kamen am 7. Dezember in zwölf deutschen Städten viele tausend Demonstranten zu Protestkundgebungen gegen das Verhalten des Militärs zusammen.

Am 28. November sowie am 3., 4. und 12. Dezember 1913 standen die Vorfälle auf der Tagesordnung des Reichstages, was für deren Bedeutung auf höchster politischer Ebene im Reich spricht. Ausgelöst hatte dies die bereits genannte Anfrage elsässischer Abgeordneter, zu denen auch Adolf Röser gehörte. In seinen Reden am 3. und 12. Dezember verwahrte sich Röser gegen den Vorwurf, seine elsässischen Landsleute stünden nicht zum Reich. Er war am 28. November in der Stadt Zeuge der Verhaftung Zaberner Bürger und weiterer Übergriffe der Soldaten und konnte so im Reichstag seine persönlichen Eindrücke schildern. Auch die Zentrumspartei kritisierte das Verhalten des Militärs. Für deren Fraktion sprach Konstantin Fehrenbach, der 1920/21 in der Weimarer Republik kurzzeitig Reichskanzler war.

Nachdem das mit überwältigender Mehrheit beschlossene Misstrauensvotum gegen den Reichskanzler nicht zu dessen Rücktritt geführt hatte, wurde zur weiteren Untersuchung der Vorfälle eine Kommission eingesetzt, die sich jedoch im Februar 1914 bereits wieder auflöste, ohne die grundsätzlichen Konflikte zwischen den Allmachtsansprüchen des Militärs, den Rechten der Bürger und den Zuständigkeiten der Behörden lösen zu können. Auch an der längst überholten Sonderstellung der Armee konnte die Kommission nichts ändern.

Abgesehen von der Kritik an Auswüchsen fand die Armee des Kaiserreiches in der Öffentlichkeit und im Parlament im Allgemeinen breite Zustimmung, die keine der Parteien gefährden wollte, auch nicht die SPD, seit 1912 stärkste Fraktion im Reichstag. Dieser hatte noch im Sommer 1913 mit großer Mehrheit die Erhöhung des Wehretats, einschließlich der damit verbundenen höheren Steuerlast, beschlossen. Und im Frühsommer 1914 traten wegen des bevorstehenden Kriegausbruches alle anderen Probleme in den Hintergrund – auch die Affäre in der elsässischen Garnisonsstadt Zabern.

Außer dem Reichstag befassten sich noch weitere politische Gremien mit Zabern. Der Vorsitzende der Konservativen im Preußischen Abgeordnetenhaus,

Ernst von Heydebreck, verteidigte das Handeln des Militärs, und im Preußischen Herrenhaus wurde der Reichskanzler kritisiert, weil er die Armee angeblich nicht ausreichend in Schutz genommen habe. Dies konnte nicht wirklich überraschen. Durch das Dreiklassenwahlrecht zum Abgeordnetenhaus waren Sozialdemokraten und Zentrum dort weit unterrepräsentiert, und im Herrenhaus saßen vom König berufene Vertreter, fast ausschließlich aus den altpreußischen Führungsschichten.

Mit den Worten „Bravo“ und „immer feste druff“ unterstützte Kronprinz Wilhelm in einem Telegramm an den Kommandierenden General des XV. Armeekorps das Handeln des Militärs in Zabern und Straßburg. Weiter hieß es in dem zitierten Telegramm: „Hoffe, dass die Offiziere in jeder Beziehung gegen

Mit den Worten „Bravo“ und „immer feste druff“ unterstützte Kronprinz Wilhelm in einem Telegramm an den Kommandierenden General des XV. Armeekorps das Handeln des Militärs in Zabern und Straßburg. Weiter hieß es in dem zitierten Telegramm: „Hoffe, dass die Offiziere in jeder Beziehung gegen die Unverschämtheiten des Zaberner Pöbels geschützt werden.“

die Unverschämtheiten des Zaberner Pöbels geschützt werden. Es müsste ein Exempel statuiert werden, um den Herren Eingeborenen die Lust an derartigen Vorfällen zu versalzen. Besten Gruß, gez. Wilhelm, Kronprinz.“

Da der Kronprinz keine (verfassungs-)rechtlich besondere Stellung im Reich hatte, waren seine Äußerungen lediglich die Meinung eines, wenngleich besonders prominenten Privatmannes, der sich damit in die „konservativ-junkerliche Führungsschicht“ des Reiches (Hans-Ulrich Wehler) einreihete.

Nachdem der Inhalt dieses Telegramms durch einen Mitarbeiter der Post bekannt geworden war, so die Vermutung, wurden alle Straßburger und Zaberner Telegraphenbeamten kurzfristig versetzt. Dies war eine weitere, ebenso hilflose wie überzogene Reaktion, in diesem Fall der zivilen Behörden.

Es kam noch zu einem weiteren Eingriff in die heute selbstverständliche Informationsfreiheit. Nachdem der Zaberner Anzeiger über die Vorfälle berichtet hatte, wurde „Militärpersonen“ die Lektüre dieses Blattes zeitweilig verboten.

Neben dem Kronprinzen gab es zahlreiche weitere Repräsentanten der Konservativen, die sich – wenn auch weniger salopp – zu den Ereignissen in Zabern zu Wort meldeten. Dafür sei beispielhaft der Berliner Polizeipräsident Traugott von Jagow genannt. Dieser schrieb in der (konservativen preußischen) Kreuzzeitung, dass militärische Übungen Akte der „Staatshoheit“ seien. Wenn solche

Übungen behindert würden (wie in Dettweiler), dann dürfe das Militär nicht strafrechtlich verfolgt werden, denn auch die Abwehr einer solchen Behinderung wäre „hoheitliches Handeln“. Diese rechtlich unhaltbare Auffassung eines juristisch gebildeten hohen Beamten stieß auf die berechtigte Kritik von Sozialdemokraten, Liberalen und anderen bürgerlichen Gruppen. Auch Maximilian Harden, einer der schärfsten Kritiker der politischen und gesellschaftlichen Ordnung des Kaiserreiches, widersprach Jagow mit ätzender Ironie. Satirische Blätter, die sich schon seit Jahren mit dem Militär befasst hatten, beteiligten sich mit Karikaturen an der andauernden Pressekampagne, und Kurt Tucholsky schrieb ein Spottgedicht auf die Affäre.

Am 18. Januar 1914, also während des vorläufigen Höhepunktes der Krise, tagte in Berlin der zwei Jahre zuvor gegründete, hochkonservative Preußenbund. Dabei meldete sich ein General von Wrochem, Mitglied dieser Organisation, zu Wort und verteidigte Oberst von Reuter. Der Preußenbund verabschiedete eine Resolution gegen das Vordringen einer „radikalen, gottlosen, unchristlichen Demokratie“ und gegen jede „Schwächung der auf christlicher und monarchischer Grundlage erwachsenen Macht Preußens“.

Die so formulierte Unterstützung des Militärs, vor allem durch preußische Konservative, blieb nicht unwidersprochen. Zahlreiche sozialdemokratische und bürgerliche Zeitungen traten Jagow, Wrochem und anderen Exponenten der Konservativen entgegen, die die Maßnahmen des Militärs in Straßburg und Zabern verteidigt hatten. Auch der junge Journalist Theodor Heuß, der spätere Bundespräsident, formulierte seine Kritik in einer liberalen Zeitung. Die Proteste gegen die willkürlichen Verhaftungen, aber auch gegen die abwiegelnde Haltung der Reichsregierung übertrafen die Reaktionen in der Öffentlichkeit während der Daily-Telegraph-Affäre 1908, die immerhin zum Rücktritt des damaligen Reichskanzlers Bernhard von Bülow im folgenden Jahr geführt hatte. Nur vereinzelt gab es grundsätzliche Kritik an der Verfassung und Rechtsordnung des Reiches sowie der Sonderstellung des Militärs. Erst 1918 kam es in diesen Bereichen in Deutschland mit dem Ende der Monarchie und durch die Revolution zu grundlegenden Änderungen.

Zabern, ein verfassungs- und staatsrechtliches Problem

Das Misstrauensvotum am 4. Dezember 1913 im Reichstag führte wie erwähnt keineswegs zur Entlassung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg. Abweichend von den sonst üblichen Grundsätzen einer parlamentarischen Demokratie

wurde im Deutschen Reich bis 1918 der Regierungschef nicht von der Mehrheit des Reichstags gewählt, sondern vom Kaiser ernannt (oder entlassen). Eine am Anfang des 20. Jahrhunderts geänderte Geschäftsordnung ließ zwar Anträge auf Missbilligung der Regierung zu wie im Fall Zabern, führte jedoch nicht zu deren Entlassung oder Rücktritt. Bethmann Hollweg blieb bis 1917 Reichskanzler. Abgesehen vom Budgetrecht hatte der Reichstag nahezu keine Zuständigkeiten für das Militär. Dazu war ein so genanntes Militär- und Marinekabinetts des Monarchen eingerichtet worden, über das der Kaiser seine nahezu uneingeschränkte Kommandogewalt ausüben konnte. Außerdem hatten die Kommandierenden Generale der Armeekorps wie die Regierungspräsidenten und der Chef des aus dem Kriegministerium ausgegliederten Großen Generalstabes ein unmittelbares Vortragsrecht beim Kaiser, von dem sie reichlich Gebrauch machten. Dabei gab es regelmäßig Konflikte zwischen dem Kaiser, seinem Militärkabinetts, dem Großen Generalstab und dem Kriegsminister über die jeweiligen Zuständigkeiten. „Zabern“ erklärte der Kaiser im März 1914 zu seiner militärischen Kommandosache und entzog es damit der Verantwortlichkeit von Reichstag und Reichsregierung.

Da es sich bei den beteiligten Offizieren um Soldaten eines preußischen Infanterieregiments handelte, wäre möglicherweise eine Zuständigkeit des preußischen Abgeordnetenhauses sowie des ebenfalls preußischen Kriegsministers anzunehmen. Wie bereits dargestellt, erörterte das Abgeordnetenhaus ebenso wie der Reichstag zwar den Fall Zabern, besaß dafür aber aufgrund des Dreiklassenwahlrechts keine demokratische und aufgrund der Reichsverfassung auch keine tatsächliche Legitimation.

Zu den Anfragen der Reichstagsabgeordneten Röser (SPD), Fehrenbach (Zentrum) und anderer nahm der preußische Kriegsminister im Reichstag, nicht etwa im Abgeordnetenhaus Stellung. Diese Zuständigkeit ergab sich aus Artikel 63 der Reichsverfassung von 1871, nach der die Kontingente der Bundesstaaten dem Kaiser in Krieg und Frieden unterstanden. Alle militärischen Angelegenheiten der Bundesstaaten waren der Armee Preußens anzupassen (Artikel 60 der Reichsverfassung). Damit war der preußische Kriegsminister für Organisation, Bewaffnung, Ausbildung sowie Aufstellung des Etats des Heeres im ganzen Reich zuständig, also nicht nur für den preußischen Anteil. Falkenhayn war damit wie seine Vorgänger faktisch der Reichskriegsminister, der – wie erwähnt – am 4. Dezember im Reichstag erklärt hatte, dass weder er noch das Parlament eine Zuständigkeit im Fall Zabern hätten, diese läge allein bei der „königlichen Gewalt“.

In der Debatte im Reichstag über den Fall Zabern kritisierte der bayerische Abgeordnete Müller-Meinungen zutreffend: „Die sinnfällige Zurückdrängung des Verfassungsstaates durch die Idee der unverantwortlichen Kommandogewalt des Obersten Kriegsherrn, das war das eigentlich Beunruhigende an der Affaire Zabern.“ Damit wurde in bedrückender Weise deutlich, dass das Deutsche Reich 1913/14 von einer Demokratie nach angelsächsischem Muster noch weit entfernt war. Macht ging vor Recht.

Der Schauplatz der Ereignisse von Ende Oktober bis zu den ersten Dezembertagen 1913 lag in den Reichslanden Elsass-Lothringen, seit dem Ende des Krieges gegen Frankreich 1870/71 Teil des Deutschen Reiches. In Artikel 2 der Reichsverfassung wurden zwar alle die Gebiete aufgezählt, die ab 1871 zum Reich gehörten, nicht jedoch Elsass-Lothringen, was die auch staatsrechtliche Sonderrolle der Reichslande erklärt.

Die Annexion war 1871 keineswegs unumstritten. Nach Protesten von August Bebel und Wilhelm Liebknecht dagegen wurden die beiden Politiker vorübergehend in „Festungshaft“ genommen. Obwohl Bebel als Abgeordneter Immunität genoss, hat diese ihn nicht vor der Haft bewahrt.

Im September 1871, also nach dem Friedensschluss in Frankfurt am Main (10. Mai 1871) wurden in Straßburg ein Oberpräsident sowie drei Bezirkspräsidenten mit Sitz in Straßburg, Metz und Colmar nach dem Vorbild der preußischen Verwaltung eingesetzt. Außerdem regierte, ebenfalls in Straßburg, ein „Statthalter“. Die Reichsverfassung erhielt erst 1874 in den Reichslanden Gültigkeit. Da Elsass-Lothringen auch nicht im Bundesrat vertreten war, unterschied sich dessen rechtlicher Status somit erheblich von dem anderer Gebiete des Reiches.

Nach langem Widerstand, vor allem in Preußen, bekamen die Reichslande 1911 eine Volksvertretung mit zwei Kammern. Die Diskussion um das dazu einzuführende Wahlrecht löste Kritik an dem in Preußen unverändert geltenden anachronistischen Dreiklassenwahlrecht aus, an dem die Konservativen unter allen Umständen festhalten wollten. Auch die Aufwertung der Reichslande zu einem gleichberechtigten Bundesstaat des Deutschen Reiches wurde wegen der damit möglicherweise verbundenen Schwächung der Vorrangstellung Preußens hinausgezögert. Die bei-

In der Debatte im Reichstag über den Fall Zabern kritisierte der bayerische Abgeordnete Müller-Meinungen zutreffend: „Die sinnfällige Zurückdrängung des Verfassungsstaates durch die Idee der unverantwortlichen Kommandogewalt des Obersten Kriegsherrn, das war das eigentlich Beunruhigende an der Affaire Zabern.“

den Kammern erhielten nicht die gleichen Befugnisse wie die Landesparlamente in den anderen deutschen Staaten, und an dem in Straßburg regierenden, vom Kaiser ernannten Statthalter, wurde bis 1918 festgehalten.

Nicht nur die staats- und verfassungsrechtliche Sonderstellung von Elsass-Lothringen, sondern auch die Verwaltungspraxis sowie mentale Unterschiede zur Bevölkerung im übrigen Deutschland erklären die oder waren auch Ursache der Vorfälle in Zabern. Bis 1903 wurden Elsässer nur im „Altreich“ zum Wehrdienst einberufen und das Bürgertum von der Reserveoffizierslaufbahn praktisch ausgeschlossen. Offiziere der in Elsass-Lothringen stationierten Truppenteile sprachen wiederholt vom „Dienst im Feindesland“. Deren Verhalten im Zabern wurde mit dieser besonderen Situation gerechtfertigt. Auch der bereits zitierte Berliner Polizeipräsident von Jagow bezeichnete in seiner Zuschrift an die Kreuzzeitung Elsass-Lothringen als „Feindesland“.

Die Vorfälle im Herbst 1913 können folglich, abgesehen von den aus heutiger Sicht offenkundigen Rechtsverstößen, ebenso mit der Sonderstellung der Reichslande wie der Einstellung des Militärs zu ihren Mitbürgern in Elsass-Lothringen erklärt, aber keineswegs gerechtfertigt werden. Hier war aus historischen und staatsrechtlichen Gründen, wegen der Überheblichkeit und Arroganz des preußisch-deutschen Militärs und den Vorbehalten gegen die in Jahrhunderten durch Frankreich sozialisierten neuen Bürger vieles anders als im „Altreich“. Auch dies waren Ursachen für „Zabern“.

Hätte sich eine ähnliche Affäre, und um eine solche handelte es sich, auch in einer Garnison in den preußischen Kernlanden östlich der Elbe ereignen können? Diese (rhetorische) Frage und eine Antwort darauf sind selbstverständlich rein spekulativ. Der Protest Zaberner Bürger am 28. November 1913, der zu ihrer kurzzeitigen Verhaftung durch Oberst von Reuter führte, ergab sich vermutlich auch aus der seit der Revolution 1789 in Frankreich weit mehr als in Preußen herrschenden liberalen und demokratischen Grundeinstellung, die vor 1918 östlich der Elbe nur wenig entwickelt war.

Zabern und der preußisch-deutsche Militarismus

Ursache der Ereignisse in Zabern im Jahre 1913 war vor allem, aber nicht ausschließlich, das von zahlreichen Bürgern trotz des Freispruchs durch das Militär-Obergericht als rechtswidrig empfundene Verhalten von Leutnant von Forstner und seines Regimentskommandeurs Oberst von Reuter. Das Handeln der

beiden Offiziere und die Reaktionen in der Politik sowie in einigen Bereichen der Öffentlichkeit können gleichwohl auch mit dem im Deutschen Reich lange virulenten Militarismus erklärt werden, der sich gerade in der Zaberner Affäre beispielhaft zeigte. Seit den erfolgreichen Einigungskriegen des 19. Jahrhunderts bestimmte die besondere Stellung des Militärs mit ihren zum Teil grotesken Erscheinungsformen zunehmend die Normen und Werte der Gesellschaft des Kaiserreiches. So erschienen sämtliche Kanzler, auch Bismarck, seit 1871 im Reichstag in Uniform, Bethmann Hollweg in der eines Majors. Mit diesem Dienstgrad rangierte der Reichskanzler bei Hofe protokollarisch nach den Obersten und Generalen.

Ursache der Ereignisse in Zabern im Jahre 1913 war vor allem, aber nicht ausschließlich, das von zahlreichen Bürgern trotz des Freispruchs durch das Militär-Obergericht als rechtswidrig empfundene Verhalten von Leutnant von Forstner und seines Regimentskommandeurs Oberst von Reuter.

Das Heer wurde als Schule der Nation bezeichnet, und ehemalige Unteroffiziere prägten durch ihre Sprache und Verhalten das Bild des kleinen und mittleren Beamten in den Behörden. Einem auf dem Bürgersteig gehenden Offizier mussten andere Passanten ausweichen. Zu den Erscheinungsformen des Militarismus in Deutschland gehörten der bürgerliche Reserveoffizier, die jährliche Feier des Sedantages sowie die zahlreichen Kriegervereine mit ihren militärischen Ritualen, aber auch der Hauptmann von Köpenick und das Bild des Monokel tragenden Leutnants in satirischen Zeitschriften. Die Militarisierung erstreckte sich bis 1918 auf viele gesellschaftliche Bereiche, wenn auch nicht auf alle. Gleichwohl wurde der Militarismus mit seinen vielfältigen Erscheinungsformen gerade von den Liberalen durchaus kritisiert.

Mit unterschiedlicher Ausprägung gab es Militarismus auch in anderen Staaten. Besonders entwickelt war er im fernöstlichen Japan, für das das Deutsche Reich nicht nur mit seinem Militär, sondern zum Beispiel auch mit der Bismarck'schen Sozialversicherung ein Vorbild war.

Einen mit der Affäre von Zabern vergleichbaren Vorfall als Ausdruck von Militarismus gab es im republikanischen Frankreich.

Am 4. Januar 1895 verurteilte ein Kriegsgericht den Hauptmann im Generalstab Dreyfus wegen angeblichen Landesverrats. Er wurde aus der Armee ausgeschlossen, seines Offiziersranges beraubt und in die französische Kolonie Cayenne verbannt. Aufgrund erdrückender Beweise stellte sich die Verurteilung von Dreyfus bald als Justizirrtum heraus. Mit seinem berühmten Schreiben „J'accuse“ vom 5.

Januar 1898 an den Präsidenten der Republik forderte der bekannte Schriftsteller Emile Zola die Rehabilitierung des Offiziers. Ein Schwurgericht verurteilte Dreyfus in einer neuen Verhandlung wegen Beleidigung des Kriegsgerichts zu (nur noch) einem Jahr Gefängnis und 3000 Francs Geldstrafe. Ein Jahr später wurde dieses Urteil aufgehoben und der Fall zu erneuten Verhandlung an ein anderes Gericht verwiesen, das Dreyfus jetzt zu zehn Jahren Haft verurteilte. Durch eine Amnestie kam er auf freien Fuß, aber erst 1906 wurde er endgültig freigesprochen und rehabilitiert.

Die (wiederholte) Verurteilung des nicht schuldigen Dreyfus erfolgte aufgrund des politischen Drucks der Rechten und insbesondere der Armee. Wegen der Vorbehalte gegen den jüdischen Offizier, vor allem aber, um das Fehlverhalten der militärischen Stellen und Gerichte nicht offenbaren zu müssen, blieb es bis 1906 bei den Verurteilungen. So sollten Schande und Kritik von der Armee abgewendet werden. Es gab insoweit Ähnlichkeiten mit der Affäre in Zabern. Staaträson, Ansehen und Selbstverständnis der Armee hätten Vorrang vor dem Rechtsanspruch des Hauptmanns Dreyfus und der von Oberst von Reuter eingesperrten Zaberner Bürger.

Unmittelbar nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde der Militarismus im Kaiserreich noch einmal entschieden verteidigt oder einfach nicht wahrgenommen.

Am 16. Oktober 1914 unterzeichneten 4000 deutsche Professoren eine Erklärung, „dass zwischen dem Geist der deutschen Wissenschaft und dem, was unsere Feinde Militarismus nennen, kein Unterschied sei“, so der Historiker Dietrich Schäfer, einer der Mitunterzeichner. Der „Geist der Wissenschaft“ (oder was die Unterzeichner darunter verstanden) und der Militarismus im Deutschen Reich wurden bedenkenlos gleichgesetzt. Auch diese Erklärung zeigt, dass einige tausend deutsche Professoren, darunter die Spitzen der deutschen Universitäten, die bedenklichen Erscheinungsformen des Militarismus, wie etwa in Zabern, nicht erkannt hatten oder einfach ignorierten.

Als sich die Niederlage des Deutschen Reiches 1918 abzeichnete, schrieb der amerikanische Präsident Woodrow Wilson: „Wir kämpfen nicht gegen Deutschland, sondern gegen diese militaristische Clique.“ Im Februar 1919 tagte unter dem Vorsitz des französischen Marschalls Foch eine Kommission zur Vorbereitung des Versailler Vertrages. Aufgabe dieser Kommission war es, dem preußischen Militarismus seine Gefährlichkeit zu nehmen. Das Ergebnis fand Ein-

gang in den Artikel 177 des Friedensvertrages, in dem bestimmt wurde, dass das gesamte Leben in Deutschland zu entmilitarisieren sei. Insbesondere Schulen, Sport- und Kriegervereine, die sich mit militärischen Dingen befassten, seien zu verbieten. Damit griffen die Sieger des Ersten Weltkrieges tief in die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland ein. Es ging nicht mehr nur um Sicherheit gegen einen neuen Angriff, sondern um den Wandel der in Deutschland weit verbreiteten Einstellung zur Rolle des Militärs, die als bedrohlich wahrgenommen wurde.

Nach der erneuten Militarisierung fast aller gesellschaftlichen Gruppen während der NS-Zeit forderte die US-Regierung bereits 1944 in einer Direktive für das Nachkriegsdeutschland wiederum dessen Entmilitarisierung (und Entnazifizierung). Im Potsdamer Abkommen von 1945 einigten sich die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges auf eine vollständige Entmilitarisierung aller vier Besatzungszonen. Preußen wurde 1947 aufgelöst, weil, wie es in der Präambel des Alliierten Kontrollratsgesetzes Nr. 46 dazu heißt, „der Staat Preußen seit jeher Träger des Militarismus“ gewesen sei.

Ein vorläufig letztes Mal war der preußisch-deutsche Militarismus Thema bei einer Konferenz der britischen Premierministerin Margaret Thatcher mit ihrem Außenminister und Deutschlandexperten am 24. März 1990 auf ihrem Landsitz in Chequers. Dabei ging es um die künftige Rolle des wiedervereinigten Deutschlands in Europa und dessen Verhältnis zu Großbritannien. Es gelang den Konferenzteilnehmern jedoch, die Bedenken der Premierministerin gegen die befürchtete Vormachtstellung der Bundesrepublik zu zerstreuen. In dem Memorandum eines Konferenzteilnehmers wurde festgehalten, dass es in Deutschland keinen Militarismus mehr gäbe. Bildung und Geschichtsschreibung hätten diese Veränderung herbeigeführt.

Zabern aus heutiger Sicht

Die Einmaligkeit der Ereignisse des Jahres 1913 in Zabern mit ihren Besonderheiten sowie den Reaktionen in Politik und Öffentlichkeit rechtfertigen auch hundert Jahre danach einen kritischen Rückblick. Nahezu alle deutschen Historiker von Rang haben sich in den vergangenen Jahrzehnten mit dem Vorfall auseinandergesetzt: Friedrich Meinecke, Gerhard Ritter, Thomas Nipperdey, Lothar Gall, John C. G. Röhl (der Biograph Wilhelms II.), Heinrich August Winkler, Michael Stürmer und besonders intensiv Hans-Ulrich Wehler, um nur einige zu nennen.

Auch der preußisch-deutsche Militarismus war und ist bis heute, besonders wegen seiner Langzeitwirkung, Gegenstand der Geschichtsforschung. Zabern war nicht ohne die spezifische Ausprägung des Militarismus im Kaiserreich möglich. Wenn der konservative Abgeordnete Elard von Oldenburg-Januschau am 29. Januar 1910 im Reichstag erklären konnte: „Der König von Preußen und Deutsche Kaiser muss jeden Moment imstande sein, zu einem Leutnant zu sagen: Nehmen Sie zehn Mann und schließen Sie den Reichstag,“ dann blieb diese Äußerung zwar nicht unwidersprochen, wäre aber in einer westlichen Demokratie kaum denkbar gewesen. Diese viel zitierte Erklärung des Abgeordneten von Oldenburg-Januschau war, abgesehen von der offenkundigen Missachtung der Verfassung und des Reichstages, vor allem Ausdruck des in Deutschland herrschenden Militarismus.

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges war das Deutsche Reich in vielen Bereichen modern und führend in der Welt: Wissenschaft und Technik, besonders im Maschinenbau, in der Chemie und Elektrotechnik. Das Schul- und Hochschulwesen in Deutschland war zu dieser Zeit besser als in vergleichbaren anderen Staaten. Die Verwaltung, obgleich obrigkeitstaatlich orientiert, agierte effektiv und im Allgemeinen gerecht. Mit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches 1900 und anderer Gesetze, die vielfach von anderen Ländern übernommen wurden, war die Rechtsordnung des Reiches „modern“. Den Nachbarstaaten weit voraus war die von 1883 bis 1889 von Bismarck eingeführte Sozialgesetzgebung. Eine Ausnahme blieb die Militärstrafgerichtsbarkeit, die auch im Fall Zabern tätig wurde. Sie war wegen der Befugnisse der höheren Kommandeure als Gerichtsherrn nicht wirklich unabhängig.

Andererseits hatte das Deutsche Reich gravierende Mängel in seinem Regierungssystem und seiner Gesellschaftsordnung. Bis 1918 galt in Preußen, dem wichtigsten und größten Gliedstaat, das rückständige Dreiklassenwahlrecht. Reichstag und Reichsregierung waren nur partiell demokratisch, weil der Kaiser den Kanzler ernannte oder entließ. Die Regierung war dem Reichstag nicht „verantwortlich“.

Wie bereits dargestellt waren Heer und Flotte durch die uneingeschränkte Kommandogewalt des Kaisers, abgesehen vom Budget, der parlamentarischen Kontrolle weitgehend entzogen. Besonders in diesem Bereich der „bewaffneten Macht“ war das Deutsche Reich noch bis 1918 eine „triumphierende Militärmonarchie“ (Lothar Gall).

Der ohnehin erhebliche Einfluss des Militärs konnte jederzeit kurzfristig erweitert werden. Nach dem Preußischen Gesetz über den Belagerungszustand von 1851, später weitgehend von den anderen deutschen Staaten übernommen und ab 1871 im ganzen Reich gültig, konnte ein Kommandeur oder Festungskommandant die „vollziehende Gewalt“ übernehmen und wesentliche Grundrechte außer Kraft setzen. Bekanntlich versuchte Oberst von Reuter dies nach den Vorfällen in Zabern. Er stieß dabei auf rechtliche Bedenken der zivilen Behörde, was ihn jedoch nicht daran hinderte, etwa dreißig Bürger ohne Rechtsgrundlage in der Kaserne einzusperren.

Der Militarismus im Deutschen Reich war nicht der unmittelbare Anlass für das Handeln von Leutnant von Forstner oder Oberst von Reuter und insoweit nur bedingt ursächlich für die Ereignisse in Zabern. Er entsprach aber der Mentalität und Sozialisation eines wesentlichen Teiles der führenden gesellschaftlichen Gruppen, besonders in Preußen und vor allem im Offizierkorps.

Dies erklärt, dass es noch im Oktober 1914, also im Ersten Weltkrieg, zu der zitierten Resolution von 4000 deutschen Professoren kommen konnte. Und ein Ereignis wie der Auftritt des Hauptmanns von Köpenick wäre in Großbritannien oder den skandinavischen Ländern kaum vorstellbar. Gleichwohl gab es auch in anderen Staaten immer wieder Übergriffe des Militärs oder andere Erscheinungsformen von Militarismus.

Zabern zeigte auch, dass die Eingliederung von Elsass-Lothringen in das Reich nach 1871 nicht wirklich gelungen war. Die Stationierung, besonders preußischer Truppen, mit ihrem Eroberer- und Besatzerverhalten sowie der Arroganz ihrer Offiziere stieß auf berechnete Vorbehalte in der Bevölkerung. Sprach- und Schulprobleme, kulturelle und mentale Unterschiede sowie die rechtliche Sonderstellung der Reichslande bildeten bis 1914 weiterhin den Nährboden für Konflikte.

Die Vorfälle in Zabern waren zunächst und vor allem die Folge des verhängnisvollen und aus heutiger Sicht rechtswidrigen Verhaltens einiger Offiziere. Sie entwickelten sich erst zu einer politischen Krise des Wilhelminischen Reiches durch das Zusammentreffen weiterer Faktoren. Mängel des politischen Systems und die undemokratische Haltung eines großen Teils der führenden gesellschaftlichen Gruppen bewirkten eine Eskalation, aus der sich eine der dunkelsten Epochen der neueren deutschen Geschichte entwickeln konnte.

Zum Autor: Oberst a. D. Dr. Michael Vollert, geb. 1938 in Hamburg, war 35 Jahre Berufsoffizier der Bundeswehr im Truppen- und Generalstabsdienst, im Verteidigungsministerium sowie im Bereich der NATO. Nach seinem Wechsel in die Wirtschaft arbeitete er acht Jahre als Abteilungsleiter und Senior Manager in einem Kölner Industrieunternehmen. Im Ruhestand studierte Vollert Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Bonn. 2008 wurde er zum Dr. phil. promoviert.

Quellen und Literatur (Auswahl)

Wilhelm Deist: Die Armee in Staat und Gesellschaft 1890-1914. In: Ders.: Militär, Staat und Gesellschaft, München 1991.

Manfred Görtemaker: Deutschland im 19. Jahrhundert, 3., überarbeitete Auflage, Bonn 1989.

Gerhard Ritter: Staatskunst und Kriegshandwerk, II. Band, München 1965.

John. C. G. Röhl: Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund 1900-1914, München 2008.

Bernd Ulrich u. a. (Hrsg.): Untertan in Uniform. Militär und Militarismus im Kaiserreich 1871-1914, Frankfurt/Main 2001.

Hans-Ulrich Wehler: Der Fall Zabern 1913/14. Eine Verfassungskrise des Wilhelminischen Kaiserreiches. In: Ders.: Krisenherde des Kaiserreiches 1871-1918, Göttingen 1970.

Ders.: Unfähig zur Verfassungsreform: Das Reichsland Elsass-Lothringen von 1870 bis 1918. In: Ders.: Krisenherde des Kaiserreiches.

Wolfram Wette: Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur, Frankfurt/Main 2008.

Ders.:(Hrsg.): Militarismus in Deutschland 1871 bis 1945, Münster 1999.

Dietmar Willoweit: Deutsche Verfassungsgeschichte, 4. Auflage, München 2001.

Handbuch der Militärgeschichte 1648-1939: hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, V. Band, Frankfurt/Main 1968.

Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band I: hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1978.

Zum Verlauf und Inhalt der Debatten sowie der Reden im Reichstag 1913/14 siehe: Verhandlungen des Reichstages, XIII. Legislaturperiode, I. Session, Berlin 1914.

Der Bericht über Margaret Thatchers Expertenseminar zur Deutschlandpolitik am 24. März 1990 wurde in den Blättern für deutsche und internationale Politik, Ausgabe September 1990, veröffentlicht.

Hinweise auf Literatur zur Affäre Dreyfus finden sich im Internet unter diesem Stichwort/Suchbegriff.

Spionage – Die neuen Köpfe der Hydra¹

Dieter Anders

1. Der Blick zurück

Ein Klassiker des polizeilichen Staatsschutzes ist in die Jahre gekommen. Man muss schon weit in der Chronik des Bundeskriminalamtes zurückblättern, um auf die einzelnen Phasen der Errichtung einer mit Landesverratsverfahren befassten Ermittlungseinheit zu stoßen. Hier einige wichtige Daten:

- 01.09.1950 Bundeskanzler Adenauer erteilt die „strenge Weisung“ zur Aufstellung eines Schutz- und Begleitkommandos (Gründung der Sicherungsgruppe).
- 07.05.1951 Die „Sicherungsgruppe Bonn“ nimmt ihre Arbeit auf.
- 30.08.1951 Inkrafttreten des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes mit Zuweisung der erstinstanzlichen Zuständigkeit an den Oberbundesanwalt² für Straftaten des Hoch- und Landesverrats sowie der Staatsgefährdung.
- 28.04.1952 Errichtung einer Unterabteilung II der Sicherungsgruppe mit der Zuweisung von Ermittlungsfällen, die das BKA gem. § 4 Abs. 2 des BKA-Gesetzes selbständig verfolgt, sowie solchen, in denen das BKA vom Oberbundesanwalt oder einer Staatsanwaltschaft mit den Ermittlungen betraut wird.
- 05.05.1955 Zuständigkeit deutscher Strafverfolgungsbehörden für Verratsfälle zum Nachteil in der Bundesrepublik stationierter NATO-Streitkräfte.
- 1955 Errichtung der Ermittlungsreferate in Landesverratsfällen EL I (Nachrichtendienst der DDR) und EL II (sowjetischer Nachrichtendienst und Satellitenstaaten).

Damit war die eigentliche Gründungsphase abgeschlossen. In der Folgezeit wurde noch eine Vielzahl von Umorganisationen vorgenommen, die durch die Fülle von Ermittlungsaufträgen der Bundesanwaltschaft, aber auch durch die Staatsanwaltschaft Bonn bedingt waren. Zeitweilig waren bis zu acht Referate in zwei Gruppen mit der Spionagebekämpfung befasst, wobei der Anteil der Auswertung, der Zentralstellenfunktion und der Technik wachsende Bedeutung erfuhr. Mit Klaus Schütz, Günter Scheicher, Erich Dibbern, Hans Zachert, Dieter Walter, Klaus Nötzel und Dietrich Trittin haben Persönlichkeiten mit hohem fach-

lichen Ansehen die Leitung dieses Fachbereichs innegehabt und eine Einheit von Spezialisten aufgebaut, die sowohl bei den Staatsschutzdienststellen der anders als auch bei den auftraggebenden Staatsanwaltschaften große Akzeptanz fand.

Die Öffentlichkeit hat von diesen Namen weniger Kenntnis genommen als von den großen Spionagefällen, die jedes Mal einen regelrechten Skandal auslösten. Da waren die Eheleute Heinz und Leonore Sütterlin, die im Auftrag des KGB das Auswärtige Amt ausspähten und deren Anwerbung als erster „Romeo“-Fall in die Kriminalgeschichte eingehen sollte, der Angehörige des Bundesnachrichtendienstes Heinz Felfe, der Spion in Verteidigungsministerium Lothar Lutze, der Bundeswehroberstleutnant Norbert Moser, der Bundestagsabgeordnete Alfred Frenzel, der Gewerkschaftler Wilhelm Gronau, der Unternehmer Hansheinz Porst, die rätselhaften Selbstmorde des Admirals Hermann Lüdke und des im BND eingesetzten Generalmajors Horst Wendtland, der Diebstahl der Side-winder-Rakete durch den Hauptfeldwebel Manfred Ramminger, der BfV-Präsi-dent Otto John, der gleich mehrmals die Grenze überschritten hat, die NATO-Sekretärin Ursula Lorenzen und die anderen großen Sekretärinnen-Fälle, der Tornado-Spion Manfred Rotsch, der Überläufer des BfV Hans-Joachim Tiedke, der die Ablösung des BND-Präsidenten Heribert Hellenbroich verursachte, und nicht zuletzt der Kanzleramts-Spion Günter Guillaume, der den Sturz des Bundeskanzlers Willy Brandt herbeiführte.

Mit der Wende und dem Untergang der DDR wurden weitere schwerwiegende Spionagefälle bekannt, von denen der Öffentlichkeit der kürzlich verstorbene, ehemalige Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Karl Wienand, der Abwehrleiter des MAD Oberst Joachim Krase und der als „Topas“ berühmt ge-wordene Agent Rainer Rupp im NATO-Hauptquartier im Gedächtnis bleiben sollten; Rupp rühmt sich seit seiner Strafverbüßung noch heute, „Kundschafter des Friedens“ gewesen zu sein, ein Unrechtsbewusstsein ist weder bei ihm noch bei der Masse der Bundesbürger, die für die Nachrichtendienste des Warschauer Paktes in strafrechtlich relevanter Weise tätig geworden sind, vorhanden. Bereits zur Legende verklärt ist der Name Markus Wolf, Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung und Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit der DDR.

Der Zusammenbruch der DDR und die Öffnung der Stasi-Archive haben das gewaltige Ausmaß der DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland ans Tageslicht gebracht. Zunächst sorgten unmittelbar nach Öffnung der Grenze – noch vor der eigentlichen Vereinigung Deutschlands – aussagebereite Führungsoffiziere und hohe Funktionsträger des MfS für über 100 Festnahmen

allein im Jahr 1990. Es waren böse Überraschungen dabei, und so mancher engagierte Spionagebekämpfer musste feststellen, dass Personen, mit denen er bis dahin eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet hatte, Agenten der Abtei-

Diese Feststellung zwingt uns zu bitteren Schlussfolgerungen: Über Jahrzehnte hinweg waren wir nicht in der Lage, uns gegen den entschlossen geführten nachrichtendienstlichen Angriff der DDR ausreichend zu verteidigen. Die wenigen Aufgriffe – so medienträchtig sie auch gewesen sein mögen – fielen sowohl zahlenmäßig als auch hinsichtlich der Schwere des Verrats beträchtlich gegenüber den Enttarnungen nach der Wende ab.

lung IX³ der HVA⁴ waren. Später wurden die Angaben der sogenannten Überläufer der ersten Stunde durch aufgefundene Dokumente bestätigt. Dabei galten die Unterlagen der Hauptverwaltung Aufklärung eigentlich als vernichtet, und genau diese Zusicherung hatten die Führungsoffiziere der HVA bei ihren jeweils letzten Treffs den von ihnen geführten West-IM gegeben. Sie hatten insofern Recht, als die eigentlichen Operativakten in die Papiermühlen gewandert sind.⁵ Was jedoch erhalten geblieben war, waren Verwaltungsunter-

unterlagen der HVA wie statistische Erhebungsbögen und verschiedene Karteien, aus denen sich Rückschlüsse auf die Identität von West-IM ergaben.

Die Beschaffung und Auswertung dieser Unterlagen durch das Bundesamt für Verfassungsschutz fand unter dem Stichwort „Rosenholz“ statt und löste die bislang größte Ermittlungswelle in der Spionagebekämpfung aus, die es je gegeben hat. Die Bundesanwaltschaft als Einleitungsbehörde und die Staatsschutzdienststellen von Bund und Ländern sahen sich binnen weniger Monate mit über 2000 strafrechtlich relevanten Sachverhalten konfrontiert, die es innerhalb der Verjährungsfrist von fünf Jahren abuarbeiten galt. Mittlerweile lassen sich Zahlen nennen, die die Infiltration der Bundesrepublik durch den Staatssicherheitsdienst der DDR verdeutlichen:

Nach der Wende bis einschließlich 1996 hat der Generalbundesanwalt insgesamt gegen 6.790 Personen Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts einer geheimdienstlichen Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR eingeleitet. Darunter waren 2.797 Personen, die als sogenannte IM-West Spionage gegen ihr eigenes Land betrieben haben. Der Rest waren Führungsoffiziere, hauptamtliche IM und sogenannte IM-Ost, die zumeist für Kuriertätigkeiten und Kontaktpflege herhalten mussten.

Die sprunghaft angestiegenen Zahlen der vom Generalbundesanwalt eingeleiteten Ermittlungsverfahren geben die Spitzenbelastung der Staatsschutzdienststellen Anfang der 90er Jahre wieder. Sie machen aber auch deutlich, dass die

Enttarnungsquote im Bereich der Straftaten gegen die äußere Sicherheit – abgesehen von Jahrhundertereignissen wie der Vereinigung zweier sich bis dahin nachrichtendienstlich gegenüberstehenden Staaten – gegen Null tendiert.

Diese Feststellung zwingt uns zu bitteren Schlussfolgerungen: Über Jahrzehnte hinweg waren wir nicht in der Lage, uns gegen den entschlossen geführten nachrichtendienstlichen Angriff der DDR ausreichend zu verteidigen. Die wenigen Aufgriffe – so medienträchtig sie auch gewesen sein mögen – fielen sowohl zahlenmäßig als auch hinsichtlich der Schwere des Verrats beträchtlich gegenüber den Enttarnungen nach der Wende ab. Das MfS hat diese Verluste leicht wegstecken können. De Spionagebekämpfung der Bundesrepublik – und hier schließe ich Polizei, Dienste, Justiz sowie das rechtliche Instrumentarium ein – hat wenig ausrichten können. Woran mag es gelegen haben? Die Gründe dafür sind mannigfaltig; im Kern sind sie auf die besondere Situation des geteilten Deutschlands zurückzuführen. Es würde den Rahmen dieses Vortrages sprengen, detailliert darzustellen. Jedoch wäre jetzt, wo wir uns das Wissen des ehemaligen Angreifers zunutze machen könnten, die Gelegenheit, die Schwachstellen der Abwehr zu analysieren und Maßnahmen zur effektiven Spionagebekämpfung zu entwickeln.

Die in der Tabelle beispielhaft herausgegriffenen Zahlen für 1996 und 1997 machen eine ganz andere Entwicklung deutlich: Im Vertrauen darauf, dass der Blitz niemals an derselben Stelle einschlägt, fuhren wir die Spionageabwehr auf ein Minimum herunter, lockerten die Maßnahmen des personellen und materiellen Geheimschutzes, verzichteten auf die Entwicklung geeigneter Enttarnungsansätze und die Verbesserung des gesetzlichen Instrumentariums und wandten uns anderen Prioritäten zu. Haben wir dazugelernt?

In diesem Zusammenhang wird gerne die Frage nach dem entstandenen Schaden gestellt. Letztlich habe das MfS trotz seiner Raffinesse und des erheblichen Aufwandes an Mensch und Material doch verloren. Dieses Argument ist so töricht, dass man eigentlich gar nicht darauf eingehen sollte. Dennoch seien einige grundsätzliche Dinge gesagt: Die Effektivität eines angreifenden Nachrichtendienstes bemisst sich in erster Linie an der Gefahr für die äußere und innere Sicherheit des angegriffenen Staates. Dies geschieht sowohl durch politische als auch wirtschaftliche Spionage. Am konkretesten lässt sich die Gefahr jedoch anhand der Militärspionage darstellen. Und hier sind Agenten der DDR-Nachrichtendienste in nahezu allen Bereichen enttarnt worden:

- NATO-Hauptquartier und Ständige Vertretung der Bundesrepublik bei der NATO
- Bundesminister der Verteidigung, und zwar: Planungsstab des Ministers, Abteilung Rüstung, Abteilung Soziales, Inspekteur Sanitätswesen, Sicherheitsreferat, Sprachendienst, Botendienst
- Luftwaffenamt, Jagdbombergeschwader, Lufttransportgeschwader
- Panzerartilleriebataillon, Panzergrenadierbataillon, Heeresfliegerkdo
- Marineverband
- ELOKA-Bereich
- Materialamt Bw, Rechenzentrum Logistik
- Psychologische Verteidigung
- MAD-Amt (bzw. Amt für Sicherheit der Bundeswehr) und MAD-Gruppen
- Amt für Studien und Übungen Bw
- Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung
- Bundeswehrverwaltungsamt und Kreiswehrrersatzämter
- Standortverwaltungen
- Truppendienstgericht
- Bundeswehr-Hochschule

Damit waren alle wichtigen Bereiche abgedeckt, manche sogar mehrfach. Die schweren Verratsfälle in der Rüstungsindustrie kommen noch hinzu. In vielen Fällen hat der Gutachter des Bundesministers der Verteidigung die „Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ im Sinne des § 93 StGB festgestellt. Das gilt dann erst recht in der Gesamtschau der Militärspionage.

Ein weiteres Beispiel für die Effektivität der DDR-Geheimdienste sei erwähnt: Als sich 1972 die Opposition im Deutschen Bundestag anschickte, mit einem konstruktiven Misstrauensvotum die Bundesrepublik zu stürzen, war es das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, das durch Bestechung von Abgeordneten und „Kauf“ von Stimmen die Kanzlerschaft Rainer Barzels zugunsten der Regierung Brandt verhinderte. Damit dürfte die Bundesrepublik im Kernbereich ihrer Souveränität getroffen sein. So etwas darf sich nicht wiederholen!

2. Die Gegner von heute

Zur Zeit des Kalten Krieges beherrschte eine einfache Struktur die Nachrichtendienstwelt der Warschauer-Pakt-Staaten, die sich am sowjetischen Vorbild orientierte und der Spionageabwehr des Westens ein eindeutiges „Feindbild“

bescherte. Es gab jeweils einen zivilen Staatssicherheitsdienst wie das KGB und einen militärischen Aufklärungsdienst nach Art der GRU. Heute haben wir es mit einer unübersehbaren Anzahl fremder Dienste zu tun, bei denen eine Zuordnung als gegnerischer Dienst noch lange nicht feststeht. Eine Zellteilung des KGB hatte bereits während des Bestehens der Sowjetunion eingesetzt, als der fehlgeschlagene Putsch⁶ zum Anlass genommen wurde, die einst übermächtige Institution zu splitten, und die Aufteilung in einen Auslandsaufklärungsdienst⁷, einen Inlandsdienst und eine Grenzsicherungstruppe von Gorbatschow angeordnet wurde.

Der Zerfall der Sowjetunion hat neue Geheimdienste hervorgebracht, einmal bei der Russischen Föderation, die im Bereich Aufklärung weitgehend die Nachfolge der Hauptabteilung I des KGB antrat, sowie bei den einzelnen Republiken der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), die bereits vor deren Gründung begannen, eigene Nachrichtendienste aufzubauen.

Der Zerfall der Sowjetunion hat neue Geheimdienste hervorgebracht, einmal bei der Russischen Föderation, die im Bereich Aufklärung weitgehend die Nachfolge der Hauptabteilung I⁸ des KGB antrat, sowie bei den einzelnen Republiken der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), die bereits vor deren Gründung begannen, eigene Nachrichtendienste aufzubauen.

Bei den russischen Diensten haben wir es in erster Linie mit dem SWR zu tun, der nicht nur die Aufgaben der Hauptabteilung I des KGB, sondern zunächst auch deren Leiter⁹ übernommen hatte. Der SWR betreibt sowohl offene als auch geheime Nachrichtenbeschaffung mit den Aufklärungszielen Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik. Schwerpunkte sind auch Wissenschaft und Technik der westlichen Staaten sowie die Unterwanderung deren Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden. Die Aufklärung der Bundesrepublik fällt in die Zuständigkeit des Departements 4 des SWR.

Die militärische Aufklärung obliegt in erster Linie der GRU, die von dem sowjetischen Dienst nicht nur den Namen übernommen haben dürfte. Ihr geht es um Informationen zur Militärpolitik, zu militärischen Planungen sowie zur Bewaffnung und Infrastruktur der Bundeswehr. Daneben verfolgt sie die Ausspähung von wissenschaftlichem Know-how mit nicht nur militärischer Nutzbarkeit. Vornehmlich mit Abwehraufgaben ist der innerstaatliche Sicherheitsdienst FSB¹⁰ betraut. Über die Spionageabwehr hinaus ist dieser Dienst auch zur Bekämpfung der Proliferation, der Organisierten Kriminalität und des Terrorismus zuständig. In dieser Eigenschaft unterhält der FSB offizielle Verbindungen zu westeuropäischen Nachrichtendiensten und Polizeibehörden. Sowohl mit Abwehr- als auch mit Aufklärungsaufgaben ist die FAPSI¹¹ befasst. Dieser

Nachrichtendienst versucht auf elektronischem Wege, ausländischen Fernmeldeverkehr zu erfassen und zu entschlüsseln. Seine Spezialität ist das Eindringen in Informations- und Verbindungswege ausländischer nachrichtendienstlich interessanter Zielobjekte mit technischen Mitteln.

Selbst der aus den russischen Grenztruppen hervorgegangene Föderale Grenzdienst Russlands (FPS) verfügt über eine Verwaltung Aufklärung mit der gesetzlichen Befugnis, zum Schutze der russischen Staatsgrenzen, der Wirtschaftszone sowie der russischen Hoheitsgewässer Nachrichtenbeschaffung im Ausland zu betreiben.

Die bunte Palette wird ergänzt durch den Sicherheitsdienst des russischen Präsidenten SWP, in dem die ehemalige Hauptverwaltung Schutz (GUO) aufgegangen ist. Die auch als Präsidialdienst bezeichnete Behörde empfängt ihre Weisungen und Aufträge ausschließlich vom Präsidenten, wobei auch Auslandsaufträge grundsätzlich nicht ausgeschlossen sind.

Ohne eine sichere Zuordnung zu dem jeweils steuernden Nachrichtendienst vornehmen zu wollen, muss festgestellt werden, dass die russischen Dienste ihre geheimdienstlichen Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland – ungeachtet der bilateralen und bündnisbezogenen Annäherung – fortsetzen. Dies ergibt sich aus zahlreichen anhängigen bzw. abgeschlossenen Ermittlungsverfahren, die sich im Wesentlichen auf die Situation nach der Wende beziehen. Die Anwerbung der Agenten hatte allerdings zumeist einen Hintergrund, der im Zusammenhang mit den engen Beziehungen der DDR zu den Nachrichtendiensten der UdSSR stand, so z.B. im Fall eines Hamburger Polizeibeamten, der bereits für das MfS tätig gewesen war und im Zuge der Wende von seinem Führungsoffizier an das KGB „übergeben“ wurde. Solche Absichten verfolgten auch andere MfS-Offiziere, die sich sogar gegenseitig zu einer Fortsetzung ihrer geheimdienstlichen Funktion für das KGB oder seine Nachfolger zu werben versuchten. Zwei Führungsoffiziere der für die Ausspähung der amerikanischen Einrichtungen in Deutschland zuständigen Abteilung XI der HVA setzten ihre Tätigkeit für das KGB fort – mit dem Unterschied, dass Agententreffs nunmehr auch in der Wohnung des Agenten in der Pfalz stattfinden konnten.

Daneben gab es nach der Wende mehrere Fälle, in denen frühere Westagenten „auf Eis gelegt“ wurden. Zum Teil meldeten sich dann Personen, die sich auf die Verbindung zum ehemaligen Führungsoffizier beriefen und einen dauerhaften Kontakt wiederherzustellen versuchten. Für all diese Fälle gilt, was für die Spio-

nageabwehr schon vor der Wende geglückt hat, als es die Flut von Überläufern und Stasi-Akten noch nicht gab: Es werden nur die Spionageaktionen enttarnt, die aus irgendeinem Grund fehlgeschlagen sind, meistens weil sich der anwerbende Agent den Sicherheitsbehörden offenbart. Die wirklich erfolgreichen Agenten bleiben unentdeckt, es sei denn, es gelingt, sie durch geeignete Suchaktionen bzw. Initiativmittlungen – über die noch zu reden sein wird – zu enttarnen.

Die der Strafverfolgung zugeführten Fälle bestätigen die seit langem gehegte Vermutung, dass dem KGB in der früheren DDR die operativen Möglichkeiten des MfS zur Informationsgewinnung nahezu vollständig zur Verfügung standen. Die MfS-Mitarbeiter unterstützten die „Freunde“ in der Regel aus innerer Überzeugung und einer politischen Haltung, die viele heute ins soziale Abseits geratene MfS-Offiziere für Ansprachen durch KGB-Nachfolgedienste anfällig macht. Das nachrichtendienstliche Potential, das ehemals für Führung, Verbindung und Logistik dem KGB zur Verfügung stand, hat sich durch die Vereinigung Deutschlands quasi von selbst territorial ins Operationsgebiet verlagert und kann zur unmittelbaren Beschaffung genutzt werden.

Die Bundesrepublik Deutschland nahm mit Abstand den ersten Platz in der Auslandsaufklärung der russischen Dienste ein. Anders lässt sich der hohe Anteil der erkannten Geheimdienstoffiziere in den offiziellen Vertretungen in Berlin, Bonn, Hamburg, München, Köln und Rostock nicht erklären.

Die Bundesrepublik Deutschland nahm mit Abstand den ersten Platz in der Auslandsaufklärung der russischen Dienste ein. Anders lässt sich der hohe Anteil der erkannten Geheimdienstoffiziere in den offiziellen Vertretungen in Berlin, Bonn, Hamburg, München, Köln und Rostock nicht erklären. Auch die Reisetätigkeiten und der nachrichtendienstliche Funkverkehr wurden erkennbar intensiviert. An dieser Situation dürfte sich bis heute nichts Wesentliches geändert haben.

Die äußeren Bedingungen für die nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung haben sich seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ für die russischen Dienste erheblich verbessert. Die erhöhte Präsenz offizieller und privater Einrichtungen in Deutschland von privaten Firmen, Agenturen, Banken, Reisebüros und Korrespondenten bis hin zu diplomatischen und konsularischen Vertretungen bietet eine hervorragende Ausgangssituation, um Kontakte zu politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Kreisen des Gastlandes zu knüpfen und zur nachrichtendienstlichen Gesprächsabschöpfung bis hin zur Agentenwerbung auszubauen. Die geworbenen Agenten werden vorwiegend

über die Legalresidenturen¹², zunehmend aber auch von der Zentrale in Moskau selbst geführt. Neben den klassischen und bewährten Verbindungsmitteln wie Agentenfunk, Kuriere und der Beschickung sogenannter Toter Briefkästen (TBK) kann als Innovation der steigende Einsatz der Computertechnik verzeichnet werden. Neben der schon bekannten Verwendung von programmierbaren Taschenrechnern und elektronischen Notizbüchern als Speichermedien mit Verschlüsselungsmöglichkeiten kommen PCs und Notebooks zunehmend zum Einsatz. Sie werden als Kryptier- und Dekryptierhilfe – unter Verwendung marktüblicher Programme – und zur Informationssammlung in Datennetzen gebraucht. Auf Bändern und Disketten können riesige Datenmengen komprimiert und konventionell über TBK und Kuriere oder über Telefonnetze – z.B. Mobiltelefone – weitergegeben werden. Dabei kommt auch die Nutzung von Datennetzen in Betracht. Ein eindrucksvolles Beispiel für diesen „Fortschritt“ in der Agententätigkeit bot in jüngster Zeit die Enttarnung der Agentengruppe um die „schöne Russen-Spionin“ Anna Chapman in den USA, die ihre Nachrichten stets aus Internet-Cafés mithilfe von Laptops und W-Lan austauschte und übermittelte.

Über die Nachrichtendienste der übrigen GUS-Staaten gibt es hier wenige Informationen. Die wesentlichen Umgestaltungsprozesse scheinen jedoch seit einigen Jahren abgeschlossen zu sein. Vorwiegend dürften jeweils zwei Nachrichtendienste bestehen, die sich aus übernommenen Strukturen des KGB bzw.

Besondere Bedeutung für die gegen Deutschland gerichtete Spionage haben die Nachrichtendienste der nah- und mittelöstlichen Länder und Nordafrikas erlangt; daran dürfte sich auch durch die „Arabellion“ in diesen Ländern nichts Entscheidendes ändern.

der GRU zusammensetzen und die teilweise ihre herkömmlichen Bezeichnungen beibehalten haben¹³. Somit wurde das russische Modell der Vielzahl der Dienste, insbesondere die Trennung von Abwehr und Aufklärung, nicht übernommen. Kooperationsabkommen der GUS-Dienste sollen einen Informationsaustausch sicherstellen und kontraproduktive

Aktivitäten¹⁴ verhindern. Hierzu dient auch ein seit längerem geplantes Datenverbundsystem mit technischer Federführung beim FSB in Moskau. Weltweite Fluktuation und Migration werden nachrichtendienstlich genutzt. Der Einsatz von deutschstämmigen Spätaussiedlern für nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung ist nicht erst seit der Operation „Kobalt“¹⁵ bekannt. Besondere Bedeutung für die gegen Deutschland gerichtete Spionage haben die Nachrichtendienste der nah- und mittelöstlichen Länder und Nordafrikas erlangt; daran dürfte sich auch durch die „Arabellion“ in diesen Ländern nichts Entscheidendes ändern.

Die Ausforschungsbemühungen der syrischen Nachrichtendienste in Deutschland richten sich in der Zeit der bürgerkriegsähnlichen Zustände in Syrien in erster Linie gegen Oppositionelle. Seit Jahren sind derartige Bemühungen in der Bundesrepublik Deutschland gegen hier lebende syrische Regimegegner festgestellt worden. Über die Gewinnung von Zuträgern sollen Informationen über hier lebende Syrer und Libanesen erlangt werden, die bei künftigen Reisen vermeintlicher Dissidenten in das Heimatland zu empfindlichen Konsequenzen führen können.

Ähnliche Verhaltensweisen, die in den 80er Jahren bis zur Ermordung von als Dissidenten verdächtiger Personen im Bundesgebiet gingen, sind vom kroatischen Geheimdienst bekannt. Insoweit sind aktuell beim Generalbundesanwalt noch Verfahren anhängig.

Dass solche Konsequenzen bis hin zu schweren Gewalttaten und Mord nicht auf das Heimatland beschränkt sind, zeigen auch die Feststellungen des Berliner Kammergerichts im „Mykonos“-Urteil¹⁶. Auch für den iranischen Nachrichtendienst bildet die Ausspähung hier lebender iranischer Oppositioneller den Schwerpunkt der Spionagetätigkeit gegen Deutschland. Sie richtet sich vorwiegend gegen Angehörige der „Volksmojahedin Iran“ und ihren „Nationalen Widerstandsrat“ (NWR). Sorge bereiten dürften auch die in letzter Zeit sich häufenden Firmengründungen mit iranischer Beteiligung sowie die wie Pilze aus dem Boden schießenden Kulturvereine und religiösen Niederlassungen. Von einer nachrichtendienstlichen Nutzung kann mit großer Wahrscheinlichkeit ausgegangen werden.

Wenn die Ausforschungstätigkeit gegen im Ausland lebende Oppositionelle in gewalttätige Aktionen umschlägt, ergeben sich fließende Übergänge von der prinzipiell auf Beschaffung ausgerichteten Spionage in den Staatsterrorismus. Einen Schritt weiter gehen nachrichtendienstlich gesteuerte Angriffe gegen die erklärten Feinde eines Landes. Der Anschlag auf die vorwiegend von US-Soldaten besuchte Berliner Diskothek „LaBelle“ am 5. April 1986 ist zur Überzeugung des Landgerichts Berlin durch libysche Behörden initiiert und mit Kenntnis des MfS der DDR ausgeführt worden; die gegen das Urteil gerichteten Revisionen wurden vom Bundesgerichtshof verworfen.¹⁷ Die Spionageaktivitäten in der Bundesrepublik werden vom „Libyschen Volksbüro“ aus gesteuert und richten sich gegen Dissidenten („streunende Hunde“), religiöse Abweichler („Ketzer“) und eigene Landsleute, die sich aus privaten oder beruflichen Gründen in Deutschland aufhalten. Zu den „streunenden Hunden“ gehören in erster

Linie die Mitglieder der „Libyschen Liga für Menschenrechte“, die in Deutschland eine Sektion unterhält. Es ist nicht davon auszugehen, dass sich durch die Entwicklung der letzten Monate in Libyen und den Tod Oberst Gaddafis Grundsätzliches ändern wird.

Hinsichtlich der fernöstlichen Spionageaktivitäten sollen hier lediglich Nordkorea und die Volksrepublik China erwähnt werden. Bei den Bemühungen der zahlreichen nordkoreanischen Nachrichtendienste spiegelt sich vorwiegend der politische Konflikt der beiden koreanischen Staaten wieder, der in der ganzen Welt ausgetragen zu werden scheint, während die Chinesen alle Anstrengungen unternehmen, sich als dritte Weltmacht zu etablieren und die Bereiche Wissenschaft, Wirtschaft und Rüstung voranzutreiben. Dementsprechend sind die nachrichtendienstlichen Aktivitäten auf die Beschaffung des erforderlichen Know-how ausgerichtet. Die Vorgehensweise war ursprünglich - aus dem Blickwinkel klassischer ND-Arbeit – wenig professionell, wenn auch durchaus effektiv: es wurden systematisch alle Chinesen, die von kurz- oder langfristigen Auslandsaufenthalten zurückkehren, zu sämtlichen gewonnenen Informationen und Eindrücken befragt, aus denen dann mosaikartig nachrichtendienstlich relevante Erkenntnisse herausgefiltert wurden. Die Befragten waren sich in der Regel nicht einmal einer nachrichtendienstlichen Betätigung bewusst. Dies hat sich, wie die mit hoher Wahrscheinlichkeit von China ausgehenden Hacker-Angriffe auf die Computer der Regierungen westlicher Staaten zeigen, zwischenzeitlich gewandelt.

Der Verfasser tut sich an dieser Stelle schwer, die „Freunde von gestern“ in dem Kapitel „die Gegner von heute“ abzuhandeln. Wesentlich leichter fällt dagegen eine mahnende Anmerkung, was die „Gegner von gestern“ betrifft, die die „Freunde von heute“ sein wollen. Trotz der intensiven Bemühungen der mittel- und osteuropäischen Staaten, sich sowohl militärisch als auch politisch dem Westen zuzuwenden, ist es nicht unwahrscheinlich, dass in einzelnen dieser Staaten nach wie vor Loyalitäten zu dem Westen gegnerisch gesonnenen Nachrichtendiensten bestehen, die eine Gefahr für diesen darstellen. Die NATO ist sich dieser latenten Gefahr, insbesondere in den multinational besetzten Hauptquartieren, durchaus bewusst, sieht sich jedoch nicht in der Lage, sich gegenüber den neuen Mitgliedsstaaten, die noch vor wenigen Jahren dem Warschauer Pakt angehörten, genügend abzuschotten.

Die Frage, ob die Nachrichtendienste der mit Deutschland verbündeten Staaten - erwähnt wird immer die CIA – Wirtschaftsspionage gegen die Bundesre-

publik betreiben, scheint ein Lieblingsthema der Medien zu sein. Sie lässt sich nicht ohne einige allgemeine Vorbemerkungen beantworten. In der Fachwelt wird grundsätzlich unterschieden zwischen Wirtschaftsspionage einerseits und Betriebs- oder auch Industriespionage andererseits¹⁸. Unter Wirtschaftsspionage wird lediglich die durch einen staatlich eingerichteten Nachrichtendienst betriebene Ausspähung verstanden, die den Tatbestand des §§ 99 StGB erfüllt, während die Betriebspionage die Ausspähung zweier konkurrierender Wirtschaftsunternehmen – auch länderübergreifend – bezeichnet¹⁹. Hierin ist allenfalls ein Verstoß gegen das „Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb“ (UWG) bzw. ein unbefugtes Ausspähen von Daten (§ 202a StGB) oder eine Verletzung und Verwertung von Privatgeheimnissen (§§ 203, 204 StGB) zu sehen.

Problematisch wird es – und hier liegt auch die Schwierigkeit in der Beantwortung der Eingangsfrage –, wenn sich ein Nachrichtendienst unterstützend in die Konkurrenzsituation einschaltet. Dies kommt insbesondere bei den Schlüsselindustrien und Zukunftstechnologien in Betracht. Offizielle Äußerungen beispielsweise der Regierungen Frankreichs²⁰ und der USA²¹ geben Anlass zur Besorgnis, dass diese Länder ihre Nachrichtendienste zur Stützung der eigenen Wirtschaft einsetzen, wobei befreundete Industriestaaten nicht ausgenommen werden. In den USA erwog man den Einsatz sogenannter Non Official Covers (NOC). CIA-Mitarbeiter sollten als solche NOCs bei Vorliegen des Einverständnisses der jeweiligen Firmenleitung in wichtige Unternehmen integriert werden. Sie sollten Auslandskontakte der Firmenangehörigen überwachen und die ungeprüfte Weitergabe von Spitzentechnologien verhindern. Dass diese CIA-Mitarbeiter neben reinen Abwehraufgaben auch offensive Beschaffung betreiben würden, war zu vermuten. Eine Realisierung solcher Bestrebungen in den deutschen Wirtschaftsraum hinein ist jedoch nicht belegbar.

Die Annahme einer Spionagebedrohung durch westliche Staaten beruht auf der Überlegung, dass durch den Untergang des Kommunismus und die Auflösung des Warschauer Paktes freigewordene Kapazitäten der militärischen und sicherheitspolitischen Aufklärung sich der Ausspähung von Wirtschaft und Wissenschaft und damit zwangsläufig den Staaten zuwenden, die demselben Bündnis angehören. Abgesehen von dem politischen Unheil, welches durch die Aufdeckung solcher Operationen angerichtet würde, sprechen drei wichtige Argumente gegen eine Ausspähung der westlichen Industriestaaten untereinander:

Die Wirtschaft – insbesondere im Bereich der Spitzentechnologien – ist über die Landesgrenzen hinweg so sehr verflochten, dass es kaum mehr möglich ist,

zwischen einheimischen und ausländischen Unternehmen klar zu trennen. Gerade bei multinationalen Unternehmen sind Konkurrenten und Geschäftspartner nicht immer leicht zu unterscheiden. Damit ist eine nur dem eigenen Land zugutekommende nachrichtendienstliche Unterstützung in den zur Ausspähung geeigneten Branchen gar nicht möglich.

Eine langfristig angelegte nachrichtendienstliche Beschaffungsoperation ist im Bereich der Hochtechnologie wenig effizient. Es entsteht in aller Regel ein „time lag“. Die geheimdienstliche Informationsbeschaffung wird nicht viel schneller sein als die eigene Entwicklung, denn die als Abnehmer geeigneten Industrien verfügen größtenteils über eigene Forschungskapazitäten, die schneller sind als jeder Geheimdienst.

Dazu kommt schließlich der Ärger im eigenen Land, wenn man ein Unternehmen einseitig mit nachrichtendienstlich beschafften Informationen bevorteilt. Die damit zwangsläufig verbundene Benachteiligung würde in erster Linie die Unternehmen derselben Branche im eigenen Lande treffen. Konkurrenz zwischen Wirtschaftsunternehmen richtet sich schon längst nicht mehr an Staatsgrenzen aus.

Es bleibt also abzuwarten, wie sich die Staaten des westlichen Bündnisses und ihre Nachrichtendienste in der Beziehung miteinander verhalten werden. Bislang kann aus Sicht der polizeilichen Spionagebekämpfung mit einer Mischung von Beruhigung und Hoffnung festgestellt werden, dass die Freunde von gestern noch immer die Freunde von heute sind.

3. Neue Erscheinungsformen stellen neue Anforderungen

Aus den bisherigen Ausführungen wird deutlich, dass sich die Welt der Spionage beträchtlich verändert hat. Das fängt bereits bei der Frage an, was überhaupt als Geheimdienst bezeichnet werden kann. Die Antwort ist ein immanenter Bestandteil der Spionagebekämpfung, weil sie Tatbestandsvoraussetzung des § 99 StGB – „... für den Geheimdienst einer fremden Macht ...“ – ist. Nach der bislang gebräuchlichen Definition²² handelt es sich um eine ständige Einrichtung im staatlichen Bereich, die insbesondere für die politische Führung Nachrichten systematisch und unter Anwendung konspirativer Methoden sammelt, um vor allem die politische Lage fremder Mächte und deren militärisches wie wirtschaftliches Potential abzuklären. Besonders hilfreich ist die Definition nicht, denn sie erschöpft sich weitgehend in der Wiederholung der sonstigen Tatbestandsmerk-

male „geheimdienstlich“, „einer fremden Macht“, „gerichtet auf die Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen“ und „gegen die Bundesrepublik Deutschland“.

Bislang war die Subsumtion unter dieses Tatbestandsmerkmal unproblematisch, denn wir hatten es in der Regel mit den „gerichtlich anerkannten“ Geheimdiensten wie KGB, GRU und MfS zu tun. Exoten traten selten auf den Plan, und als einmal das libysche Revolutionskomitee als steuernde Organisation in Erscheinung trat, da mussten zur Einschätzung als Geheimdienst die Erkenntnisse der eigenen Nachrichtendienste erhalten. Das wird – zumindest in der nächsten Zukunft – sehr häufig nötig sein. Die eigenen Abwehrdienste und der Bundesnachrichtendienst müssen sich stets sehr schnell in die Lage versetzen, hierüber fachkundig – und gerichtsverwertbar! – Auskunft geben zu können.

Schwierig wird es, wenn nicht der Geheimdienst, sondern eine andere Organisation, ein Nachrichtenbüro, eine Kulturvereinigung oder gar eine kriminelle Vereinigung als Tätergruppe in Erscheinung treten. Das ist sicherlich weniger eine Frage der Subsumtion unter den Tatbestand des § 99 StGB als ein Beweisproblem; denn die handelnde Organisation stellt sich in den Dienst des Geheimdienstes einer fremden Macht. Man muss es nur belegen können! Und gerade hier steht die Strafverfolgung vor einem schier unlösbaren Problem.

Nach Erkenntnissen des Bundesnachrichtendienstes²³ gibt es eine große Bandbreite verschiedener Erscheinungsformen, die auf eine Verflechtung der russischen Dienste mit der Organisierten Kriminalität hinweisen. Die Involvierung einzelner Mitarbeiter der Dienste in die Organisierte Kriminalität ist nachrichtendienstlich weniger relevant. Sie dient der persönlichen Bereicherung und wird von den Diensten bewusst übersehen. Daneben jedoch werden auch die entstandenen Verbindungen zwischen Dienst und Krimineller Vereinigung zum gegenseitigen Vorteil genutzt. Zum Beispiel: Die sogenannte Russenmafia stellt dem Dienst Finanzmittel zur Verfügung und erfährt als Gegenleistung Unterstützung durch Abdeckung gegenüber Sicherheitsbehörden, Beschaffung von Falschdokumenten oder Öffnung der Grenzen zum Transport von Waren aller Art. Eine noch weitergehende Verflechtung sind die Auftragsbeziehungen. Hier übernimmt die Organisierte Kriminalität für den Nachrichtendienst Aufgaben, bei denen aus politischen Gründen die staatliche Initiative vertuscht werden soll oder die von der Exekutive mangels eigener Infrastruktur nicht geleistet werden können, z. B. Waffenlieferungen in Krisengebiete. Das Problem des Nachweises einer geheimdienstlichen Steuerung stellt sich nicht in den Fällen des Verrats

eines Staatsgeheimnisses nach § 94 StGB. Hier genügt die Weitergabe an die „fremde Macht“ oder ihre Mittelsmänner²⁴.

Strafbar ist gemäß § 99 StGB nicht schlichtweg jede Tätigkeit für einen fremden Geheimdienst, sondern sie muss ihrerseits den Charakter der Geheimdienstlichkeit tragen. Damit scheiden offene Verhaltensweisen erkennbar aus²⁵. Zwar setzt die Tätigkeit nicht die Verwendung von Containern, Geheimschreibverfahren und Toten Briefkästen voraus – auf dieses nachrichtendienstliche „Brimborium“ kommt es den Gerichten schon lange nicht mehr an²⁶ –; aber es wird ein Mindestmaß an Geheimhaltung und Konspiration erwartet. Wie aber sieht es aus, wenn sich die Nachrichtendienste ganz offen internationaler Handelsagenturen bedienen, weltweit verfügbare Auskunftssysteme in Agenturen und Datennetzen befragen oder sich – wie die russische FAPSI – ganz offiziell als Teilhaber einer deutschen Marketingfirma engagieren?

Genauso verhält es sich mit einzelnen Zuträgern und Agenten. Die Fälle mehren sich, in denen die Beschuldigten zwar kein reumütiges Geständnis ablegen, aber stolz verkünden, dass sie es als ihre Pflicht ansehen, bei jedem Aufenthalt in ihrem Heimatland den dortigen „Sicherheitskräften“ ausführlich über ihre Erlebnisse im Ausland zu berichten. Daraus hätten sie nie ein Hehl gemacht, und selbstverständlich würden sie bei der nächsten Heimreise auch über ihr

Zusammentreffen mit dem Bundeskriminalamt berichte. Woran mangelt es hier? Am Unrechtsbewusstsein, an der Geheimdienstlichkeit oder an der Entschlossenheit zu einer wirksamen Spionagebekämpfung?

Der Verfassungsschutz hat in seinen Jahresberichten wiederholt festgestellt, dass die Staaten, die sich in den Besitz von Massenvernichtungswaffen und militärisch nutzbarer Technologie bringen wollten, aufgrund der internationalen Restriktionen darauf angewiesen seien, zur Durchbrechung des gegen sie gerichteten Embargos verstärkt die Geheimdienste einzusetzen.

Wenden wir uns einer Erscheinungsform zu, die von den Strafverfolgungsbehörden nach dem derzeitigen Zuschnitt von gesetzlichen Zuständigkeiten nicht in den Griff zu bekom-

men ist, der Proliferation. Über dieses Thema ist sehr viel geschrieben worden, sowohl vom Verfassungsschutz und dem Bundesnachrichtendienst als auch von der Bundesanwaltschaft und dem Bundeskriminalamt. Das mag ein Anzeichen dafür sein, dass es sich um ein Thema handelt, das die Fachleute und zuständigen Dienststellen sehr ernst nehmen. Und das ist gut so. Denn es geht hier nicht mehr um einseitige deutsche Interessen, sondern um den Erhalt des Weltfriedens, so theatralisch das auch klingen mag.

Der Begriff Proliferation bezeichnet in der Ursprungsbedeutung die Weitergabe von Atomwaffen oder atomwaffenfähigem Material über den Kreis der fünf Atomkräfte²⁷ hinaus. Heute werden darunter die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen – also auch biologischer und chemischer Waffen – sowie der zugehörigen Trägersysteme und im weiteren Sinne der Hochtechnologietransfer mit militärischem Hintergrund insgesamt verstanden. Die Brisanz dieses Themas wurde in jüngerer Vergangenheit durch einige spektakuläre Ereignisse belegt.²⁸

Die Einsätze chemischer Kampfstoffe durch die irakischen Truppen gegen die eigene kurdische Bevölkerung und im 1. Golfkrieg gegen Iran.

Die Beschießung israelischer Städte mit Raketen durch den Irak im 2. Golfkrieg und der Städtekrieg (wechselseitige Beschießung iranischer und irakischer Städte mit SCUD-Raketen) im 1. Golfkrieg.

Die nach der Beendigung des 2. Golfkrieges durch die United Nations Special Commission (UNSCOM) gewonnenen Beweise, dass der Irak kurz vor der Fertigung einer Nuklearwaffe stand, ferner im Begriff war, eine ca. 3.000 km weit reichende Rakete zu entwickeln, und dass westliche Industriefirmen wesentlich zu den irakischen Programmen beigetragen hatten. Dass der Versuch, den Angriff auf gegnerische Staaten mit der Behauptung angeblich vorhandener Massenvernichtungswaffen zu begründen, auch schiefgehen kann, zeigen die Ereignisse um die Fehlinformation des Sicherheitsrates der UN durch den damaligen US-Außenminister Colin Powell und den britischen Premierminister Tony Blair im Jahre 2003.

Der Bau einer Chemiewaffenfabrik im libyschen Rabta, der maßgeblich von einer deutschen Firma unterstützt wurde (Der Inhaber der Imhausen-Chemie, Jürgen Hippenstiel-Imhausen sowie weitere beteiligte Manager wurden 1990 vom Landgericht Mannheim zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.)

Das Eingeständnis Südafrikas, bereits seit 1980 über einsatzfähige Atomwaffen verfügt zu haben, die allerdings dann 1989 vernichtet wurden.

Die Nuklearaktivitäten Nordkoreas, das sich den Inspektionen der Internationalen Atomenergiebehörde nach wie vor verweigert, am 11. Januar 2003 den Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag erklärt und – nach eigenen Angaben – seit dem 29. Oktober 2006 zwei Kernwaffen erfolgreich getestet hat.

Das Bestreben besonders der ärmeren Länder, die keine nennenswerte Industrie haben, gerade in den von Hunger und Krisen geschüttelten Regionen der Welt, sich in den Besitz von Massenvernichtungswaffen zu bringen, ist erklärlich. Der Aufwand ist im Verhältnis zu ihrer verheerenden Wirkung gering, leichter finanzierbar als teure Armeen mit konventionellen Waffen, Panzern, Flugzeugen und Schiffen. Auch wenn der konkrete Einsatz der ABC-Waffen nicht vorgesehen ist, so verspricht man sich von ihrer abschreckenden Wirkung Sicherheit, Macht und politischen Einfluss.

Seit dem Rabta-Skandal wurden die Rüstungsanstrengungen Muammar Al-Gaddafis von den westlichen Diensten sehr misstrauisch beobachtet. Die Beschaffungen wurden dessen ungeachtet fortgesetzt, wenn auch mit verfeinerten konspirativen Methoden und Verschleiern mittels Zwischenfirmen und unübersichtlichen Lieferwegen. Sie konzentrierten sich auf Technologien zum Bau von Trägersystemen, was die Befürchtung nährte, dass sich damit zu verschießenden Kampfstoffe bereits in der Produktion befinden. Noch 2009 sprach er sich in einem Interview mit dem britischen Fernsehsender Sky News für das Recht arabischer Staaten „und der Palästinenser“ auf Atomwaffen aus, damit auch Libyen einschließend. Es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen die revolutionären Ereignisse in Libyen auf die weitere Entwicklung zu diesem Thema haben werden.

Die Bemühungen des Irak gehen dahin, sich sowohl mit atomaren als auch mit biologischen und chemischen Waffen hochzurüsten. Dass das Regime Saddam Husseins keine Skrupel hatte, die Massenvernichtungswaffen auch einzusetzen, haben die beiden Golfkriege und die Bestrafungsaktion gegen die eigene Bevölkerung gezeigt. Trotz des weltweit gegen den Irak verhängten Embargos gelang es dem Geheimdienst immer wieder, Labortechnik zur Produktion biologischer Kampfstoffe und Komponenten zur Herstellung von waffenfähigem, hochangereichertem Uran zu beschaffen. Als Lieferant kamen verstärkt die östlichen Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes, aber auch China und Nordkorea und für bestimmte Technologien noch immer die Bundesrepublik Deutschland in Betracht. Auch im Irak ist die weitere Entwicklung nicht endgültig abzuschätzen. Eine unrühmliche Rolle spielt in dem Geschäft mit Massenvernichtungswaffen die nordkoreanische Volksrepublik.

Nachdem es ihr gelungen ist, die in der Sowjetunion entwickelte Trägerrakete mit der NATO-Codebezeichnung SCUD nachzubauen und weiterzuentwickeln, bemüht sie sich um den Bau einer Rakete mit erheblich größerer

Reichweite. Dazu bedarf es des Einsatzes von Spitzentechnologie, so dass sich Nordkorea in Hinblick auf Proliferation sowohl auf der Seite der Lieferanten als auch der Bedarfsträger sieht.

Unser Hauptaugenmerk aber sollte dem Iran gelten. Nach den großen Verlusten im 1. Golfkrieg befand sich dieses Land trotz anhaltender finanzieller Schwierigkeiten in einer Phase der Hochrüstung sowohl hinsichtlich der Beschaffung von ABC-Waffen als auch im Bereich der konventionellen Rüstung. Dabei strebte das Mullah-Regime eine weitgehende Unabhängigkeit von den Industrieländern an. Die Errichtung eines akademischen Schulungs- und Forschungszentrums²⁹ sollte die Beschaffung des notwendigen Know-hows erleichtern. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass der Iran seit Jahren mit der Entwicklung von Atomsprengkörpern befasst ist. Eine effiziente Kontrolle durch die Atomenergiebehörde wird nach wie vor durch Taktieren vereitelt. Auch durch Embargomaßnahmen zeigt sich der Iran unbeeindruckt (aufgrund enger wirtschaftlicher Verbindungen des Iran zur Bundesrepublik und der guten Beziehungen zwischen Universitäten und Instituten beider Länder kamen deutsche Einrichtungen und Firmen wissentlich oder blauäugig als Embargobrecher in Frage).

Nach unterschiedlicher Einschätzung westlicher Nachrichtendienste steht der Iran jedoch mehr oder weniger kurzfristig vor dem erfolgreichen Abschluss der Entwicklung einer Atomwaffe. Drohungen seitens Israels und der USA, den Abschluss der Entwicklung mit militärischen Mitteln zu verhindern, lassen eine kriegerische Auseinandersetzung mit nicht absehbaren Folgen im Falle der weiteren Sabotage der Abrüstungsbemühungen durch das Regime Ahmadinejad befürchten. Dies waren nur wenige Beispiele, die keineswegs dem Anspruch einer Lagebeschreibung gerecht werden. Es müsste noch auf Syrien, Algerien, China, Pakistan und etliche andere Länder eingegangen werden. Der einstige Gegner im Osten zählt jedoch nicht dazu. Vielmehr finden sich die Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes – allen voran die Russische Föderation – in diesem Fall auf der Seite der westlichen Industrienationen.

Die Bemühungen, diese sich zuspitzende Bedrohung in den Griff zu bekommen, sind vielfach. Es fängt bei internationalen Verträgen³⁰ an, denen die Bundesrepublik Deutschland ausnahmslos beigetreten ist, und geht bis zur Errichtung von Sonderbehörden wie Bundesausfuhramt und Zollkriminalamt (ZKA). Bei der Fülle von Sanktionsvorschriften im Strafgesetzbuch, im Kriegswaffenkontrollgesetz und im Außenwirtschaftsgesetz³¹ sollte doch für eine ausreichende Strafbewehrung der Proliferationstaten gesorgt sein.

Auch hier gilt, dass manchmal weniger mehr sein kann. Fangen wir bei den Zuständigkeitsproblemen an. Der Verfassungsschutz hat in seinen Jahresberichten wiederholt festgestellt, dass die Staaten, die sich in den Besitz von Massenvernichtungswaffen und militärisch nutzbarer Technologie bringen wollten, aufgrund der internationalen Restriktionen darauf angewiesen seien, zur Durchbrechung des gegen sie gerichteten Embargos verstärkt die Geheimdienste einzusetzen. Andererseits sei das Bild der klassischen Spionage in einem Geflecht komplizierter weltweiter Wirtschaftsverbindungen nur noch schwer zu erkennen. Unübersichtliche Firmenverschachtelungen und verzweigte Beschaffungswege sowie der Einsatz staatlicher Organisationen, die nicht in die Form eines Geheimdienstes gekleidet sind, ließen den nachrichtendienstlichen Hintergrund illegaler Exportgeschäfte immer schwerer und oft sehr spät erkennen.

Das sind auch die Beobachtungen der Strafverfolgungsbehörden, die sich auf Auswertung markanter Ermittlungsverfahren stützen. Doch wird aus all diesen Erkenntnissen die sich aufdrängende Schlussfolgerung nicht gezogen. Warum werden die Verdachtsfälle eines Verstoßes gegen Ausfuhrbeschränkungen beim Zollkriminalamt, bei den Zollfahndungsämtern, den Wirtschaftskommissariaten der Polizei und den nicht mit Staatsschutzaufgaben befassten Staatsanwaltschaften endbearbeitet, ohne dass die für die justizielle Spiongebekämpfung zuständige Bundesanwaltschaft überhaupt Kenntnis von einem Sachverhalt erhält, der nach der eben getroffenen Feststellung den Geruch einer geheimdienstlichen Steuerung per se mit sich trägt? Durch Gesetze und Verordnungen sind neue Instrumente der Verbrechensbekämpfung geschaffen, aber gleichzeitig neue Barrieren errichtet worden. So sieht sich das Zollkriminalamt aus Gründen des Datenschutzes nicht in der Lage, die Namen der Firmen, von denen man weiß, dass sie mit der iranischen DIO³² in Geschäftsverbindung standen – oder stehen –, der Staatsanwaltschaft zu überlassen.

Auch die Abdeckung mit Strafvorschriften ist keinesfalls so lückenlos, wie die Fülle von Vorschriften vermuten lässt. Der Verfasser erinnert sich an einen Fall, der lange vor dem 1. Golfkrieg stattgefunden, sich aber in vergleichbarer Form schon oft wiederholt hat. Es bestand damals der Verdacht, dass zwei deutsche Wissenschaftler von irakischer Seite angesprochen worden waren, am Bau einer Gasultrazentrifuge³³ mitzuwirken. Die Verhandlungen waren schon weit fortgeschritten und hatten die Frage einer grundsätzlichen Bereitschaft schon geklärt. Tatsächlich hatten die beiden Deutschen auch die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten. Der Generalbundesanwalt leitete gegen sie ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit gemäß

§ 99 StGB ein. Die Vermutung, dass die Tätigkeit für den Geheimdienst einer fremden Macht ausgeübt wurde, wurde darauf gestützt, dass nach Erkenntnissen des Bundesnachrichtendienstes das Hotel in Bagdad, in dem die Verhandlungen stattgefunden hatten, auch „schon mal“ vom iranischen Dienst zu Treffs benutzt worden war. Eine vage Schlussfolgerung, die wohl zur Begründung des Anfangsverdachts ausreichen mag, aber eine höhere Verdachtsschwelle nicht mittrug. Entsprechend schnell waren die Ermittlungen auch einzustellen. Bei der Strafverfolgung nach § 99 StGB kommt es auf schon erfolgte Lieferungen oder Beschaffungen nicht an.³⁴ Ein Delikt nach dem Außenwirtschaftsgesetz hätte jedoch eine Lieferung – zumindest im Versuchsstadium - vorausgesetzt. Hoffentlich haben die Ermittlungen des GBA wenigstens eine präventive Nebenwirkung gehabt!

Mit der Bekämpfung der Proliferation sind mehrere Behörden befasst, die von ihrer grundsätzlichen Aufgabenstellung her verschiedene Ziele verfolgen. Auch der Zeitpunkt und die Gelegenheit der Befassung mit den hier beschriebenen Phänomenen weichen voneinander ab. Die Zuständigkeiten sind allerdings nicht klar voneinander abgegrenzt, sondern übergreifend und führen dabei zu einem nur selten symbiotischen Nebeneinander. Da gibt es zum einen das nachrichtendienstliche Vorfeld, das dem Verfassungsschutz und dem Bundesnachrichtendienst nicht exklusiv überlassen bleiben darf in den Bereichen, in denen die Befugnisse und Pflichten der Strafverfolgungsbehörden aus §§ 160, 161 StPO zum Tragen kommen. Problematischer wird es bei der Abwehr von Gefahren, einer Domäne des Polizeirechts, in der die Polizeien der Länder sowie das BKA als Zentralstelle, aber auch das ZKA und die Zollfahndungsämter aufgerufen sind. Auch die Dienste sehen hier eine Zuständigkeit unter Berufung auf die jeweiligen Verfassungsschutzgesetze. Die repressive Strafverfolgung obliegt der Staatsanwaltschaft und den in ihrem Auftrag ermittelnden Polizeibehörden einschließlich des Bundeskriminalamtes. Dieses „Durcheinander“ wäre noch hinnehmbar, wenn jeweils ein Informationsfluss gewährleistet wäre, der sich an den Bedürfnissen des Empfängers orientiert. Um es auf den Punkt zu bringen: Die Bundesanwaltschaft als zentrale Einleitungsbehörde in Verdachtsfällen des Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit (§§ 93 ff. StGB) müsste ungefiltert alle Informationen bekommen, die sie in die Lage versetzen, einen Anfangsverdacht in ihrer Zuständigkeit zu beurteilen. Davon sind wir weit

Um es auf den Punkt zu bringen: Die Bundesanwaltschaft als zentrale Einleitungsbehörde in Verdachtsfällen des Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit (§§ 93 ff. StGB) müsste ungefiltert alle Informationen bekommen, die sie in die Lage versetzen, einen Anfangsverdacht in ihrer Zuständigkeit zu beurteilen.

entfernt! Da Spionage ein Delikt ist, das nach außen so gut wie gar nicht in Erscheinung tritt, basiert die Strafverfolgung auf Zufallserkenntnissen, Pannen beim Gegner und Mitteilungen der Dienste, denen immer eine Prüfung der Abgabefähigkeit an die Exekutive vorausgegangen ist. Daran wird nichts zu ändern sein; denn unsere eigenen Dienste könnten ihren grundsätzlichen Aufgaben nicht mehr nachkommen, wenn sie dem Legalitätsprinzip unterworfen wären. Vor der Aufklärung einer Straftat steht die Entdeckung der Straftat, eine Aufgabe, die wie ein Punchingball zwischen der Prävention und der Repression hin- und hergeworfen wird. Bei Verfassungsschutz wird dies mit den Begriffen Verdachtsfallbearbeitung und Suchoperation abgedeckt.

Während sich erstere kaum von kriminalpolizeilichen Ermittlungen unterscheidet – beschränkt freilich auf die nicht-straftprozessualen Maßnahmen –, dient die Suchoperation der Aufdeckung von Spionagefällen durch Ansetzen besonderer Methodikerkenntnisse – eine Art Rasterfahndung. Beides betrifft die Aufdeckung bereits begangener Straftaten, in anderen Kriminalitätsfeldern zweifellos eine polizeiliche Arbeit. In der Spionagebekämpfung muss alles ein wenig komplizierter sein. Hierzu ein Beispiel:

Nach der Festnahme eines Reisekaders des Bereichs Aufklärung (BA)³⁵ wurde durch Auswertung von Asservaten im Vergleich mit bisherigen Erkenntnissen – heute würde man es strategische Kriminalitätsanalyse nennen – festgestellt, dass der Festgenommene ein bestimmtes Reisemittel genutzt hat, das als untypisch für illegale Reisekader angesehen war. Während man bis dahin davon ausging, dass öffentliche Verkehrsmittel gewählt wurden, wenn nicht unmittelbare Schleusungen über die „grüne Grenze“ erfolgten, hatte dieser Kurier einen PKW westlicher Bauart mit vollständig abgedeckten Zulassungsdaten nutzt. Allerdings hatte man versäumt, importbedingte Bauartabweichungen zu korrigieren. Hier bot sich ein hervorragender Fahndungsansatz an, der zum Aufgreifen von Kurieren – vielleicht zusammen mit ihren Treffpartnern – genutzt werden konnte. Doch wer sollte das tun? Die strafprozessualen Befugnisse des BKA erfordern einen konkreten Auftrag des Generalbundesanwalts³⁶. Dieser sah sich jedoch außerstande, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Zwar braucht der Anfangsverdacht keinen identifizierbaren Beschuldigten; Voraussetzung ist aber ein beschreibbares historisches Geschehen, das sich unter den Tatbestand des § 99 StGB subsumieren lässt. Allein die Möglichkeit, dass weitere Kuriere mit derselben Methode in das Bundesgebiet einreisen, erfüllt diese Voraussetzung nicht. Als Vorfeldarbeit mit Zuständigkeit für unsere Nachrichtendienste wäre die von den Analytikern vorgeschlagene Maßnahme dann geeignet, wenn sie dazu dient,

Informationen über Arbeitsweisen gegnerischer Dienste, deren Struktur, Ziele und Kapazitäten zu erlangen. Hier ging es jedoch ausschließlich darum, Straftäter der Strafverfolgung zuzuführen. Letztlich wurde die Maßnahme doch über die Dienste abgewickelt, leider vergeblich, denn die gute Idee war durch Maulwürfe des MfS im Verfassungsschutz längst verraten worden.

Das Erkennen von Straftaten ist meines Erachtens eine Aufgabe der Strafverfolgung und kann nicht mit anderen Interessen vermischt werden. Die zuständigen Strafverfolgungsbehörden sollten jedoch in die Lage versetzt werden, diese Aufgabe wahrzunehmen. Dies müsste in erster Linie durch Gesetze und Zusammenarbeitsrichtlinien erfolgen. Zu denken wäre an die Befugnis, sogenannte Initiativvermittlungen durchzuführen, die über bisherige ARP-Überprüfungen³⁷ hinausgehen und die Staatsanwaltschaft ermächtigen, Informationen und Behördenauskünfte nach § 161 StPO einzuholen. Damit würden auch die zur Feststellung eines geheimdienstlichen Hintergrundes eines Proliferationsgeschäftes notwendigen Informationen in einer Hand zusammenfließen. Ein zweiter Schritt wäre die Ausstattung mit den dazu erforderlichen Kapazitäten, die die Bundesanwaltschaft oder die von ihr beauftragte Polizeibehörde zur Erfüllung dieser Aufgabe braucht.

Anfang der 80er Jahre wurde im Bundeskriminalamt mit einem neidischen Blick auf die Landeskriminalämter die Überlegung angestellt, ob es nicht sinnvoller wäre, im BKA-Gesetz eine originäre Zuständigkeit für Landesverratsfälle einzurichten, mit der pauschalen Argumentation, ein zentral geführtes Delikt müsse auch zentral bekämpft werden. Solche Bestrebungen sind nie zur Gesetzesinitiative herangereift und mittlerweile hinfällig geworden. Allerdings durch eine Entwicklung, die uns auch nicht recht sein kann: Die Landeskriminalämter haben ihre für Landesverratsfälle vorgesehenen Diensteinheiten drastisch heruntergefahren. Die dadurch erfolgte Konzentration auf die „Spezialisten“ des BKA kann aber insofern nicht befriedigen, als das BKA die entstandene Lücke der polizeirechtlichen Spionagebekämpfung nicht schließen kann. Das kann nur zur Folge haben, dass sich die Polizei endgültig aus dem Vorfeld der Spionagebekämpfung verabschiedet.

Der Hydra sind viele neue Köpfe nachgewachsen. Sie sehen anders aus als die früheren, kommen unter anderem im Gewand elektronischer Cyber-Angriffe daher (als Beispiel mag neben den bereits erwähnten Hacker-Angriffen Chinas der möglicherweise von Israel ausgegangene sog. „Stuxnet“-Virus, der auf das iranische Atomprogramm zielte, dienen) und bedrohen nach wie vor die äußere

re und innere Sicherheit Deutschlands, seine Wirtschaft und nicht zuletzt den Frieden der Welt. Mit dem alten stumpfen Schwert vermag auch kein Herkules, sie abzuschlagen.

Zum Autor: Dieter Anders ist Generalstaatsanwalt des Landes Hessen a.D. "Zuvor war er als Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof von 1991 bis 2001 bei der Bundesanwaltschaft in der Abteilung zur Verfolgung von Straftaten gegen die äußere Sicherheit (Spionage und Landesverrat) sowie in der Abteilung für Terrorismusbekämpfung eingesetzt. Dieter Anders ist Oberst d.R. und Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Anmerkungen:

- 1 Es handelt sich um die schriftliche Fassung eines Vortrages, den der Verfasser am 05.07.2011 vor dem Regionalkreis Süd-West der Clausewitz-Gesellschaft gehalten hat. Es gilt das gesprochene Wort.
- 2 Ab 07.08.1957 „Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof“
- 3 Zuständig für die Ausspähung von BND, MAD, Verfassungsschutz und Polizei
- 4 Hauptverwaltung Aufklärung des MfS, zuständig für Auslandsaufklärung, zuletzt geführt von Generaloberst Werner Großmann, bis 1986 von Generaloberst Markus Wolf.
- 5 Das gilt für die HVA, nicht aber für die anderen Hauptabteilungen und die Bezirksverwaltungen des MfS.
- 6 An dem Putsch vom 19. August 1991 war der von Gorbatschow selbst eingesetzte KGB-Vorsitzende Krjutschkow maßgeblich beteiligt.
- 7 Unter Leitung des nachmaligen Ministerpräsidenten der Russischen Föderation Jewgeni Primakow.
- 8 Zuständig für Auslandsaufklärung
- 9 Siehe Fußnote 7.
- 10 Bis April 1995 hieß dieser Dienst FSK („Dienst für Spionageabwehr“).
- 11 „Föderale Agentur für Regierungsfernmeldewesen und Information“
- 12 Stützpunkte eines gegnerischen Nachrichtendienstes in amtlichen und halbamtlichen Vertretungen des Heimatlandes.
- 13 So heißt z.B. der dominierende weißrussische Geheimdienst nach wie vor „KGB“.
- 14 Vermutlich auch ein gegenseitiges Ausspähen
- 15 Unter dieser Operationsbezeichnung fand 1988 ein größerer exekutiver Zugriff gegen mehrere Tatverdächtige statt, die im Zuge ihrer Aussiedlung von gegnerischen Diensten angeworben waren.
- 16 Urteil vom 14.07.1998 - [1] 2 StE 2/93 [19/93]
- 17 Urteil des Landgerichts Berlin vom 13. November 2001; Urteil des BGH vom 24.

Juni 2004 -5 StR 306/03 - .

- 18 Vgl. auch Engberding, Spionageziel Wirtschaft – Technologie zum Nulltarif, VDI-Verlag, Düsseldorf 1997; Anders in: Leipold/Tsambikakis/Zöllner, Anwaltskommentar StGB, § 99 Rn. 8 m.w.N.
- 19 Als offizielle Bezeichnung kristallisiert sich der Begriff Industrie-/Konkurrenzspionage heraus.
- 20 Die französische Regierung hat im März 1995 das „Comité pour la compétitivité et la sécurité économique“ (CCSE) eingerichtet.
- 21 Im Sommer 1995 erließ der amerikanische Präsident eine Direktive, nach der die US-Geheimdienste der Wirtschaftsspionage hohe Priorität geben sollen.
- 22 Z.B. Fischer, StGB, § 99 Rn. 6; Anders, Anwaltskommentar StGB a.a.O..
- 23 DER SPIEGEL 41/1997
- 24 Anders, Anwaltskommentar StGB, § 94 Rn. 6 m.w.N.
- 25 Anders, Anwaltskommentar StGB, § 99 Rn. 7 m.w.N.
- 26 Z.B. BayObLG, NJW 1971, 1417; OLG Celle – 6 StE 2/85-2 – vom 07.02.1986
- 27 Nach dem Atomwaffensperrvertrag
- 28 Die folgende Auflistung ist einem Bericht des BND vom Juli 1997 entnommen.
- 29 Advanced Manufacturing Research Centre (AMRC)
- 30 Z.B. Kernwaffen-Nichtverbreitungsvertrag, Übereinkommen über das Verbot chemischer Waffen, Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer Waffen und Toxinwaffen sowie die Vernichtung solcher Waffen, das „Missile Technology Control Regime“, das „Wassenaar Arrangement“ und die sog. Australische Initiative.
- 31 In Bezug zur DDR ist auch noch Art. VIII des Militärregierungsgesetzes Nr. 53 zu nennen.
- 32 Defense Industrial Organisation
- 33 Anlage zur Herstellung von waffenfähigem, hochangereichertem Uran
- 34 Anders, a.a.O. Rn. 12.
- 35 Militärischer Nachrichtendienst der DDR, unterstellt dem Ministerium für Nationale Verteidigung
- 36 Bzw. einer aufgrund besonderer Bestimmungen zuständigen Staatsanwaltschaft
- 37 Unter diesem Aktenzeichen überprüft die Bundesanwaltschaft – ohne Eingriffsbefugnisse –, ob ein Anfangsverdacht einer Straftat in ihrem Zuständigkeitsbereich vorliegt.

Kapitel VI

Aus der Arbeit des Clausewitz Netzwerk für Strategische Studien (CNSS)

Der Krieg nach Clausewitz Eine Studie der wunderlichen Dreifaltigkeit

Oliver Heinicke

1. Einleitung

Anfang des 21. Jahrhunderts befindet sich die Welt im Wandel. Europa verliert durch jahrzehntelange, finanzielle Miswirtschaft an Bedeutung. China und Indien schwingen sich militärisch und wirtschaftlich zu Weltgeltung auf. Ehemals unangefochtene Staatsoberhäupter werden im Arabischen Frühling entmachteter. Die westliche Vormachtstellung wird von islamistischen Terroristen herausgefordert. Während der kleinen Kriege in Afghanistan oder im Irak führen die Ergebnisse der eigenen und gegnerischen Kriegführung die NATO zumindest zu einer „Gewinnwarnung“.

Der Anfang des 19. Jahrhunderts war für Europa ebenfalls eine Zeit des Wandels. Die Aufklärung und ihre nachfolgenden geistigen Strömungen veränderten die europäischen Gesellschaften. Preußen hatte sich gerade in den Kreis europäischer Großmächte hineingekämpft, da wurde es von revolutionären Franzosen im Handstreich hinweggefegt. Auch hier hatte sich die Kriegführung völlig verändert.

Geprägt von diesem politischen, gesellschaftlichen und militärischen Wandel entwickelte der preußische Offizier Carl von Clausewitz eine Kriegsphilosophie, mit deren Hilfe praxistaugliche, militärische Pläne entworfen werden können. Nach seiner Theorie sind gesellschaftlicher und politischer Wandel und demzufolge auch die Veränderung der Kriege nicht eine Ausnahme sondern der Regelfall. Auf dieser Feststellung basiert seine gesamte Philosophie.

Deshalb soll mit dieser Studie der zeitlose Wert – der praktische Nutzen – dieser 180 Jahre alten Philosophie verdeutlicht werden. In der Studie werde ich mich nur mit einem Einzelaspekt des Gesamtwerkes „Vom Kriege“ beschäftigen. Allerdings ist es die grundlegendste Erkenntnis, die uns Clausewitz hinterlassen

hat: Der Krieg ist ein Chamäleon und eine wunderliche Dreifaltigkeit. Von dieser Haupteigentnis ausgehend, ist auch der Zusammenhang seines Gesamtwerkes einfacher zu verstehen.¹

Zu Beginn wird die Haupteigentnis der Clausewitzschen Theorie betrachtet. Um aber zu überprüfen, inwieweit alle Einzelerkenntnisse und vor allem deren Verknüpfung zu einem Argumentationsstrang – bis hin zu dieser Haupteigentnis – auch heute noch gültig sind, wird der Schwerpunkt der Studie darin liegen, die Logik des Clausewitzschen Erkenntnisganges offenzulegen.

Zum praktischen Nutzen soll dem Leser hiermit das Verständnis des schwierigen ersten Kapitels des ersten Buches aus „Vom Kriege“ erleichtert, nicht aber die kritische Prüfung der Argumente an der Praxis abgenommen werden. Das tiefgreifende Verständnis des ersten Kapitels ist der Schlüssel zum inhaltlichen „Schatz“ im Rest des Werkes. Das gilt sowohl für die militärfachlichen Erkenntnisse als auch für die logische Gesamtstruktur. Ich nehme mir deshalb hier die Freiheit, nicht ausschließlich auf das Vokabular Carl von Clausewitz' zurückzugreifen, sondern mein eigenes Verständnis auch mit eigenen Worten auszudrücken.

Auch nach intensiven militärischen Studien und eigener praktischer Erfahrung ist es mir bislang nicht gelungen, Beispiele zu finden, welche die Clausewitzsche Theorie der wunderlichen Dreifaltigkeit widerlegen oder unvollständig erscheinen zu lassen.

2. Die Erkenntnis: Erscheinung und Wesen des Krieges

Sowohl persönliche praktische Erfahrung als auch militärhistorische Studien führten Clausewitz zu der Erkenntnis, dass sich nicht nur alle Kriege voneinander unterscheiden, sondern, dass auch während eines Krieges permanent Veränderungen auftreten. Der Gegenstand „Krieg“ scheint entweder völlig regellos zu sein, oder seine Regeln scheinen sich derart zu widersprechen, dass sie in einer Gesamtbetrachtung nicht erfassbar sind.

Für Clausewitz war es eine Berufung, die Komplexität des Begriffes „Krieg“ aufzubrechen. Er war in militärischen Stäben eingesetzt. Seine Aufgabe war es, Pläne zu entwerfen, deren Umsetzung dazu geeignet ist, den vielleicht begabtesten Feldherrn seiner Zeit – Napoleon Bonaparte – zu schlagen.

Der Ausgangspunkt eines jeden Planes müsse die Antwort auf die „erste, umfassendste aller strategischen Fragen“² sein: Wie wird der Krieg aussehen, den man zu führen beabsichtigt? Clausewitz wusste, dass niemand die Zukunft vorhersehen kann. Aber man kann sich ein fundiertes Urteil über das Erscheinungsbild eines kommenden Krieg bilden und daraus einen praxistauglichen Plan entwickeln,



CLAUSEWITZ NETZWERK FÜR STRATEGISCHE STUDIEN

wenn man die Logik von Kriegen – ihr gemeinsames Wesen – versteht³. Dieses gemeinsame Wesen des Krieges hat er im ersten Kapitel seines ersten Buches herausgearbeitet.

Wenn man nun das gemeinsame Wesen aller Kriege versteht, weiß man zwar noch nicht, wie der kommende Krieg verlaufen wird, aber man erkennt, dass man die Gesamtfrage in Teile zergliedern kann. Diese

Teilfragen sind in der Praxis nicht nur einfacher und konkreter zu beantworten als die eher abstrakte Frage: „Wie wird mein Krieg denn nun aussehen?“; sie führen als Teile in einer Gesamtbetrachtung zu einem umfassenden Bild und verhelfen so zu einem klaren Urteil.

Clausewitz stellt das erste Kapitel unter die Frage „Was ist der Krieg“, und er liefert am Ende die einfache Antwort: Der Krieg ist ein Chamäleon und eine wunderliche Dreifaltigkeit. Leider hilft diese Antwort in der Praxis überhaupt nicht weiter. Was soll das nun bedeuten? Das Chamäleon ist eine Metapher dafür, dass sich alle Kriege an ihre jeweiligen Umstände – also die handelnden Akteure, Räume und Zeiten – anpassen. Jeder Krieg hat deshalb ein anderes Erscheinungsbild. Dennoch haben Kriege ein gemeinsames Wesen: Die wunderliche Dreifaltigkeit. Sie ist Ausdruck der Erkenntnis, dass sich jeder Krieg permanent in seinem Verlauf und seiner Intensität verändert, weil er das Resultat dreier Tendenzen ist, die ihn antreiben. Das sind: 1. emotionale Leidenschaften, 2. rationales Kalkül sowie 3. Unsicherheiten und Zufälle⁴.

Diese Antworten sind zwar schon etwas konkreter, entbehren aber immer noch einer wirklichen Praxistauglichkeit. Es gilt also, Klarheit zuschaffen. Wenn man weiß, auf welche Weise die drei Tendenzen den Verlauf und die Intensität von Kriegen generell beeinflussen, kann man die konkreten Umstände eines realen Krieges zielgerichtet analysieren und dann die Ergebnisse zu einem umfassenden Gesamtbild zusammenfügen. Für eine nutzbringende Einsicht kommt man also

nicht umhin, Clausewitz auf seinem Erkenntnisgang in die Tiefe der Details zu begleiten.

3. Der Erkenntnisgang

Am Anfang seines Erkenntnisganges verschafft sich Clausewitz einen Standpunkt. Er entwickelt eine Definition des Begriffes „Krieg“, indem er den Krieg einer übergeordneten Gattung zuordnet und durch seine besondere Charakteristik von allen anderen Begriffen abgrenzt, die in diesem Gesamtkontext existieren.

Die übergeordnete Gattung ist: ein zunächst abstrakter Wille, dessen Erfüllung der Krieg dient. Später wird Clausewitz konkreter und setzt den Begriff „Politik“ mit diesem Willen gleich. Die Politik ist Ausdruck des gesellschaftlichen Willens⁵. Sie ist dem Krieg immer übergeordnet; er geht aus ihr hervor.

Die besondere Charakteristik ist die Gewalt. Sie unterscheidet den Krieg vom Frieden. Demzufolge definiert er: „Der Krieg ist also ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“⁶.

Als gewaltsames Erfüllen des politischen Willens ist der Krieg somit auch als Fortführung – oder Ausführung – der Politik mit anderen Mitteln als im Frieden zu verstehen. Der Drang nach dem Erfüllen des Willens – also die Politik – hört nicht auf zu existieren; vielmehr kann es ohne den Willen zur Gewaltanwendung keinen Krieg geben. Daraus ergibt sich ein Spektrum für das Maß der Gewalt. Immer, wenn willentlich Gewalt angewendet wird, darf diese Handlung als „Krieg“ bezeichnet werden. Die Anzahl der Kämpfenden, Dauer der Handlung, das Ausmaß des Gebietes und die Intensität der Gewalt sind für das Nutzen des Begriffes „Krieg“ im Clausewitzschen Sinne irrelevant. Spätestens wenn man sich dieses scheinbar grenzenlose Spektrum des Begriffes „Krieg“ bewusst macht, muss einem die Komplexität bewusst werden, die es zu durchdringen gilt. Schon die Definition allein vermittelt uns die Größe der Aufgabe, die gelöst werden soll.⁷

Die Politik ist Ausdruck des gesellschaftlichen Willens . Sie ist dem Krieg immer übergeordnet; er geht aus ihr hervor.

Von dieser Definition ausgehend untersucht Clausewitz nacheinander die Charakteristik „Gewalt“ und den Kriegszweck „Politik“. Anhand dieser Glieder seiner Definition steigt er tiefer in die Materie ein.

Bei der Analyse des Gliedes „Gewalt“ postuliert er, dass gewaltsame Handlungen immer Emotionen, sprich: Leidenschaften bei Menschen auslösen. Weil die Kontrahenten sich im Adrenalinschub gegenseitig zu übertreffen suchen, erhöht sich die Intensität der Gewaltanwendung durch die von der Gewalt ausgelöste Gegenwehr. Je intensiver der Kampf, desto mehr entbrennen die Leidenschaften und umgekehrt.⁸

Berücksichtigt man also die Leidenschaften allein, würde sich jeder Krieg zu einem Absoluten entwickeln. Er würde im theoretischen Fall sogar ein einziger „Schlag ohne Dauer“⁹ sein und immer die totale Vernichtung einer Partei zum Ziel und zur Folge haben, weil beide Kontrahenten – in diesem Wissen – immer von Beginn an zum ultimativen Schlag ausholen. Die Realität sieht aber anders aus. Das Durchdringen der Charakteristik „Gewalt“ allein führt somit noch nicht zu einem Kriegverständnis, welches der Praxis standhält. Kriege dauern eine gewisse Zeit. Angriffe kulminieren, schlagen um in Verteidigung; es gibt Unterbrechungen der Kampfhandlungen, auf die wieder Eskalationen folgen können. Der Verlauf und die Intensität realer Kriege bewegen sich eben nicht zwangsläufig einem Maximum entgegen.¹⁰

Durch welche Tendenz wird nun die Gewaltintensität reguliert? Mit Rückgriff auf Clausewitz' Definition bietet es sich an, den politischen Willen, den Zweck des Krieges zu untersuchen. Wer einen Krieg zu führen gedenkt, besitzt ein bedeutendes Motiv. Dieses rein rationale Motiv muss so bedeutsam sein, dass es rechtfertigt, Menschenleben zu opfern und Leid zu verursachen. Der angestrebte Nutzen sollte demzufolge das kalkulierte Opfer übersteigen. In der Regel besteht das Motiv nicht im völligen Auslöschen des Gegners. Der Zweck des Krieges in diesem Sinne ist ein Frieden nach eigenen Bedingungen. Das Verhalten im Krieg hat somit auch Auswirkungen auf die Friedensordnung. Das rein rationale Kalkül – der politische Zweck – gibt der Gewaltanwendung einen Rahmen, in dem sowohl die Kosten den Nutzen nicht übersteigen sollen als auch die Brutalität nur so weit getrieben wird, dass eine friedliche Koexistenz nach dem Krieg noch möglich ist.¹¹

Das erklärt, warum Gewalt in der Realität nicht immer eskaliert. Es bleibt aber noch immer offen, wie es zu einem Stillstand in einem Krieg kommen kann. Die Theorie genügt noch nicht vollständig der praktischen Wirklichkeit. Clausewitz vergleicht seine Theorie wieder mit praktischen Kriegserfahrungen und identifiziert zwei Gründe dafür. Erstens führt ein Zögern der Kontrahenten dazu, dass keiner handelt. Wenn das Motiv nicht stark genug ist, das Risiko einer

gewaltsamen Handlung einzugehen und es beiden an Wagemut fehlt, auch ohne objektive Übermacht, die Initiative zu ergreifen, kommt es zum Stillstand im Krieg.

Im zweiten Fall fehlt es nicht an Wagemut, sondern an der richtigen Einsicht der Situation. Der Krieg ist kein Schachspiel. Weder sind alle Elemente des Kriegschauplatzes für jeden jederzeit zu überblicken, noch kennt jeder die tatsächliche Leistungsfähigkeit des anderen. Es ist schon unwahrscheinlich genug, die eigenen Fähigkeiten 100-prozentig zu kennen. Diese Unsicherheiten können zu Fehleinschätzungen der Situation und eben zu Stillstand führen. Zu diesen Unsicherheiten fügen sich noch Zufälle wie z.B. Wetteränderungen, menschliche Fehler oder technische Ausfälle. Solche Zufälle können dann ebenso einen Kriegsverlauf lähmen.¹²

Die Argumentation wäre unvollständig, wenn man ignorierte, dass Unsicherheiten und Zufälle die Intensität auch steigern können. So versucht der Wagemutige auch in einer unsicheren Situation, das Heft des Handelns zu ergreifen, ohne dass er objektiv die Initiative besitzt. Einen Irrtum im Urteil kalkuliert er ein und nimmt das Risiko hin. Wie verwegen er ist, liegt am Ethos der betroffenen Person, am Geist, der den Menschen beseelt. Wie ist er erzogen, ausgebildet und welche Charakterzüge besitzt er; und das bezieht sich nicht nur auf Einzelpersonen, sondern auch auf Gruppen wie die politische Führung, die Bevölkerung, aber vor allem auf die kämpfende Truppe. Das Ethos – der spezielle Geist – entscheidet, ob man wagt oder zögert. Clausewitz spricht in diesem Zusammenhang von moralischen Größen.¹³

Wendet man sich dem Zufall zu, liegt auf der Hand, dass dieser ebenso zu einer Eskalation führen kann, wie er zu lähmen vermag. Unvorhersehbare technische Ausfälle einer Seite eröffnen plötzliche, ungeahnte Möglichkeiten für die andere. Nicht selten führen solche Friktionen, wie auch Naturereignisse oder individuelle Fehler, zu unvorhersehbaren Wendungen in Kriegen.

Jetzt kann man endlich ein konsistentes Gesamtbild zusammenfügen, welches dem Vergleich mit der Praxis standhält. Nach dieser Clausewitzschen Argumentationslinie ist der Krieg wahrlich eine wunderliche Dreifaltigkeit. Die Gewalt pulsiert förmlich in einem Intensitätsspektrum zwischen Stillstand und äußerster Eskalation hin und her. Die emotionalen Leidenschaften treiben die Gewalt zum Maximum, während das rationale Kalkül – der übergeordnete politische Zweck – die Gewalt innerhalb eines Rahmens zu regulieren versucht und sowohl

das menschliche Ethos als auch Friktionen zu einem zeitlich und räumlich unberechenbaren Auf und Ab im gesamten Intensitätsspektrum führen.

So wird auch einsichtig, dass verschiedene Kriege immer unterschiedlich verlaufen. Die Motive mögen sich gleichen, selbst die Leidenschaften mögen ähnlich sein. Doch gesammelte Erfahrungen, technischer Fortschritt und weiterentwickelte Verfahren führen schon zu Veränderungen. Friktionen, auf die Menschen keinen Einfluss haben, steuern ihr Übriges dazu bei. Das macht den Krieg eben auch zu einem Chamäleon.

Setzt man nun voraus, dass Clausewitz recht hat, dann ist die Quintessenz: Krieg ist niemals berechenbar! Aber man kann ein begründetes Urteil fällen, was für eine Art Krieg zu erwarten ist, worauf man sich also in der Praxis einstellen sollte. Dafür muss man aber verstehen, dass alle Kriege den mit der „wunderlichen Dreifaltigkeit“ beschriebenen Gesetzen gehorchen.

4. Der Nutzen der Erkenntnis und des Erkenntnisganges

Wer zu klarer Einsicht gelangen will, muss zunächst die Wesensart seines Gegenstandes ergründen, er muss zurückgreifen auf den Ursprung der Erscheinungen, um nach Möglichkeit ihre Anfänge und Gesetze zu erkennen; von da aus ist es leicht, ihre Entwicklungsstufen sowie alle denkbaren Folgerungen abzuleiten.¹⁴ Exakt wie es Friedrich II. in seinem „Antimachiavell“ beschrieben hat, verhält es sich mit Clausewitz' wunderlicher Dreifaltigkeit. Die Kenntnis der Natur des Krieges allein hat noch überhaupt keinen praktischen Nutzen. Der Nutzen besteht allein darin, dass die „wunderliche Dreifaltigkeit“ zur praktischen Einsicht einer konkreten Situation führen kann. Doch vom Anfang, der theoretischen Erkenntnis, bis zum Ziel – dem praktischen Nutzen – ist der Weg des eigenständigen Denkens im realen Kontext zu beschreiten, und dieser ist jedes Mal wieder neu zu gehen.

Die Erkenntnis selbst, dass der Krieg angetrieben wird sowohl durch Faktoren der menschlichen Persönlichkeit als auch von Friktionen, die sich der menschlichen Kontrolle entziehen, zeigt – neben den materiellen Faktoren – ein weiteres, schier unermessliches Spektrum zu analysierender Informationen auf. Dieses muss geistig durchdrungen werden. Dazu sind die Elemente der wunderlichen Dreifaltigkeit einzeln zu analysieren. So gilt es in der konkreten Situation, das Motiv aller Beteiligten genauso zu ergründen, wie ihre Leidenschaften und ihr Ethos. Die praktische Schwierigkeit liegt meist darin, auf diesen Gebieten über

zutreffende Informationen zu verfügen. Auf dem Feld der Unsicherheiten und Zufälle liegt es in der Natur der Sache, dass nicht alle Dinge gewiss sind. Fraglich ist nur, wie man mit dieser Ungewissheit, dem naturgegebenen Mangel an Präzision, umgeht. Auf diesem Gebiet entfaltet der Clausewitzsche Erkenntnisgang seinen praktischen Nutzen. Während die Erkenntnis selbst darauf hinweist, welche Elemente zu analysieren sind, zeigen sein Erkenntnisgang und dessen einzelne Schritte auf, mit welcher Denkmethode ein praxistauglicher Plan entwickelt werden kann.

Durch das Entwickeln einer allgemeinen Definition, eines allgemeinen Standpunktes, wird sich ein Gesamtüberblick verschafft. Von diesem ausgehend können diejenigen relevanten Elemente identifiziert werden, die anschließend im Detail zu untersuchen sind. Die Untersuchungsergebnisse sind schließlich wieder zu einem Gesamtbild zusammenzufügen. Dieses Gesamtbild basiert dann auf einem tieferen Verständnis als der erste Gesamtüberblick. Warum sollte dieser theoretische Weg des ganzheitlichen Denkens nicht auch für die militärische Praxis taugen?

So verschafft man sich mit einer Auftragsanalyse einen festen Standpunkt. Die Absicht der übergeordneten Führung – der Zweck – wird mit dem Auftragsziel und den zur Verfügung stehenden Mitteln im Zusammenhang betrachtet. Mit der wesentlichen eigenen Leistung wird identifiziert, mit welchem Maß die Mittel anzuwenden sind, sodass sichergestellt ist, dass alle künftigen Vorgehensweisen der übergeordneten Absicht dienen.

Clausewitz hat anhand seiner Definition erkannt, welche Elemente er eingehend untersuchen musste. Analog dazu lässt sich mit der Auftragsanalyse festlegen, welche bestimmten Detailinformationen über Umfeld, Zeit und Kräfte in dem nächsten Schritt – der Lagefeststellung – tiefgreifend zu betrachten sind. Das Wichtige kann vom Unwichtigen unterschieden werden, wenn man weiß, warum man eine bestimmte Sache zu erledigen hat. Es ist auftragsabhängig, inwiefern – neben materiellen Fakten wie Waffenreichweite, Geschwindigkeit, Truppenanzahl o.ä. – die menschlichen Faktoren Motive, Leidenschaften und das Ethos der Beteiligten ausschlaggebend für den Verlauf der Handlungen sind. Die Einzelerkenntnisse aus der Lagefeststellung sind anschließend wieder in einen Zusammenhang zu bringen, und Handlungsmöglichkeiten sind zu entwerfen. Sich aus all diesen Details einen konsistenten Überblick zu verschaffen, gleicht schon einer wahren Herkulesaufgabe. Zu allem Unglück wird trotz allen technischen Fortschritts immer ein gewisser Grad an Ungewissheit der Erkennt-

nisse vorhanden bleiben. Diese Unsicherheit wird durch Friktionen noch vergrößert. Das muss beim Entwurf der Handlungsmöglichkeiten einfließen.

So ist neben dem eben beschriebenen ganzheitlichen noch flexibles Denken erforderlich. Das ist nötig, damit die Handlungsoptionen auch in der Praxis durchführbar sind und nicht beim ersten Erscheinen auf dem Gefechtsfeld verworfen werden müssen. Auf die Unberechenbarkeit, die sich aus den menschlichen Faktoren und den Friktionen ergibt, muss man reagieren können. Das kann geschehen, indem man sich Reserven vorhält, oder indem man selbst versucht, den Gegner zu überraschen. Der Grundstein dafür wird schon beim Planen und



Carl von Clausewitz

Vorbereiten von Kriegen, Operationen oder Gefechten gelegt, indem sich dieses flexible Denken in der Zuweisung, dem Ansatz und der Aufstellung der Kräfte niederschlägt. Schon bei der Planung muss deshalb kontinuierlich die Praxistauglichkeit eigener Maßnahmen hinterfragt werden. Werden in der praktischen Durchführung ausreichende Freiräume vorhanden sein, um auf Unvorhergesehenes reagieren zu können? Das planerische Denken ist an der Praxis zu prüfen. Allerdings hat jede Flexibilität ihre Grenzen. Im Krieg gibt der politische Zweck den Rahmen vor, in dem sich die Gewaltanwendung bewegen darf.

Das Abweichen vom direkten Weg zur Auftrags Erfüllung ist zwar möglich und oft auch notwendig, jedoch findet jeder indirekte

Ansatz seine Beschränkung in den übergeordneten Vorgaben. Für die Denkweise kann man aber feststellen, dass der Rahmen, den die Politik dem Krieg vorgibt nicht nur als Einschränkung zu betrachten ist. Im positiven Sinne ergibt sich innerhalb dieses politischen Rahmens ein ganzes Spektrum an praxistauglichen Handlungsmöglichkeiten. Innerhalb dessen kann man sich direkt oder indirekt zum Ziel hin bewegen. So wie Clausewitz ständig betont, dass Ziele und Mittel dem Zweck unterworfen sind, muss in der Anwendung ständig überprüft werden, ob die militärischen Handlungen mit dem Auftrag in Einklang stehen. Aus dem Clausewitzschen Erkenntnisgang ergibt sich also, neben dem ganzheitlichen und flexiblen Denken, noch die Notwendigkeit zum auftragsbezo-

genen oder zweckrationalen Denken. Insgesamt kann das erste Kapitel des ersten Buches als eine Art „Denkschule“ angesehen werden.

5. Fazit

Carl von Clausewitz führt auf seinem Erkenntnisgang zu Beginn seines Werkes „Vom Kriege“, von einer allgemeinen Definition ausgehend, zu einer detaillierten Beschreibung der grundsätzlichen Natur des Krieges. Die Einsicht in das Wesen des Krieges als eine wunderliche Dreifaltigkeit ist die Grundlage, um sich ein begründetes Urteil über die zu erwartende Art der Erscheinung des Chamäleons „Krieg“ zu machen. Ihr konkreter Nutzen besteht darin, dass man die erste strategische Frage beantworten kann. Wenn man eine Vorstellung über das Ausmaß des zu erwartenden Krieges hat, kann man fundiert entscheiden, ob man sich in diesen Krieg hinein begeben sollte, und man kann ermesen, welchen „Preis“ man zu zahlen bereit sein muss, wenn man es tut. Allerdings kann auch die wunderliche Dreifaltigkeit nicht dabei helfen, die Wahrscheinlichkeit von Prognosen zu erhöhen, ob und wann es einen Krieg geben wird. Sie ist eine Theorie des Krieges und keine der Politik. Der inhaltliche Nutzen besteht in der Erkenntnis, wie die drei Tendenzen die Gewaltintensität in Kriegen beeinflussen. Der zeitlose Wert dieses ersten Kapitels liegt aber auch in der Logik des Erkenntnisganges. Wie kann man sich einen allgemeinen Standpunkt schaffen, daraus die richtigen Details identifizieren, einzeln analysieren, dann in einen logischen Zusammenhang miteinander bringen und aus diesen Ergebnissen wieder ein konsistentes und aufschlussreicheres Gesamtbild zusammenfügen.

Das erste Kapitel des ersten Buches aus „Vom Kriege“ darf getrost als eine Schule für ganzheitliches, flexibles und zweckrationales Denken betrachtet werden. Das bloße Anhäufen von Wissen allein hilft demnach gar nichts. Der praxistauglichen Erkenntnis ist man durch Informationsüberlegenheit noch keinen Schritt näher gekommen. Man muss mit dem Wissen auch etwas anfangen, praktische Schlussfolgerungen ziehen, um daraufhin eine Entscheidung treffen zu können. Zuerst ist aber notwendig, die allgemeinen Gesetze zu verstehen und dann im Kontext mit der speziellen Situation zu beurteilen, um einen klaren Entschluss fällen zu können.

Die Antwort auf die erste und umfassendste aller strategischen Fragen kann also nur durch logisches Nachdenken gegeben werden. Es reicht nicht, viele Fragen zu beantworten und dann einzeln stehen zu lassen. Es müssen die richtigen Fragen sein, und die Antworten müssen in einen logischen Zusammenhang ge-

bracht werden. Messungen, Berechnungen und Computerunterstützung können helfen, zu einem klaren Urteil zu kommen, aber sie können den Menschen mit seiner Erfahrung, seinem Instinkt und Bauchgefühl nicht ersetzen. Alle Kriege unterliegen zwar unterschiedlichen Bedingungen, aber in ihrem Wesen folgen sie immer der gleichen Logik. Der Krieg ist ein sich mit den Umständen veränderndes Chamäleon, das der Logik einer wunderlichen Dreifaltigkeit folgt. Wenn Clausewitz mit seiner Theorie Recht haben sollte, dann ist die erste und umfassendste Fähigkeit, welche es für die Kriegskunst zu erlernen gilt: das Denken. So lässt die Tendenz unserer Gesellschaft, nicht mehr zu denken, sondern zu „googeln“ Schlimmstes für kommende Konflikte befürchten. Dann bleibt nämlich eine Frage im Raum: Befindet sich ein Volk der Dichter und Denker, das sich zur Wissensgesellschaft entwickelt, eigentlich im Fortschritt oder degeneriert es eher?

Zum Autor: Oliver Heinicke, Fregattenkapitän und Stellvertreter Kommandeur 7. Schnellbootgeschwader, Rostock, ist Mitglied des Theorieclusters im Clausewitz Netzwerk für Strategische Studien (CNSS)

Anmerkungen:

- 1 „Das erste Kapitel des ersten Buches ist das einzige, was ich als vollendet betrachte; es wird wenigstens dem Ganzen den Dienst erweisen, die Richtung anzugeben, die ich überall halten wollte.“ Clausewitz, Carl von (1980): S 181. In dieser Studie gehe ich davon aus, dass mit „Richtung“ sowohl das inhaltliche als auch das strukturelle Verständnis gemeint ist.
- 2 Clausewitz, Carl von (1980): S. 212
- 3 „Er hat freilich seine eigene Grammatik, aber nicht seine eigene Logik.“ Clausewitz, Carl von: ebd. S. 991
- 4 Vgl.: Clausewitz, Carl von: ebd. S. 212f
- 5 Vgl.: Clausewitz, Carl von: ebd. S. 211f
- 6 Vgl.: Clausewitz, Carl von: ebd. S. 191f
- 7 Siehe dazu die Nummern 1 und 2 des ersten Kapitels. Vgl.: Clausewitz, Carl von: ebd. S. 191f
- 8 Siehe dazu die Nummern 3 bis 5 des ersten Kapitels. Vgl.: Clausewitz, Carl von: ebd. S. 192ff
- 9 Vgl.: Clausewitz, Carl von: ebd. S. 197
- 10 Siehe dazu die Nummern 6 bis 10 des ersten Kapitels. Vgl.: Clausewitz, Carl von: ebd. S. 195ff
- 11 Siehe dazu die Nummer 11 des ersten Kapitels. Vgl.: Clausewitz, Carl von: ebd. S. 200f

- 12 Siehe dazu die Nummern 12 bis 21 des ersten Kapitels. Vgl.: Clausewitz, Carl von: ebd. S. 201ff
- 13 Siehe dazu die Nummer 22 des ersten Kapitels. Vgl.: Clausewitz, Carl von: ebd. S. 201ff
- 14 Volz, Gustav Berthold (Hg.) (1913 – 1914): Bd. 7 S. 6

Quellenverzeichnis

Citino, Robert Michael. (2008): The German Way of War. 2nd revised Edition. Kansas, University Press of Kansas

Clausewitz, Carl von (1980): Vom Kriege – Hinterlassenes Werk. 19. Auflage (Jubiläumsausgabe). Troisdorf, Dümmler Verlag.

Höffe, Otfried (2009): Aristoteles: Die Hauptwerke – Ein Lesebuch. Tübingen, A. Francke Verlag.

Kant, Immanuel (2011): Werke in sechs Bänden. 7. unveränderte Auflage. Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Kenny, Anthony (2010): A New History of Western Philosophy. Oxford, Clarendon Press.

Platon (2010): Sämtliche Werke in drei Bänden. Unveränderter Nachdruck der 8. Auflage. Darmstadt, Lambert Schneider Verlag.

Schössler (2005): Carl von Clausewitz. 2. Auflage. Hamburg, Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Schössler (2009): Clausewitz – Engels – Mahan: Grundriss einer Ideengeschichte militärischen Denkens. Berlin, LIT Verlag Dr. W. Hopf.

Souchon (2012): Carl von Clausewitz: Strategie im 21. Jahrhundert. Hamburg, Berlin, Bonn, E.S. Mittler & Sohn GmbH.

Strickmann, Eva (2008): Clausewitz im Zeitalter der neuen Kriege. Glienicke, Galda Verlag

Volz, Gustav Berthold (Hg.) (1913 – 1914): Die Werke Friedrichs des Großen in deutscher Übersetzung. 10 Bde. Berlin, Verlag von Reimar Hobbing

Schwerpunkte 2013

Die Verlegung unserer jährlichen Sicherheitspolitischen Informationstagung in den Herbst, um die Chance zu verbessern, mehr junge Lehrgangsteilnehmer, insbesondere der Generalstabs- und Admiralstabsausbildung zu erreichen, wird auch 2013 nicht erlauben, ein FORUM durchzuführen. Unsere Prüfungen, ob, wann und wie wir eine dritte zentrale Veranstaltung der Clausewitz-Gesellschaft mit einem Partner, z.B. dem Clausewitz Netzwerk für Strategische Studien e.V., das wir unterstützen, durchführen können, sind noch nicht abgeschlossen. Grundsätzlich ist ein Zeitfenster Ende Juni/Anfang Juli denkbar, wenn das Berliner Colloquium gemeinsam mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik im März und die Sicherheitspolitische Informationstagung gemeinsam mit der Führungsakademie der Bundeswehr im Oktober eines jeden Jahres stattfinden können.

Unser Berliner Colloquium 2013, das in diesem Jahr ausnahmsweise erst Ende April vom 23. – 25.04.2013 stattfinden wird, steht unter dem Thema „Der afrikanische Kontinent – Herausforderungen und Chancen für Europa und die Allianz“. Tägliche Nachrichten in diesen Wochen und Monaten, z. B. aus Mali und Zentralafrika, aus Südafrika, Uganda und anderen afrikanischen Ländern zeigen die oft krisenhaften Entwicklungen und Konflikte, aber auch Maßnahmen, die durchaus einen Kontinent im Aufbruch, wenn auch noch nicht Aufschwung erkennen lassen. Beide Wirklichkeiten geben gewiss Raum für breit gefächerte Erörterungen.

Wir werden in unserem Colloquium den Blick auf diesen Raum und seine geopolitischen Herausforderungen richten und dabei Antworten suchen oder Anregungen geben. Neben dem Blick auf das komplizierte Geschehen werden wir uns fragen, was die europäischen Staaten und Amerika – möglichst konzertiert – tun können oder sollten, um im richtig verstandenen Eigeninteresse die positiven Entwicklungslinien zu unterstützen und Risiken, aber auch Krisen und Konflikte meistern zu helfen.

Unsere 47. Sicherheitspolitische Informationstagung am 25. und 26. Oktober 2013 gemeinsam mit der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg steht unter dem Thema: „Die Bedeutung des Weltraums für Sicherheit und Verteidigung“. In einer ersten Panelrunde werden zunächst Referenten aus den USA, Russland, China und der EU wesentliche Einschätzungen und Perspektiven der künftigen Nutzung des Weltraums aus Sicht ihrer Länder erörtern und dabei

die Chancen und Risiken für Sicherheit und Verteidigung in den Mittelpunkt rücken. Aber auch die Nutzung des Weltraums heute und morgen für Fernerkundung und raumgestützte Aufklärung, sowie Kommunikation und Navigation werden mit Referenten aus Deutschland und verbündeten Staaten erörtert werden.

Neben unseren zentralen Tagungen bilden die Vorhaben unserer Regionalkreise und der Schweizer Sektion mit aktuellen und breit gefächerten sicherheitspolitischen Themen einen wesentlichen Schwerpunkt unserer Arbeit, um die sicherheitspolitischen Herausforderungen einem größeren Auditorium, möglichst auch der jüngeren Generation in sachlicher und engagierter Weise näher zu bringen. Unsere ehrenamtlichen Leiter der Regionalkreise und unsere Freunde der Schweizer Sektion haben bereits im letzten Jahr mit eindrucksvollen Veranstaltungen Zeichen gesetzt. Ich bin überzeugt, dass sie mit vielen Mitwirkenden auch aus dem Kreis unserer Mitglieder diese wichtigen Maßnahmen fortsetzen und ausbauen werden. Ihre vielfältigen Vorhaben von Hamburg und Bremen bis München und Bern, von Berlin bis Bonn und Mannheim formen und stärken die Identität und erhöhen die erkennbare Präsenz unserer Clausewitz-Gesellschaft e.V. und sind auch deshalb unverzichtbar.

Des Weiteren gilt es 2013 und darüber hinaus, weitere geeignete Persönlichkeiten als neue Mitglieder und Mitwirkende zu gewinnen und die Bemühungen, unsere internationale Präsenz zu verbessern und zu verstärken, fortzusetzen.

Allen Mitgliedern und Mitwirkenden wünsche ich für ihre Arbeit in diesem Jahr viel Erfolg beim Einsatz für unsere gemeinsamen Ziele.

Dr. Klaus Olshausen

Bildnachweis

Quelle		Seite
Bundespräsidialamt		11
Clausewitz-Gesellschaft e.V.		19, 24, 38, 42, 63, 180, 304
Wikimedia Commons*		20, 72, 77, 173, 213, 256,
Bundeswehr/Medienzentrale		26, 28, 34, 52, 57, 92, 95, 98,
ddp images, dapd		152, 156
Airbus Military		59
Bombardier		243
CNSS e.V.	3	298

*gemeinfrei

